Osteuropa-Institut Breslau



Berichte

Nr. 1 1935

9431/59

мкирей.

Ost. 18

Ostraum-Berichte

Herausgegeben vom

Osteuropa-Institut Breslau

Redaktion: Dr. Oskar Eugen Günther

Heft 1 – 1935

VERLAG PRIEBATSCH'S BUCHHANDLUNG, BRESLAU 1
Inhaber Erich Thiel und Karl-Hans Hintermeier

Alle Rechte vorbehalten! Printed in Germany.

Druck: Paul Plischke, Breslau

9431/59
Zb. Uszg. Lab. Bytom 21.12.59. [5,-] zł Heft 1-5
219870 II 1935. He. 1
Ostrauer. ISL-061

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort von *Prof. Dr. H. Uebersberger*

Grundsätzliches:

Ostraum-Forschung von *Dr. O. E. Günther* 1

Die deutsch-polnische Raumgemeinschaft im Gesamt-Ostraum von *Prof. Dr. W. Geisler* 9

Polen:

Das Agrarproblem in Polen von *Dipl. rer. pol. W. Hahn* 20

Die Entwicklung der polnischen Zinkindustrie in ihren Beziehungen zu Deutschland von *Dr. ing. G. Behaghel* . . 31

Die Wirtschaft Polens im Jahre 1934 von *Dr. ing. G. Behaghel* . 49

Rußland:

Querschnitt durch die Industrie Sovetrußlands mit 14 Diagrammen u. einem statistischen Beitrag von *Dr. K. Michael* 70

Voranzeige

für die nächsten in zwangloser Folge erscheinenden Hefte der Ostraum-Berichte

U. a.:

Volks-, Groß- und Weltraumwirtschaft. —

Die staatliche Förderung der polnischen Landwirtschaft. — Aus Polens Siedlungspolitik. — Die polnische Kohlenwirtschaft. — Die Naphtha-Industrie Polens. — Die Kali-Industrie Polens. —

Betriebsverhältnisse und qualitative Leistung der sovetrussischen Industrie. — Das Eisenbahnwesen in Sovetrußland. — Die Landwirtschaft Sovetrußlands. — Der Ostraum als Rohstoffquelle. —

Die geopolitischen Bindungen des Donauraumes. — Die Ungarische Landwirtschaft. — Die Verkehrsbahnen im Donauraum.

Biblioteka Śląska

Der natürliche Gang der Entwicklung hat dazu geführt, daß die intensivere Beschäftigung des Osteuropa-Instituts mit den Problemen des Raumes östlich von Deutschland – wie er sich durch das Ergebnis des Weltkrieges an Stelle des alten Rußland staats- und wirtschaftspolitisch formte – die Notwendigkeit eines besonderen publizistischen Organes ergab. Es mußte neben die der rein historischen Erforschung („Jahrbücher für Kultur und Geschichte der Slaven") und der Entwicklung des Rechts („Zeitschrift für osteuropäisches Recht") gewidmeten Veröffentlichungen ein neues auf die Gegenwartsprobleme des Ostens gerichtetes Organ treten. Das geschieht nun durch die Herausgabe der in freier Folge unter dem Namen „Ostraum" erscheinenden Berichte des Osteuropa-Instituts. Wirtschaft, Wirtschaftsgeographie, Siedlungs- und geopolitische Probleme Polens und Rußlands und späterhin des Donauraums stehen bei der Berichterstattung an erster Stelle. Streng wissenschaftliche Behandlungsweise und nicht minder strenge Objektivität, wie sie den Grundsätzen des Nationalsozialismus in der Behandlung von Auslandsfragen entspricht, sollen die Richtschnur der Ostraum-Berichte sein.

Prof. Dr. Hans Uebersberger
Direktor des Osteuropa-Instituts, Breslau

Ostraum-Berichte

1. Jahrgang März 1935 Heft 1

Ostraum-Forschung.

Oskar Eugen Günther.

Ostraum, Osteuropa, Rußland.

I. Deutschland und Rußland: 1. Vorkriegsrußland; 2. Bolschewismus; 3. Aufgaben der Ostraum-Forschung.

II. Deutschland und Polen: 1. Die neue Lage im Ostraum; 2. Die deutsch-polnischen Beziehungen: Korridor, Oberschlesien, polnische Industrie und Landwirtschaft; 3. Polen und Deutschland in Geschichte und Gegenwart und die Aufgaben der Ostraum-Forschung.

Ausblick.

Es ist in den kulturell-politischen Vor-Weltkriegs-Verhältnissen Europas begründet, daß das, was wir heute als Ostraum und Ostraum-Forschung bezeichnen, von Deutschland her als Osteuropa und Osteuropa-Forschung gesehen worden ist. Unter Osteuropa hat man wiederum vor allen Dingen nur das Vorkriegs-Rußland verstanden, weil, gemessen an der Stärke der historisch-politischen Wirksamkeit, der maßgebende Willensträger im europäischen Ostraum Rußland gewesen ist und Rußland dem geographischen Begriff Osteuropa eine kulturell-politische Einheit gegeben hat. Diese Einheit ist durch den Ausgang des Weltkrieges gesprengt worden. Die Gründung der Baltischen Randstaaten und die Wiedererstehung Polens haben ursprünglich abendländische Gemeinwesen von Rußland wieder losgelöst. Die Gleichsetzung von Osteuropa und Rußland ist noch heute üblich. Es ist auch noch gar nicht so lange her, seit die Begriffe Osteuropa und Rußland für die weiten Kreise des deutschen Volkes sich mit einem schwerwiegenden Inhalt gefüllt haben, seit Rußland, das deutsche Volk zweimal mit Untergang bedrohend, zweimal auf deutschem Boden vernichtend geschlagen wurde: das Rußland vom Jahr 1914 im ostpreußischen Raum zu Anfang des Weltkrieges und das bolschewistische Rußland — angesichts seiner in Deutschland gesetzten Hoffnung auf Vollstreckung der Weltrevolution — durch den Sieg der nationalsozialistischen Bewegung im Januar 1933. — Seitdem der Führer in seinem „Kampf" die Ostorientierung als die vielleicht wichtigste Aufgabe des Deutschen Reiches bezeichnet hat, wird der Ostraum Europas zum unlösbaren Glied des deutschen politischen Denkens.

I. Deutschland und Rußland.

Dieses Osteuropa, dem ein so entscheidender Platz in der kommenden Gestaltung der deutschen Politik und Wirtschaft zugewiesen ist, hat die gleiche Bedeutung für die Wahrung der Geschicke des deutschen

Volkes schon immer gehabt. Das hat man jedoch an maßgebender Stelle verkannt und darum auch nicht für notwendig befunden, sich ernstlich mit dem Osten zu beschäftigen. Dies geschah nicht nur aus politischem Fehlblick, sondern auch aus der Enge und Befangenheit des in der traditionellen Westorientierung gezüchteten Vorurteils, nur in den klassischen und westeuropäischen Kulturen die alleinige zweite Bildungsquelle des Deutschen zu sehen. Erst rund 200 Jahre nach dem machtvollen Einbruch Rußlands in den europäischen Staatenverband und rund 100 Jahre, nachdem Rußland Preußens Nachbar geworden war, ist es durch die Bemühungen des Rußlandforschers und Deutschbalten Theodor Schiemann und durch das persönliche Eingreifen Kaiser Wilhelms II. gelungen, im Jahre 1902 an der Berliner Universität das erste Seminar für osteuropäische Geschichte und Landeskunde zu gründen. Dabei kann nicht gesagt werden, daß es jemals an gründlicher deutscher Rußland-Forschung gemangelt hätte. Haben doch deutsche Gelehrte — man denke z. B. nur an Bayer und Schlözer — die russische Geschichtsforschung und Geschichtsschreibung begründet. Das geschah aber nur soweit, als die russische Geschichtswissenschaft sich mit den klassisch-philologischen Studien berührte. Deutsche Rußlandforscher, die handgreiflicher zu Wege gingen, kamen nicht vom Lehrstuhl her. So z. B. der westfälische Freiherr von Haxthausen, der um die Mitte des vorigen Jahrhunderts mit seltenem Blick für die russischen Zustände in seinen Reiseberichten, einem heute noch nicht hoch genug zu schätzenden Werk, ein lebendiges Bild des russischen Lebens entworfen hat, und grundlegende Erscheinungen des russischen Gesellschaftslebens, wie es z. B. der „Mir" gewesen ist, selbst für die Russen erst entdeckte. Die Werke Herbertsteins, des kaiserlichen Gesandten an den Moskauer Fürsten, und des Olearius, des Mitgliedes einer vom Herzog Friedrich III. von Holstein-Gottorp veranlaßten Gesandtschaft an den persischen Hof, boten für das 16. und 17. Jahrhundert tiefe Einblicke in das gesamtrussische Leben. Männer jedoch, wie Herberstein, Olearius, Haxthausen blieben vereinzelt. Die gebildete Welt und auch die verantwortlichen Männer der Politik standen abseits. Die deutschen Universitäten besaßen zwar slawische Lehrkanzeln, so z. B. Breslau schon seit dem Beginn der 40-er Jahre des vorigen Jahrhunderts, die wohl das Lautwesen und die Kasusentwicklung des Slawischen lehrten, nicht aber die Geschichte und den Aufbau des russischen Volks- und Gemeinwesens. So durfte mit Recht der große russische Historiker Ključevskij einmal sarkastisch bemerken, daß man im Westen im Mittelalter von Rußland nicht mehr gewußt hätte als in der Neuzeit. Diese völlige Unkenntnis Rußlands hat sich bitter gerächt, als Deutschland, ohne eigentliche Kenntnis der inneren Lage Rußlands, im Glauben an die ausgehöhlten Formen dynastischer Beziehungen zwischen dem Hause Holstein-Gottorp und den Hohenzollern auf die sogenannte „russische Freundschaft" zu einer Zeit noch vertraute, als die führenden Kreise der russischen Gesellschaft in unbändigem Haß gegen Deutschland aufbegehrten und ungeachtet der „Selbstherrschaft" des russischen Zaren die Politik des Reiches bestimmten; als Deutschland, noch zu einer Zeit, da Rußland schon anderwärts politisch und gesinnungsgemäß sich festgelegt hatte, auf die Möglichkeit eines Zusammengehens mit Rußland rechnete. So konnte es geschehen, daß der in

den „Preußischen Jahrbüchern" Juli 1914 von Delbrück abgedruckte Brief Mitrofanovs, in dem dieser offen und rückhaltlos den tiefen Haß der russischen Gesellschaft gegen das deutsche Volk zum Ausdruck brachte, auf die deutsche gebildete Welt wie ein Blitz aus heiterem Himmel niederschlug. Kaum einen Monat darauf leiteten die Kosakenheere — Ostpreußen plündernd — den Weltkrieg ein. Wenn Bismarck der letzte gewesen ist, dem es noch gelungen war, der deutsch-russischen Beziehungen Herr zu bleiben, so lag das neben seinem politischen Können nicht zuletzt an seinem Wissen um die russischen Verhältnisse, das er sich als preußischer Diplomat in Petersburger Diensten erworben hatte. — Bismarck hatte keinen Erben, und die Stimme eines Theodor Schiemann, der als Deutschbalte in die russischen Verhältnisse Einblick hatte, wurde überhört.

Es war nur selbstverständlich, daß das deutsche Denken, das am Vorkriegsrußland vorbeigeurteilt hatte, erst recht am Bolschewismus versagen mußte. Man sprach von einer unverbrüchlichen Zarentreue des russischen Bauern und vergaß die durch Rußland pilgernden „Heiligen", die dem willig zuhörenden Bauernvolke die Botschaft predigten, daß seit Peter dem Großen in den russischen Zaren der Antichrist wohne. Zu Anfang des Weltkrieges prophezeiten die Svjatoduchovcy — d. h. die Leute vom heiligen Geist, eine Sekte, die sich großer Beliebtheit in der russischen Bauernschaft erfreute — daß der Weltkrieg alle Herrscher, auch das Zarentum, stürzen werde und daß dann endlich für das russische Volk der Tag der Freiheit kommen werde. Wie horchten die russischen Bauern auf, als der Zar gestürzt war und die Bolschewiken die Landverteilung verkündeten! Die Bauern forschten nach alter Gewohnheit in der Bibel, um ihr Gefühl darob zum Ausdruck zu bringen und grüßten Lenin als den Träger des gerechten heiligen Zornes gegen jene, von denen Jesaias prophezeite: „Weh ihnen, die Haus um Haus, Feld um Feld zusammenraffen, daß den Übrigen kein Platz bleibt, als wären sie allein auf dieser Erde." Gewiß: es gab auch Stimmen, die Lenin als den Antichristen zu entlarven wähnten. An solchen Umbrüchen innersten Hoffens und Glaubens ist das russische Volk unendlich reich. So war es auch, als Napoleon in Rußland einfiel und ihm der Ruf vorauseilte, daß der Antichrist ins Land gebrochen sei. Die Kunde — man weiß nicht woher — daß Napoleon das Land unter die Bauern verteilen wolle, genügte, ihn zum Heiland und Erlöser zu zeichnen. — Die Bauernfrage war stets die versteckteste und tiefste Wunde des russischen Staats- und Gemeinwesens. Darum werden wir das heutige Rußland nicht begreifen, solange wir nicht erkennen, daß die von den Schöpfern der bolschewistischen Lehre verkündeten Grundsätze mehr Anklänge an echt russisches Leben boten, als die Gesetze und Maßnahmen der Petersburger Herren. Die religiös geprägte Sehnsucht nach freiem Landbesitz ist der Wesenszug des russischen Bauern. Man hat oft und abstrakt die Religiosität des russischen Menschen zu deuten gesucht, doch nur selten erkannt, wie handgreiflich und dingfest dem russischen Menschen der Glaube ist. Als ein feiner Kenner des russischen Wesens hat sich da-

gegen Lenin erwiesen, welcher der russischen Eigenart eingedenk den Kampf gegen die Kirche — im Gegensatz zu den Linken und Rechten — nur so weit geführt haben wollte, als die überlieferten Gesellschaftseinrichtungen sich mit den religiösen Lehren verknüpften. Und wie der russische Bauer schon so oft anderen Belangen des Staates und der Gesellschaft — jetzt der Industrialisierung um ihrer selber willen — zum Opfer gebracht wurde, so ist er auch jetzt wieder um sein ersehntes Gut betrogen worden. Die Überzeugung: „Man nimmt uns den Segen unserer Arbeit, den Gott schenkt" hat sich tief in die russische Seele geprägt. Und wie schon so oft der russische Bauer Verkündern der „Land"-Freiheit gefolgt ist — was sind die vielen sogenannten Falschzaren denn anderes und was für ein untrüglicheres Zeichen eines wahren Zaren kann es denn geben, als daß er den Bauern Land bringt? — so wird er auch in Zukunft bereit sein, dem zu folgen und den als Herrn anzuerkennen, der ihm die soziale Gerechtigkeit und Freiheit bringt.

So scharf jedes Ostraumdenken diese Entfaltungsmöglichkeit der Dinge ins Auge fassen muß, so steht doch anderseits fest, daß Rußland nicht etwa durch die — heute vielleicht 100 und mehr Millionen zählenden — slavischen Russenbauern bestimmt worden ist, sondern durch jene russische Volksschicht, die — zahlenmäßig gering — in ihrer Herkunft ins Krieger-Nomadentum zurückreicht. Daher jede grundlegende Umgestaltung des gegenwärtigen Rußlands — sofern sie nicht von außen her erzwungen wird — nicht etwa durch ein selbsttätiges Eingreifen des russischen Bauerntums zu erwarten ist, sondern viel eher durch das Aufbrechen neuer „kriegerisch-nomadistischer" — dem Bauerntum Weg und Richtung weisender — Kräfte innerhalb und außerhalb der kommunistischen Partei. Daher ist die Russifizierung der noch nach vielen Millionen zählenden kriegerisch-nomadistischen Völker des russischen Reiches, die fähig sind, dem russischen Staate eine neue unverbrauchte politische Herrenschicht zu stellen, für die künftige politische Gestaltung des Ostraumes als entscheidender Vorgang zu werten. — Das gegenwärtige Denken, das in den Vordergrund der politischen Betrachtung Rasse und Lebensform stellt, lenkt auch die Rußland- und Ostraum-Forschung in fruchtbare Bahnen.

Angesichts der Fülle der im Osten wirksamen geschichtlichen und gegenwärtigen Kräfte und ihrer mannigfaltigen Verknüpfung nach außen gestaltet sich die Ostraum-Forschung zu einem gleichermaßen wissenschaftlichen und politischen Unternehmen. Beides: politisch und wissenschaftlich muß die Ostraum-Forschung bleiben, will sie den gegenwärtigen Ereignissen folgen, ohne selbst in die Gefahr abzugleiten, irgendwelche politische Ideen oberflächlich zu verbreiten, was schließlich alle jene tun, die gegenwärtig ohne eigentliche Kenntnis der russischen Geschichte den Bolschewismus wie eine geschichtlich abstrakte Erscheinung betrachten. Was die Ostraum-Forschung zu einem hervorragend politischen Unternehmen macht, ist, daß sie sich nicht nur auf ein bloßes Beschreiben der Ereignisse im gegenwärtigen Osten beschränken darf, sondern daß sie alle die Kräfte zu erfassen sucht, die

an oder unter der Oberfläche der gegenwärtigen Zustände wirksam sind oder zur Wirksamkeit ausgelöst werden können.

II. Deutschland und Polen.

Von Deutschland aus gesehen, wäre es gegenwärtig ein Fehler, die Ostraum-Forschung auf Osteuropa bezw. Rußland zu beschränken, obwohl gerade von der Rußland-Forschung die Ostraum- Forschung ihren Ausgang genommen hat. Solange Rußland der unmittelbare Nachbar des Deutschen Reiches gewesen ist, war die Gleichsetzung von Ostraum-, Osteuropa- und Rußland-Forschung geboten. Heute liegen zwischen Deutschland und Rußland die neu entstandenen Gemeinwesen der Baltischen Randstaaten und Polen. Die Ostraum-Forschung hätte sich also vor allen Dingen diesen unmittelbar benachbarten Gebieten zuzuwenden und erst in weiterer Folge der Erforschung Rußlands. Doch bleibt ungeachtet der neuen Lage die Notwendigkeit bestehen, die Rußland-Forschung grundlegend zu fordern und zu fördern, weil — was man nie vergessen darf — bis zum Weltkriegsausbruch der größte Teil des heutigen Polens und die Baltischen Randstaaten seit mehr als einem Jahrhundert dem russischen Reich angehörten und die Entwicklungsgeschichte dieser Staaten folglich ein Teil der russischen Geschichte selber ist. Dieser Blick auf den gesamten Ostraum muß umso mehr erhalten bleiben, als das gegenwärtige Rußland, dessen Zukunft noch ganz undurchsichtig ist, derjenige Kraftherd ist, von dessen Schicksal die Gestaltung der Dinge im Osten im weitesten Maße abhängen wird. Wenn man also auf jeden Fall im Auge behalten muß, daß Rußland das entscheidende Glied im Aufbau des europäischen Ostraumes ist, so ist anderseits nicht zu vergessen, daß der wichtigste unmittelbare Nachbar des Deutschen Reiches heute Polen ist, daß somit Polen eine entscheidende Stelle in der deutschen Ostpolitik zufällt und daß von der Bereinigung der zwischen dem deutschen und polnischen Gemeinwesen schwebenden Fragen die weitere Ausgestaltung der politisch-wirtschaftlichen Beziehungen im Ostraum in hohem Maße abhängen. Durch die Vereinbarung zwischen Deutschland und Polen vom 26. Jan. 1934 ist dem deutschen und polnischen Denken für eine Zeit von 10 Jahren die Möglichkeit eingeräumt, befreit von der Hast des Tages und der politischen Tagesempfindlichkeit, in Ruhe den gegenseitigen und gemeinsamen Fragen sich zuzuwenden.

Die Fragen, die in die deutsch-polnischen Beziehungen eingreifen, sind dreierlei Herkunft. Erstens sind es solche, die in der Zerreißung ursprünglich zusammengehörender, vor dem Diktat von Versailles dem deutschen Reichsverbande angehörender Wirtschafts- und Kulturgebiete ihren Ausgang haben. Hierher gehören alle die Fragen, die sich insbesondere durch die Zerreißung Oberschlesiens ergeben haben, und die im engeren und weiteren Sinne in die Gesamtstruktur des deutschen und polnischen Wirtschaftslebens eingreifen. Zweitens solche Fragen, die sich aus der Überschneidung jener Kraftströme ergeben, die durch die frühere Gestaltung und die früheren Bindungen des polnischen Gebietes im europäischen Ostraum gesetzt worden sind, mit jenen, die durch die gegenwärtigen polnischen Macht- und Willensbestrebungen bestimmt

werden. Zu nennen ist hier vor allen Dingen das umbruchartige Herüberwerfen der polnischen Wirtschaft aus der historisch gegebenen und gewachsenen West-Ost-Entfaltung in die Nord-Richtung und aufs Weltmeer hinaus. Und drittens jene Fragen, die der Widerspruch aus der gleichzeitigen Forderung nach autarker Volkswirtschaft und liberalistischer Weltwirtschaft erzeugt, indem man zum Schutze der eigenen Wirtschaft vor der fremden Einfuhr die Autarkie fordert, zur Rettung der eigenen Ausfuhr jedoch mit der liberalistischen Weltwirtschaft rechnet. Ein Widerspruch, in den Polen mit allen jenen Staaten hineingedrängt worden ist, die den Gewaltdiktaten von Versailles, St. Germain und Trianon ihre heutige Gestalt verdanken und deren Gebiete in ihrer ursprünglich kulturellen und wirtschaftlichen Einheit zerschlagen wurden oder aus abgesprengten Teilen ursprünglich kulturell und wirtschaftlich einheitlicher Gebiete zu unorganischen Gebilden zusammengesetzt sind. — Die dritte Quelle der Gegensätze liegt auch dem ersten und zweiten Fragenkreis insofern zugrunde, als im Diktat von Versailles vieles gegen die Mittelmächte nur im Hinblick auf die liberalistische Weltwirtschaft durchgesetzt worden ist. Diese Rechnung ging fehl. Die heutige Wirtschaft geht weder den Weg der vollkommenen Autarkie noch den der liberalistischen Ungebundenheit, sondern sie sucht das Gleichgewicht zwischen beiden Wirtschaftsformen in der Entfaltung zum Wirtschaftsgroßraum. Die Umstellung auf die neuen Tatsachen wird nicht in geringem Maße gerade von jenen „Errungenschaften" gehindert, die seinerzeit als riesige und befreiende Erfolge gefeiert worden sind.

Die Ostraum-Forschung hat über alle derartigen Hemmungen hinwegzugehen und jene Entfaltungsansätze aufzugreifen, die die Notwendigkeit der Ausweitung der mitteleuropäischen Wirtschaft zur Großraumwirtschaft sichtbar machen. Wer glaubt, die einst durch gewaltsame Grenzziehung zerstörten Wirtschaftseinheiten nur durch neue politische Grenzen wiederherzustellen zu können, der mißversteht die Zeit. Nicht eine solche Betrachtungsart schafft die Voraussetzung für eine fruchtbare Erörterung jener Fragen, wie sie in den deutsch-polnischen Beziehungen im Korridor und in Oberschlesien vorliegen.

Was der deutschen Ostraum-Forschung heute den Korridor so betrachtenswert macht, ist nicht der Verlust dieses Gebietes, sondern die Folgen, die sich aus der polnischen Korridorpolitik für die Gestaltung des Wirtschaftsgroßraumes im mittel- und osteuropäischen Raum ergeben und die der deutsche Geschichtsgeograph Vogel folgend für Polen angedeutet hat: „Ob aber die gewaltsame Umstellung und Konzentrierung des polnischen Außenhandels auf Gdingen und die überseeischen Beziehungen nicht auch wieder den natürlichen Bedingungen zuwiderläuft und dem polnischen Gemeinwesen auf die Dauer zum Schaden gereicht . . ."? Diese Gestaltung der polnischen Dinge mit dem Blick auf den gesamten Ostraum zu verfolgen und sich weder vom Augenblickserfolg noch Augenblicksmißerfolg beirren zu lassen, das ist heute eine Aufgabe jeder Ostraum-Forschung.

Die polnische Korridorpolitik steht heute im engsten Zusammenhang mit Oberschlesien, dem für die nächste Zeit wichtigsten Berührungspunkt deutsch-polnischer Wirtschaftsbeziehungen. Denn was Polen veranlaßt hat, in so hohem Maße den Weg nach dem Norden und dem Weltmeer zu suchen, ist nicht in letzter Hinsicht die Besitzergreifung Oberschlesiens und dessen Industrie und Kohle. Für die kommende Klärung der Tatsachen im mittel- und osteuropäischen Wirtschaftsraum wird es nicht unwichtig sein festzustellen, welch bestimmenden Anteil an der Herbeiführung des gegenwärtigen Zustandes der polnischen Wirtschaft das liberalistische Denken gehabt hat, das unter Hintansetzung der polnischen Landwirtschaft, der natürlichen Grundlage des polnischen Gemeinwesens, zu einer übersteigerten Industriepolitik gedrängt hat, die ohne organische Verankerung in der polnischen Gesamtwirtschaft schließlich zu einem Auseinanderfallen der polnischen Wirtschaft führte: in die künstlich aufgehäufte Industrie und die in den natürlichen Verhältnissen des Landes begründete Landwirtschaft. Beide befinden sich heute im Zustand der Krise ohne Aussicht auf eine grundlegende Besserung; beide werden durch staatliche Maßnahmen gestützt und zusammengehalten. Von Dauer ist dieser Zustand nicht. Zu welchem Opfer Polen sich über kurz oder lang entschließen wird, um seine Existenz nicht zu erschüttern, ist eindeutig.

Was für Maßnahmen die polnische Regierung in Oberschlesien gegen das deutsche Kapital und das deutsche Unternehmen auch ergreifen mag, von einem nationalistischen Standpunkt aus wird es immer als eine rein polnische Angelegenheit gewertet werden können. Die gegenwärtig aufbrechende Zeit, die nach Überwindung einer jahrhundertelangen Herrschaft des liberalistischen Individualismus im Staats- und Gesellschaftsleben — was ist nationalistisches Denken (im Gegensatz zum nationalen) denn anderes als liberalistischer Individualismus! — zur organischen Erfassung der zwischenvölkischen Beziehungen zurückzufinden beginnt, wird sich darüber andere Gedanken machen: sie wird an historische Bindungen erinnern, die — wohl durch eine bestimmte Betrachtungsweise verdeckt — dem deutsch-polnischen Verhältnis seit je zugrunde liegen und nie straflos verletzt worden sind und die man auch heute und in Zukunft nicht straflos wird verletzen dürfen.

Die gegenwärtigen auf organische Erfassung der zwischenstaatlichen Beziehungen abzielenden Großraumbildungen finden — wenn auch auf einer anderen Ebene und in anderer Gestalt — ihren Vorläufer in der Einheit der mittelalterlichen christlich-germanischen Welt und der mittelalterlichen Reichsordnung, in der die Kultur-, Staat- und Volkwerdung Polens sich vollzog und von der aus die Geschichte der polnischen Innen- und Außenpolitik in ihren letzten Voraussetzungen und Erscheinungen allein zu begreifen ist. Daß bei der Eingliederung Polens in die christlich-germanische Welt den Deutschen die führende Rolle zufiel, ist der Ausdruck der historischen Stellung Deutschlands und der deutsch-polnischen Raumgemeinschaft. Daß diese Bindung Polens über Deutschland an die abendländische Welt nicht nur eine äußerliche war, ersieht man daraus, daß der Aufbau Polens nur so lange seinen sicheren Weg ging, solange das Einströmen der westlichen

Kultur und diese selbst ungestört blieben. Es wird brüchig in dem Augenblick, in dem der abendländische Kulturstrom unterbunden wird oder selbst in Brüche geht. Das trat ein, als es nicht gelang, auf das gesamte polnische Gebiet das ritterliche Lehnsrecht zu übertragen und König und Adel im germanisch-christlichen Sinne gegenseitig zu binden. Ferner, als Polen, dem ein echter Bürger- und Bauernstand fehlte, es versäumt hatte, durch Einordnung der deutsch-rechtlichen Siedlungen in das polnische Staatsgefüge den ständischen Aufbau Polens im vollen Gliederbau aufzurichten. Vollends ist dies durch die Reformation und Gegenreformation gescheitert, indem das polnische Gemeinwesen, dessen Adel polnisch-katholisch und dessen Bürgertum deutsch und protestantisch war, durch den religiösen Gegensatz und durch die Kämpfe zwischen Adel und Bürgertum sozial auseinanderbrach; was zur Folge hatte, daß der Adel sich nicht nur zum einzigen die Bestimmung des Staatsschicksals innehabenden Stande erhob, sondern daß damit auch eine eigentliche starke und unabhängige Staatsgewalt, die sich allein auf dem Gleichgewicht der Stände hätte erheben können und die später imstande gewesen wäre, dem gesellschaftlich und staatlich verwilderten Adel Einhalt zu gebieten, unmöglich wurde. Wie innerpolitisch, so ist auch außenpolitisch dem polnischen Staatswesen und dem Abendlande zum Verhängnis geworden, daß Polens Außenpolitik unter den Jagellonen, im Gegensatz zu der Kasimirs des Großen, nicht in der Richtung des Kulturstromes gegangen ist, sondern, diesen durchkreuzend, sich nach dem Norden gewendet hat. Das hatte zur Folge, daß Polen nicht nur unfähig wurde, im Kampfe gegen die Osmanen in einer seiner Lage entsprechenden Weise aufzutreten, sondern daß es auch seiner Aufgabe nicht gerecht werden konnte, die in seinem Besitz befindlichen reußischen Gebiete endgültig in den Bestand der abendländischen Gesittung einzugliedern.

Dieser Kulturstrom, der vom Westen und Deutschland her in die Ukraine hineinreichte, wirkt auch heute noch fort. Und es wird nicht in letzter Hinsicht von der Einsicht der polnischen Staatsmänner und dem deutsch-polnischen Einvernehmen abhängen, ob sich auf dem Boden dieser noch gegenwärtig wirksamen Geschichtlichkeit im Bewußtsein echter Kulturtradition die Aussicht eröffnet, jene Erweiterung der abendländischen Welt und jenen abendländischen Großwirtschaftsraum zu schaffen, der notwendig ist für die Gesundung und Sicherung der abendländischen Welt. Angesichts der Tatsache des Hinaufdringens afrikanischen Blutes in Italien und Frankreich ist heute deutlich, daß das Schicksal der abendländischen Gesittung abhängt von der Art des Einvernehmens zwischen dem deutschen und polnischen Volke, von der sittlichen Kraft, Selbstzucht und Einsicht beider Völker.

Allein von der Erfassung der abendländischen Welt als einer Kultureinheit ist auch das richtige Verhältnis zu der gewaltsamen Aufteilung Polens zu gewinnen. Durch die völlige politische Beseitigung Polens ist einer nichteuropäischen Macht — das ist Rußland trotz der petrinischen Reformen stets geblieben — der tiefe Einbruch in die abendländische Welt ermöglicht worden, von dessen verhängnisvoller Tragweite die russischen Ziele im Weltkriege und die Bolschewismusflut eine Vorstellung gegeben haben. Solche Urteilsbildung über die polnische Teilung ist jedoch nur möglich durch Anerkennung der abend

ländischen Einheit als verpflichtender Größe. Einer liberalistischen Gesinnung verschließt sich dieser Tatbestand. Dessen sollte sich nicht nur die polnische Geschichtsschreibung bewußt bleiben und auch so wichtige Beobachtungswarten der deutsch-polnischen Beziehungen im deutsch-polnischen Grenzraum wie das Instytut Śląski in Kattowitz und das Instytut Baltycki in Thorn, sondern auch die gegenwärtige polnische Politik gegenüber dem Deutschtum in Polen.

Welchen Lauf die Dinge nehmen werden, wird schon die nächste Zukunft lehren. Das Jahr 1937, in dem die Bestimmungen der Genfer Konvention ablaufen, wird zeigen, wieweit das Bewußtsein und der Wille zur Großraumbildung fortgeschritten und willens sind feste Gestalt anzunehmen.

Die deutsch-polnische Raumgemeinschaft im Gesamt-Ostraum.

Walter Geisler.

1. Osteuropa und die Schütterzone. 2. Zwischeneuropa und Mitteleuropa. 3. Die Stellung Polens im mitteleuropäischen Raum. 4. Die räumliche Verbundenheit von Reich und Polen. 5. Die Wirtschaftsbeziehungen Polens zu Mitteleuropa. 6. Gedanken über Wirtschaftsbeziehungen zwischen Reich und Polen. 7. Die grundsätzliche Bedeutung des wirtschaftlichen Großraumes.

1. Osteuropa und die Schütterzone.

Die den Weltkrieg abschließenden Friedensverträge haben namentlich infolge ihrer territorialen Bestimmungen keine Befriedung der Völker und Staaten gebracht. Durch die Veränderung der politischen Grenzen sind große Wirtschaftsorganismen zerschlagen worden, die sich im Laufe geschichtlicher Entwicklung herausgebildet hatten. Die Räume sind aber nicht etwa unter Berücksichtigung des so viel gepriesenen Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu neuen lebensfähigen Raumorganismen umgestaltet worden, sondern man hat in der Absicht der größtmöglichen Schwächung der Zentralmächte das mittlere Europa „balkanisiert", also in einzelne kleine Staaten zerlegt und das Deutsche Reich nach Möglichkeit geschwächt. An die Stelle der drei Kaiserreiche ist eine große Zahl von Staaten getreten, von denen die Sovetrepubliken sich nach dem Verlust der westlichen randlichen Gebiete zur Sovetunion zusammengeschlossen haben. Die Weite des Raumes und die historische Entwicklung der ostslavischen Völker haben trotz der furchtbaren Wirren wiederum eine staatliche Einheit erstehen lassen, die zugleich zu einem streng zentralisierten Wirtschaftsorganismus enfaltet worden ist.

Dieser Osteuropäische Raum, der im Großen von den Sovetrepubliken eingenommen wird, bildet nunmehr den Abschluß der europäischen Schütterzone[1]), die man wohl auch als Zwischeneuropa bezeichnet hat.

---

[1]) Kurt Trampler, Die Staaten der europäischen Schütterzone, (in Karl Haushofer, Jenseits der Großmächte. Leipzig u. Berlin 1932).

Die Sache liegt keineswegs so, daß durch die heutigen politischen Grenzen gegen Sovetrußland ein stabiler geopolitischer Zustand geschaffen worden sei. Es wäre eine Aufgabe für sich, die territorialen Probleme längs der Westgrenze von Sovetrußland zu beleuchten. Hier sei nur darauf hingewiesen, daß das Kernland Sovetrußlands, die Russische Bundessovetrepublik, nur auf sehr kurzer Strecke um Leningrad an die Ostsee grenzt, daß im Norden Karelien als autonome Sovetrepublik in breiter Front an Finnland stößt und im Süden Weißrußland und die Ukraine sich zwischen Polen und die Russische Sovetrepublik legen. Es ist bekannt, daß alle drei Staaten in nicht gerade idealer Weise von den westlichen Staaten getrennt sind und auch hier das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht berücksichtigt worden ist.

Jedes Staatswesen, das sich in den weiten Flächen Osteuropas entwickelt, wird über kurz oder lang danach streben, nach der Ostsee und nach dem Schwarzen Meer vorzustoßen, um möglichst nahe an die Bahnen des Weltverkehrs heranzukommen; und der Atlantische Ozean wird stets das wichtigste weltwirtschaftliche Feld bleiben. So wird auf den Staaten, die in der Stoßrichtung des Kraftfeldes Moskau nach diesen Toren des Weltverkehrs liegen, ein dauernder, schwerer Druck lasten.

Ein wesentlich anderes Interesse veranlaßt Sovetrußland dazu, sich auch gegen die mittleren Lagen des europäischen Schüttergebietes zu wenden, also gegen Polen. Auch hier handelt es sich nicht nur um einen Versuch zur Erweiterung des Machtbereiches der Sovetunion schlechthin, sondern um die so überaus wichtige Kontaktzone mit dem Herzen Europas. Polen liegt auf dem Wege zum Reich, und die Machthaber Rußlands haben die größten Anstrengungen gemacht, um dorthin zu gelangen. Denn wenn es ihnen gelang, im Deutschen Reich die Macht zu erringen, war der Weg zur Macht in Europa und zur Weltmacht frei.

Sowjet-Rußland hat nichts unversucht gelassen, dieses Ziel der Herrschaft im Reich zu erreichen. Die kriegerische Unternehmung gegen Polen im Jahre 1920, das die russischen Heere bis vor die Tore Warschaus führte, scheiterte im letzten Augenblick kläglich. Die Polen fühlen sich daher als die Retter der westeuropäischen Kultur und der abendländischen Kirche. Die wirkliche Entscheidung aber ist nicht in dieser Auseinandersetzung zwischen Polen und Sovetrußland gefallen, sondern im Reiche. Erst durch den Sieg der nationalsozialistischen Revolution über die kommunistische Gefahr ist Sovetrußland der Weg nach Mitteleuropa endgültig verlegt worden. Denn wenn in Deutschland der Kommunismus gesiegt hätte, wäre auch Polen unvermeidlich dem gleichen Schicksal verfallen gewesen.

2. Zwischeneuropa und Mitteleuropa.

In diesen jüngsten historischen Ereignissen von ungeheurer Tragweite offenbart sich die Schicksalsverbundenheit Zwischeneuropas mit Mitteleuropa. Wir verfallen nicht in den Fehler, die Raumgebundenheit und den Einfluß der geographischen Faktoren zu überschätzen, wenn wir von einer Raumgemeinschaft sprechen, die das Deutsche Reich mit Polen verbindet. Die geographische Lage eines Lan-

des bedeutet sein Schicksal, und das Deutsche Reich ist mit der Republik Polen nicht nur benachbart im allgemeinen Sinne, sondern beide Staaten sind mit ihrem territorialen Besitz geradezu ineinander verzahnt, wie es nur dann möglich ist, wenn die Natur des Landes in den wesentlichen Zügen ähnlich ist. Beide politischen Einheiten gehören zu Mitteleuropa, dem Großraum im Herzen Europas.

Wir müssen hier von vornherein ein Mißverständnis aus dem Wege räumen. Wenn gesagt wird, daß das Deutsche Reich und Polen eine durch ihre Lage bedingte Raumgemeinschaft bilden, so bedeutet das nicht, daß irgendwelche kulturelle oder gar staatliche Gemeinsamkeiten vorhanden sein müßten oder auch nur erwünscht wären. Es bedeutet aber so viel, daß beide staatlichen Gebilde in wirtschaftlicher Beziehung aufeinander abgestimmt sind und daß es für sie auch gemeinsame politische Interessen gibt. Das ist allein aus der gemeinsamen Zugehörigkeit zum Großraum Mitteleuropa abzuleiten.

Es ist notwendig, daß wir angesicht der überall wachsenden Erkenntnis von der Bedeutung der Lagebeziehungen auch für das Wirtschaftsleben der Staaten uns über den Umfang und die Benennung der Großräume im klaren sind. Für uns sind die Namen Ost- und Mitteleuropa keine vagen topographischen Begriffe, sondern sie haben einen bestimmten Inhalt bekommen. Wenn wir von den Ländern reden, die östlich vom Deutschen Reich liegen, so ist das im wissenschaftlichen Sinne nicht Osteuropa, sondern es handelt sich um Länder und Staaten, die verschiedenen Großräumen angehören. Unsere beiden Hauptfronten sind nun einmal der Osten und der Westen, und es bedeutet geradezu ein Programm, wenn wir davon sprechen, daß unser Blick statt nach Westen, in erster Linie nach Osten zu richten sei. Daher kommt es, daß für viele die Einstellung nach Osten soviel bedeutet als die Einstellung nach Osteuropa. Das ist ein Irrtum. Gerade die Stellung Polens zu Rußland muß alle Zweifler überzeugen. Auch rein praktisch gesehen, besteht für die Anbahnung von Geschäftsverbindungen der fühlbare Unterschied zwischen Osteuropa und den Staaten der Schütterzone, die wir als Teil Mitteleuropas gekennzeichnet haben.

Auch die Begriffe Land und Landschaft erhalten jetzt geopolitisch ganz bestimmte Bedeutung. Ein Land ist stets ein künstlich durch den Menschen abgegrenzter Teil der Erdoberfläche, das sich von einer Landschaft als einer natürlichen Raumeinheit unterscheidet. Als Ideal muß es bezeichnet werden, wenn die Begriffe Land und Landschaft sich in ihrem Umfange decken. Dies ist in Mitteleuropa nicht der Fall, und deshalb gibt es so viel politische Reibungspunkte, die nicht ohne Gefahr für den Fortbestand des europäischen Friedens sind. Zur Klarstellung des Unterschiedes zwischen den Begriffen Land und Landschaftsraum sei nur darauf hingewiesen, daß die Begriffe Deutschland als Landschaftsraum und Deutsches Reich als Land sich nicht decken. An Mitteleuropa als Großraum haben nicht nur Deutschland und Polen, sondern auch noch andere Länder und Landschaften Anteil.

3. Stellung Polens im mitteleuropäischen Raum.

Beschränken wir uns auf die Erörterung des gegenseitigen Verhältnisses des Deutschen Reiches und der Republik Polen, also zweier Län-

der bzw. Staaten, und lassen wir dabei das Problem der territorialen Abgrenzung zwischen den beiden Staaten außerhalb der Untersuchung. Das Problem der Grenzziehung zwischen den beiden Staaten kann man von rein wissenschaftlichem Standpunkt aus behandeln. Ich selbst habe zu verschiedenen Malen dazu Stellung genommen und versucht, Material zu dieser schwierigen und empfindlichen Frage zur Verfügung zu stellen[2]). Ich habe aber auch schon früher betont, daß eine Kritik an der Ostgrenze des Reiches keineswegs eine Verständnislosigkeit gegenüber den Belangen des neuerrichteten Staates Polen bedeutet[3]). Eine Erwähnung dieser Grenzziehungsfragen ist an dieser Stelle notwendig, um zu begreifen, daß sie bis zum Abschluß des Zehnjahrespaktes eine vernunftgemäße Erörterung der großen gemeinsam zu lösenden Fragen nicht zuließen, geschweige denn eine gedeihliche wirtschaftliche Zusammenarbeit ermöglichten. Die Grundlagen dieser Zusammenarbeit, wie sie durch die Lagebeziehungen und die auf natürlicher Ausstattung und kultureller Betätigung beruhende Wirtschaftsstruktur der beiden Länder gegeben sind, aufzuweisen, soll im folgenden versucht werden.

Wir sprachen davon, daß beide Staaten in enger Verflechtung miteinander im Raume Mitteleuropa liegen. Der Begriff Mitteleuropa vermittelt manchen Polen eine verdächtige Vorstellung von einem deutschen Expansionsprogramm. So behauptet H. Bagiński[4]), daß in dem Namen Mitteleuropa eine politische Tendenz stecke, daß die Ostgrenze, ursprünglich durch die Wasserscheide zwischen Oder und Weichsel gekennzeichnet, „nach den letzten deutschen Theorien schon jenseits der Flüsse Düna und Dnjèpr gelegen sein." Er aber müsse sich der Auffassung E. Romers[5]) anschließen, wonach die einheitliche ausgebreitete russiche Platte Osteuropa sei, der vielgestaltige, verschieden alte Rest aber Westeuropa. Dieser Ansicht ist entgegen zu halten, daß die moderne Geographie eine Aufteilung der Erdteile in Großräume nicht mehr ausschließlich nach orographischen Gesichtspunkten vornimmt, sondern die Wesenheit der Räume zu ergründen sucht und diese ausschlaggebend sein läßt. Es besteht selbstverständlich eine solche Trennungslinie zwischen Osteuropa und dem übrigen Europa; sie wird gerade in der Gegenwart durch die politischen Verhältnisse stark unterstrichen, aber das übrige Europa ist keine Wesenseinheit in dem Sinne, wie es Osteuropa ist, es muß weiter untergeteilt werden. Es ist doch völlig unmöglich, den fennoskandinavischen Schild und das Mittelmeergebiet einer Raumindividualität einordnen zu wollen, oder Spanien und

---

[2]) Walter Geisler, Die Weichsellandschaft von Thorn bis Danzig, Braunschweig 1922. — Schlesien als Raumorganismus. Heft 1: Zur Wirtschaftsgeographie des Deutschen Ostens. Breslau 1932. — Die Sprachen und Nationalitätenverhältnisse an den Ostgrenzen des Deutschen Reiches. Erg.-Heft 217 zu Petermanns Mitteilungen, 2. Aufl. 1934.

[3]) Walter Geisler, im Vorwort zur Publikationsreihe „Zur Wirtschaftsgeographie des deutschen Ostens", Heft 1, Breslau 1932; ferner in dem Aufsatz „Der Osten und unsere Zeit", Ostdeutscher Naturwart, 5. Jahrg., Heft 4, Liegnitz 1934.

[4]) Henryk Bagiński, Zagadnienie dostępu Polski do morza. Warschau 1927.

[5]) Wie er sie im 1. Bande der „Polnischen Enzyklopädie" zum Ausdruck gebracht hat.

Deutschland zu einer solchen zu stempeln. Wie es ein Osteuropa gibt, so auch ein Nord-, West-, Süd- und Mitteleuropa. Daß Osteuropa räumlich größer ist als jeder der anderen Großräume, ist für die Gliederung völlig belanglos.

Die deutschen Geographen sprechen seit Joseph Partsch[6]) von einem Raum des Dreiklangs von Hochgebirge, Mittelgebirge und Flachland, in dem allerdings das Deutsche Reich den größten Teil einnimmt. Das bedeutet aber nicht, daß politisch die Forderung nach einer Beherrschung des Raumes Mitteleuropa davon abgeleitet wird. An den beiden nicht durch Naturschranken, sogenannte Sperrlandschaften, geschützten Flanken haben sich Übergangslandschaften gebildet, die auf der politischen Karte deutlich durch eine Zone mehr oder weniger großer Staaten gekennzeichnet sind. Die Individualität der randlich gelegenen Landschaften und Länder ist in erster Linie durrch die Formen der Kulturlandschaft zu erweisen. Schon aus dieser Erwägung heraus ist es unmöglich, eine politische Vereinigung der kulturell verschiedenen und national auseinander strebenden Völker wünschen zu wollen.

4. Die räumliche Verbundenheit von Reich und Polen.

Die räumliche Verbundenheit von Reich und Polen zeigt sich am deutlichsten durch die Oberflächengestaltung. Das Mitteleuropäische Flachland, dessen Existenz zugleich eine Stütze für die Begründung der Raumindividualität Mitteleuropas ist, reicht von Flandern bis zur Bug- und Narew-Niederung[7]); es wird überall begrenzt im Norden vom Meer und im Süden vom Mittelgebirge, erstreckt sich also im Osten bis zur Łysa Góra und den Polnischen Mittelgebirgen im südlichen Teile des Weichselbogens. Jenseits der Weichsel aber erheben sich die Karpaten, so daß auch östlich der alten Reichsgrenze noch der Dreiklang von Flachland, Mittelgebirge und Hochgebirge zu spüren ist, wenn auch in sehr abgeschwächtem Maße. Der größte Teil des zum heutigen Polen gehörenden Gebietes liegt zweifellos im Flachlande, das auf weite Strecken Tieflandcharakter trägt, und das Mittelgebirge, über das die Vereisung der Diluvialperiode hinweggegangen war, ist so stark eingeebnet, daß es vielerorts auch landschaftlich den Übergang zwischen Flachland und Mittelgebirge darstellt.

Wie das polnische Mittelgebirge sich nach Tektonik und Aufbau zu den deutschen Mittelgebirgen stellt, so sind die physisch-geographischen Zustände im Flachlande bei feineren Unterschieden im Einzelnen doch in den Grundzügen gleich[8]). In breiter Front grenzt das polnische Flachland an das deutsche an. Die Grenze ist nicht durch sie, sondern durch die kulturgeographischen Sturkturelemente gegeben. Die Gliederung ist daher wie

---

[6]) Joseph Partsch, Mitteleuropa, Gotha 1904. Der Dreiklanggedanke ist auch von Albrecht Penck, Deutschland als geographische Gestalt, in Band „Deutschland" der Akad. d. Naturf., Halle, Leipzig 1928, wieder aufgenommen worden.

[7]) Man vgl. Walter Geisler, Die Gliederung des mitteleuropäischen, insbesondere des norddeutschen Flachlandes (Petermanns Mitteilungen, Gotha 1924 mit farbiger Karte).

[8]) Czesław Kuźniar, Carte géologique de la république polonaise. Maßstab 1:2 500 000. Instytut Kartograficzny imienia E. Romera.

im norddeutschen Flachlande in ostwestlich gerichteten Längszonen durchzuführen, wobei die Depression der Weichsel-Bug-Pripet-Niederungen die polnische Diluviallandschaft durchzieht und die Hauptachse des Landes darstellt. Diese Linie, die sich nach Westen in der Warthe-Netze-Niederung fortsetzt, ist aber nicht der Lebensnerv des heutigen polnischen Staates, im Gegenteil erweist sich diese Linie, je weiter wir nach Osten kommen, um so mehr als eine Trennungslinie, bis wir in den Pripetsümpfen die Grenzlandschaft von Weißrussen, Ukrainern und Polen vor uns sehen. Das Handels- und Verkehrszentrum Warschau liegt im Mittelpunkt der Diluvialplatten Kongreßpolens am südlichen Rande des großen Staubeckens, wo die verschiedenen Landschaftsteile des Flachlandes zusammenstoßen. Südwestlich liegen die dicht besiedelten Teile Polens, nordöstlich die dünn besiedelten. Die Trennungslinie verläuft etwa in der Richtung Plock, Warschau, Lublin und Tarnopol. Das Gesicht Polens ist also dem Reiche und den Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns zugewandt. Da jedoch der direkte Weg nach Süden durch den Wall der Karpaten versperrt ist, so finden wir die Tatsache vor uns, daß sich der gesamte Verkehr Polens nach dem Reiche und nach der Mährischen Pforte, wendet.

5. Die Wirtschaftsbeziehungen Polens zu Mitteleuropa.

Romer[9]) sieht in dieser Grundtatsache in erster Linie den Einfluß der Wirtschaftsbeziehungen der ehemals preußischen und österreichischen Teile des heutigen Polen mit dem Reich bzw. mit dem alten Österreich. Er findet es sonderbar, daß heute noch 45% des gesamten polnischen Außenhandels über Land durch die beiden dicht beieinander liegenden Zollstationen Teschen und Seibersdorf, also durch den engen „schlesischen Hals", wie er sagt, geht. Durch die Mährische Pforte gehen nach der Tschechoslowakei als direkte Einfuhr oder als Transitware 25 mal größere Mengen als über alle sieben Zollstationen zusammen, die an der alten ungarischen Grenze liegen. Anstatt in dieser Tatsache eine ganz natürliche Folge der Verkehrsspannung zwischen Galizien und Böhmen-Österreich zu sehen, glaubt Romer einen politischen Druck dafür als Grund annehmen zu müssen. Nach ihm habe Österreich eifersüchtig darauf gewacht, daß Galizien zur ausschließlichen Kolonie Österreichs wurde, zu einer Dependence, die Wien mit Lebensmitteln versah und die Industrieprodukte Wiens und des habsburgischen Tschechiens aufnahm.

Eines solchen Druckes hat es aber gar nicht bedurft. Wenn Galizien ausführen wollte, so waren diese Länder die gegebenen Abnehmer für seine Erzeugnisse, nämlich Vieh, polnische Pferde und Schweine, alles Fleisch und den Eierhandel. Daß es sich um einen ganz natürlichen Vorgang handelt, sieht man am besten daraus, daß dieser eingefahrene Weg über Seibersdorf für ein größeres Hinterland Bedeutung zu gewinnen beginnt, er übt seine Anziehung aus auf Kielce und Lublin, sogar auf

[9]) Eugenjusz Romer, Die Grundprobleme der Wirtschaftsgeographie Polens. Vortrag auf dem Internationalen Geographenkongreß in Warschau. Vgl. auch „Czas" Nr. 234 v. 26. 8. 1934.

Wolhynien und Posen. Romer deutet dies als ein wichtiges Anzeichen für die Zerstörung der Schranken im Binnenhandel Polens. Ich möchte es für ein wichtiges Anzeichen dafür deuten, daß Galizien als Lieferant für zusätzliche Nahrungsmittel für die westlichen Donaugebiete nicht einmal ausgereicht und daß in der Vorkriegszeit die alte russische Grenze einen gesunden Wirtschaftsaustausch behindert hatte.

Ein noch regerer Warenaustausch hat nach Romer zwischen dem damals preußischen Anteil und dem Reich bestanden. Diese Gebiete waren durch die tüchtige preußische Verwaltung — wie Romer meint —, die niemals mit dem Verlust dieser Gebietsteile rechnete, zu einer Kornkammer Preußens entwickelt worden. Dieser dadurch eingeführte starke Umschlag namentlich nach Berlin würde weiterbestanden haben, wenn nicht der sogenannte Zollkrieg diese Wirtschaftsverbindungen unmöglich gemacht hätte. Wo aber Waren in Frage kommen, die durch den Zollkrieg nicht berührt wurden, so finden wir längs der ganzen Grenzlinie, also im Gegensatz zum Südwesten auf allen 25 Zollstationen, mehr oder weniger gleichmäßig den westpolnischen Handel mit Deutschland.

Auch in dieser Tatsache, die die Aufgeschlossenheit des Landes nach dem Reiche eindringlich vor Augen führt, sieht Romer die Folgen der von Berlin aus gehenden Organisation des Handels, und 15 Jahre polnischer Unabhängigkeit haben auf diesem Gebiet zu keinen Änderungen geführt. Man muß sich auch hier fragen, ob nicht die umgekehrte Folgerung aus den Tatsachen gezogen werden sollte, nämlich, daß nun auch andere Teile Polens, also Kongreß-Polen, sich an der Ausfuhr von Erzeugnissen nach dem Reiche beteiligen sollten. Welch anderes aufnahmefähiges Land, so müssen wir da fragen, liegt günstiger als das Reich? Wo anders also soll denn Westpolen seine landwirtschaftlichen Erzeugnisse ausführen?

In welcher Weise das heutige Westpolen seine Wirtschaftskraft steigern kann, führt Romer selbst an. Die Tatsache des Monopols Westpolens mit Produkten der landwirtschaftlichen Industrie ist nach ihm ein Kennzeichen seiner höheren Kultur. Der Verbrauch von Kleie ist ein Zeichen für das Verhältnis der Getreideproduktion zur Intensität der Viehzucht. Westpolen braucht sehr viel mehr Kleie als es erzeugen kann, und diese Kleie bezieht es aus allen Teilen Polens. Westpolen erzeugt 15 v. H. der Kleie, verbraucht aber 42 v. H. der polnischen Gesamterzeugung. Da das übrige Polen nur 23 v. H. der Kleie benötigt, können 35 v. H. der polnischen Erzeugung über Westpolen nach dem Reiche ausgeführt werden. Ähnlich wie mit der Kleie steht es mit dem Handel mit Stroh, dessen die hohe Landwirtschaftskultur Westpolens stark bedarf, während der Verbrauch in Gesamtpolen nicht groß ist.

6. Gedanken über Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Reich und Polen.

Die Ausführungen Romers weisen dem Handel und der wirtschaftlichen Entwicklung Polens die richtigen Wege und sind dazu angetan, ängstliche Gemüter in Deutschland zu beruhigen, die glauben, daß wir eine Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, insbesondere nach Ostdeutschland, nicht brauchen können. Abgesehen davon, daß die Erzeugnisse nicht notgedrungen in Ostdeutschland zu bleiben brauchen,

sehen wir aus den Erörterungen Romers, daß es auch eine natürliche und sehr wünschenswerte Verkehrsspannung zwischen Gebieten mit intensiver und extensiver Landwirtschaft gibt. Was Romer von dem Verhältnis der abgetretenen Gebiete zum übrigen Polen gesagt hat, brauchen wir nur auf das Verhältnis des Reiches zu Polen anzuwenden, um den rechten Weg zu einem Wirtschaftsaustausch zu finden. Es zeigt sich, daß gemeinsame wirtschaftliche Interessen bestehen, die namentlich in Anbetracht der engen Nachbarschaft der Gebiete zum Segen für beide Teile entwickelt werden können. Sie beruhen auf der verschiedenen Wirtschaftsstruktur selbst innerhalb des landwirtschaftlichen und bäuerlichen Lebens und der verschiedenen Auswertbarkeit des Raumes selbst.

Das ist aber nur die eine Seite der Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Reich und Polen. Erst wenn wir die beiden Wirtschaftsorganismen als zwei Einheiten betrachten, wird uns die Fülle der wirtschaftlichen Beziehungen klar, die von Natur aus zwischen beiden bestehen. Es ist die Aufgabe der verantwortlichen Persönlichkeiten, diese bestehende Wirtschaftsspannung auch wirklich zur Auslösung zu bringen. Auf die Dauer werden beide Wirtschaftsorganismen den schwersten Schaden erleiden, wenn aus irgend welchen Gründen der durch Lage und Struktur gegebene Austausch nicht auch wirklich getätigt wird.

Die Wirtschaftsspannung ist dadurch gegeben, daß der Wirtschaftsorganismus des Reiches sein besonderes Gepräge durch die Industrie erhält, Polen aber ein vorwiegend landwirtschaftlicher Organismus ist. Die neuesten zur Verfügung stehenden statistischen Werte geben folgendes Bild[10]):

Die Erwerbspersonen nach Wirtschaftsabteilungen

Deutsches Reich (1933)			Polen (1921)		
Land- u. Forstwirtschaft	Industrie u. Bergbau	Handel u. Verkehr	Land- u. Forstwirtschaft	Industrie u. Bergbau	Handel. u. Verkehr
Grundzahlen in Tausend					
9343,5	13 050,9	5931,3	10 269,9	1506,9	762,6
Verhältniszahlen					
28,9	40,4	18,4	76,2	11,2	5,7

Diese Zahlen, so überzeugend sie für sich allein auch sprechen, erhalten erst den richtigen Wert, wenn man sich die Lage Polens zu den übrigen Nachbarstaaten vergegenwärtigt, die sämtlich Agrarstaaten sind. Das Reich ist also auch bezüglich der Verkehrslage das beste Absatzgebiet für bestimmte Erzeugnisse der polnischen Landwirtschaft. Infolge des vertragslosen Zustandes kommt diese Tatsache seit den letzten Jahren nicht zum Ausdruck. Wenn trotzdem 1933 noch 32700 To. Roggen und 13830 To. Gerste aus Polen[11]) eingeführt worden sind, so dürfte das auf die

[10]) Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 53. Jahrg. Berlin 1934. Im Petit Annuaire Statistique de la Pologne, IVe année, Warschau 1934 sind die Werte etwas verschieden. Für Polen sind die Verhältniszahlen dort 72,3 — 10,3 — 5,5 — für das Reich 27,2 — 36,9 — 14,7.

[11]) Angaben nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich. Berlin.

Sonderbestimmungen zurückzuführen sein, die seit dem Genfer Abkommen vom Jahre 1922 für Oberschlesien noch bestehen.

Das allgemeine Bild der Handelsbeziehungen ergibt, daß in den letzten Jahren Ölfrüchte und Ölkuchen sowie Eier aus Polen eingeführt wurden. Als weiterer wichtiger Posten kommen Holzarten wie Bau- und Nutzholz sowie Holz zu Holzmasse mit einem Gesamtwerte von 9,35 Mill. RM. in Frage. Der Wert der gesamten Einfuhr betrug nur 55,9 Mill. RM., das sind 1,3% der Gesamteinfuhr. Damit hat der Handel mit Polen seinen Tiefstand erreicht, und es tritt kraß das Ungesunde der Wirtschaftslage in die Erscheinung.

Wählen wir zum Vergleich Jahre vor dem sogenannten Zollkrieg. Im Jahre 1923 betrug der Wert der Gesamteinfuhr 470,6 Mill. RM., im Jahre 1924 auch noch 402 Mill. RM. Davon entfielen in diesem Jahre auf Lebensmittel 50,6 Mill. RM., und zwar standen an erster Stelle Eier mit 13,7 Mill. RM. und Fleisch, Speck, Fleischwürste mit 6,3 Mill. RM. Einen großen Anteil hatten damals noch Gemüse mit 6,1 und Kartoffeln mit 6,9 Mill. RM., auch Speisebohnen, Erbsen, Linsen, ferner Gerste und Roggen. Man sieht aus dieser Aufstellung, daß beiderseits der Gedanke an eine Planwirtschaft noch nicht bestanden hat und die ausgefahrenen Gleise zwischen den abgetretenen Gebieten und dem Reiche, von denen Romer spricht, noch stark begangen waren. Wie anders ist es zu erklären, daß noch 173 900 to Kartoffeln aus Polen eingeführt wurden, wo wir im Reiche davon Überfluß haben. Dagegen war die Einfuhr von Mais mit 3466 to sehr gering.

Unbeschadet der Bestrebungen, sich in der Ernährung möglichst unabhängig zu machen, können sich doch, wie wir gesehen haben, die beiden Staaten bezüglich der landwirtschaftlichen Erzeugung aufeinander einstellen. Es kommt nur darauf an, daß dies sinnvoll geschieht, also Polen sich — selbstverständlich nach Befriedung seines eigenen Bedarfs — im Anbau von Erzeugnissen nach dem deutschen Markt richtet. Getreide und Kartoffeln haben wir selbst, Polen hat aber auch an diesen Erzeugnissen dank der Wirtschaftsstruktur seines Landes, in dem das Kleinbauerntum überwiegt, gar keinen Überfluß. Dagegen müssen wir aus Übersee noch große Mengen tierische und pflanzliche Fette einführen, die wir von unserem Nachbarn beziehen könnten.

Auch bezüglich der Rohstoffe und halbfertigen Waren ist bei vernunftgemäßer Wirtschaftsplanung ein günstiger Austausch möglich. Hier sind die Verschiedenheiten vor und nach der Kündigung der Handelsverträge besonders groß; denn vorher betrug die Einfuhr von Steinkohle und ihren Nebenprodukten fast die Hälfte der Gesamteinfuhr. So wurden 1923 noch 8,8 Mill. to und im nächsten Jahre 6,6 Mill. to Steinkohle eingeführt. Bei Zink liegen die Dinge anders, waren doch sämtliche Hüttenbetriebe bei der Teilung verloren gegangen. 1933 wurden 40 460 t Zink nach Deutschland eingeführt. Der Einfluß der Oberschlesischen Verhältnisse ist hier also ausschlaggebend. Diese können hier nicht näher erörtert werden, jedenfalls kann man nicht sagen, daß der polnisch-schlesische Kohlen- und Metallbezirk eine beonders große Rolle beim Zusammenschweißen Polens gespielt habe. Auch ohne Oberschlesien vermag Polen sowohl dem Reich wie anderen beträchtliche Mengen an halbfertigen

Waren und Rohstoffen, und zwar aus der Land- und namentlich aus der Forstwirtschaft zu liefern, ohne dabei von der allgemeinen Wirtschaftslage so abhängig zu sein, wie es bei den Erzeugnissen des Bergbaus und der Schwerindustrie der Fall ist.

Es ist gewiß richtig, daß es sich bei den Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Polen in erster Linie darum handelt, daß landwirtschaftliche gegen Industrieerzeugnisse ausgetauscht werden. Das beweisen die Statistiken aller Jahre seit der Wiederaufrichtung des polnischen Staates[12]). Von Massenartikeln kommen nur die Einfuhr von Steinen und Erden nach Polen in Frage. Wertmäßig stehen Chemikalien an erster Stelle. Es ist aber festzustellen, daß während des vertragslosen Zustandes Polen in gesteigertem Maße seinen Bedarf an Fertigfabrikaten in anderen Staaten zu decken versucht hat. Das ist der Fall bei Textilwaren, Papier, Automobilen und selbst bei Maschinen[13]). Je intensiver aber der Austausch zwischen den beiden Nachbarstaaten gestaltet wird, um so größer wird auch der Anteil der deutschen Fertigwaren an der polnischen Einfuhr werden müssen.

Wir müssen uns bei der Frage der Handelsbeziehungen vor Verallgemeinerungen hüten, die nur geeignet sind, Unruhe und Mißtrauen zu stiften. Es wird stets auch Fertigwaren geben, die das Reichsgebiet aus Polen beziehen wird, und eine Einfuhr deutscher Industriewaren bedeutet kein Vernichtungsfeldzug gegen die polnische Industrie. Auch hier kommt es auf eine vernunftgemäße Planung an, auf ein Zusammenarbeiten und nicht auf ein Gegeneinanderarbeiten.

Die ersten Schritte auf diesem Wege sind mit dem Abschluß des Zehnjahrespaktes zwischen dem Deutschen Reich und Polen bereits getan. Die während des vertragslosen Zustandes durchgeführten Kampfmaßnahmen sind damit hinfällig geworden. Es treten wieder die allgemeinen Zolltarife in Kraft, wenn es auch meines Wissens zum Abschluß von Meistbegünstigungs-Verträgen noch nicht gekommen ist. Im einzelnen gibt es noch viele Probleme zu lösen, die in erster Linie in den Folgen der Aufteilung Oberschlesiens zu suchen sind. Die Interessen des Bergbaus und der Schwerindustrie sind in vieler Hinsicht entgegengerichtet. So ist es bekannt, daß Polen ebenso wie der Osten des Reichs große Schwierigkeiten in der Schrottversorgung hat und daß namentlich die Eisenindustrien beider Länder bezüglich der Absatzgebiete ihrer Erzeugnisse in Konkurrenz geraten. Durch Sonderabkommen versuchen die beteiligten Kreise eine beiden Teilen in gleicher Weise dienende Lösung zu finden.

7. Die grundsätzliche Bedeutung der wirtschaftlichen Großräume.

Es kann auch nicht geleugnet werden, daß es namentlich im Wirtschaftsleben Kräfte gibt, die sich nicht dem Großraumgedanken ohne weiteres unterordnen lassen. Darauf kommt es auch nicht an. Es kann garnicht das Ziel sein, die Weltwirtschaft durch dieses System der Groß-

[12]) Man betrachte das eindrucksvolle Kartenbild Nr. 27 Handel Zagraniczny wzoku 1927 (Commerce extérieur en 1927) in Rzeczpospolita Polska, Atlas Statystyczny (La République polnaise, Atlas statistique) Warschau 1930.

[13]) Petit Annuaire Statistique de la Pologne, IVe année, Warschau 1934.

wirtschaftsräume abzulösen. Das würde eine Verarmung der Welt an Kulturgütern und eine unbeabsichtigte Abschließung bedeuten, ganz abgesehen davon, daß es nur in besonders günstigen Fällen zu erreichen sein wird, daß sich der Großwirtschaftsraum über alle Klimazonen erstreckt, die alles erforderliche Rohmaterial zum Wirtschaftsaufbau liefern, und daß die notwendigen Kraft- und mineralischen Rohstoffe in jedem Wirtschaftsraum in genügender Menge vorhanden seien. Wie jeder der einzelstaatlichen Wirtschaftsorganismen seine volle Selbständigkeit innerhalb des Großwirtschaftsraumes behält, so wird es auch stets einen Austausch zwischen den Großwirtschaftsräumen der Erde geben, weil sie sich gegenseitig ergänzen müssen.

Die Bedeutung der Raumgemeinschaften liegt darin, daß das Kraftfeld eines jeden Staates durch die gegenseitige Ergänzung und Stützung so gestärkt wird, daß der wirtschaftliche Wettstreit mit den anderen Staaten umso erfolgreicher durchgeführt werden kann. Anstatt daß jeder Wirtschaftsorganismus seine Kraft dadurch verzehrt, daß er einen Kampf aller gegen alle zu führen hat, soll durch verständnisvolle Planwirtschaft mit den durch Lage schicksalsmäßig verbundenen Staaten die Wirtschaftskraft eines jeden der beiden Organismen erhöht werden.

Der Gedanke der Großraumwirtschaft ist an sich nichts Neues. Schon in der Vorkriegszeit bahnte sich die Bildung von überstaatlichen Wirtschaftsgebieten an. Nach dem Weltkriege tauchte unter dem Druck der allgemeinen Wirtschaftskrise der Gedanke eines Paneuropa auf, wobei in den einzelnen Staaten der Wille hierzu sehr verschieden stark war und die Meinungen über Inhalt und Umfang des Begriffes sehr geteilt waren[14]). Unbestreitbar lagen die Beweggründe in der veränderten Lage der Staaten Europas gegenüber der übrigen Welt. Die Kolonialstaaten hatten sich kräftig entwickelt und infolge der Isolierung von den Mutterländern bezüglich der Industrien selbständig gemacht. Der alte Zustand, nach dem die außeneuropäischen Staaten und Kolonien die Rohstoffe an Europa lieferten und diese die Fertigfabrikate ausführten, war für immer dahin.

Der Gedanke eines Paneuropa konnte keine greifbare Gestalt annehmen, weil nur die Besorgnis als Triebfeder zu spüren war, nicht aber ein organischer und dynamischer Grundgedanke. In Wirklichkeit gilt es nichts Positives, was alle Staaten Europas einigen könnte. Die Interessen der einzelnen Staaten sind zu verschieden und wurzeln nicht in demselben Raum. Abgesehen von Rußland haben auch die Staaten des übrigen Europa nicht die gleichen Ziele; Mitteleuropa steht den Kolonialmächten des Westens gegenüber; es hat seine eigenen Probleme zu lösen, an denen es mit eiserner Energie selbst zu arbeiten hat.

Wir kehren somit zu unseren Ausgangsgedanken zurück. Durch die Lage im Raum sind das Reich und Polen aufs engste zu einer Schicksalsgemeinschaft verbunden. Die jüngsten historischen Ereignisse, der Kampf gegen den Bolschewismus, haben dies der Welt nachdrücklich vor

---

[14]) Karl C. v. Loesch, Paneuropa (in Karl Haushofer, Jenseits der Großmächte. Leipzig u. Berlin 1932).

Augen geführt. Nun gilt es, daß diese Erfahrung auch auf das wirtschaftliche Leben übertragen wird, damit daraus eine wahrhafte Schicksalsgemeinschaft wird, die über bloße Handelsbeziehungen hinausgeht. Man kann mit entfernten und anderen Kulturkreisen angehörenden Staaten gleichfalls Handelsbeziehungen pflegen, aber diese werden niemals dazu beitragen können, ein tieferes Verständnis für diese Länder in uns zu erwecken. Ganz anders liegen die Dinge zwischen benachbarten und räumlich verbundenen Staaten. Hier sind die gegenseitigen Beziehungen so eng, liegen Möglichkeiten gegenseitiger Ergänzung so klar zu Tage, daß sich trotz überlieferter und vielfach von außen hereingetragener Gegensätzlichkeiten in großen und kleinen Einzelfragen doch schließlich die gemeinsame Linie finden muß, die zu wirtschaftlichem Aufstieg führt.

Internationale Abmachungen und theoretische Gruppenbildungen können die politische und wirtschaftliche Gesundung nicht bringen. Die Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gegenseitigkeit muß sich organisch und dynamisch entwickeln. Es wird sich dann ganz von selbst ergeben, welche Staaten sich zu der Wirtschaftsgemeinschaft Mitteleuropa zusammenschließen werden.

Das Agrarproblem in Polen.

Wichard Hahn.

I. Agrarreform. II. Agrarkrise. III. Kampf gegen die Krise; Die letzten Entschuldungsgesetze. IV. Ausblick.

I. Agrarreform.

Die Wirtschaftsverhältnisse sämtlicher Staaten Osteuropas sind in der Nachkriegszeit von Grund auf verändert worden. Aus großen Wirtschaftsorganismen sind kleine voneinander abgeschlossene Länder entstanden, die den Kampf um die Zukunft nicht nur in politischer, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht in die eigene Hand nahmen. Und da in fast allen Staaten das Bevölkerungsproblem eine übergeordnete Rolle in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Beziehung spielt, so stand man hier im Osten Europas vor der Frage der Unterbringung des Bevölkerungsüberschusses in den volkswirtschaftlichen Produktionsprozeß. So ist es erklärlich, daß in sämtlichen Agrarstaaten des Ostens die brennende Frage der Verteilung des Bodens in den Vordergrund geschoben wurde, und daß man den Landhunger der Landarmen und Kleinbauern durch eine umwälzende Agrarreform stillen wollte. Von den einzelnen Regierungen wurde die Reform noch aus einem anderen Grunde gefördert. Überall galt es die Agrarreformgesetze als ein durchgreifendes Mittel im Kampfe gegen die nationalen Minderheiten anzuwenden, um ihnen mit Hilfe der sanktionierten Enteignung die materielle Existenzmöglichkeit zu rauben. Da den Gesetzen in den einzelnen Staaten von vornherein dieser Zweck zugedacht war, ist es verständlich, daß die Agrargesetze in den verschiedenen Ländern gerade in diesem Sinne besonders beeinflußt wurden, und

die Verschiedenartigkeit der einzelnen Gesetzgebungen nicht nur aus den besonderen Agrarverhältnissen der verschiedenen Gebiete zu erklären ist, sondern gleichzeitig den nationalpolitischen Kampf des Staates gegen seine Minderheiten widerspiegelt. Ferner ist noch zwischen der Gesetzgebung an sich und der Anwendung der Bestimmungen zu unterscheiden, wobei der Charakter des Kampfes um den Boden noch viel deutlicher zu Tage tritt. So wird besonders in Polen die Agrarreform nicht im ganzen Lande schematisch durchgeführt, sondern sie wird in den drei Teilgebieten nicht nur in wirtschaftlicher sondern auch in einer den politischen Verhältnissen entsprechenden Differenzierung zur Ausführung gebracht. Wenn man daher die polnische Agrarreform einer Würdigung unterziehen will, so ist es unumgänglich zunächst die Besitzverhältnisse in den einzelnen Teilgebieten zu charakterisieren. Da die Betriebsgrößen in den Teilgebieten Polens vor 1918 nicht einheitlich erfaßt worden waren und die einzelnen Erhebungen der Teilungsstaaten in verschiedenen Jahren durchgeführt wurden, so soll nachstehend die erste polnische Betriebsgrößenstatistik vom Jahre 1921 angegeben werden, um ein Bild der landwirtschaftlichen Betriebe in den verschiedenen Gebieten Polens zu geben. Zu erwähnen ist hierbei, daß diese Statistik, da sie im Jahre 1921 erhoben worden ist, natürlich nicht ein ganz klares Bild der Betriebsverhältnisse in der Zeit der Wiederherstellung Polens verschafft. Auf der anderen Seite bietet aber die einheitliche Erfassung genauere Vergleichsmöglichkeiten der strukturellen Verschiedenheiten der landwirtschaftlichen Verhältnisse in den Teilgebieten Polens.

Landwirtschaftliche Betriebe in Polen nach den Größenklassen auf Grund der Zählung von 1921.

Bezeichnung	Insgesamt	Betriebe mit einer Gesamtfläche von ha unt. 2	2-5	5-20	20-50	50-100	üb. 100
		Zahl der Betriebe in Tausend					
Polen . . .	3 262	1 109	1 002	1 045	76	11	19
Wojewodschaften							
Zentrale	1 224	271	364	550	29	3	7
Östliche	585	80	210	268	20	3	4
Westliche	279	123	41	85	22	4	4
Südliche	1 174	635	387	142	5	1	4
		Zahl der Betriebe in von Hundert					
Polen . . .	100	34,0	30,7	32,0	2,3	0,4	0,6
Wojewodschaften							
Zentrale	100	22,1	29,7	44,9	2,5	0,2	0,6
Östliche	100	13,7	35,9	45,8	3,4	0,5	0,7
Westliche	100	44,1	14,7	30,5	7,9	1,4	1,4
Südliche	100	54,1	33,0	12,1	0,4	0,1	0,3

Leider kann der Betriebsgrößenzählung von 1921 noch nicht eine entsprechende Statistik aus neuerer Zeit gegenübergestellt werden, damit die Betriebsgrößenverschiebungen in den Teilgebieten klar zu Tage treten. Eine gute Charakteristik der polnischen Agrarverfassung vor der Reform wird von Dr. Hellwege in seinen Ausführungen: „Agrarverfassung und Agrarreform in Polen" gegeben. Dort heißt es, „daß der private Großgrundbesitz in Kongreßpolen und Westgalizien — dem eigentlichen

ethnographischen Polen — nur ein Fünftel der Gesamtfläche beträgt, während die Gebiete in denen er stärker war (in den Ostmarken 31,5%, Ostgalizien 25,7%, preußischer Anteil 36,3%) zugleich die Wohnsitze der weißrussischen, ukrainischen oder deutschen Minderheiten sind, sodaß etwa $^2/_3$ der landwirtschaftlichen Fläche des größeren Privateigentums im Siedlungsgebiet der Minderheiten liegen." So zielt die Reform in erster Linie auf die Verbreiterung des polnischen Siedlungsraumes hin. Im Westen liquidierte man vornehmlich den deutschen Großgrundbesitz und setzte polnische Siedler in den neuen Parzellen an, und im Osten und Süden mußte der polnische Großgrundbesitz sein Land zur Ansiedlung von Bauern hergeben, die nicht den ortsansässigen Minderheiten angehörten, sondern aus dem ethnographischen Polen stammten. Auf diese Weise tritt also keine Abnahme der Landnot und Erleichterung der Bevölkerungsspannung in den Ostgebieten Polens ein, obgleich der Bevölkerungszuwachs der dort ansässigen Minderheiten bedeutend höher ist als der Zuwachs bei der polnischen Bevölkerung.

Wenn es zur Zeit noch nicht möglich ist ein genaues Bild der Betriebsgrößenverschiebung zu geben, so können wir das Ausmaß der Agrarreform in Polen an der Siedlungstätigkeit feststellen, über die bis zum Jahre 1933 genaue Angaben des Statistischen Hauptamtes der Republik Polen vorliegen. Sieht man von der Arbeiter-, Beamten- und Stadtrandsiedlung ab, so sind in der Zeit von 1919—1933 im ganzen 123 900 neue selbständige Siedlungen geschaffen worden (1931 . . 4800; 1932 . . 3600; 1933 . . 3900) und 401 400 Bauern haben in derselben Zeit Landzulagen zum Auffüllen der Anliegerstellen erhalten (1931 . . 26 800; 1932 . . 20 200; 1933 . . 18 900). Für diese Tätigkeit sind in den angegebenen Jahren 1 185 700 ha für selbständige Siedlungen (1931 . . 45 700; 1932 . . 30 000; 1933 . . 37 500) und 829 800 ha zum Auffüllen (1931 . . 51 800; 1932 . . 33 800; 1933 . . 35 000) aufgeteilt worden. Im ganzen sind also durch die Agrarreform in den oben angegebenen Jahren 2 015 500 ha neu verteilt worden. Wohl hat sich das Tempo der Siedlungstätigkeit durch den immer größer werdenden Kapitalmangel im Vergleich mit früheren Zeiten in den letzten Jahren verlangsamt. Daher ist die Agrarreform in Polen noch lange nicht als abgeschlossen anzusehen. Erst in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres ist von dem Wirtschaftskomitee des polnischen Ministerrates ein Entwurf des Landwirtschafts- und Agrarreformministeriums über die Durchführung eines „Fünfjahresplanes" genehmigt worden, in dem in den kommenden fünf Jahren die Parzellierung von weiteren 225 000 ha vorgesehen ist, von denen etwa 40% in den westlichen Gebieten erworben werden sollen. Allein aus der Tatsache, daß bis zum heutigen Tage das Schwergewicht der Agrarreform auf dem ehemals preußischen Teilgebiet ruht, ist eine politische Richtung noch nicht zu entnehmen. Ganz anders gestaltet sich das Bild, wenn die Auswirkung der Reform auf den polnischen bzw. auf den deutschen Großgrundbesitz vor Augen geführt wird. Hierbei geht klar hervor, daß die Regierung trotz der politischen Verständigung auf den Gebrauch der Agrarreformgesetze als Kampfmittel gegen die Minderheiten noch nicht verzichtet hat. So sah der Parzellierungsplan für Pommerellen für das Jahr 1934 im ganzen 1 475 ha vor, von denen 1 032 ha allein auf den deutschen Großgrundbesitz entfielen. Das Endergebnis des verflossenen Jahres war aber noch

viel härter. Am Ende des Jahres 1934 waren nur in der Wojewodschaft Pommerellen 5 905 ha von 21 deutschen Besitzern rechtskräftig enteignet worden, wobei es sich in diesen Fällen um den kleineren und mittleren Großgrundbesitz handelt.

Mit der Behandlung der reinen Siedlungstätigkeit ist das Wesen der Agrarreform noch nicht erschöpft dargestellt. Das Ziel der Agrarreform war, die Landnot des polnischen Dorfes zu beseitigen. Diese Frage ist von der Reform bisher noch nicht gelöst worden. Polen ist ein Land, das im Durchschnitt der Jahre 1924—1933 einen Geburtenüberschuß von 15,3 auf 1000 Einwohner hatte. Bei einer Bevölkerung von 32 Millionen (1931) bedeutet das einen jährlichen Bevölkerungszuwachs von etwa einer halben Million Menschen, die zum weitaus größten Teile von dem Lande stammen. Ein Bild von der Dichte und dem Bevölkerungszuwachs in den einzelnen Teilgebieten können wir der amtlichen polnischen Bevölkerungsstatistik entnehmen.

Bevölkerungsdichte und Bevölkerungsüberschuß in Polen.

Wojewodschafts-gruppen	Auf 1 qkm entfallen Einwohner			Stadtbevölkerung in v. H.		Geburtenüberschuß auf
	30. IX. 1921	9. XII. 1931	1. I. 1934	30. IX. 1921	9. XII. 1931	1000 Einw. 1929—1931
Polen	70	83	85	25	27	14,5
Wojewodschaften						
Zentrale	83	98	100	31	33	14,2
Östliche	34	45	47	13	14	18,2
Westliche	87	96	98	28	34	13,5
Südliche	96	108	111	20	23	13,1

Das Problem des Bevölkerungszuwachses besteht nun darin, diesen jährlichen Überschuß irgendwie in den volkswirtschaftlichen Produktionsprozeß einzuschalten, um den neuen Menschenmassen Arbeit zu geben. Zwei Wege sind möglich: Industrie und Landwirtschaft. Seit jeher ist die Industrialisierung Polens gerade unter dem bevölkerungspolitischen Gesichtspunkte betont und gefördert worden. Auch hier haben die Verhältnisse einen Riegel vorgeschoben. Die niedergehende Konjunktur hat auch die polnische Industrie nicht unversehrt gelassen, sodaß die bestehenden Anlagen nicht mit voller Kapazität arbeiten können. Daher finden wir in den Industriezentren Polens eine Arbeitslosenzahl, die besonders in der letzten Zeit bedeutend zugenommen hat. So ist dieser Weg für die Aufnahme des Bevölkerungsnachwuchses für die nächste Zeit versperrt, denn solange die heutigen Industrieanlagen nicht voll ausgenutzt werden können, ist auch an einem weiteren Ausbau großen Stils der Industrie in Polen nicht zu denken, um der immer größer werdenden Bevölkerung Arbeit zu verschaffen. Hinzu kommt noch, daß für einen derartigen Ausbau ungeheuere Summen an Kapital von Nöten sind, die zur Zeit nicht aufgebracht werden können. Diese Anschauung wurde auch in dem schon erwähnten Antrage des Landwirtschafts- und Agrarreformministeriums über den Fünfjahres-Plan vertreten, und daher mit aller Energie eine Beschleunigung der Siedlungstätigkeit gefordert. Sicher stehen in Polen zur Zeit noch große Landmengen zur Verfügung, so daß solange dieser Vorrat reicht, gesiedelt werden kann. Hier setzt die mehr

und mehr abnehmende siedlungsfähige Landmenge aber einmal eine Grenze: So kann man zur Zeit zwar notdürftig Abhilfe schaffen, doch findet dieser Weg einmal sein definitives Ende. Daher kann die Agrarreform in Polen wohl im Augenblick den Landhunger notdürftig befriedigen, auf lange Sicht gesehen stellt sie keine endgültige Lösung dar, weil durch die Siedlungsmöglichkeit das ganze Bevölkerungsproblem nur zeitlich hinausgeschoben wird. Erschwert wird die Siedlungstätigkeit noch dadurch, daß zum Siedeln viel Kapital notwendig ist, um den neu geschaffenen Betrieben die Möglichkeit einer richtigen Wirtschaftsweise zu geben. Auch diese Frage gestaltet sich in der heutigen Zeit des Kapitalmangels und bei den geringen Mitteln, die die Siedler mitbringen, immer schwieriger und beeinträchtigt nicht nur das Siedlungstempo, sondern ebenfalls die Ausstattung der neuen Siedlungsbetriebe.

Für das Verständnis der Agrarreform in ihren Folgen auf die ganze Wirtschaft ist eine Betrachtung dieses Problems von der rein volkswirtschaftlichen Seite notwendig. In Polen begann man mit der Reform zu einer Zeit als die Landwirtschaft besonders seiner Ostgebiete durch die langen Kriegswirren geschwächt war und eine kapitalbildende Aufbauzeit benötigte, um die in Krieg und Nachkriegszeit entstandenen Schäden wieder gut zu machen. Bei einer Reform werden aber bestehende Wirtschaftsbetriebe zerschnitten und damit stehendes Kapital, welches noch wirtschaftlich arbeiten könnte, vernichtet. Dieser Vernichtung auf der einen Seite steht ein erhöhter Kapitalbedarf zum Aufbau der neuen Siedlungen gegenüber, der von der gesamten Wirtschaft getragen und aufgebracht werden muß. Werden nun in einer Zeit, in der man die ganze Kapitalbildung für die wirtschaftliche Überwindung der durch Krieg und Nachkriegszeit entstandenen Schäden einsetzen muß, gleichzeitig große Kapitalmengen für die Durchführung einer strukturellen Veränderung wie einer Agrarreform verwendet, so entsteht auf diese Art eine doppelte Belastung des ganzen wirtschaftlichen Lebens, die den Wiederaufbau erschwert. Sicher ist das bei der Agrarreform investierte Geld keine Fehlinvestition, aber die Amortisation dieser Summen wird bei den bestehenden Voraussetzungen nur schwer möglich sein. Vor allen Dingen können die Amortisierungspläne nur dann erfüllt werden, wenn man den neuen Arbeitsstätten — also der Landwirtschaft — Absatzmöglichkeiten verschafft. In Polen tritt zu diesen Veränderungen der Landwirtschaft gleichzeitig der Ausbau der Industrie hinzu, der — sofern nicht ausländisches Kapital zur Verfügung stand — nur auf Kosten der Landwirtschaft durchgeführt werden konnte. So wurde die industrielle Einfuhr abgesperrt und die Landwirtschaft mußte für industrielle Erzeugnisse hohe Preise bezahlen, während sie selbst nur niedrige Erträge aus ihren Produkten erzielte. Durch eine derartige Wirtschaftspolitik wird der Kreislauf der Güter allmählich zum Stillstand gebracht, denn auf dieser Grundlage läßt sich auf die Dauer der Austausch der von Industrie und Landwirtschaft produzierten Waren nicht durchführen. Bei einem Niedergang des Wirtschaftslebens tritt dann die Strukturveränderung deutlich hervor, weil es sich hier nicht um krisenartige Verlagerung sondern um regelrechte Folgen des Strukturumbaues handelt, wobei Krise und Strukturverschiebung in gleicher und zwar lähmender Wirkung das ganze Wirtschaftsleben beeinflussen.

II. Agrarkrise.

So hat sich die Lage in Polen mit dem Einbruch der Weltwirtschaftskrise von Jahr zu Jahr verschlechtert. Ein Land, dessen Bevölkerung zum weit größten Teil von der Landwirtschaft lebt, ist auf den Absatz seiner Agrarprodukte angewiesen. Durch das Angebot überseeischer Produkte, die zu einem Preise auf den Markt gebracht wurden, der weit unter den Gestehungskosten der polnischen Landwirtschaft lag, ist Polen mit seinen landwirtschaftlichen Erzeugnissen mehr und mehr vom Weltmarkt zurückgedrängt worden. Durch die Handelspolitik des gegenseitigen Abschlusses der Staaten von der Weltwirtschaft ist dieser Absatzrückgang noch mehr verstärkt worden. Der polnische Bauer, der mit seinen Erzeugnissen auf dem Markt erschien, erhielt von Jahr zu Jahr geringere Preise, weil sich durch den verringerten Export die landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf dem Binnenmarkt stauten. Hand in Hand mit dem Preisverfall ging die Kaufkraft der Landwirtschaft zurück, so daß auch die neu aufgebaute Industrie in Polen zur Arbeitseinstellung gezwungen wurde. Auch die Senkung der Preise für industrielle Erzeugnisse hat bisher keine Hilfe geschaffen, da sich die „Preisschere" immer mehr zu Ungunsten der Landwirtschaft in Polen öffnete. In demselben Maße wie die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse zurückgingen, nahm auch der Wert des Bodens ab; damit stieg rellativ die Verschuldung der Landwirtschaft, so daß Zinsendienst und Amortisation auf immer größere Schwierigkeiten stießen, bis es den Bauern unmöglich wurde ihren Verpflichtungen nachzukommen. So haben sich die Verhältnisse auf dem Lande von Jahr zu Jahr verschlechtert und zwingen den polnischen Landwirt zu einer abgeschlosseneren und extensiveren Wirtschaftsweise, durch die die Ernährung der breiten Massen auf dem Lande schlechter geworden ist.

Ein Beispiel für die Abkehr von der intensiven zur extensiven Wirtschaft auf dem Lande bietet uns die Statistik für den Absatz von Kunstdünger in Polen.

Absatz von einigen inländischen künstlichen Düngemitteln in Polen (1929—1933).

Wirtschaftsjahre	Polen insgesamt t	Wojewodschaften				
		zentrale	östliche	westliche		südliche
		kg auf 1 ha Ackerland				
		Superphosphat				
1929/30	176 983	9,5	10,0	2,7	22,2	7,3
1930/31	114 193	6,2	6,8	1,8	12,5	5,2
1931/32	85 288	4,6	6,2	0,9	6,0	4,5
1932/33	66 074	3,6	3,7	0,6	5,6	4,8
		Sylvinit				
1929/30	108 185	5,8	3,4	0,8	25,2	2,5
1930/31	63 203	3,4	2,1	0,5	13,6	1,9
1931/32	41 654	2,8	1,2	0,3	9,7	1,2
1932/33	40 062	2,1	1,1	0,3	9,3	1,2
		Kainit				
1929/30	101 300	5,5	3,8	0,6	22,3	2,3
1930/31	75 169	4,1	2,8	0,5	16,1	1,9
1931/32	51 685	3,0	1,9	0,3	11,3	1,2
1932/33	65 339	3,5	2,5	0,3	14,2	1,5

Ein Beispiel für den Rückgang des Konsums in den einzelnen Gebieten Polens kann man aus der amtlichen polnischen Verkaufsstatistik für Salz und Zucker in den Jahren 1927 bis 1933 entnehmen.

Absatz von Salz und Zucker in Polen 1927—1933.

Jahre	Polen	Wojewodschaften zentrale	östliche	westliche	südliche
			1.000 t		
		Zucker			
1927	317,8	154,3	26,8	66,9	69,8
1928	351,0	166,7	31,1	76,6	76,6
1929	361,0	171,0	30,6	79,1	80,3
1930	349,8	169,6	29,7	75,2	75,3
1931	322,6	159,3	25,3	68,3	69,7
1932	293,6	145,4	23,8	63,0	61,4
1933	282,9	139,0	22,8	62,2	58,9
		Salz			
1927	307,5	130,8	53,8	38,2	84,7
1928	285,4	122,1	48,5	35,6	79,2
1929	301,8	128,1	53,0	36,8	83,9
1930	301,9	129,0	54,0	37,7	81,2
1931	290,0	124,2	50,6	38,8	76,4
1933	275,7	123,2	45,8	38,5	68,2

Sämtliche Preissenkungsaktionen haben bisher keine Besserung bringen können. Von hier aus kann das Problem auch niemals eine Lösung erfahren, weil das polnische Dorf auch bei geringen Nachlässen der Preise industrieller Erzeugnisse immer noch nicht in die Lage gesetzt wird, kaufen zu können. Bei dem ganzen Problem der Agrarkrise in Polen geht es auch nicht allein um die Fragen des hohen oder niedrigen Preises. Solange der polnische Bauer nicht in der Lage ist einen festen Absatz für seine Erzeugnisse zu finden, spielt es für ihn auch gar keine Rolle, wie hoch die Preise für Industriewaren sind, da er sie unter den heutigen Voraussetzungen sowieso nicht erwerben kann, denn wenn das Verhältnis der Agrarpreise zu den Preisen der industriellen Fertigwaren wie 53:100 ist, dann reichen die Preissenkungsaktionen nicht mehr aus, um den Wirtschaftskreislauf zu beleben. Hand in Hand mit dem wirtschaftlichen Niedergang hat sich die Arbeitslosigkeit auf dem Lande ausgebreitet. Zahlenmäßig kann die Zahl der Arbeitslosen der Landwirtschaft nicht angegeben werden, da die polnische Arbeitslosenstatistik nur die industrielle Arbeitslosigkeit erfaßt. Nach den Berichten, die die Verhältnisse auf dem flachen Lande schildern, muß nicht nur die Zahl der gänzlich zum Feiern gezwungenen Arbeitskräfte sehr hoch sein, sondern der wirtschaftliche Niedergang hat auch eine Reihe von landwirtschaftlichen Betrieben gezwungen, ihre Arbeitskräfte nicht mehr voll zu beschäftigen und auszunützen. So wirft die Wirtschaftskrise das Problem der sozialen Frage im verstärkten Maße wieder empor, da die mit Hilfe der Agrarreform erzielten Erfolge durch den wirtschaftlichen Niedergang wieder zunichte gemacht worden sind. Da es sich aber nicht nur um einen kunjunkturellen Abschwung handelt, sondern um eine regelrechte strukturelle Verschiebung — Verlust der Absatzmärkte für landwirtschaftliche Erzeugnisse — so wirkt sich die Schwere dieses wirtschaftlichen Niederganges besonders auf die breiten

Massen der Landbevölkerung aus. So harrt das Problem der sozialen Frage in Polen weiterhin auf eine Lösung, die sich unter den geschilderten Voraussetzungen in der heutigen Zeit immer schwieriger gestaltet.

Die vorhergegangenen Ausführungen haben sich bisher nur mit der Agrarreform, den mit ihr verbundenen Zielen und wirtschaftlichen Folgen befaßt. Ferner sind die Einflüsse der Wirtschaftskrise in ihren Auswirkungen auf die gesamte polnische Landwirtschaft dargestellt worden. Bei der Bedeutung dieser ganzen Frage für die polnische Wirtschaftspolitik konnte die polnische Regierung den Niederbruch der agrarischen Konjunktur nicht ohne Hilfe zu bringen weiter schreiten lassen. So sind im Verlaufe der letzten Jahre eine Reihe von Hilfsmaßnahmen getroffen worden, denen wir jetzt unsere Aufmerksamkeit zuwenden.

III. Kampf gegen die Krise; die letzten Entschuldungsgesetze.

Bei der Intervention des Staates in der Agrarpolitik mit dem Ziele der Landwirtschaft Absatz und Rentabilität zu verschaffen, waren verschiedene Möglichkeiten vorhanden. So wurden Schutzzölle, Zollrückerstattungen beim Export, Interventionskäufe und Konzentration der Ausfuhr angewendet, um den Absatz und die Wirtschaftlichkeit der ländlichen Betriebe aufrecht zu erhalten. Durch die immer größer werdende Versteifung auf dem Weltmarkt konnten diese Mittel nicht allein Hilfe bringen, und so propagiert man heute mit allem Nachdruck die Umstellung in der landwirtschaftlichen Anbautätigkeit, um eine größere Vielseitigkeit in den einzelnen Fruchtarten zu erhalten. Besonders wird der Anbau von Faserpflanzen und Ölfrüchten und die Erweiterung des Obstanbaues gefordert. Bei den schwierigen außenhandelspolitischen Verhältnissen ist gerade der Anbau dieser Pflanzengattung für die Aufrechterhaltung einer aktiven Handelsbilanz in Polen von größter Wichtigkeit, wobei für den Landwirt der Vorteil verbunden ist, die Anbauflächen der schlecht Absatz findenden Produkte zu verringern, um dafür Faser- und Ölpflanzen anzubauen, bei denen ihm ein sicherer Verkauf ermöglicht wird. Sicherlich ist die Umstellung der landwirtschaftlichen Anbautätigkeit im Sinne eines autarkischen Ausbaues der polnischen Volkswirtschaft von größter Bedeutung. Dieser Umbau kann jedoch nicht von heut auf morgen durchgeführt werden, sondern läßt sich nur Schritt für Schritt vollziehen. Gleichzeitig kostet eine solche Umstellung ebenso wie die übrige Interventionstätigkeit des Staates Geld, das unter den heutigen Bedingungen nicht genügend vorhanden ist. Daher haben auch die Interventionsmittel des Staates unter diesem Mangel zu leiden gehabt und nicht die Erfolge gezeitigt, die man von ihnen erwartete. So war es trotz der intervenierenden Hilfe des Staates nicht möglich, den Preisverfall in Polen zum Stillstand zu bringen. Die polnische Landwirtschaft konnte durch die abnehmenden Einkünfte aus dem Verkauf ihrer Produkte den finanziellen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen, so sah sich der polnische Staat gezwungen, weitgehende Umschuldungsaktionen vorzunehmen.

Es wurde schon erwähnt, daß der Konjunkturniedergang eine Abwertung sämtlicher landwirtschaftlicher Werte mit sich brachte, und ein relatives Steigen der landwirtschaftlichen Verschuldung verursachte. Hier griff die Regierung mit Entschuldungsgesetzen ein. Durch die wirtschaft-

lichen Verhältnisse wurden diese Maßnahmen immer wieder überholt und neue Wege mußten beschritten werden, um die Landwirtschaft von der wachsenden Schuldenlast zu befreien. Im Oktober des vergangenen Jahres entschloß sich die Regierung zu einer Neuordnung der landwirtschaftlichen Schulden, bei der alle möglichen Wege der Erniedrigung der auf dem Landwirt lastenden Schulden benutzt wurden. Zum Zwecke der besseren Erfassung und der Abstellung der Entschuldungsmaßnahmen auf die verschiedenen Belange der Betriebsgrößen werden in dem neuen Entschuldungsgesetz die landwirtschaftlichen Betriebe in drei Kategorien eingeteilt. Der Gruppe A gehören sämtliche Wirtschaften bis zu 50 ha an, die Gruppe B bilden die Betriebe von 50 bis 500 ha und zur Gruppe C gehören sämtliche Wirtschaften über 500 ha. Bei dieser Einteilung hat sich das Finanz- und Landwirtschaftsministerium vorbehalten in besonderen Bezirken Betriebe bis zu 100 ha zur Gruppe A bzw. bis zu 1000 ha zur Gruppe B zu rechnen. Außerdem ist noch eine weitere Erhöhung der Flächen in besonderen Gebieten um 30% vorgesehen, sodaß in besonders zu bestimmenden Zonen landwirtschaftliche Betriebe bis zu 130 ha zur Gruppe A und bis zu 1300 ha zur Gruppe B einbezogen werden können.

Grundsätzlich soll die Ordnung der landwirtschaftlichen Schulden durch folgende Mittel vorgenommen werden: Erniedrigung der Schuld, Verteilung auf Raten, Herabsetzung des Zinsfußes, Konversion auf langfristigen Kredit, Ermäßigung der Schuld bei vorterminmäßigen Zahlungen. Die größte Herabsetzung (um die Hälfte) der Schulden ist bei den Forderungen zu Gunsten des Umsatzfonds der Agrarreform, die meistens aus Resten des Kaufpreises entstanden sind, vorgesehen. Daher kommt diese Ermäßigung in erster Linie den kleineren Betrieben der Gruppe A zugute. Für die gewährten Anleihen zur Durchführung von Meliorationen ist ebenfalls ein Abwerten der Schuldsumme verordnet worden, und zwar soll die Belastung eines Hektars nicht mehr als 350 Zl. betragen. Auf diese Weise ist der Staat in der Herabsetzung der Schulden mit gutem Beispiel vorangegangen und hat auf dieser Grundlage auch weitgehende Forderungen an die privaten Gläubiger der Landwirtschaft stellen können. Für die Abwertung landwirtschaftlicher Schulden bei privaten Gläubigern ist das Schlichtungsamt zuständig, vor dem die Auseinandersetzung zwischen Schuldner und Gläubiger stattfindet. Auch hierbei ist eine Milderung des Restes des Kaufpreises vorgesehen, sofern der Verkauf in der Zeit vom 1. Januar 1926 bis 1. Juli 1932 rechtlich abgeschlossen worden war. In all diesen Fällen berechnet das Schlichtungsamt, wieviel mit den bisher geleisteten Raten abgezahlt worden ist, und stellt den nach den heutigen Verhältnissen noch ferner zu zahlenden Restbetrag fest. Ebenso kann der Pachtzins vom Schlichtungsamt heruntergesetzt werden, wenn er für die heutige Zeit als zu hoch befunden wird. Die Ratenzahlung der vor dem 1. Juli 1932 bei privater Hand entstandenen Schulden wird durch das Gesetz auf 28 gleiche Raten verteilt, sofern die Besitzer der Gruppe A und B angehören. Für die Gruppe B sind kraft Gesetzes einige Lockerungen vorgesehen. Auf Antrag eines Interessenten kann die gesetzliche Bestimmung der Ratenverteilung der Schuld in den Fällen durch Entscheidung des Schlichtungsamtes aufgehoben werden, wenn die Verschuldung des Betriebes 75% der Schätzungsnorm überschreitet. In diesen Fällen können vom Schlichtungsamt andere Verteilungen der Ratenzahlungen

bzw. auch die sofortige Zahlung der Schuld gefordert werden. Bei den zur Gruppe C zu rechnenden Betriebe wird die Umschuldung durch Antrag der Besitzer beim Schlichtungsamt eingeleitet, sofern die Verschuldung bei einem Besitz von 500—1000 ha 50%, von 1000—2000 ha — 40% und bei über 2000 hat nicht 30% überschreitet. In diesen Fällen bestimmt das Schlichtungsamt die Ratenzahlung, wobei die Schuld in 14 Jahren getilgt sein muß.

Einer besonderen Regelung unterliegen die Schulden (mit Ausnahme von Emissionsbriefen und Obligationen) bei den Kreditinstituten, mit denen besondere Konversionsverträge abgeschlossen werden.

Die Herabsetzung des Zinses erfolgt unter denselben Bedingungen wie die Ratenverteilung bei den verschiedenen Besitzgruppen (also bei den Gruppen A und B). Auch hier ist bei der Gruppe B im Falle einer 75% übersteigenden Verschuldung keine Zinsermäßigung vorgesehen. Ebenso wird mit den Besitzern der Gruppe C verfahren, bei denen das Schlichtungsamt die Zinshöhe in den einzelnen Fällen bestimmt, sofern die oben angegebene Verschuldung nicht überschritten ist. Die Zinshöhe kann sich nach dem Gesetz zwischen 3 und 4½% bewegen.

Von besonderer Bedeutung ist die Bestimmung, daß innerhalb von drei Jahren nach Veröffentlichung dieser Verordnung Schulden an Privatpersonen in einen langfristigen Emissionskredit umgelegt werden können. So kann der Landwirt seine Verpflichtung aus Hypotheken oder Sicherungshypotheken dadurch abgelten, daß er den Gläubigern Pfandbriefe, die an erster Stelle im Grundbuch eingetragen werden, zum Kurse von al pari übergibt, die der Gläubiger anzunehmen verpflichtet ist. Diese Art der Konversion kann bei den Betrieben der Gruppe A und B bis zu 50% des Schätzungswertes der Immobilien des Betriebes ausmachen, bei den Gütern der Gruppe C mit einer Fläche bis zu 2000 ha 40% und bei einer 2000 ha übersteigenden Fläche 30%. In gewissen Fällen kann vom Finanzministerum diese Grenze bis zu 50% auf alle Gruppen ausgedehnt werden. Allein die Kreditinstitute sind von dem Zwang dieser Konversion befreit. Hier schafft das Gesetz ebenfalls eine Abhilfe, die zwar dem Landwirt nicht direkt so doch auf dem Wege über die Akzeptbank zu Hilfe kommt. Diese Bank erteilt an Kreditinstitute auf Grund der Unterlage von konvertierten landwirtschaftlichen Schulden Kredite, sodaß durch diese Lösung der Ausschluß der Kreditinstitute bei der zwangsmäßigen Annahme konvertierter, landwirtschaftlicher Schulden ausgeglichen wird.

Mit Hilfe der Bonifikation wird ferner ein weiteres Mittel zur schnelleren Abzahlung landwirtschaftlicher Schulden erreicht. Diese Bonifikation besteht darin, daß man dem Landwirt der Gruppe A — sofern er seine jährlichen Raten bezahlt hat — das Recht einräumt, daß jede von ihm geleistete Summe zu 150% dieser Sume von den Schulden in Abzug gebracht wird, wenn die Schuld vor dem 1. Juli 1932 entstanden war. Eine weitere Art der Bonifikation besteht darin, daß die Besitzer sämtlicher Gruppen in den ersten drei Jahren ihre Verpflichtungen mit Wertpapieren abtragen können, sofern die Schuldsumme größer als 500 Zl. ist und gleichfalls vor dem 1. Juli 1932 bestanden hat. Dabei wird das Finanzministerium jeweils die Gattung der Wertpapiere und deren Kurse festsetzen mit denen landwirtschaftliche Schulden abgezahlt werden können.

Bei den weitgehenden Begünstigungen des Landwirtes gegenüber seinen Gläubigern, sind auf der anderen Seite die Bestimmungen bei Verletzung nach Neuordnung der Zahlungsverpflichtungen äußerst streng. So wird die ganze Summe sofort zahlbar, wenn der Landwirt zwei aufeinander folgende Raten der umgeschuldeten Summe nicht geleistet hat und als letztes Mittel droht ein Liquidationsverfahren. Dieses Verfahren wird nur bei den Besitzungen der Gruppe B und C angewendet, während für die Landwirte der Gruppe A die gewöhnlichen, rechtlichen Bestimmungen bei Einstellung der Zahlungsverpflichtungen in Anwendung kommen. Das Liquidationsverfahren kann von dem Schuldner selbst, von den Gläubigern und von der Finanzverwaltung beantragt werden, wenn Steuern und öffentliche Leistungen über ein Jahr rückständig sind. Nachdem der betreffende Betrieb unter Aufsicht gestellt worden ist, sieht das Verfahren folgende Möglichkeiten vor: Stundung der Zahlungstermine oder Verteilung der Summe auf Raten, Verringerung der Schuldsumme und der Zinsen, Parzellierung des ganzen Gutes oder eines Teiles, Bezahlung der Schuld durch Pfandbriefe, Übernahme durch die Gläubiger zur Deckung der ganzen Schuld oder eines Teilbetrages, und den freien Verkauf des ganzen Gutes bzw. eines Teiles. Der Liquidationsvertrag kommt zustande, wenn drei Fünftel der Stimmen (die nach einem besonderen Schlüssel festgelegt sind) bzw. ein Viertel der Gläubiger für den Vertrag stimmen. Für den Fall, daß der Vertrag nicht zustande kommt, oder vom Schlichtungsamt nicht bestätigt bzw. für ungültig erklärt wird, wird das Liquidationsverfahren eingeleitet und das Gut zur Versteigerung angeboten. Bei Erfolgslosigkeit der Versteigerung übernimmt der Staat die betreffende Wirtschaft zu 50% des geschätzten Wertes, der in staatlichen Rentenbriefen ausgezahlt wird.

IV. Ausblick.

Die polnische Landwirtschaft knüpft an die Folgen der neuen Entschuldungsmaßnahmen neue Hoffnungen. Sicherlich sind diese Erwartungen bei den weitgehenden Ermäßigungen der Schuld berechtigt. Das Hauptproblem wird durch diese gesetzlichen Hilfsmaßnahmen jedoch nicht berührt. Nach wie vor steht die Frage des Absatzes für den polnischen Landwirt offen. Von den Verkaufsmöglichkeiten hängt aber das Leben — oder Nichtlebenkönnen der polnischen Landbevölkerung ab. Sämtliche Interventionsmaßnahmen der Regierung haben bisher für die Dauer keine Hilfe gebracht, weil Polen als Agrarland auf den Export seiner landwirtschaftlichen Produkte angewiesen ist, da der innere Markt nicht das ganze Angebot aufnehmen kann. Auf der anderen Seite gibt das Bevölkerungsproblem diesen ganzen Fragen eine besonders wichtige Note. Die Agrarreform, mit deren Hilfe man die wirtschaftliche Not der Dorfbevölkerung lindern will, kann nicht ad infintum weiter geführt werden. Sie ist zunächst nur eine Zwischenlösung in der Einreihung der Landbevölkerung Polens in den Arbeitsprozeß, der erst dann in Gang kommen kann, wenn man für die landwirtschaftlichen Produkte einen Absatzmarkt findet, der bei der Umstellung der heutigen Welt in große Wirtschaftsräume nur in den industriellen Staaten Mitteleuropas zu suchen ist. Damit gewinnt auch der Begriff des Raumes für die Außenhandelspolitik Polens eine immer größer werdende Bedeutung, weil von dem handelspolitischen Zusammen-

schlusse Polens mit industriellen Ländern die Lebensmöglichkeit seiner Landbevölkerung abhängig ist. Dann erst wird es möglich sein, die Landnot weiter zu bekämpfen; denn wenn die polnische Landwirtschaft einen sicheren Absatzmarkt in diesen Gebieten gefunden hat, so ist es möglich den Bevölkerungsüberschuß auf dem Lande unterzubringen, und die ländlichen Betriebe zu intensivieren, um wiederum mehr Menschen Arbeit zu verschaffen. Geht aber die polnische Handelspolitik an der Erkenntnis des Raumes vorüber, so schiebt die Agrarreform nur den Zeitpunkt hinaus, an dem die auf dem flachen Lande nicht mehr leben könnende Bevölkerung sich einen gewaltsamen Ausweg suchen muß.

Die Entwicklung der polnischen Zinkindustrie in ihren Beziehungen zu Deutschland.

Georg Behaghel.

Die nachfolgenden Ausführungen, die ausschließlich die Entwicklung der Zinkindustrie eines Landes und deren Beziehungen zu der gleichen Industrie eines anderen Landes darlegen sollen, können nicht umhin, von der Erzeugung eines anderen Metalles, des Bleis, auszugehen. Die Gewinnung der Rohstoffe für die Bleierzeugung war in fast allen Kulturländern Europas die Voraussetzung für die Erschließung genügend großer Mengen von Rohstoffen für die Erzeugung von Zink in einem mit anderen Metallen unvermischten Zustande. Die Ursachen hierfür sind teils in der geschichtlichen Entwicklung des Bergbaus und der chemischen und metallurgischen Kenntnisse, teils in der Art des Vorkommens der beiden Metalle in ihren natürlichen Lagerstätten begründet.

Blei hat in unserer Kulturgeschichte vor Zink einen Vorsprung von Jahrtausenden. Während die Kenntnis des Bleis so alt ist wie die Zeit, aus der uns schriftliche Dokumente auf Pergament oder Stein überliefert sind, wurde Zink erst zu Anfang des 16. Jahrhunderts als besonderes Metall in Europa erkannt und benannt, wo es Mitte des 18. Jahrhunderts zuerst in kleinen Anfängen, aber erst Anfang des 19. Jahrhunderts im Großbetrieb aus seinen Erzen hergestellt wurde. Zwar kannte man schon im Altertum das Messing, das Aurichalcum des Plinius; daß dies aber eine Legierung des Kupfers mit einem besonderen Metall, dem Zink, war, wußte man nicht. Dieses wurde in der Form eines erdigen zinkhaltigen Minerals, des Galmei, dem geschmolzenen Kupfer zugesetzt, ein Verfahren, das auch noch einige Zeit nach der Entdeckung des metallischen Zinks in Gebrauch blieb. Der Galmei wurde damals zuerst in Gräbereien aus Lagerstätten nahe der Erdoberfläche gewonnen. Seine bergmännische Gewinnung, wie die anderer Zinkerze, geschah erst in größerem Maßstabe als die neuerstandenen und sich vermehrenden Zinkhütten größere Mengen von Rohmaterial verlangten. Zur Lieferung solcher Mengen waren aber zunächst nur die bereits bestehenden Bleierzgruben im Stande. Und damit kommen wir zur zweiten Ursache da-

für, daß der Bleierzbergbau gewissermaßen als Vorläufer des Zinkbergbaus anzusehen ist, zu dem Zusammenvorkommen von Blei- und Zinkerzen auf ihren natürlichen Lagerstätten. Bleierze sind häufig, Zinkerze meistens mit Erzen des anderen Metalles vergesellschaftet. Wo dies der Fall ist, sind sie entweder miteinander regellos verwachsen oder auf verschiedene Lagen so verteilt, daß — wie stellenweise in Oberschlesien und den übrigen Erzgebieten Polens — Blei in einem, Zink in einem anderen Horizont eines erzführenden Schichtenkomplexes vorherrscht. Mancherorts tritt in solchen Fällen das eine oder das andere Erz ganz zurück. Es fehlt dann jedoch nur lokal und erscheint an anderer Stelle des derselben Formation angehörenden Gebiets wieder, sodaß überall ein, wenn auch nicht immer sichtbarer, so doch wenigstens genetischer Zusammenhang bleibt.

Die polnischen Zinkerze, die an Menge in den Lagerstätten überwiegen, sind mit den sie begleitenden Bleierzen an mehr oder weniger in Dolomit umgewandelte Kalksteine der sog. Muschelkalkformation der Trias gebunden. Nach geologischen und politisch-regionalen Gesichtspunkten lassen sich v i e r Teile unterscheiden:

1. Der im früher deutschen Gebiet gelegene Teil der Tarnowitz-Beuthener Mulde, die, in Deutsch-Oberschlesien beginnend, sich nach Osten fortsetzt und nach Norden verflachend in Schollen zerbricht. Auf polnischem Gebiet liegen hier im äußersten Norden die Bergbauorte Georgenberg und Bibiella mit örtlich beschränkten Lagerstätten, denen weiter südlich das ausgedehnte Gebiet von Tarnowitz mit hauptsächlich Bleierzen folgt. Es findet bei Miechowitz auf deutschem Boden seinen Abschluß. Das sich südlich anschließende zinkreiche Gebiet des sog. Beuthener Grabens setzt sich östlich nach Polnisch-Oberschlesien zu fort. Beginnend mit Scharley an der Grenze, sind hier weiter nördlich und östlich als Mittelpunkte des Bergbaus in alter und neuer Zeit die Orte Brzosowitz, Kamin, Birkenhain und Groß-Dombrowka zu nennen.

2. Auf früher russischem Gebiet folgt dann, leicht nach Südosten abbiegend, der Abschluß der schmaler gewordenen Mulde, nördlich an Czeladź vorbeigehend, bis Będzin. Die Erzführung ist hier spärlicher.

3. Zehn Kilometer südöstlich von Będzin tut sich bei Długoszyn eine neue Triasmulde auf, die als Fortsetzung des Zuges der Beuthener Mulde anzusehen ist. Diese fast ganz in das früher österreichische Gebiet fallende Mulde ist in ihrem westlichen Teile wesentlich breiter als der Ostteil der Beuthener Mulde und durch einen Zwischensattel in zwei Teile geteilt. Nach Osten zu wird sie schmaler und verschwindet unter überlagernden Kreideschichten. In der nordöstlichen Teilmulde liegen die Bergbauorte Szczakowa, Jaworzno, Wodna und Trzebinia, im südwestlichen Chrzanów. An den Muldenrändern wurden hauptsächlich Bleierze gewonnen. Die tieferen Zinkerze sind z. T. noch unberührt.

4. Auf früher russischem Gebiet zieht sich parallel zum Nordostrand des Muldenzuges Będzin—Długoszyn—Trzebinia in einem Abstand von 10 bis 15 km ein weiterer ziemlich regelmäßig gelagerter Triaszug auf eine Länge von mehr als 20 km von Nordwesten nach Südosten über Siewierz, Sławków, Bolesław, Olkusz, Płoki bis Czerna hin, in welchem Blei- und Zinkerze zu allen Zeiten gegraben wurden. Die

Erze kommen hier in einem etwas höheren Muschelkalkhorizont als in Oberschlesien und viel spärlicher als dort vor.

Die in diesen vier Gebietsteilen auftretenden Erze bestehen hauptsächlich aus den Mineralien Bleiglanz, Zinkblende und Galmei. Der Bleiglanz (Bleisulfid) enthält, wo er für sich gefördert werden kann, etwa 55% Blei und stets kleinere Mengen Silber. Die Bleierze in der Gegend von Siewierz, Imprägnationen von Erz im Nebengestein, weisen nur 5—6% Blei auf. Die Zinkblende oder Blende (Zinksulfid) enthält wenn sie schon im Bergbau vom übrigen Erz getrennt werden kann, 45—50% Zink. Meist ist dies jedoch nicht möglich, so daß z. B. aus Gruben Oberschlesiens mit verwachsenen Erzen der durchschnittliche Zinkgehalt 16—18, der Bleigehalt 3—5% beträgt. Oft sind die Erze noch mit Schwefelkies durchsetzt. — Der Galmei (Zinkkarbonat) enthält in Oberschlesien durchschnittlich ungefähr 14, in der Olkuszer Gegend 9% Zink. Zugleich tritt noch etwas Bleiglanz auf, das dem geförderten Galmei einen Gehalt von 2—4% Blei verleiht.

Jeder der genannten vier Erzgebietsteile, von denen der früher deutsche der erzreichste ist, hat seine besondere wirtschaftsgeschichtliche Entwicklung, aber in allen — und darin liegen die ältesten Beziehungen der polnischen Bergbau- und Hüttenindustrie zu Deutschland — geht der Bergbau auf die Tätigkeit deutscher Bergleute zurück, die hier, wie überhaupt im Osten und Südosten Europas, fast durchweg die ersten von den Beherrschern der Bergbaugebiete herbeigerufenen Pioniere bergwirtschaftlichen Strebens waren.

In Oberschlesien, wo schon vor dem Mongoleneinfall des Jahres 1241 Versuche zur bergbaulichen Gewinnung von Erzen gemacht worden sein sollen, hatten sich in der darauffolgenden Zeit auf Veranlassung des schlesischen Herzogs Heinrich I. viele deutsche Kolonisten angesiedelt und Niederlassungen gegründet. Unter den in Beuthen Ansässigen, das 1250 Stadtrecht erhielt, und zwar dasselbe Recht wie es in Halle und Magdeburg galt, müssen zahlreiche Bergleute gewesen sein; denn den Bewohnern wurde die Erzgewinnung in der dortigen Gegend urkundlich zugestanden. Um 1300 war Beuthen Mittelpunkt einer Herrschaft, die sich vorübergehend auch auf die Erzgebiete in Teilen der polnischen Herrschaften Siewierz und Oświęcim erstreckte. Aus der damaligen Zeit stammen nicht nur die ersten Bergbauversuche im äußersten Osten der Beuthener Mulde bei Będzin, der zweiten der oben erwähnten vier Erzregionen, sondern auch die Anfänge des Bergbaus bei Olkusz in der dritten Region. Elisabeth, Schwester Kasimirs des Großen, verlieh 1374 als Regentin von Polen und Ungarn den Einwohnern von Olkusz im Umkreis von einer Meile um die Stadt das Privileg, silberhaltige Bleierze zu gewinnen und zu verschmelzen. Der Umstand, daß in der darüber ausgestellten Urkunde von einem „Frohn“ und „Urbar“ an die Krone für das geförderte Erz und von einem „Freiheller“ von der (kölnischen) Mark erschmolzenen Silbers oder vom Zentner Blei die Rede ist, weist wieder darauf hin, daß die Privilegierten deutsche Bergleute waren. — Ungefähr aus derselben Zeit stammen die Anfänge des Erzbergbaus bei Sławków, das Eigentum des Krakauer Bischofs war, und bei Trzebinia.

Den nächsten Fortschritt auf dem Gebiet des Bergbaus brachte erst das Jahr 1528, als Markgraf Georg von Brandenburg, der damalige Besitzer der Herrschaften Beuthen und Jägerndorf, zusammen mit dem Herzog Johann von Oppeln für Tarnowitz, wo sich deutsche Bergleute aus Beuthen zu Schürfzwecken angesiedelt hatten, eine Bergordnung erließ und 1599 die Bergfreiheit der Stadt Tarnowitz erklärte. 1584 wird auch schon Scharley, da-

mals eine Bleierzgrube, jetzt die bedeutendste Zinkerzgrube Oberschlesiens, in Urkunden erwähnt. In diese Zeit fallen auch die ersten primitiven Unternehmungen, welche die Veranlassung zur späteren hochentwickelten Zinkindustrie Schlesiens und Polens gaben. Peter Just, ein deutscher Bürger von Tarnowitz, hatte zwischen 1560 und 1570 ein Monopol für das Graben von Galmei in dortiger Gegend, den er in seiner Messingfabrik in Jägerndorf verarbeitete, zum kleineren Teil auch nach Breslau verkaufte.

Trotz dieser hoffnungsvollen Anfänge des Bergbaus ließen die Unruhen der damaligen Zeit, die fortwährenden Streitigkeiten um die Herrschaft, der Husitenkrieg, der Dreißigjährige Krieg, welcher viele der meist protestantischen Bergleute vertrieb, und die Schwedeneinfälle eine stetige Weiterentwicklung des Bergbaus nicht aufkommen. Alle Betriebe hatten unter mehreren langjährigen Einstellungen, während deren die Gruben ersoffen, zu leiden. Es scheint, daß nach dem Dreißigjährigen Krieg die tieferen Bleierzgruben lange Zeit außer Betrieb blieben, sowohl in Schlesien wie im Olkuszer Bezirk. Der nahe der Oberfläche gelegene und leicht zu gewinnende Galmei zog das Unternehmertum mehr an und veranlaßte es auch bald, tiefere Gewinnungsmöglichkeiten aufzusuchen. Schon die Grafen Henckel hatten nach 1660 dazu einen Versuch gemacht, aber erst der Wagemut des Breslauer Kaufmanns Georg von Giesche schuf den eigentlichen Zinkerzbergbau der in der Folgezeit vom Bleierzbergbau immer weniger zu trennen war. Giesche erhielt 1704 von Kaiser Leopold I. das alleinige Recht, zwanzig Jahre lang in Schlesien Galmei graben zu dürfen, ein Recht, das später mehrmals verlängert wurde.

Die eigentliche Wiederbelebung des Bergbaus erfolgte aber erst nach dem Ende des Siebenjährigen Krieges durch den Preußenkönig Friedrich II., dessen Interesse zunächst auf die Bleierze gerichtet war. Im ganzen Osten war damals die Bleiproduktion zu vollkommener Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Die Hauptproduzenten, die Olkuszer Gruben und Bleihütten, waren durch die Schwedeneinfälle der Jahre 1655 und 1712 zunächst stark gelähmt und dann vollständig untätig gemacht worden. Bei Tarnowitz hatten zwar schon 1652 die Grafen Henckel einen vergeblichen Versuch gemacht, die Wasser der ersoffenen Gruben durch einen Stollen zu lösen und auch neue Gewinnungsstellen zu eröffnen, aber erst den Bemühungen von König Friedrichs Minister Heinitz gelang es, nachdem mit den Grafen Henckel eine Vereinbarung getroffen worden war, die ersten größeren Lagerstätten eines stark silberhaltigen Bleierzes zu erschließen. 1784 wurden bei Tarnowitz die Friedrichsgrube und 1786 die Friedrichshütte als staatliche Betriebe eröffnet. Die mit den damals modernsten Mitteln ausgestatteten Werke erregten auf dem ganzen europäischen Kontinent Aufsehen. Sie waren zum Teil nach Vorbildern der englischen Technik geschaffen.

In England hatte man damals schon die Möglichkeit der Gewinnung metallischen Zinks aus Ofenbruch, d. h. aus Abfällen des Hochofenbetriebs bei der Verwendung zinkhaltiger Eisenerze, und auch aus Galmei erkannt. Der Fürstlich Pleßische Verwaltungsbeamte Ruhberg, der gelegentlich einer Studienreise Kenntnis von dem englischen Verfahren erhalten hatte, stellte in Oberschlesien eigene Versuche mit gutem Erfolg an und gab damit 1802 Anlaß zur Eröffnung der ersten oberschlesischen Zinkhütte zu Wessola, die zunächst nur zinkreichen Ofenbruch unter Verwendung von Holzkohle als Reduktionsmittel verarbeitete. Der Staat machte sich die Ruhbergschen Erfahrungen zunutze und schuf 1809 die fiskalische Lydogniazinkhütte, die als erste im kontinentalen Europa Galmei mit Hilfe von Koksklein zu Zink verarbeitete. Es entstanden rasch weitere Zinkhütten in Oberschlesien, sodaß schon 1821 sechs Hütten in Betrieb und viele neue projektiert waren. Der Bleierzbergbau der Friedrichsgrube überließ die in seinem Felde vorkommenden Zinkerzpartien dem privaten Unternehmertum; die in den Bleierzpartien mitgewonnenen Zinkerze wurden in den staatlichen Hütten verarbeitet. Andererseits waren die in den privaten Zinkerzgruben mitgewonnenen Bleierze Eigentum des Staates. Außerhalb des Feldes der Friedrichsgrube betrieb der Staat keinen Erzbergbau, sodaß allenthalben in der Beuthener Mulde private Bergbaubetriebe auf Galmei, das damals noch nicht zu den Regalien gehörte, entstanden.

Die Eröffnung der staatlichen Friedrichsgrube durch die Regierung Friedrichs II. gab somit den Anstoß zum

späteren Aufstieg des oberschlesischen Erzbergbaus und seiner Zinkindustrie, und diesem Vorbild verdankt Polen auch die Entstehung der Zinkindustrie auf kongreß- und kleinpolnischem Gebiet und die Wiedereröffnung seines Erzbergbaus. Im Jahre 1814 wurde in Polen die erste Zinkerzgrube unter dem Namen „Józef" bei Olkusz eröffnet, ganz in der Nähe der alten Bleierzgrube, ebenso die Grube „Ulisses" bei Sławków. Beide lieferten neben Galmei auch Bleiglanz. Die Eröffnung geschah als Unternehmen der Regierung des autonomen Kongreßpolens, die auch 1816 bei Dąbrowa die erste Zinkhütte „Konstanty" in Betrieb setzte, der 1826 die Hütte „Ksawery" bei Będzin folgte. Die genannten Hütten und Gruben wurden später einer französisch-russischen Gesellschaft verpachtet. Es entstanden damals auch mehrere private Grubenbetriebe, sowohl im östlichen Teil der Beuthener Mulde (Teil 2 des oben umschriebenen Erzgebiets), als auch im Sierwierz—Olkuszer Triasgürtel (Teil 4 des Erzgebiets). Von diesen blieben nur die 1822 eröffnete Grube „Bolesław" und die oben genannten Gruben „Józef" und „Ulisses" bis in neuere Zeit im Betrieb. Im Krakauer Bezirk (Teil 3 des Erzgebiets) entstanden 1820 die von der Republik Krakau gegründete Hütte von Jaworzno und zwei kleine private Hütten. Die erste größere Hütte, die einzige noch bis in die letzte Zeit arbeitende, war die Hütte „Jadwiga" bei Trzebinia, eröffnet 1895, die aber den dortigen Bergbau fast nicht beeinflußte, da sie meist von anderen Bezirken gekaufte Erze verarbeitete. Zu erwähnen ist noch, daß es ein Mann deutschen Namens, Steinkeller, war, der die ersten staatlichen Hütten sowohl Kongreßpolens als auch Krakaus einrichtete und sie den Berichten nach mit Umsicht verwaltete.

Die Zinkerzeugung betrug in Oberschlesien gegen Ende der zwanziger Jahre des vorigen Jahrhunderts 7000 bis 8000 t jährlich, im Dąbrowaer Bezirk etwa 2000 t. Die durch die Eröffnung immer neuer Zinkhütten sich steigernde Produktion wurde bald größer als die Absatzmöglichkeit, sodaß das Jahr 1830 die Schließung vieler Zinkhütten brachte. Ausgedehntere Handelsbeziehungen und die wachsende Nachfrage nach Zink bewirkten jedoch, daß in den Jahren 1850 bis 1860 die Zinkerzeugung in Oberschlesien auf durchschnittlich 30 300 t im Jahre stieg, während sie im Dąbrowaer ca. 2300, im Krakauer ca. 700 t im Jahresdurchschnitt aufwies.

Zwischen 1860 und 1870 begannen die natürlichen Galmeivorräte ihrer Erschöpfung entgegenzugehen, sodaß man versuchen mußte, das bisher als wertlos betrachtete geschwefelte Zinkerz, die Zinkblende, als Ausgangsmaterial für die Zinkerzeugung zu verwenden. Dem Umstand, daß dieses Erz in Oberschlesien bald in größerer Menge und auch in fast selbständigen Erzkörpern erschlossen wurde, gab dem dortigen Bergbau gegenüber dem kongreßpolnischen und Krakauer einen weiteren Vorsprung. Nachdem man das rheinische Verfahren der Blenderöstung (d. h. Entschwefelung) studiert hatte, erbauten Georg von Giesches Erben 1874 als erste bei Schoppinitz eine Rösthütte. Oberschlesien entwickelte dann in rascher Folge weitere technische Verbesserungen. Sie im einzelnen zu betrachten, würde über den Rahmen dieser Arbeit hinausgehen. Erwähnt sei nur die Eröffnung von Zinkwalzwerken, deren erstes in Malapane schon im Jahre 1830 entstand, die Umgestaltung der Form der Muffeln und deren maschinelle Herstellung, die Einführung der Siemens-Regenerativfeuerung und die Gewinnung von Schwefelsäure aus den Abgasen der Röstereien.

Dementsprechend stieg die Zinkproduktion stetig weiter. Sie betrug im Jahresdurchschnitt in:

	Oberschlesien	Kongreßpolen	Galizien
	t	t	t
1861—1870	37800	·	900
1871—1880	48 100	4 000	1 400
1881—1890	79 000	4 100	1 500
1891—1900	95 200	5 300	2 600
1901—1910	129 300	8 700	6 600
1911	155 600	9 900	11 700
1912	168 500	8 700	13 000
1913	169 400	·	14 900

In denselben Zeitabschnitten erzeugten die Staaten, denen damals die genannten Teile der jetzigen polnischen Republik angehörten, und die ganze Welt durchschnittlich folgende Mengen jährlich[1]):

	Deutschland	Rußland	Österreich-Ungarn	Welt
	t	t	t	t
1861—1870	61 800	2 700	1 800	110 000
1871—1880	79 400	3 900	3 500	176 400
1881—1890	126 000	4 100	4 500	303 300
1891—1900	148 300	5 300	6 400	417 400
1901—1910	198 600	8 700	ca. 10 000	667 100
1910—1913	267 800	8 700	19 400	958 100

Daraus ergibt sich, daß die kongreßpolnisch-galizische Zinkproduktion, verglichen mit der deutschen, zu der u. a. noch die rheinische hinzugekommen war, in den letzten Vorkriegsjahren nur einen unbedeutenden Teil der Weltproduktion ausmachte. Im Jahr 1913 erzeugte Deutschland 206 300 t Rohzink[2]), sodaß also die oberschlesische Produktion desselben Jahres mit 169 400 t rund 82% der gesamten deutschen Produktion betrug. Da im Jahre 1922 bei der Teilung Oberschlesien die gesamten Zinkhütten in das Polen zugesprochenen Gebiet fielen, drückt sich in dieser Verhältniszahl auch die Größe des deutschen Verlustes an Möglichkeit der Zinkerzeugung aus. Dies ist die wichtigste und für uns schmerzlichste der Beziehungen, die zwischen der polnischen Zinkindustrie und Deutschland bestehen. Stellen wir die Zahlen, welche die tatsächliche Produktion zur Zeit der Grenzziehung angeben, in Vergleich miteinander, so war der Verlust Deutschlands absolut genommen insofern geringer, als die große Zinkproduktion des Jahres 1913 durch die Verelendung der Wirtschaft nach dem Kriege sehr beträchtlich herabgesunken war. Den relativen Verlust geben aber in seiner Größe die folgenden Zahlen wieder. Nach den Produktionszahlen des Jahres 1921[3]) erhielt Polen im Jahre 1922 von Oberschlesien:

Von 17 Bergwerken mit einer Gesamtförderung von 276 000 t Galmei, Blende und Bleiglanz (in aufbereitetem Zustand)
10 Bergwerke mit 232 000 t oder 84,8%

Von 12 Zinkhütten mit einer Erzeugung von 62 900 t Rohzink:
12 Zinkhütten mit 62 900 t oder 100,0%.

Von 10 Rösthütten nebst Schwefelsäurefabriken mit einer Erzeugung von 129 000 t Schwefelsäure:
10 Rösthütten mit 129 000 t oder 100%.

Von 8 Zinkblechwalzwerken mit einer Erzeugung von 21 000 t Zinkblech:
5 Walzwerke mit 19 600 t oder 93,1%.

Außerdem erhielt Polen noch die zwei einzigen Blei- und Silberhütten Oberschlesien, darunter die von Friedrich dem Großen gegründete Friedrichshütte bei Tarnowitz.

---

[1]) Berechnet nach B. Neumann: Die Metalle. Halle 1904, und Metallgesellschaft A G.: Statist. Zusammenstellungen, Frankfurt a. M, 1934.
[2]) Statist. Jahrb. f. d. Deutsche Reich.
[3]) Angaben des Oberschl. Berg- und Hüttenm. Vereins in Kattowitz.

Da Bleierz- und Bleigewinnung gegen Zinkerz- und Zinkgewinnung aus Gründen des Vorherrschens der Zinkerze auf den gemeinsamen natürlichen Lagerstätten in der Nachkriegszeit immer mehr zurücktraten, so sollen sie, die der historischen Entwicklung wegen bisher mitbehandelt werden mußten, im weiteren Verlauf dieser Betrachtungen nicht mehr erwähnt werden. Es sei nur noch an einigen Vergleichszahlen gezeigt, von wie geringer Bedeutung die Bleigewinnung in Polen gegenüber der Zinkgewinnung geworden ist.

Im Jahre der Hochproduktion seiner Metallhütten erzeugte von der Weltbleiproduktion

im Jahre 1930:	Polen	1,8%[4])
	Deutschland	6,7%
im Jahre 1933:	Polen	0,7%
	Deutschland	11,5%

Die polnische Bleiproduktion ist im Vergleich mit der Welt- und auch der deutschen Produktion so gering, das ihre Erörterung in ihren Beziehungen zu einem anderen Lande kein weiteres Interesse böte. Anders verhält sich dies mit Zink. Hier sind die entsprechenden Zahlen

für das Jahr 1930:	Polen	12,5%
	Deutschland	6,9%
und für das Jahr 1933:	Polen	8,5%
	Deutschland	5,2%

der Weltzinkproduktion.

In der Zeit nach der Teilung Oberschlesiens entwickelte sich der polnische Erzbergbau in der durch die nachstehende Tabelle angegebenen Weise. Es wurden folgende Mengen zink- und bleihaltigen Roherzes gefördert und daraus durch Aufbereitung Zinkerze ausgeschieden[5]):

(in 1000 Tonnen)

	Zink- und Blei-Roherzförderung in den Bergrevieren				Daraus Zinkerzaufbereitung in den Bergrevieren					
					Schlesien		Dąbrowa		in Gesamtpolen	
	Schlesien	Dąbrowa	Krakau	in Gesamtpolen	Blende	Galmei	Blende	Galmei	Blende	Galmei
1923	660,9	86,7	—	747,6	187,6	46,9	12,9	32,4	200,5	79,3
1924	775,8	53,7	—	829,4	209,2	45,6	13,3	23,3	222,6	69,0
1925	1076,8	59,3	0,4	1136,6	252,1	72,0	22,1	29,1	274,2	101,1
1926	1054,3	89,5	0,2	1144,0	253,9	83,5	19,8	47,8	273,7	131,3
1927	943,6	87,9	16,2	1047,7	226,6	53,6	14,9	42,7	241,6	96,3
1928	974,5	71,9	54,6	1101,0	210,3	65,3	7,1	26,5	217,4	91,8
1929	957,6	76,2	99,7	1133,5	185,0	176,8	6,6	5,2	191,6	181,9
1930	945,7	75,8	32,2	1053,7	169,4	226,2	5,3	11,3	174,7	237,5
1931	595,0	13,6	2,7	611,2	121,2	84,0	3,3	1,3	124,5	85,3
1932	240,0	0.03	—	240,1	64,7	8,4	—	—	64,7	8,4
1933	350,7	—	—	350,7	94,4	30,4	—	—	94,4	30,4
1934	369,0	—	—	369,0	187,0		—	—	187,0	

Im früher österreichischen Gebiet (Bergrevier Krakau) ging nur in den Jahren 1927 bis 1931 etwas Bergbau auf Bleiglanz um und zwar auf

---

[4]) Berechnet auf Grund der „Statistischen Zusammenstellungen" der Metallgesellschaft-A.-G., Frankfurt a. M. 1934.

[5]) W. Oziębłowski: Der Erzbergbau in Polen. — Zeitschr d. Oberschles. Berg- u. Hüttenm.-Vereins, Kattowitz 1929, Heft 12; ergänzt durch persönliche Erhebungen.

der von der Giesche-Gesellschaft erworbenen Grube „Mathilde" und auf der Grube „Jaworzno" der Jaworznoer Kommunalen Bergbau-Gesellschaft. Zinkerze wurden nur in sehr geringer Menge nebenbei gewonnen. Die Gruben liegen seit Juli 1930 bzw. März 1931 still. Weiterer Betrieb ist dort noch möglich, auch sind aus größeren Teufen Zinkerze zu erwarten.

Im früher russischen Gebiet (Bergrevier Dąbrowa) ruht jetzt der Bergbau ebenfalls vollkommen. Die seit 1814 arbeitende Staatsgrube „Ulisses", die der Französisch-Polnischen Bergbaugesellschaft in Pacht gegeben wurde, ist seit Februar 1931 eingestellt, ebenso die der Sosnowiecer Bergbau- und Hüttengesellschaft gehörende Grube „Bolesław", die mit Unterbrechungen seit 1822 in Betrieb war. Beide Gruben liegen bei Olkusz. Die beiden kleineren Gruben „Bory" und „Viktor-Emanuel" bei Siewierz ruhen seit 1929 bzw. 1931. Alle diese Gruben kann man noch nicht als abgebaut betrachten, einiges Erz wird aus ihnen noch bei besserer Konjunktur des Metallmarktes zu fördern sein.

Ähnlich steht es jetzt mit den Gruben des früher deutschen Gebietsteils, des schlesischen Bergreviers, mit Ausnahme der Grube bei Scharley. Im Jahre 1930, dem Jahre der höchsten Zinkerzproduktion, arbeiteten noch die Gruben „Bleischarley" und „Neue Helene" bei Scharley, „Brzosowitz" und „Cecilie" bei Brzosowitz, „Pauline" bei Birkenhain und „Kramersglück" bei Groß-Dombrowka. Grube und Gewerkschaft von „Brzosowitz", mit der „Neue Helene" seit einiger Zeit vereint ist, unterstehen der Verwaltung der Hohenlohewerke, die große Betriebseinschränkungen vorgenommen hat. Die derselben Verwaltung gehörige Grube „Kramersglück" nahm nur Aufschlußarbeiten vor, nachdem sie seit Jahren nicht mehr gefördert hatte, und stellte auch diese Ende 1930 ein. Das gleiche gilt von der Grube „Pauline" der Schlesischen A.-G. für Bergbau- und Zinkhüttenbetrieb. Die ebenfalls dieser Gesellschaft gehörende Grube „Cecilie" schloß erst im September 1934 ihren Betrieb. Die einzige Grube mit größerer Fördermöglichkeit ist gegenwärtig die Bleischarley-Grube der amerikanisch-deutschen Giesche-A.-G. im reichsten Teil des Beuthener Grabens. Sie baut den östlichen Teil des durch die Grenzziehung geteilten großen Grubenfeldes ab. Auch hier muß darauf hingewiesen werden, daß die Tatsache der Einstellung fast aller Erzgruben nur zum geringsten Teil auf allmähliche Erschöpfung der Erzlagerstätten in den betr. Grubenfeldern zurückzuführen ist, sondern sich durch die bei den jetzigen Metallpreisen bedrohte Wirtschaftlichkeit der Betriebe erklärt.

Aus der oben gegebenen Fördertabelle ist ersichtlich, daß sich in den letzten Jahren das Verhältnis der Galmei- zur Blendeförderung nicht wesentlich geändert hat, nachdem es sich in den siebziger Jahren immer stärker zu ungunsten des Galmei ausgewirkt hatte. Man kann sogar annehmen, daß eine neue Aufwärtsentwicklung des Erzbergbaus wieder größere Mengen von Galmei hervorbringen wird. Es sind nämlich noch viele leicht gewinnbare aber arme Galmeilagerstätten vorhanden, die bisher als nichtlohnend unbeachtet blieben. Dazu kommen noch große Mengen Galmei auf alten Halden, deren Gehalt 7% und mehr beträgt. Der technische Fortschritt der letzten Jahre hat nun in Deutschland das

sogenannte Wälzverfahren ausgebildet, benannt nach rotierenden Öfen, in denen eben diese armen Galmeierze für die Erzeugung von Zinkoxyd im weiteren Verlauf des Verfahrens vorbereitet werden. Das Zinkoxyd wird entweder in den Muffeln der Destillationsöfen, oder in besonderen Elektrolytanlagen in metallisches Zink übergeführt. Im schlesischen Bezirk gingen in den Jahren 1926 bis 1933 folgende Zinkoxydmengen (in tausend Tonnen) an die Hütten:

1926	1,2	1930	49,5
1927	9,6	1931	30,2
1928	11,7	1932	2,7
1929	39,8	1933	13,6

Die Zinkoxydgewinnung aus armen Erzen die 1932 stark gesunken war, nimmt jetzt wieder zu. Von ihrer Ausgestaltung zu immer weiterer Verwendbarkeit hängt vielleicht die Zukunft der gesamten polnischen Zinkindustrie ab.

In Deutschland und Deutsch-Oberschlesien verlief die Entwicklung des Erzbergbaus in der durch die folgende Tabelle dargestellten Weise:

(in 1000 Tonnen)

	Zink- u. Blei-Roherzförderung[6])	Daraus Zinkerzaufbereitung in Ges.-Deutschland[6])		Deutsch-Oberschl.[7])	
		Blende	Galmei	Blende	Galmei
1923	876,3	76,1	.	38,1	—
1924	1241,2	99,2	40,7	39,1	—
1925	1365,8	116,5	47,6	49,7	—
1926	1695,8	188,9	75,3	109,4	0,2
1927	1840,6	223,6	96,1	191,0	6,2
1928	1882,9	216,4	97,3	178,2	15,4
1929	1873,1	256,8	118,3	186,8	14,3
1930	1923,5	265,2	125,8	197,7	21,4
1931	1469,0	201,4	99,0	167,9	18,3
1932	1179,1	140,5	72,0	112,4	15,2
1933	1370,0[8])	.	.	124,3	—

In den Jahren 1929 und 1930, der Zeit vor dem raschen Niedergang der Metallkonjunktur, hatten Deutschland und Polen ihre größte Förderung von Roherzen und aufbereiteten Zinkerzkonzentraten (Blende und Galmei). Während wegen der größeren Bleierzeugung Deutschlands dessen Roherzförderung etwa das Doppelte von der polnischen betrug, verhielten sich die in Deutschland durch Aufbereitung gewonnenen Zinkerzmengen zu denen Polens ungefähr wie 4:3. Die deutsch-oberschlesische Zinkerzförderung war in den genannten Jahren ungefähr 55% der deutschen, die polnisch-oberschlesische ungefähr 96% der polnischen. Die deutsch-oberschlesische Zinkerzförderung der besten Jahre verhielt sich zur polnisch-oberschlesischen wie 55:100. Im Jahre nach der Grenzziehung war das Verhältnis wie 16:100. Daß dann im Jahre 1933 die Mengen beiderseits ungefähr gleich waren, läßt angesichts der beiderseitigen

[6]) Stat. Jahrb. für das Deutsche Reich.
[7]) Statistik des Oberschles. Berg- u. Hüttenm. Vereins in Gleiwitz.
[8]) Wirtschaft und Statistik, Jahrg. 1934, Heft 24, S. 810.

wirtschaftlichen Notlage keine Schlüsse zu. Dagegen ist der Fördervorsprung Deutsch-Oberschlesien zwischen 1923 und 1930 auffällig. Er beginnt, wie die Förderungstabelle für Deutsch-Oberschlesien zeigt, mit dem Jahre 1926, als die Deutsch-Scharleygrube in dem westlich der neuen Grenze gelegenen Teil des Bleischarleyfeldes eröffnet und damit Deutsch-Oberschlesien wieder zum führenden Bezirk in der Zinkerzproduktion Deutschlands gemacht wurde. Die neuen Aufschlußarbeiten haben dort Erzkörper erschlossen, die für die Zukunft des Erzbergbaus in Deutsch-Oberschlesien viel erhoffen lassen.

Von den Erzvorräten beiderseits der Grenze einigermaßen zuverlässige Schlüsse auf die Zukunft des ostdeutschen und westpolnischen Zink- und Bleierzbergbaus zu ziehen, ist deshalb unmöglich, weil mehr als oberflächliche Schätzungen nicht vorliegen. Für Polen hat Kużniar[9]) „mangels entsprechender Unterlagen" nur eine Schätzung der besser bekannten Felder vorgenommen. Er nimmt darin 20 Mill. t abbauwürdiges Erz an. Die Menge der in den übrigen Feldern möglicherweise vorhandenen Erze schätzt er, ohne eine Zahl zu nennen, viel geringer ein. Der vom Statistischen Amt Polens angegebene Erzvorrat beträgt 33 Mill. t Zählt man die armen Erze mit etwa 7% Zink, deren Verarbeitung in den letzten Jahren als möglich erschienen ist hinzu, so vermehren sich nach Kużniar die Vorräte um weitere 12 Mill. t. Alle diese Annahmen sind keineswegs optimistisch und dürften hinter der Wirklichkeit zurückbleiben, besonders wenn man bedenkt, daß tiefere Teile der Erzlagerstätten stellenweise, wie z. B. in der oben unter 3. genannten Triasmulde von Szczakowa-Trzebinia-Chrzanów, noch gar nicht erschlossen sind. — Nach Sabaß[10]) betragen in Deutsch-Oberschlesien die Erzvorräte der beiden größeren Erzbergbau treibenden Gesellschaften 10,3 Mill. t. Dazu kommen noch die Vorräte in den kleineren Erzfeldern. Die Vorräte armer Erze werden mit 2 Mill. t angenommen. Genauere Feststellungen auf beiden Seiten, die im Gange sein sollen, werden ein besseres Bild der Vorräte geben können. Einstweilen kann man annehmen, daß die gesamten polnischen Zink- und Bleierzreserven ungefähr doppelt so groß sind wie die deutsch-oberschlesischen.

Jedenfalls kann man von einer rasch vorwärtsschreitenden Erschöpfung der Lagerstätten beiderseits der Grenze, wie dies vielfach geschieht, noch nicht sprechen. Dies wäre höchstens relativ insoweit zutreffend, als im Verhältnis zu den jetzigen Metallpreisen der Bergbau sich auf den Abbau der ertragreichen Teile der Lagerstätten beschränken muß. Da hierbei stehenbleibende ärmere Teile später oft nicht mehr gewonnen werden können, ist die Einstellung des Förderbetriebs, selbst bei noch vorhandenen guten Erzvorräten, wirtschaftlich in vielen Fällen das Richtige.

Das in Polen aus einheimischen und zusätzlichen fremden Erzen gewonnene Rohzink betrug in tausend Tonnen seit der Grenzziehung:

---

[9]) Cz. Kużniar: Geologischer Bau u. Vorräte der Erzlagerstätten in Polen. —
[10]) W. Sabaß: Der Erzbergbau und das Metallhüttenwesen Oberschlesiens. Zeitschr. des Oberschles. Berg- u. Hüttenm.-Vereins Kattowice, Jg. 1929, Heft 10. — Jubiläumsdenkschrift „Die Industrie und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien 1882—1932."

	Bezirke			
	Schlesien[11])	Dąbrowa[11])	Krakau[11])	Ges. Polen[11])
1923	84,5	4,1	7,8	96,4
1924	77,7	4,7	10,7	93,1
1925	98,1	5,0	11,2	114,3
1926	106,2	5,5	12,0	123,7
1927	129,8	5,7	14,9	151,0
1928	140,9	5,3	15,7	161,8
1929	147,3	6,1	15,6	169,0
1930	158,2	1,7	14,4	174,4
1931	124,1	0,4	6,3	130,7
1932	84,9	—	—	84,9
1933	82,9	—	—	82,9
1934	92,9	—	—	92,9

Das langsame Ansteigen der schlesischen Erzeugung wurde im Jahre 1931 durch die Wirtschaftskrise unterbrochen. In den beiden anderen Bezirken setzte der Rückschlag schon ein Jahr früher ein. In diesen hat mit dem Jahre 1932 die Produktion, die stets nur ein verschwindend kleiner Teil der gesamtpolnischen war, überhaupt aufgehört, während sich in Oberschlesien jetzt wieder ein langsamer Aufstieg bemerkbar macht. Im Jahre der Höchstproduktion, 1930, betrug die polnisch-oberschlesische Produktion 90,7% der gesamtpolnischen. In denselben Jahren war die Gesamterzeugung von Rohzink in Deutschland und in der Welt:

	(in 1000 Tonnen)		
	Deutschland		Welt
	[12])	[13])	[13])
1923	34,6	32,4	947,9
1924	40,2	41,5	1004,3
1925	58,1	58,6	1135,3
1926	67,1	68,3	1234,6
1927	80,9	84,1	1317,8
1928	95,2	98,1	1408,1
1929	99,5	102,0	1457,3
1930	93,1	97,3	1400,1
1931	41,0	45,3	1000,5
1932	37,3	42,0	781,5
1933	.	50,9	986,5

Zur Zeit seiner Höchstproduktion erzeugte Polen 12,5% des Zinks der ganzen Welt, Deutschland nur 6,9%. Polen nahm den 3. Platz unter den Zinkerzeugern der Welt und den 2. in Europa ein, Deutschland nur den 5. bzw. 3. Platz. Diese bevorzugte Stellung verdankt Polen nur seinem oberschlesischen Gebietsteile oder vielmehr Deutschland, das in diesem Gebiet die Zinkindustrie entstehen und sich zu einem mächtigen Wirtschaftsgebilde entwickeln ließ. Als Deutschland den größten Teil des oberschlesischen Industrie-

[11]) Oziębłowski, a. a. O.; ergänzt wie dort.

gebiets verlor, sanken von 1921 bis 1923 seine Jahresproduktionszahlen, wie folgt herab:

Roherzförderung von	1 746 600	auf 876 300	t[12])
Zinkblendeerzeugung von	261 900	auf 76 100	t[12])
Rohzinkerzeugung von	90 000	auf 32 400	t[13])

Bis zum Beginn des Niedergangs der polnischen Zinkhüttenproduktion besaß die Giesche-A.G. in Oberschlesien die Bernhardihütte in Rozdzien, die Wilhelmine- und Uthemannhütten in Schoppinitz und die Paulshütte in Eichenau; außerdem die von Dr. Lowitsch u. Co. gegründete Jadwigahütte zu Trzebinia im früheren österreichischen Gebiet. Die Schles. A.-G. für Bergbau- u. Zinkhüttenbetrieb (S. A. G.) hatte die Silesiahütte in Lipine, die Kunigundehütte in Bogutschütz und die Rosamundehütte nahe der Friedenshütte. Die Hohenlohewerke hatten ihren Betrieb auf eine große Hütte, die Hohenlohehütte, konzentriert. Die Grafen Henckel v. Donnersmarck-Beuthen besaßen die Hugohütte bei Antonienhütte und die beiden Hütten Liebehoffnung und Lazy bei Radzionkau. Der Fürst Henckel von Donnersmarck betrieb die Guidohütte bei Schwientochlowitz. Außerhalb Oberschlesiens betrieben noch die Französische-Polnische Bergbaugesellschaft die Konstantyhütte bei Dąbrowa und die Gesellschaft der Sosnowiecer Bergwerke u. Hütten die Paulinahütte bei Zagórze. Die Hütten der Grafen Henckel, die später von der S. A. G. übernommen wurden, sind in den Jahren 1931 und 1933 außer Betrieb gekommen. Ebenso ist die Rosamundehütte seit 1932 eingestellt. Von den außerhalb Oberschlesiens gelegenen Hütten arbeitet keine mehr.

Als Neuerung im Zinkhüttenbetrieb führten sowohl die Giesche-Gesellschaft, wie die Schlesische Aktiengesellschaft f. Bergbau und Zinkhüttenbetrieb die Zinkelektrolyse ein und errichteten 1928 und 1929 Anlagen für die Verarbeitung des im Wälzverfahren aus armen Galmeierzen gewonnenen Zinkoxyds. In den oben genannten Produktionszahlen ist das Elektrolytzink eingeschlossen. Die Anlage der an zweiter Stelle genannten Gesellschaft wurde nach kurzem Betrieb wieder eingestellt, da sich für sie der Betrieb unter den obwaltenden Verhältnissen als zu teuer erwies. Die Giesche-Gesellschaft steigerte jedoch ihre Produktion bis zu 17 700 t Elektrolytzink i. J. 1933 und hält ihre Anlage weiter im Betrieb.

Ganz kurz soll noch die Schwefelsäurefabrikation erwähnt werden, ein Betrieb der nur aus der Notwendigkeit entstanden ist, die bei der Röstung freiwerdende schweflige Säure an der Vermengung mit der freien Luft zu verhindern. In manchen Zeiten konnte man die erzeugte Säure weder absetzen noch lagern, zu anderen Zeiten war die Nachfrage wieder größer als das Angebot. Die Produktion an Säure, soweit sie aus der Abröstung von Blende entstand, betrug während der letzten Jahre in ganz Polen 174 200 t i. J. 1931, 140 500 t i. J. 1932 und 160 000 t i. J. 1933. Weitere Mengen entstehen in anderen polnischen Industriebetrieben.

Vergleicht man in den gegebenen Tabellen die Mengen aufbereiteten Zinkerzes mit denen des gewonnenen Zinks, so wird auf den ersten Blick klar, daß die erzeugten Mengen nicht aus dem in den Erzen enthaltenen Metall gewonnen werden konnten.

---

[12]) Statist. Jahrb. d. D. Reiches.
[13]) Metallgesellschaft a. a. O.

Die Metallgesellschaft[14]) gibt für Polen folgende Gegenüberstellung des Zinkgehaltes in der Bergwerksproduktion zu dem gewonnenen Zink der Hüttenproduktion in 1000 Tonnen:

	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933
Bergwerksproduktion	108	100	105	100	60	25	35
Hüttenproduktion	150	162	169	175	131	85	84

Die Zahlen der ersten Reihe sind zwar nicht ganz in Übereinstimmung mit den früher gegebenen Förderzahlen zu bringen, sie geben aber ein genügend deutliches Bild von dem Mißverhältnis zwischen der Zinkproduktion und der Anlieferung einheimischer Zinkerze.

Polen bedarf, um die vorhandenen Anlagen ausnutzen oder auch nur in Betrieb halten zu können, gewisser Mengen zusätzlicher Erze, die es zusammen mit Zinkschlacken, zinkhaltigem Flugstaub und Ofenbruch aus dem Auslande bezieht. Die Mengen der Einfuhr[15]) betrugen in tausend Tonnen:

	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933
	196,6	241,1	196,7	207,7	149,8	100,7	113,0
Davon wurden eingeführt aus:							
Deutschland	170,8	159,6	162,8	188,7	141,8	96,8	100,8
Rumänien	—	—	4,1	4,0	—	—	—
Nordafrika	1,2	0,4	2,9	3,0	—	—	—
Nordamerika	—	11,6	3,8	—	1,3	—	1,2

Kleinere Mengen wurden in manchen Jahren auch aus Spanien und Italien bezogen.

Hauptlieferant war in allen Jahren Deutschland, trotzdem es ähnliche Mengen wie die hier genannten selbst einführen muß. Der Ausfuhrüberschuß Deutschlands über die Einfuhr von Zinkerzen betrug in den meisten Jahren zwischen 20 und 50 000 Tonnen. 70 bis 80% der Gesamtausfuhr gehen nach Polen. Der Grund hierfür liegt in der Verkehrslage Deutsch-Oberschlesiens zu den rheinischen Hütten, die so ungünstig ist, daß deutsch-oberschlesische Erze oft besser in Polen als im Westen Deutschlands abgesetzt werden konnten. Der Absatz nach Polen wurde durch die Bestimmungen, die in Genf bei der Teilung Oberschlesiens getroffen wurden, erleichtert. Der Artikel 220 des deutsch-polnischen Abkommens vou 15. Mai 1922 bestimmt, daß während eines Zeitraums von 15 Jahren Rohstoffe und Halbfabrikate aus einem Teile Oberschlesiens, die dazu bestimmt sind, in einem Betriebe des anderen Teiles verarbeitet zu werden, zollfrei über die Grenze gehen, wenn sie wieder in ihr Ursprungsland eingeführt werden. Diese Bestimmung, die hauptsächlich den oberschlesischen Eisenhütten die Schäden der Trennung mildern half, sollte auch die Wechselbeziehungen zwischen den deutschgebliebenen und den polnisch gewordenen Teilen der Oberschlesischen Zinkindustrie regeln. Vom Besitz der Schles. A.-G. f. Bergbau und Zinkhüttenbetrieb, Lipine (S. A. G.) verblieben eine Kohlengrube, eine Erzgrube und vier außerhalb des Industriereviers gelegene Zinkblechwalzwerke in Deutsch-

[14]) a. a. O.

[15]) Rocznik handlu zagranicznego Rzeczypospolitej Polskiej (Jahrbuch des Außenhandels der Polnischen Republik).

land, während zwei Kohlengruben, eine Erzgrube, zwei Erzaufbereitungen, sämtliche Hütten und das größte Zinkblechwalzwerk an Polen fielen. Dieser polnisch gewordene Teil des Betriebs blieb unter der alten Firmierung zusammen, während die deutsch gebliebenen Vermögensteile unter einer deutschen Tochtergesellschaft, der Schlesischen Bergwerks- u. Hütten A.-G., Beuthen (Schlesag) vereint wurden, die sich durch Kauf weiteren Erzgrubenbesitz angliederte. Die Schlesag, die keine Hütten besaß, konnte daher in erster Linie von den Bestimmungen des § 220 Gebrauch machen. — Die Bergwerksgesellschaft Georg von Giesche's Erben, deren Bleischarleyfeld in der früher mitgeteilten Weise durch die Grenzziehung geteilt worden war, und die 1926 für den polnischen Gruben- und Hüttenbesitz die amerikanisch-deutsche Giesche-A.-G. gründete, ließ, da sie auf deutscher Seite keine Hütten mehr besaß, ihre im deutschen Feldesteil gewonnenen Erze nur zum Teil auf Grund von besonderen Erzverhüttungsverträgen im polnischen Teil verarbeiten.

Nach Art. 223 des Genfer Vertrages war es jedem der beiden Staaten überlassen, den Nachweis für die im § 220 gegebenen Voraussetzungen zu regeln, und die beiderseitigen Zollbehörden konnten nach örtlichen Bestimmungen und nach eigenem Ermessen den Nachweis als erbracht ansehen. Es ergaben sich daraus mancherlei, weder zeitlich noch örtlich immer einheitliche Verfahren, nach denen der Veredelungsverkehr auf Grund des Genfer Vertrages oder die besonders vereinbarte Lohnverhüttung geregelt wurde. Von deutscher Seite setzte man wegen des deutschen großen Zinkbedarfs der Einfuhr von Zink aus Polen, auch ohne die vertraglichen Bindungen, keine Schwierigkeiten entgegen. Das eingeführte Zink blieb zollfrei. Dagegen war wegen der übergroßen Produktionsmöglichkeit in Deutsch-Oberschlesien die Einfuhr von Zinkblechen entweder ganz verboten oder mit hohen Schutzzöllen belegt. Von polnischer Seite förderte man die Einfuhr von Zinkerzen, die man dringend benötigte, ebenso wie die Ausfuhr von Zink, wofür im Inland nur geringer Absatz war. Dagegen hat man zeitweise, als der Bedarf der Düngemittel- und Sprengstoff-Fabriken gestiegen war, der Ausfuhr von Schwefelsäure durch Ausfuhrverbote Schranken gesetzt. Daraus erklärt es sich auch wohl, daß die deutsche Außenhandelsstatistik nicht das sowieso zollfrei hereinkommende Zink, nach der Verhüttung der nach Polen eingeführten Erze in Polen, als das veredelte Produkt betrachtet, sondern die schon bei der Abröstung der Zinkblende entstehende Schwefelsäure.

Nach den statistischen Angaben der Außenhandelsstellen Deutschlands und Polens trug sich der Grenzverkehr mit Erzen folgendermaßen zu:

(in 1000 Tonnen)

	Deutsche Ausfuhr nach Polen[16])			Polnische Einfuhr aus dem Deutschen Reich[17])
	im normal. Verkehr	im Veredelungsverkehr	im ganzen	
1927	168,0	—	168,0	165,8
1928	153,3	2,3	155,6	148,8
1929	140,2	19,0	159,2	156,4
1930	147,6	31,0	178,6	187,3
1931	105,0	33,2	138,2	140,2
1932	67,4	26,3	93,7	96,0
1933	78,5	16,9	95,4	100,2

Die Zahlen der beiden letzten Spalten stimmen in dem Maße miteinander überein, als überhaupt statistische Angaben zweier Länder über ihren Handelsverkehr miteinander übereinstimmen können, wenn es sich um schwer definierbare und erkennbare Objekte, wie Erze, handelt. Die deutsche Außenhandelsstatistik enthält über die Schwefelsäureeinfuhr des Reiches aus Polen folgende Angaben:

(in 1000 Tonnen)

	im normal. Verkehr	im Veredelungverkehr
1927	22,3	—
1928	21,1	—
1929	0,3	8,7
1930	—	15,2
1931	—	16,2
1932	—	16,4
1933	—	9,8

Im Jahre 1929 setzte der große Schwefelsäureverbrauch in Polen ein, die Ausfuhr wurde untersagt und war nach dem deutschen Reich nur im Wege des Veredlungsverkehrs möglich. Dies Verfahren wurde auch beibehalten, nachdem sich in Polen die Verhältnisse auf dem Schwefelsäuremarkt geändert hatten.

Den Außenhandel Deutschlands und Polens mit Zink (einschließlich Alt- und Bruchzink), Zinkblechen (rohen, polierten und vernickelten) und anderen Zinkwaren (Draht, Gegenständen aus Zinkblech und Zinkguß) geben die nachstehenden Zusammenstellungen wieder:

(in 1000 Tonnen)

Deutscher Außenhandel[18])

	Zink		Zinkbleche		Andere Zinkwaren		Davon: Einf. v. Zink aus Polen
	Einf.	Ausf.	Einf.	Ausf.	Einf.	Ausf.	
1927	147,7	33,5	12,3	1,2	0,1	0,8	70,9
1928	144,1	43,6	7,4	1,6	0,2	0,8	75,4
1929	137,2	42,3	7,6	1,9	0,3	0,9	71,7
1930	110,7	26,4	7,0	6,1	0,2	1,1	65,6
1931	119,0	14,9	7,1	7,4	0,1	0,8	57,7
1932	101,8	13,3	6,0	6,5	—	0,6	41,9
1933	100,6	20,0	6,8	6,8	0,1	0,7	40,5

Polnischer Außenhandel[19])

							Davon: Ausf. v. Zink nach Deutschland
1927	0,3	128,0	—	12,0	—	0,2	76,2
1928	0,3	133,1	—	12,1	0,1	0,1	82,3
1929	0,8	140,4	—	14,2	0,1	0,2	79,6
1930	—	140,0	—	13,1	0,1	0,4	73,8
1931	—	115,9	—	9,7	—	—	61,8
1932	0,2	78,5	—	4,6	0,1	0,1	43,6
1933	0,1	67,6	—	4,6	—	—	42,7

[16]) Monatl. Nachweise über den Außenhandel Deutschlands.
[17]) Jahrbuch des Außenhandels der Polnischen Republik.
[18]) Monatl. Nachweise über den Außenhandel Deutschlands.
[19]) Jahrbücher des Außenhandels der Polnischen Republik.

Die in den letzten Jahren stark gesunkene polnische Ausfuhr nach Deutschland hat sich vom Jahre 1934 wegen der deutschen Devisenschwierigkeiten noch weiter vermindert.

Der Rohzinkverbrauch in beiden Ländern war in runden Zahlen nach Tausenden von Tonnen[20])

	In Deutschland	In Polen
1927	200	30
1928	204	37
1929	198	37
1930	171	34
1931	145	25
1932	127	18
1933	348	21

Dementsprechend wird in Deutschland von einer kleineren Produktion nur wenig, in Polen von einer größeren viel ausgeführt. In Deutschland muß der Mehrbedarf durch eine beträchtliche Einfuhr befriedigt werden, während Polen fast kein Zink einführt. Die oben angegebenen geringen Einfuhrmengen bestehen aus Alt- und Bruchzink und Spezialsorten, Deutschland blieb trotz des Zollkrieges der bedeutendste Abnehmer polnischen Zinks. Nächst Deutschland beliefert Polen hauptsächlich noch Großbritannien, Rußland und die skandinavischen Staaten mit Zink. Der Absatz nach diesen Ländern ist jedoch in den letzten Jahren stärker zurückgegangen, als der durch die Wirtschaftslage verringerten Nachfrage entsprechen dürfte. Hierauf wird noch zurückgekommen werden. Vergleicht man die Zinkausfuhr Polens nach Deutschland mit der Zinkeinfuhr Deutschlands aus Polen, wie beide nach der Statistik der eigenen Länder in obigen Tabellen wiedergegeben sind, so zeigt sich eine recht beträchtliche Mehrangabe in der polnischen Statistik. Die amtlichen Stellen in Polen[21]) erklären dies damit, daß große Mengen polnischen Zinks durch Vermittlung deutscher Verkaufsbüros gehandelt und Transaktionen dafür an der Berliner Börse abgeschlossen werden, sodaß schon in Polen bei der Deklarierung Deutschland häufig als Bestimmungsland für Zink, das nicht in Deutschland bleibt, angegeben wird. Daß Polen keine Zinkbleche einführt, ist bei der für den geringen Eigenbedarf großen Produktion begreiflich. Von der Ausfuhrmenge geht fast nichts nach Deutschland, das sich seit 1925 gegen die Einfuhr durch Einfuhrverbote und Prohibitionszölle wehrt. Eigentümlich ist, daß in der deutschen Außenhandelsstatistik nichts über eine Einfuhr polnischer Zinkbleche zu finden ist, während Polen alljährlich kleine, zwischen 300 und 900 Tonnen schwankende Ausfuhrmengen nach Deutschland in seiner Statistik verzeichnet. Es handelt sich hierbei wahrscheinlich auch um Waren, die über Deutschland weitergehen, wobei auch einige in Deutschland nicht hergestellte Spezialbleche dort verbleiben mögen.

---

[20]) Metallgesellschaft a. a. O.

[21]) S. Gutermann: Ursachen der Unstimmigkeit zwischen den Angaben der polnischen Statistik und denen der ausländischen auf dem Gebiet des Außenhandels. — Serie C, Heft 2 der „Statystika Polska". Herausgegeben vom Statistischen Hauptamt der Republik Polen, Warschau 1934 (Polnisch).

Über das in polnischen Zinkwalzwerken aus eigenem und das in deutsch-oberschlesischen Walzwerken aus polnischem Zink hergestellte Zinkblech geben die folgenden Zahlen (in Tausenden von Tonnen) Aufschluß:

	Deutsch-Oberschlesien	Polnisch-Oberschlesien
1924	4,4	25,4
1925	4,5	27,5
1926	6,9	8,3
1827	8,0	12,7
1928	8,3	14,1
1929	6,8	16,3
1930	7,3	15,7
1931	7,8	13,0
1932	7,9	7,2
1933	7,8	7,8

Wie aus dem oben über den polnischen Zinkabsatz und die Vermittlung deutscher Stellen Gesagten hervorgeht, bestehen im Zinkhandel noch starke Bindungen mit Deutschland. Die 1922 an Polen gekommene ostoberschlesische Zinkindustrie hatte keine Möglichkeit ihre Erzeugnisse im Inland abzusetzen. Es geschah daher aus Gründen wirtschaftlicher Notwendigkeit, wenn die nunmehr polnischen Zinkhütten der deutschen Zinkhüttenvereinigung bis zu deren Auflösung im Jahre 1927 angeschlossen blieben. Dann traten an Stelle der Verbandszugehörigkeit vertragliche Bindungen mit deutschen Metall- und Erzhandelsfirmen, in denen auch einige — allerdings in einem später immer geringer werdenden Verhältnis — an der polnischen Zinkindustrie beteiligt waren. Als sich in den Jahren 1927 und 1928 das Internationale Zinkkartell in Brüssel aus den Anfängen eines statistischen Büros bildete, konnten die polnischen Zinkhütten mit fast 10% der Weltproduktion sich nicht ausschließen. Trotz wiederholter Kündigung ist das Kartell immer wieder neu erstanden und besteht auch heute noch, obgleich gerade jetzt wieder von einer Auflösung die Rede ist. Man darf mit seinem Weiterbestehen schon deshalb rechnen, weil die Regelung der Produktion durch das Kartell in einem vernünftigen Verhältnis zu den Weltvorräten und dem Bedarf sich bisher als durchaus zweckmäßig erwiesen hat. Im vergangenen Jahr betrug die Produktionseinschränkung durch das Kartell 40 bis 50% der Normalproduktion. Ebenso wie die Zinkhütten blieben die Zinkblechwalzwerke ihrer früheren Organisation, dem Zinkwalzwerksverband in Berlin angeschlossen, gründeten jedoch nach der deutschen Grenzsperre für polnische Zinkbleche 1928 eine Art selbständige Filiale des Verbandes in Kattowitz, die sich als ein Verteilungsbüro für Zinkbleche bezeichnete. 1931 entstand daraus ein Verkaufssyndikat der deutschen, polnischen und tschechoslowakischen Produzenten. Erwähnt sei noch, daß an Stelle der früheren Breslauer Schwefelsäuregenossenschaft seit 1927 in Kattowitz ein Schwefelsäuresyndikat besteht.

Wie im Vorhergehenden verschiedentlich betont wurde, liegt der Rückgang in der Erzeugung der polnischen Zinkindustrie nicht etwa in der Erschöpfung der Erzlagerstätten auch nicht in der Verteuerung der Produktion. Einzig und allein ist daran vielmehr die Überproduktion

früherer Jahre im Vergleich zum sinkenden Bedarf auf der ganzen Welt und der darauf zurückzuführende Preissturz des Zinks schuld. Die Umstände, die zu einem Zurückgehen der Londoner Preise von über 34 Pfund Sterling je Tonne i. J. 1925 auf weniger als 15 Pfund Sterling zur Jetztzeit geführt haben, dürfen als bekannt vorausgesetzt und brauchen hier nicht weiter erörtert zu werden. Wenn nun aus einem Anziehen der Preise bei einer allgemeinen Besserung der Weltwirtschaft auch die polnische Zinkindustrie ihren Nutzen ziehen wird, so darf doch nicht außer Acht gelassen werden, daß ihr in der Zukunft von verschiedenen Seiten noch Gefahren drohen.

Zunächst ist zu beachten, daß die Zinkerzversorgung Polens aus Deutschland seit 1930 auf die Hälfte gefallen ist und auch noch weiter fällt, da die Erze der Deutsch-Scharleygrube, die jetzt schon jährlich ca. 150 000 t Zinkerzkonzentrate und ca. 7000 t aus armen Erzen hergestellte Zinkoxyde liefern kann, mehr und mehr zur Inlandverhüttung in Deutschland verbleiben. Die polnischen Zinkerzgruben könnten nach ihrer Wiedereröffnung kaum mehr als 300 bis 400 tausend Tonnen Zinkerz, das was sie in ihren besten Jahren erreicht haben, bereitstellen. Es mußten aber in eben diesen Jahren ungefähr 200 000 t Erze noch eingeführt werden, um den Vollbetrieb zu decken, von denen nur ein verschwindend kleiner Teil aus anderen Ländern als Deutschland kam. Der Ersatz aus anderen Ländern wird immer schwieriger werden, je mehr diese, wie Norwegen und Rußland, ihre Erze für ihre eigene rasch wachsende Zinkindustrie benötigen. Eine Erhöhung der polnischen Bergwerksproduktion durch die Eröffnung neuer Fundstellen erscheint wohl möglich. Da aber ein Erzgrubenbetrieb weniger elastisch ist als ein Kohlengrubenbetrieb und diesem gegenüber in der Regel den Charakter eines Kleinbetriebs behält, wird es nicht möglich sein, eine genügende Anzahl von Gruben in Betrieb zu halten, die in guten Zeiten zusammen über 500 000 t Zinkkonzentrate liefern können, in anderen hinwieder sich auf die Hälfte oder ein Drittel beschränken müssen. Selbst zu teueren Preisen eingekauftes Erz käme billiger als das aus großangelegten und nicht voll ausgenutzten Erzbergwerken geförderte; vorausgesetzt, daß die Art der Verteilung der Lagerstätten die Schaffung mehrerer Betriebe nach Art dessen von Bleischarley, der vorläufig noch einzigartig ist, zuließe. Die Aussichten sind somit sowohl hinsichtlich des Erzbezuges aus Ländern mit geringer werdendem Angebot als auch hinsichtlich der eigenen Erzbasis nicht hoffnungsvoll, zumal zu einer Zeit, da außer zwei oberschlesischen Gruben alle anderen polnischen Erzgruben stilliegen.

Das zweite Gefahrenmoment für die polnische Zinkindustrie liegt in der Zunahme der Zinkerzeugung in Ländern, die bisher zu den besten Abnehmern Polens gezählt haben. Deutschland wird in Zukunft durch die Entstehung des seit Oktober 1934 produzierenden Magdeburger Werks der Bergwerksgesellschaft Georg von Giesches Erben etwa 40 000 t jährlich weniger als bisher abnehmen. In Großbritannien hat sich im vergangenen Jahre die Produktion gegen die beiden vorhergehenden Jahre fast verdoppelt. In Rußland ist sie von 2200 i. J. 1929 auf 10 000 Tonnen in Jahre 1933, in Norwegen in der gleichen Zeit von 5500 auf nahezu 50 000 Tonnen gestiegen.

Polen braucht sich deshalb noch keiner Katastrophenstimmung hinzugeben, wie sie jetzt schon zuweilen in polnischen Veröffentlichungen zum Ausdruck kommt. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Artikel dieser Art von der polnischen Zinkindustrie inspiriert sind, um jetzt schon für alle Fälle die Regierung auf einen Appell an ihre Subventionsbereitschaft vorzubereiten. Immerhin aber wäre es gut, wenn Polen sich beizeiten über die zur Erhaltung seiner Zinkindustrie einzuschlagenden Wege mit anderen Ländern und darunter vornehmlich mit seinem Nachbar Deutschland verständigen würde. Vielleicht könnte auch hier eine für beide Teile annehmbare Grundlage innerhalb eines gemeinsamen Wirtschaftsraums gefunden werden.

Die Wirtschaft Polens im Jahre 1934.

(Übersichtsbericht auf Grund vorläufiger Angaben.)

Georg Behaghel

Anm. Die im Text genannten Mengenzahlen sind, wenn nicht anders angegeben, Mengen von 1000 t. — Wo hinter einer Zahl eine zweite in Klammer steht, bezieht sich diese auf das Jahr 1933. — Alle Indexzahlen sind bezogen auf das Jahr 1928 = 100.

Die guten Anzeichen des ersten Halbjahres 1934 für eine rasch vorwärtsschreitende Besserung der wirtschaftlichen Lage haben die darauf gegründeten Hoffnungen nicht erfüllt. Es ist zwar kein Rückschlag eingetreten und die Produktion hat sich auf fast allen Gebieten stetig vermehrt, aber der Umsatz bleibt doch noch weit hinter dem zurück, was für ein kräftiges weiteres Anwachsen der produktiven Tätigkeit nötig wäre. Steigende Industrieproduktion, durch Investitionszunahme belebter Inlandsabsatz und leicht erhöhter Auslandsabsatz treten in ihrer Bedeutung als treibende Momente völlig zurück gegen die Tatsache, daß die große Mehrheit der Bevölkerung von der Landwirtschaft lebt und durch Verschuldung und niedrige Erlöse für ihre Produkte ohne Einfluß auf die Hebung der Kaufkraft im Lande ist.

Trotz deutlich wahrnehmbarer Entspannung auf dem Geldmarkt, trotz größerer Geldflüssigkeit nach dem Aufhören des Geldhamsterns, trotz zeitweilig verringertem Defizit im Haushalt des Staates, bleibt die Finanzlage immer noch sehr schwierig.

Wenn auch der Handelminister in seiner Haushaltsrede im Sejm aus einigen Anzeichen die Berechtigung zu einem maßvollen Optimismus ableiten zu können glaubte, so mußte der „Leviathan" in seinem Situationsbericht für das abgelaufene Jahr doch feststellen, daß die günstigen Tatsachen auf den größten Teil einer durch die lang andauernde Krise seelisch gedrückten Bevölkerung ihren Eindruck verfehlen. Der Wirtschaft fehlt somit noch ihre beste Stütze, das Vertrauen des eigenen Landes.

Die Wirtschaftspolitik der Regierung, die schon lange auf Deflation eingestellt ist, zeigt sich nicht nur in der Senkung der öffentlichen Ausgaben, sondern auch in der Entwicklung der Löhne, die jetzt 20 bis 30% unter dem Höchststand stehen, und in der gleichzeitigen Preissenkungsaktion, die bei den kartellierten Produkten jetzt etwa 40% Rückgang seit 1928 herbeigeführt hat. Die Währung soll unter allen Umständen stabil bleiben. Im Vergleich zu den damit verbundenen Nachteilen hält man die Deflation immer noch für das kleinere Übel.

Geldmarkt.

Die Entspannung des Geldmarktes nahm weiteren Fortgang. Das Horten von Geld und Geldwerten hat fast ganz aufgehört. Die Depositen bei den Banken und Sparkassen hatten sich am Jahresende um 168 Mill. zł. gegen das Ende des Vorjahres vermehrt. Davon betrug die Vermehrung der Spareinlagen allein 146 Mill. zł.. Die Bedeutung dieses Zuwachses wird allerdings durch die Überlegung abgeschwächt, daß im vorhergehenden Jahre die Nationalanleihe die Ersparnisse an sich gezogen hatte.

Nachfrage nach und Angebot von Krediten hielten sich im Jahresdurchschnitt so ziemlich das Gleichgewicht. Im ersten Halbjahr war zeitweilig das Kreditangebot größer. Im August waren Kredite wegen des großen Geldbedarfs zur Finanzierung der Ernte und zur Heilung der Überschwemmungsschäden schwer zu erlangen.

Der Diskontsatz der Polnischen Staatsbank war das ganze Jahr hindurch mit 5% der gleiche wie am Ende des vorhergehenden Jahres. Ihr Wechselbestand hatte am Jahresende einen Gesamtwert von 654 (688) Mill zł. Die Verminderung ist ein Zeichen für ihre konsequente Durchführung der Kreditrestiktion, welche sich in dem immer noch höheren Diskontsatz der privaten Aktienbanken wiederspiegelt. Dieser wurde vom Bankenverband während des vergangenen Jahres von 9,5 auf 8,5% im Maximum herabgesetzt und beträgt im Geschäftsverkehr durchschnittlich etwa 6%. Auf Depositen zahlen die Banken im allgemeinen 4% Zinsen. Angesichts der Zurückhaltung der Privatbanken glaubt die Staatsbank, wie verlautet, eine Senkung des Diskontsatzes zur Lockerung der Kreditverhältnisse vornehmen zu können, ohne damit ihre Deflationspolitik aufzugeben.

Die Konkurse haben sich an Zahl von 286 auf 233 vermindert. Der Rückgang der Wechselproteste in den letzten Jahren war beträchtlich. Im Jahre 1932 war der Gesamtbetrag der protestierten Wechsel noch 838 Mill zł., im Jahre 1933 nur 407 und im Jahre 1934 etwa 280 Mill. zł. Wenn auch die Staatsbank in der Übernahme der ihr angebotenen Akzepte sehr wählerisch war, so zeigt doch das Verhältnis der protestierten zu den eingelösten Wechseln den Fortschritt der Gesundung. Es betrug in den letzten drei Jahren 12 bzw. 9 und 7%.

Bei den Umsätzen der Börsen, die im allgemeinen eine weiter sinkende Tendenz zeigten, ist als ein günstiges Zeichen anzusehen, daß dieser Rückgang hauptsächlich auf die viel geringer gewordenen Umsätze in Valuten zurückzuführen ist. Demgegenüber haben sich der Umsatz in festverzinslichen Papieren und, was bedeutsamer ist, in Industrieaktien

gehoben. Wenn die Verminderung der Aktienumsätze bis Anfang 1934 als ein Zeichen wirtschaftlicher Stagnation aufgefaßt werden konnte, so ist es vielleicht zulässig, aus der Umsatzzunahme von 7,5 auf 10,8 Mill. zł. einen gegenteiligen Schluß zu ziehen.

Der gesamte Geldumlauf der Staatsbank betrug 1365,2 (1345,6) Mill. zł., wovon 981,1 (1004,0) Mill. in Banknoten und 384,1 (341,6) Mill. in Silber und Scheidemünzen ausgegeben waren.

Staatshaushalt.

Das am 31. März 1934 abgelaufene Finanzjahr 1933/34 schloß mit einem Defizit von 337,3 Mill. zł., 61,8 Mill. weniger als im Budget vorgesehen. Für das laufende Finanzjahr 1934/35 ist im Budget ein Fehlbetrag von nur 47,7 Mill. zł. angenommen. Das Halbjahr schloß mit dem 30. September 1934 folgendermaßen im Gleichgewicht ab:

Einnahmen: 1032,4 Mill. zł. = 48,3% des Jahresvoranschlags.
Ausgaben: 1032,4 Mill. zł. = 47,3% des Jahresvoranschlags.

Es wird angenommen, daß im laufenden Haushaltsjahr die Einnahmen aus Monopolen, mit Ausnahme des Spiritusmonopols, und aus staatlichen Unternehmungen größer als veranschlagt sein werden; ebenso auch die Ausgaben, wegen größerer Rückzahlung von Staatsschulden. Bisher waren im abgelaufenen Halbjahr des Haushalts die Einnahmen um etwa 18%, die Ausgaben um noch nicht ganz 2% höher als im gleichen Abschnitt des Vorjahres.

Die ersten neun Monate des Haushaltsjahres 1934/35, d. h. also des Zeitabschnitts bis zum Ende des Kalenderjahres 1934, schlossen mit einem Defizit von 4,7 Mill. zł. Die Einnahmen betrugen 74,2% und die Ausgaben 72,8% des Voranschlags. Im Gegensatz zu diesen zur Zeit nicht ungünstigen Verhältnissen im Staatshaushalt gestaltet sich die Zukunft wieder trüber. Für das Budget 1935/36 sind 1984 Mill. zł. Einnahmen und 2133 Mill. zł. Ausgaben, somit ein Defizit von 149 Millionen vorgesehen. Das prozentuale Verhältnis der Ausgaben für die einzelnen Ministerien zu den Gesamtausgaben ist nur bei Auswärtigem, Verkehr und Post das gleiche geblieben. Sonst sind im Budget folgende Änderungen der Ausgabenanteile gegen früher vorgesehen (in Prozenten):

	Tatsächliche Ausgaben		Vorgeseh. Ausgab.
	1933/34	1934/35	1935/36
Krieg	34,5	36,2	35,7
Inneres	8,9	9,4	9,2
Finanz	6,4	5,0	5,2
Justiz	4,3	4,1	4,3
Industrie und Handel	1,5	2,0	2,0
Landwirtschaft	1,0	1,2	1,5
Unterricht	14,4	14,3	13,8
Arbeit	3,9	3,0	2,7

Die Verschuldung des Staates bleibt weiter Gegenstand ernster Sorge, zumal sie, nach einem beträchtlichen Rückgang vor einem Jahr, nun wieder zugenommen hat. Die Gesamtschuld betrug am Jahresende 4 691 (4 303) Mill. zł., wovon 1 346 (759) Mill. zł. auf die innere und

3 345 (3 544) Mill. zł. auf die äußere Schuld entfielen. Während also die innere Schuld gestiegen, ist die äußere zurückgegangen. Dies jedoch zum kleineren Teil durch Rückzahlungen an das Ausland als durch die Entwertung fremder Valuten, besonders des Dollars und des Pfund Sterling.

Für das kommende Jahr wird die Ausgleichung der ungedeckten Staatsausgaben durch neue Steuern oder eine innere Anleihe nicht zu umgehen sein. Bei der bereits starken Belastung der öffentlichen Kreditanstalten mit Staatspapieren und den durch die Krise geschwächten wirtschaftlichen Kräften der Bevölkerung erscheint das Auflegen einer neuen Anleihe wenig aussichtsreich.

Preise, Löhne und Lebenshaltung.

Der Rückgang der Handelspreise war im Jahre 1934 recht beträchtlich, wie folgende Indexzahlen des Großhandels zeigen:

	Durchschn. 1934	Dez. 1934
Alle Waren	55,8 (58,4)	53,3 (57,6)
Industrieerzeugnisse	59,5 (61,1)	57,4 (60,9)
Davon Rohstoffe	57,6 (57,6)	55,0 (60,8)
Halbfabrikate	57,4 (59,8)	54,9 (58,5)
Kartellierte Rohstoffe und Halbfabrikate	88,6 (93,0)	83,2 (90,8)
Fertigfabrikate	63,2 (65,3)	61,9 (63,6)
Agrarerzeugnisse, unmittelbar von d. Landwirtschaft abgesetzt	37,2 (42,6)	35,6 (40,5)

Der Vergleich der Dezember-Indices gibt bei einigen der oben angeführten Einzelangaben ein deutlicheres Bild der Verbilligung als die Gegenüberstellung der Jahresdurchschnitte. So gingen die Preise der kartellgebundenen Produkte im Mittel des Jahres 1934 um 4,4 Punkte, beim Vergleich der Dezemberzahlen jedoch um 7,6 Punkte zurück. Dieser Rückgang ist die Folge des von der Regierung mit großer Hartnäckigkeit ausgeübten Druckes auf die Preisstützungsverbände. Er erstreckte sich auf Kohle, Eisen, Zucker, Papier und künstliche Düngemittel und begnügte sich in einzelnen Fällen, wie z. B. bei Kohle, nicht mit einer einmaligen Preissenkung während des Jahres. Der Preisindex für Kohle war 1934 im Jahresmittel 97,9, am Ende desselben Jahres 94,3 am Ende des abgelaufenen Jahres jedoch 88,6.

Trotz dem Umfang der Preissenkung ist sie nicht genügend, um der Landbevölkerung eine irgendwie nennenswerte Hilfe bringen zu können. Wenn schon aus einem Vergleich der oben angegebenen Indices hervorgeht, daß der Preisfall bei den Industrieprodukten sich zu dem bei den Agrarprodukten wie etwa 2:5 verhält, so wird dies noch deutlicher, wenn man den Preisindex der nur vom Landwirt gekauften dem der von ihm verkauften Güter gegenüberstellt. Es ergibt sich so nach dem Konjunkturforschungs-Institut das Verhältnis 37,2:70,7=0,53 (0,58). In den Jahren 1929 bis 1932 waren die entsprechenden Verhältniszahlen 0,88, 0,69, 0,66, 0,60. Solange diese Preisschere sich immer noch weiter öffnet, kann man bei dem Überwiegen der Landbevölkerung an eine baldige Gesundung der Wirtschaft nicht recht glauben.

Die Löhne und Gehälter zeigten während des ganzen Jahres, mit Ausnahme weniger besonderer Industriezweige, eine stetige Abwärtsbewegung. Man nimmt allgemein an, daß die Periode der gleichmäßig fortschreitenden Lohnsenkung nun vorüber ist. Da die Lebenshaltungskosten rascher fielen als die Nominallöhne, waren am Jahresende, wenigstens nach der Berechnungsweise des Konjunkturforschungsinstituts, die Reallöhne sogar höher als im Vorjahre. Die Zusammenhänge werden z. T. durch die folgenden Indexzahlen verdeutlicht, bei denen die Indices für die Löhne des letzten Quartals noch fehlen:

	Nominal		Real	
	1934	1933	1934	1933
	Jan.-Sept.	Jan.-Dez.	Jan.-Sept.	Jan.-Dez.
Löhne der Industriearbeiter	82,4	(85,5)	122,6	(120,0)
Unterschied gegen das Vorjahr	—3,1		+2,6	
	Industriearbeiter		Industrieangestellte	
Lebenshaltungskosten einer Familie in Warschau	66,5	(71,2)	71,6	(75,6)
Unterschied gegen das Vorjahr	—4,7		—4,0	

Bei den staatlichen Angestellten war im Jahresdurchschnitt der Index der Nominallöhne 79,3 (80,1), der Reallöhne 110,8 (106,0) soweit er die eigentlichen Beamten und 119,3 (112,5), soweit er die niederen Angestellten betraf.

Beschäftigungsstand.

Im Jahresdurchschnitt 1934 waren beschäftigt:

Beim Bergbau	95 800	(97 500)
bei der Hüttenindustrie	35 900	(33 300)
in Fabriken mit über 20 Arbeitern (einschl. Elektrizitäts- und Wasserwerke)	442 500	(400 300)
bei öffentlichen Arbeiten	69 800	(51 700)

Bemerkenswert ist die Zunahme der bei öffentlichen Arbeiten Beschäftigen. Nur im Bergbau ist ein Rückgang zu verzeichnen.

Am Jahresende hatten folgende Zweige der weiterverarbeitenden Industrie die größten Belegschaften im Monatsdurchschnitt:

Textilindustrie	120 900	Mann
Metallindustrie	57 100	„
Lebensmittelindustrie	48 200	„
Industrie der Steine und Erden	32 000	„
Holzindustrie	29 000	„
Chemische Industrie	28 300	„

Die übrigen Industriezweige beschäftigten weniger als 20 000 Mann.

Die Zahl der bei den polnischen Arbeitsämtern registrierten Arbeitslosen betrug am Jahresende 414 000 (343 000), 71 000 mehr als am Ende des vorhergehenden Jahres. Von der Arbeitslosenzahl entfielen 104 000 auf die Wojewodschaft Schlesien, 35 000 auf Łódź und 33 000 auf Warschau. Hierzu kommen noch die besonders aus dem Zuwachs an Ar-

beitskräften hervorgehenden und noch nicht registrierten und die in den Landbezirken bisher nicht erfaßten Arbeitslosen, sodaß die wirkliche Arbeitslosenzahl bedeutend größer ist als amtlich angegeben.

Außenhandel.

Die vorläufigen Zahlen zeigen für den Außenhandel Polens mit Einschluß der freien Stadt Danzig folgendes Jahresergebnis:

Ausfuhr:	14 559	(12 986)	im Werte von	975,6	(959,6)	Mill. zł.
Einfuhr:	2 555	(2 356)	im Werte von	798,8	(827,0)	Mill. zł.
Saldo:	+12 004	(+10 630)		+176,8	(+132,6)	Mill. zł.

Im abgelaufenen Jahr ist, verglichen mit dem Vorjahr, sowohl Ausfuhr wie Einfuhr mengenmäßig gestiegen. Im Werte ist jedoch die Einfuhr gefallen. Der Gesamtumsatz hat um 12,2 Mill. zł. abgenommen. Dagegen ist die Handelsbilanz um 44,2 Mill. zł. oder um ein Drittel aktiver geworden, was zum nicht geringen Teil der Geldentwertung in vielen der importierenden Länder zuzuschreiben ist.

Der Wert des Außenhandels verteilt sich auf zwei Hauptgruppen folgendermaßen:

Lebende Tiere, Lebensmittel und Getränke:

Ausfuhr	341,1	(284,1)	Mill. zł.
Einfuhr	147,2	(130,6)	Mill. zł.
Saldo:	+193,9	(+153,5)	Mill. zł.

Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate:

Ausfuhr	634,5	(675,5)	Mill. zł.
Einfuhr	651,6	(696,4)	Mill. zł.
Saldo	—17,1	(—20,9)	Mill. zł.
Gesamtsaldo	+176,8	(+132,6)	Mill. zł.

Die Zahlen zeigen, daß die Aktivität der polnischen Handelsbilanz nicht auf der industriellen Tätigkeit beruht. Im allgemeinen läßt sich beobachten, daß im Verlauf des vergangenen Jahres bei der Lebensmittelgruppe die Aktivität, bei der Industriewarengruppe die Passivität fortschreitend zugenommen hat.

Zur Förderung der Ausfuhr wurde im zweiten Halbjahr eine Export-Treuhandgesellschaft gegründet, an der sich die Staatsbank mit 300 000 und die Warschauer Handelskammer mit 100 000 zł. beteiligten, und deren Tätigkeit hauptsächlich den kleinen Gewerbebetrieben, denen bisher die Mittel zur Beteiligung am Export fehlten, zugutekommen soll. Die Gründung ist noch zu neu, als daß sich ihre Wirkungen hätten fühlbar machen können.

Der Deutsch-polnische Handelsverkehr hat im vergangenen Jahr abgenommen. Es betrug nach polnischer Statistik

die Ausfuhr Polens nach Deutschland	162	(168)	Mill. zł =	16,5 (17,5) % der Gesamtausfuhr;
die Einfuhr Polens aus Deutschland	108	(146)	Mill. zł =	13,6 (17,6) % der Gesamteinfuhr;
Saldo der polnischen Handelbilanz im Verkehr mit Deutschland:	+54	(+22)	Mill. zł	

Der Anteil der Vereinigten Staaten von Amerika an der Ausfuhr betrug 2,3 (1,7), an der Einfuhr 15,1 (13,3)%, der Anteil Großbritanniens an der Ausfuhr 19,7 (19,2), an der Einfuhr 10,8 (10,1)%.

Nach der deutschen Statistik gestaltete sich der Handelsverkehr Deutschlands mit Polen und Danzig wie folgt:

Ausfuhr Deutschlands nach Polen 55 (82) Mill. RM. = 117 (175) Mill. zł. = 1,3 (1,7)% der Gesamtausfuhr;

Einfuhr Deutschlands aus Polen 78 (77) Mill. RM. = 166 (164) Mill. zł. = 1,7 (1,8)% der Gesamteinfuhr;

Saldo der deutschen Handelsbilanz im Verkehr mit Polen: —23 (+5) Mill. RM. = —49 (+11) Mill. zł.

Die Passivität der deutschen Handelsbilanz im Verkehr mit Polen ist somit nach den deutschen Angaben um 5 Mill. zł. geringer als nach den polnischen. Die Gründe, warum die Außenhandelsstatistiken zweier Länder nicht immer mit einander in Einklang gebracht werden können, dürfen als bekannt angenommen werden. Erwähnt sei hier nur, daß die Differenzen zum größten Teil in der verschiedenen Erfassung des Umlade- und Duchgangsverkehrs und in der Verschiedenheit der Bewertung der Güter, je nach der Berücksichtigung der Transportkosten, ihren Ursprung haben. — Die Verteilung des deutsch-polnischen Handelsverkehrs auf die bereits oben angeführten Hauptgruppen zeigt folgende Zusammenstellung nach der deutschen Statistik:

Lebende Tiere, Lebensmittel und Getränke:

Deutsche Ausfuhr nach Polen	0,7 Mill. RM.
Deutsche Einfuhr aus Polen	27,7 Mill. RM.
Saldo	—27,0 Mill. RM.

Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate:

Deutsche Ausfuhr nach Polen	54,3 Mill. RM.
Deutsche Einfuhr aus Polen	50,3 Mill. RM.
Saldo	+4,0 Mill. RM.
Gesamtsaldo	—23,0 Mill. RM.

Den Hauptanteil an der Ausfuhr Deutschlands nach Polen hatten Maschinen, elektrotechnische Artikel, chemische und pharmazeutische Präparate und Eisenwaren, an der Einfuhr von Polen Holz, Getreide, Zink, Felle und Häute.

Verkehr.

Die Güterbewegung auf den Eisenbahnen des Staates, die im Jahre 1933 fast ebenso stark war als 1932, hat im Jahre 1934 um etwa 10% zugenommen, hat aber noch nicht wieder den Stand des Jahres 1931 erreicht.

Die tägliche Gestellung von Wagen mit 15 Tonnen Ladegewicht betrug 10 600 (9 600) im Inlandverkehr (mit Danzig) und 11 700 (10 600) im Gesamtwerkehr einschließlich der Übernahme von Auslandssendungen und des Durchgangsverkehrs.

Von neuen Bahnbauten ist besonders der Bau zweier an und für sich kurzer Strecken zu erwähnen, die aber von wesentlicher wirtschaft-

licher Bedeutung werden können. Es sind dies die Linien Warschau-Radom und Krakau-Miechów, die nunmehr eine direkte Verbindung der Hauptstadt mit Krakau von 321 km Länge herstellen. Der bisherige Umweg über Czenstochau, Ząbkowice und Szczakowa wird dadurch um 43 km abgekürzt. — Die Kohlenmagistrale, die Oberschlesien mit Gdingen verbindet, wurde durch den Bau einiger Stationen und Rangiergeleise vervollständigt. Sie wird, trotz Ablauf der vertraglich vorgesehenen Zeit, in beiderseitigem Einverständnis vorläufig noch weiter in der Verwaltung des Staates für Rechnung der französischen Gesellschaft verbleiben.

Die Beteiligung der Schiffahrt am Außenhandel des polnisch-Danziger Zollgebiets war größer als im Vorjahr, sie betrug 72,2 (69,3)% der Warenmenge und 60,7 (52,8)% des Warenwertes. Auf die beiden Häfen verteilte sich der Güterumschlag (ohne Transit) folgendermaßen (in Millionen Nettotonnen):

Gdingen:	Ausfuhr	5,95 (4,99) = 40,9 (38,4)%	der Gesamtausfuhr
	Einfuhr	0,78 (0,70) = 30,4 (29,5)%	der Gesamteinfuhr
Danzig:	Ausfuhr	5,26 (4,59) = 36,2 (35,4)%	der Gesamtausfuhr
	Einfuhr	0,38 (0,36) = 14,7 (15,3)%	der Gesamteinfuhr.

Die drei unter polnischer Flagge fahrenden Dampfschiffahrtsgesellschaften bewältigten fast die Hälfte des gesamten Warenverkehrs über die beiden Seehäfen. Davon entfielen allein 381 900 (290 700) auf die „Żegluga Polska". Diese größte polnische Schiffahrtsgesellschaft hat für Frühjahr 1935 in England zwei neue Schiffe für den Verkehr mit Antwerpen und Rotterdam in Auftrag gegeben.

Landwirtschaft.

Das vergangene Jahr brachte der Landwirtschaft noch nicht die lang erwartete Besserung, sondern reihte sich als sechstes an die vorhergegangenen Krisenjahre an. Alle Bemühungen der Regierung in Form von Krediten, Anleihen, Interventionskäufen zur Stützung der Getreidepreise, Preisdruck auf die vom Landwirt gebrauchten Industrieerzeugnisse und Steuererleichterungen haben das Hauptübel, die geldlose Betriebsführung der meisten Landwirte, nicht beseitigen können. Alle Entschuldungsmaßnahmen kamen bisher fast nur den Gläubigern der Landwirtschaft zugute, während sie selbst bei dem geringen Erlös für ihre Erzeugnisse nur von der Hand in den Mund leben kann und nicht an Kaufkraft gewinnt.

Die Getreideernte des Jahres 1934 genügte vollkommen für den Landesbedarf, wenn sie auch um 15 bis 20% geringer war als im vorhergehenden Jahr. Sie betrug in Millionen Tonnen: Weizen 1,7 (2,2), Roggen 5,7 (7,1), Gerste 1,3 (1,4), Hafer 2,3 (2,7). Die Kartoffelernte war mit 31,8 (28,3) Mill. t. um 12% höher als im Vorjahr. Die Überschwemmungen des Juli, die auf etwa 200 000 ha Ackerland die Ernte zerstörten, hatten im allgemeinen keinen großen Einfluß auf die Gesamternte und festigten für einige Zeit die Getreidepreise. Der mittlere Preisindex des Jahres war 35,0 (44,0). Zu Anfang des Jahres stand der Preisindex sehr niedrig, stieg aber schwankend, in Erwartung einer schlechten Ernte und durch die Stabilisierungskäufe der Regierung, von 33,9 bis 38,3. Als

die Stützungsaktion der Regierung aufhörte, sank der Index auf 33,3 im November und erholte sich nur wenig gegen Ende des Jahres. Der Staat hatte sich seine großzügige Getreidepreisstützung mehr kosten lassen, als die von der Landwirtschaft eingehenden Steuern betrugen, und trotzdem genügte sie nicht.

An der Warschauer Produktenbörse waren im Jahresdurchschnitt die Getreidepreise, mit Ausnahme von Gerste, durchweg niedriger als im Vorjahr. Das Mittel aller Notierungen ergibt

für 100 kg Weizen	19,8	(29,5) zł
für 100 kg Roggen	14,9	(17,2) zł
für 100 kg Gerste	18,4	(16,2) zł
für 100 kg Hafer	14,1	(15,1) zł.

Etwas befriedigender als der Inlandsmarkt gestaltete sich der Auslandsmarkt für Getreide, nicht zum wenigsten durch die Preisfestigung, die das polnisch-deutsche Roggen- und Weizenabkommen und das polnisch-deutsch-russische Roggenabkommen herbeiführte. Zwischen dem Ende der Ernte im Jahre 1933 und dem der Ernte des vergangenen Jahres wurden dem Gewicht nach 54% und dem Wert nach 11% mehr Getreide und Mehl ausgeführt als ein Jahr früher. Die Hauptausfuhr bestand aus Roggen nach Belgien und nordischen Ländern. Aber auch nach Nordamerika wurde Getreide verschifft. Die Regierung förderte den Export durch Zollrückerstattungen und Frachtermäßigungen.

Nach der deutschen Außenhandelsstatistik wurden für 9,2 Mill. RM. Weizen und für 2,6 Mill. RM. Roggen im Jahre 1934 aus Polen in Deutschland eingeführt, wobei allerdings anzunehmen ist, daß ein gewisser Anteil des Weizens nicht aus Polen stammt, sondern in Danzig von anderen Ländern empfangen und umdeklariert wurde. Die deutsche Einfuhr von polnischen Molkereiprodukten hatte einen ungefähren Wert von 3 Millionen, von Ölsaaten und Ölkuchen von 1,3 Millionen RM.

Die regelmäßige Julizählung des Viehbestandes zeigte für 1933/34 folgenden Bestand:

3 760 000	Pferde
9 237 000	Rinder
7 082 000	Schweine
2 549 000	Schafe
320 000	Ziegen.

Der Pferdebestand war unverändert, nur einjährige Fohlen hatten um 19,5% zugenommen. Auch beim Rindvieh war fast kaum eine Zunahme, mit Ausnahme der einjährigen Kälber, 21,2%, zu vermerken. Dagegen war die Zunahme des Schweinebestandes, der seit 1931 stetig zurückgegangen war, mit 22,6% immerhin bemerkenswert. Der starke Rückgang an Futtermitteln wirkte ungünstig auf die Viehzucht, ganz besonders aber die stark fallenden Schlachtviehpreise. Der Preisindex betrug im Jahresdurchschnitt 36,7 (42,5) und stand am Jahresende auf 32,5 (41,9). Ganz besonders stark war der Rückgang der Schweinepreise.

Im Landwirtschaftsjahr 1933/34 zeigte sich, abgesehen vom Getreide, bei fast allen Warengattungen ein Rückgang gegen 1932/33 in der Ausfuhr, und zwar fielen

Schweine	von	158 000	auf	146 000	Stück
Bacon	von	47 800	auf	28 700	t
Eier	von	26 500	auf	25 400	t

Dagegen stiegen

Rinder	von	3 300	auf	4 300	Stück
Butter	von	800	auf	3 700	t

Die Gesamtausfuhr aller genannten Güter verminderte sich im Werte von 133,8 auf 113,1 Mill. zł.

Industrie und Bergbau.

Allgemeine Lage.

Nach dem Ansteigen der industriellen Produktion bis zur Mitte des Jahres 1934 setzte ziemlich plötzlich ein geringer Rückgang ein, dem aber bald wieder eine Zunahme folgte. Der allgemeine Produktionsindex für den Jahresdurchschnitt stand dadurch beträchtlich über dem für 1933 und 1932. Mit Ausnahme der Erdölindustrie war bei allen Teilen der Industrie die Indexzahl des vergangenen Jahres größer als die der beiden Vorjahre, bei der Industrie der Steine und Erden, der Holz-, Textil-, Lebensmittel-, Papier- und Lederindustrie sogar größer als die von 1931. Der Index der letzt genannten Industrie überschritt selbst den der Jahre 1930 und 1929. Im Jahresdurchschnitt und am Jahresende ergab sich das durch die folgenden Zahlen verdeutlichte Gesamtbild:

Index der Gesamterzeugung:	62,8 (55,4),	i. Dez. 65,0 (60,8)
Index der Produktionsgüter:	54,5 (45,9),	i. Dez. 58,0 (47,9)
Index der Konsumptionsgüter:	68,5 (61,7),	i. Dez. 66,2 (67,6)

Der hohe Index der Konsumptionsgüter, der im November vorigen Jahres mit 73,8 den Höhepunkt in der ganzen Zeit der letzten drei Krisenjahre erreicht hatte, ist hauptsächlich auf die Anstrengungen der Textilindustrie zurückzuführen. Der Produktionsgüterindex hatte seinen Höhepunkt ebenfalls im November, mit 59,5.

Wenn trotz den Preissenkungsmaßnahmen der Regierung, von denen man eher eine hemmende Wirkung auf die Menge der Produktion hätte erwarten sollen, doch eine Vermehrung festzustellen ist, so ist dies u. a. auf folgende besondere Umstände zurückzuführen:

Die Vorräte an Waren hatten sich beim Großhandel erschöpft, da die Neuerzeugung unter den Verbrauch gesunken war. Beim Steigen einiger Rohstoffpreise, besonders bei der Textilindustrie, setzten sofort Angstkäufe ein, um die Lager wieder zu füllen. Der verarbeitenden Industrie half die Abwertung des Dollars nicht nur bei ihrer Entschuldung, sondern auch beim Einkauf neuen Rohmaterials. Dem Inlandsabsatz ihrer Fertigwaren leistete der neue Zolltarif mit seinen Schutzzöllen wesentliche Hilfe, sodaß die Industrie dadurch dem Ausland gegenüber konkurrenzfähiger wurde. Schließlich wirkten die Vermehrung der öffentlichen Arbeiten und die Finanzierung des Wohnungsbaus durch den Staat stark produktionsfördernd.

Die angegebenen Ursachen sind zum Teil von der Art, daß sie einen Rückschlag des durch sie in Schwung gesetzten Produktionspendels erwarten lassen können. Anzeichen dafür waren schon im Herbst vorhan-

den. Die nächste Zukunft der industriellen Wirtschaft ist deshalb zur Zeit recht ungewiß, so daß die Sorge um die Beschäftigung der an Zahl stets anwachsenden Arbeitslosen immer drückender wird.

Es folgen nun die einzelnen Industriezweige, einschließlich des Bergbaus, in ihrer Entwicklung während des vorigen Jahres.

Kohlenbergbau.

Gesamtförderung	29 233	(27 356)
davon Oberschlesien	21 961	(19 941)
Inlandabsatz	15 499	(14 932)
Auslandabsatz	10 410	(9 703)
	25 909	(24 635)

(Die hier für den Auslandabsatz angegebenen Mengen schließen die Lieferung nach Danzig und die Bunkerkohlen mit ein.)

Die Gesamtförderung hat gegen das Vorjahr um ca. 7% zugenommen. Am höchsten war die Förderung im November mit etwas über 3 Millionen Tonnen. Sie stellte sich einen Monat früher als im Vorjahr ein und war wohl durch die Preissenkung von 12% für Grobkohle, 15% für mittlere Kohle und 3% für Staubkohle veranlaßt. Für die Ostgebiete trat noch eine besondere Senkung von 10% hinzu. Gleichzeitig wurden bei den Staatseisenbahnen, je nach Entfernung und Kohlensorte, um 3 bis 26% verringerte Frachtsätze eingeführt. Trotz dieser Maßnahmen hat sich der Inlandabsatz gegen das Vorjahr noch nicht um 4% vermehrt. Die größten Abnehmer waren die von der Bautätigkeit lebenden Industrieen, welche Zement, Ziegelsteine und gebrannten Kalk herstellen. Sie alle zusammen haben eine Viertelmillion Tonnen oder fast die Hälfte mehr verbraucht als ein Jahr zuvor. Die Eisenbahnen brauchten ca. 5% mehr als im Vorjahr. Der Verbrauch der Kommunal- und Staatsbetriebe war durchweg etwas zurückgegangen. Der Umstand, daß der Absatz an Hausbrandkohle gegen das Vorjahr um 316 000 t oder 18% weiter gesunken ist, trägt u. a. auch zur Beurteilung der Lage bei, in der breite Schichten der Bevölkerung sich zur Zeit befinden.

Nach den oben mitgeteilten Zahlen, die sich auf die Angaben der Polnischen Kohlenkonvention stützen, hat der Auslandabsatz um 7% zugenommen. Die amtliche Handelsstatistik gibt folgende Ausfuhrzahlen (ohne Bunkerkohlen und Lieferungen nach Danzig) an:

Menge:	9 880,1	(9 098,0)	tausend t
Wert:	158,0	(166,7)	Mill. zł

Hieraus geht eine Erhöhung der Ausfuhr um 782 000 t oder 8,6%, bei gleichzeitiger Verminderung des Wertes um 8,7 Mill. zł oder 5,2% hervor.

Die Hauptabnehmer waren:

Schweden	mit	2 250	(2 370)
Italien	„	1 698	(998)
Österreich	„	1 008	(1 166)
Frankreich	„	982	(940)
Irland	„	868	(480)
Dänemark	„	530	(777)
Belgien	„	510	(200)
Norwegen	„	425	(829)

Von den nordischen Ländern hat nur Schweden nahezu die Menge des Vorjahres bezogen. Bei den übrigen zeigt sich ein sehr fühlbarer Absatzverlust. Von den westeuropäischen Ländern ist noch Frankreich der größte Abnehmer. Wesentlich zugenommen hat der Absatz nach Belgien, Holland und Irland, ebenso auch nach Italien. Von außereuropäischen Ländern zeigen Nordafrika und Südamerika größere Abnahme.

Die Wirkungen des polnisch-britischen Kohlenabkommens werden sich nicht so bald fühlbar machen. Sie werden zweifellos bei den nordischen Ländern einen Absatzrückgang hervorrufen, der nur zum Teil durch bessere Preise ausgeglichen werden wird. Die allgemeine Ansicht in Kreisen des polnischen und britischen Kohlenhandels geht dahin, daß erst Deutschlands Beitritt zu dem Abkommen die skandinavisch-baltischen Absatzverhältnisse zufriedenstellend regeln kann.

Die Aussichten für die nächste Zukunft scheinen nicht sehr günstig beurteilt zu werden, wenn man nach den Maßnahmen urteilt, die von der polnischen Kohlenbergbauindustrie zur Zeit getroffen werden. Es sind neue Stillegungen verbunden mit Konzernkonzentrationen geplant. Im oberschlesischen Bezirk sind bereits Anträge auf Entlassung von ungefähr 3000 Arbeitern gestellt worden.

Die Kokserzeugung hat sich, entsprechend der Zunahme der Roheneisenproduktion, weiter vermehrt. Sie betrug 1 333 (1 171).

Bei der letztjährigen Ausfuhr von Kokereiprodukten ist eine beträchtliche Zunahme zu verzeichnen. Es wurden 362,6 (169,0) Koks und 12,3 (9,6) Benzol ausgeführt.

Die Herstellung von Briketten ist mit 215 (222) etwas gesunken.

Die Förderung des Braunkohlenbergbaus ging auf 26 (33) zurück.

Erzbergbau.

Hier zeigt sich durchweg eine, wenn auch zum Teil nur geringe Zunahme.

Gesamtförderung von Eisenerzen	247	(161)
Gesamtförderung von Zink- und Bleierzen	369	(351)
Daraus aufbereitete Zinkerze	187	(138)
Daraus aufbereitete Bleierze	8,4	(8,0)

Die gesamte Förderung von Eisenerzen kam aus den Bergrevieren von Radom und Dąbrowa—Sosnowiec. Das schlesische Revier kann in Zukunft als unbeteiligt an der Eisenerzförderung betrachtet werden. Einige hundert Tonnen, die hin und wieder nebenbei in Dolomitbrüchen und Zinkerzgruben gewonnen werden, sind von keiner Bedeutung. Es wurden 25,5 (13,2) Eisenerze ausgeführt. Dagegen wurden zur Ergänzung des Rohmaterials für die einheimischen Roheisenerzeugung 209,1 (198,6) ausländische Eisenerze eingeführt, dazu 38,3 (38,3) Manganerze. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, war (einschließlich der letzteren) das Verhältnis des Verbrauchs einheimischer zu dem ausländischer Erze etwa 1:1,1.

Im Gegensatz zu den Eisenerzen kommen alle Zink- und Bleierze zur Zeit aus Schlesien, und zwar nur aus zwei Grubenbetrieben,

während in Kongreßpolen und Galizien, trotz noch vorhandener nennenswerter Vorräte, alle Bergwerksbetriebe stilliegen. Die niedrigen Metallpreise lassen eine Belebung des Erzbergbaus noch nicht zu.

Am Zinkerzen wurden eingeführt 100,8 (113,0).

Salzindustrie.

Im Salzbergbau und Salinenbetrieb wurden erzeugt:

Steinsalz (einschl. Sudsalz)	506	(450)
Kalisalze	300	(299)

Erdölindustrie.

Die Förderung von Erdöl und verwandten Stoffen betrug im abgelaufenen Jahr:

Rohöl	530	(551)	
Erdwachs	156	(368)	
Naturgas	469	(462)	Mill. cbm.

Der Rückgang in der Rohölerzeugung entfällt fast ganz auf das erste Halbjahr, im zweiten wurden wegen des Steigens der Weltmarktpreise einige neue Bohrlöcher und Schächte niedergebracht, sodaß sich seit vielen Jahren wieder zum ersten Mal die monatliche Ausbeute beträchtlich hob.

In den Raffinerien wurden erzeugt:

Benzin	86	(91)
Gasolin	41	(42)
Leuchtöl	171	(174)
Gas-, Treib- u. Heizöl	83	(101)
Schmieröle	86	(80)
Paraffin	28	(29)

Zugenommen hat nur die Erzeugung von Schmierölen wegen größeren Auslandabsatzes. Die Ausfuhr aller Schweröle, einschließlich der Schmieröle, betrug 61,4 (59,1). Bei den anderen Produkten ist die Ausfuhr zurückgegangen. Sie betrug für Benzin 55,6 (50,1) und Leuchtöl 30,7 (45,4). Der mengenmäßige Exportverlust wurde aber durch höhere Preise mehr als ausgeglichen, während gerade die Schweröle trotz der um 3,5 tausend Tonnen größeren Ausfuhr einen Verlust von mehr als 2 Mill. zł im Vergleich zum Vorjahre brachten. Es sei hier noch darauf hingewiesen, daß der geringer gewordenen Ausfuhr von Benzin eine mengenaber nicht wertmäßige Vermehrung der Benzolausfuhr von 9600 auf 12 300 t gegenübersteht, die bei den Kokereiprodukten bereits erwähnt wurde.

Den Inlandabsatz suchte die Regierung dadurch zu heben, daß sie eine Preisreduktion von 24% für Leuchtöl durchsetzte, die Verbrauchsteuer um 23% und die Inlandfrachten ebenfalls um 23% senkte. Das Ergebnis dieser Maßnahmen war eine Steigerung des Leuchtölverbrauchs um 6000 t.

Der gesamte Inlandabsatz betrug ca.	306	(308),
der Auslandabsatz betrug ca.	204	(228).

Eisenhüttenindustrie.

Die Erzeugung der Eisenhütten betrug nach Angaben des Polnischen Eisenhüttenverbandes:

Roheisen	382,2	(305,6)
Rohstahl	844,5	(817,0)
Halbzeug	112,4	(100,4)
Walzwerkserzeugnisse (ohne Halbzeug)	602,9	(564,3)
Weiterverarbeitete Erzeugnisse	137,6	(126,6)

Dies bedeutet eine Produktionsvermehrung um 25% bei den Hochofenwerken, um etwas über 3% bei den Stahlwerken und um fast 7% bei den Walzwerken.

Von den Walzwerkerzeugnissen entfallen auf:

Gewalzt. Spezialstahl in jeder Form	23,6	(19,7)
Eisen- und Stahlbleche	113,6	(119,9)
Eisenbahnoberbaumaterial	115,9	(96,7)
Handels- und Formeisen	168,7	(171,2)
Walzdraht	72,7	(46,6)

Unter den Erzeugnissen der weiterverarbeitenden Betriebe ist besonders zu nennen:

Gezogene und geschweißte Rohre (mit Zubehörteilen) 51,6 (45,2)

Die Gesamtbelegschaft der Eisenhütten betrug am Jahresende 31 100 (28 100).

Die Produktion hat, Roheisen ausgenommen, noch nicht wieder die von 1931, des letzten Jahres vor dem tiefsten Stand erreicht. Die erhöhte Roheisenproduktion gestattete im vergangenen Jahr wieder eine ansehnlichere Ausfuhr von Roheisen, nämlich 12 000 Tonnen gegen 2500 Tonnen im Vorjahr. Im Zusammenhang damit steht auch die Einschränkung der Alteiseneinfuhr auf 308 000 von 313 000 Tonnen.

Die Preissenkungen unter behördlichem Druck, Mitte April um 5% und Anfang August um 7,86%, waren vielleicht die Hauptantriebe zur Vergrößerung des Inlandabsatzes. Nach den Zuteilungen durch das Syndikat betrug er 243,1 (188,8), d. h. 29% mehr als im Vorjahr. Nach den Angaben des Eisenhüttenverbandes war der gesamte Inlandabsatz an Walzeisen, mit Einschluß der nicht syndizierten Sorten, 329,7 (267,4), was einer Zunahme von ca. 23% entspricht. Auf die Regierung entfielen davon Aufträge in Menge von 68,7 (65,3). In weiterverarbeiteten Erzeugnissen besonders Rohren, betrug der Inlandabsatz 88,1 (79,3).

Die Ausfuhr betrug nach den Angaben der amtlichen Außenhandelsstatistik:

Eisenbahnschienen und Zubehör	62,8	(43,7)
Eisen- und Stahlbleche	38,6	(54,1)
Eisen- und Stahlrohre	35,5	(29,0)
Andere Waren aus Eisen u. Stahl	93,0	(146,3)

Der Eisenhüttenverband macht folgende Angaben für den Auslandsabsatz:

Walzwerkerzeugnisse aller Art ohne Halbzeug	206,1	((237,3)
darunter: Bleche	35,1	(54,2)
darunter: Spezialstahlerzeugnisse	10,1	(10,4)
Weitverarbeitete Erzeugnisse	39,2	(32,1)
darunter: Rohre	34,0	(29,3)

Der Rückgang des Auslandabsatzes, im ganzen genommen, ist wohl hauptsächlich den geringeren Russenaufträgen zuzuschreiben. Wenn trotzdem gerade der Schienenexport eine auffällige Zunahme zeigt, so ist das der Rührigkeit des Eisenhandels auf anderen Auslandsgebieten zuzuschreiben. Eine Lieferung nach Brasilien mit 300 000 t Schienen war das Doppelte der vorjährigen. Auch das deutsch-polnische Eisenabkommen hat absatzfördernd gewirkt, zumal da die nach Deutschland gelieferten 20 000 t Walzeisen bessere Preise als im sonstigen Ausland erzielten, weil der Verkauf von den deutschen Eisenverbänden übernommen wurde.

Nach der deutschen Außenhandelsstatistik hatte 1934 Deutschlands Einfuhr von Eisen (ohne Roheisen) und Eisenwaren aus Polen und Danzig einen Gesamtwert von 3,6 Mill. RM. Demgegenüber stand eine Ausfuhr nach Polen im Werte von 9,4 Mill. RM.

Wenn auch die Produktionszunahme auf allen und die Absatzzunahme auf einzelnen Gebieten günstige Anzeichen für die Weiterentwicklung sind, wenn sich in dem Projekt der Modernisierung und Ergänzung des Hochofenwerkes der Königshütte für 6 Mill. zł und der Elektrifizierung eines großen Walzwerks für 2 Mill. zł auch die Belebung der Investitionstätigkeit erkennen läßt, so darf man doch nicht vergessen, daß die Grundlagen der polnischen und besonders der oberschlesischen Eisenindustrie stark erschüttert sind. Es wäre sonst nicht zu verstehen, daß die Interessengemeinschaft der Kattowitzer A.-G. und der Ver. Königs- und Laurahütte unter Geschäftsaufsicht kommen konnte, und daß die Sanierung der einst so mächtigen Friedenshütte nur dadurch herbeizuführen war, daß 52% der Anteile dem polnischen Staat überantwortet wurden.

Zink- und Bleihüttenindustrie.

Die Produktion der Hütten geben folgenden Zahlen wieder:

Rohzink	92,9	(82,9)	
Zinkblech	11,0	(7,8)	
Schwefelsäure	169,8	(159,9)	
Rohblei	10,3	(12,1)	
Silber	656,0	(1287,0)	kg

Die hier genannte Produktion von Schwefelsäure durch die Zinkhütten ist nur ein Teil der gesamten polnischen Produktion.

Der mittlere Jahresindex von 57,6 für die Produktion der Zinkhüttenindustrie, gemessen an der Tagesleistung, war höher als der der Jahre 1932 und 1933, stand aber noch um 23 Punkte tiefer als der Index von 1931. Die Zinkhütten arbeiten zur Zeit nur etwa mit der Hälfte ihrer Leistungsfähigkeit und produzieren weniger als die Einschränkung des internationalen Kartells vorschreibt. Man hofft allgemein auf eine Erneuerung des Kartells, da durch die Anstrengungen der bisher nur wenig oder gar kein

Zink erzeugenden Länder (Rußland, Norwegen und Italien) die europäischen Vorräte sich wieder zu vergrößern beginnen. Der Zuwachs, den das neue Giesche-Werk in Magdeburg der deutschen Zinkproduktion verleiht, macht den polnischen Zinkproduzenten nicht geringe Sorge. Bisher hat Deutschland etwa 40% seines Bedarfs durch eigene Produktion gedeckt. Schon in diesem Jahr wird es vielleicht im Stande sein, 80% seines Bedarfs selbst zu erzeugen. Polen läuft somit Gefahr, einen seiner besten Abnehmer zu verlieren.

Die Ausfuhr betrug etwa 66,6 (67,6) Zink (einschließlich Zinkstaub) und 5,0 (4,6) Zinkblech.

Nach der deutschen Außenhandelsstatistik führte Deutschland 40 120 (40 460) t Zink im Werte von 7,8 Mill. RM. aus Polen ein. An Zinkerzen lieferte es (ohne Veredelungsverkehr) 62 940 (78 540) t im Werte von 1,7 Mill. RM. nach Polen.

Die polnische Bleiproduktion hatte im Juni vollständig aufgehört, erst im Oktober wurde der Betrieb einer Hütte wieder eröffnet.

Weiterverarbeitende Metallindustrie.

Der Produktionsindex, gemessen an Arbeitsstunden, war für das ganze Jahr 59,4 (56,0), am Jahresende 65,9 (52,0). Der höchste Index während des Jahres 1934 war der des Mai mit 67,6. Der letzte Jahresindex steht weit über dem des Jahres 1932, ist aber noch fast ebenso weit von dem des Jahres 1931 entfernt.

Zahlenmäßige Angaben über die erzeugten Mengen liegen nur recht spärlich vor. Einen guten Stand der Kleineisenindustrie lassen die folgenden Zahlen vermuten:

Blanker gezogener Eisendraht	21,87	(15,33)
Drahtstifte	27,71	(27,74)
Eisenschrauben	10,81	(7,95)
Eiserne Nieten und Bolzen	2,08	(1,37)

Eisengußwaren hatten anfangs gute Nachfrage, weil sich der Handel aus Furcht vor einer Kartellbildung einzudecken suchte. Der Rückgang im Absatz setzte aber sehr bald wieder ein. Die Nachfrage nach verzinktem Blech war großer Vorräte und geringer Produktion bei den Blechwarenfabriken wegen nur gering. Die Erzeugung betrug:

Verzinkes Eisenblech	12,82	(18,40)
Verzinktes Blechgeschirr	3,71	(3,50)
Emailliertes Blechgeschirr	4,19	(3,80)

Schlecht, wie im vorigen Jahr, blieb die Lage in den Konstruktions- und Maschinenbauwerkstätten, trotz gesteigerter Bautätigkeit und trotz großer Inanspruchnahme des Maschineninventars in anderen Industriebetrieben. Besonders schlecht war der Absatz von Lokomotiven, Waggons und landwirtschaftlichen Maschinen. Da auch die Maschineneinfuhr, mit Ausnahme der von Textilmaschinen, gleichgeblieben und zum Teil zurückgegangen ist, darf man vielleicht mit einer Besserung der inländischen Produktion und einer Belebung des ausländischen Geschäftes

rechnen, um im nächsten Jahr notwendig werdende Ergänzungen vorzunehmen. Deutschland führte 1934 für 4,9 Mill. RM. Maschinen (einschl. der elektrischen) ein.

Ein beachtlicher Aufschwung zeigt sich bei der elektrotechnischen Industrie, wie folgende Produktionszahlen zeigen:

Elektromotoren und Dynamos		0,78	(0,43)
Transformatoren		0,41	(0,23)
Akkumulatoren und Elemente		2,78	(2,87)
Schalttafeln, Zähler, Armaturen etc.		2,58	(1,65)
Haushaltungs- und medizin. Apparate		0,13	(0,10)
Telephonapparate und Zubehör		0,15	(0,13)
Glühlampen	Mill. Stück:	6,67	(5,42)
Beleuchtungskörper	Taus. Stück	134,—	(58,—)
Leitungsmaterial		7,14	(5,56)

Trotz dieser ansehnlichen Inlanderzeugung ist die Einfuhr von elektrischem Material nicht zurückgegangen. An elektrischen Maschinen und Geräten wurden eingeführt 3,1 (2,6). Der Wert der deutschen Ausfuhr nach Polen betrug 2,6 Mill. RM. In Verbindung mit der erhöhten elektrotechnischen Produktion steht auch die Kupfereinfuhr von 11 300 (7 900) t, woran Deutschland nur mit etwa 250 t beteiligt war. Dagegen hat Deutschland für 1,5 Mill. RM. Kupferwaren nach Polen ausgeführt.

Die Herstellung von Rundfunkempfängern und Zubehörteilen hat sich um ungefähr die Hälfte vermehrt, ist aber noch im Anfangstadium ihrer Entwicklung.

Die Fabrikation von Automobilen sucht man vonseiten der Regierung zu fördern. Der Erfolg ist mit Rücksicht auf die schlechten Verkehrswege der Ostgebiete nur gering. In Polen kommen auf je 10 000 Einwohner 10,7 Automobile (1931: 14,8). Der Rückgang der Automobileinfuhr ist wohl mehr eine Folge der schlechten Wirtschaftslage als zunehmender Eigenproduktion. Sie betrug für vollständige Wagen 0,3 (0,4), für Châssis 0,6 (1,1). Die Wertdifferenz zwischen der Einfuhr von 1934 und 1933 betrug 4 Mill. zł. An Automobilreifen wurden eingeführt 0,9 (1,3) im Werte von 4,7 (7,2) Mill. zł, 5,1 (3,4) Rohkautschuk im Werte von 7,9 (4,0) Mill. zł.

Baugewerbe und Industrie der Steine und Erden.

Der durchschnittliche Index für das Bauwesen, soweit er nach der Lieferung von Baumaterial berechnet wird, war für das vergangene Jahr 49,2 (39,0), der höchste Jahresindex seit 1930. Der Index des Baugewerbes, gemessen an der Zahl der Arbeitsstunden, betrug 22,7 (17,3) und lag nur wenig über dem Index für 1932. Die erhöhte Bautätigkeit war neben dem im Spätjahr lange anhaltenden milden Wetter hauptsächlich der vermehrten Möglichkeit, Baukredite zu erhalten, zuzuschreiben. Die Landeswirtschaftsbank hatte für das abgelaufene Jahr 34,5 Mill. zł. Kredite bereitgestellt. Auf eingegangene Anträge wurden davon 31,2 Mill. bewilligt, wovon 21,1 Mill. oder etwa 60% mehr als 1933 zur Auszahlung kamen.

Die Ziegeleien konnten sich wegen erhöhter Nachfrage zum ersten Mal seit fünf Jahren eines wesentlichen Preisanstiegs erfreuen, jedoch nicht lange, da Überproduktion bald wieder einen Preissturz herbeiführte. Zahlen für die erzeugten Mengen liegen noch nicht vor.

Die Herstellung von feuerfestem Material, die allerdings weniger von der Bau- als von der Industrietätigkeit abhängig ist, erfuhr einen weiteren kleinen Auftrieb, der jedoch im Vergleich mit 1932 nicht groß ist. Es wurden erzeugt:

Schamottziegel und -formsteine	57,1	(51,5)
Dynasziegel und -formsteine	14,4	(14,7)

Bei letzteren war der Erlös jedoch größer als im Vorjahr.

Besonders stark wirkte die Baukonjunktur auf die Zementfabrikation, bei der sich Erzeugung und Absatz seit 1932 verdoppelt haben. Die entsprechenden Zahlen lauten:

1934:	Produktion	716,2	Absatz	756,9
1933:	„	411,2,	„	408,4
1932:	„	353,9,	„	368,0.

Der größere Absatz konnte aber nicht zum Vorteil der Industrie ausgenutzt werden, da seit Herbst 1933 keine Preisbindung mehr bestand, und die Fabriken sich immer mehr gegenseitig unterboten. Die Preise fielen in manchen Fällen unter die Produktionskosten. Erst gegen Jahresende erfolgte eine Preiseinigung, die vielleicht zur Wiederherstellung des Kartells führen wird.

Auch die Glasfabrikation hatte durch den erhöhten Bedarf an Fensterglas einen Vorteil aus der vermehrten Bautätigkeit. Die Produktionszahlen folgen hier, zusammen mit denjenigen der keramischen Industrie:

Tafelglas	23,7	(16,7)
Glasflaschen	30,8	(36,0)
Haushaltungs- u. Luxusglas	9,8	(7,3)
Porzellangeschirr	2,3	(2,0)
Elektrotechn. Porzellan	0,9	(0,6)

Erwähnt sei noch, daß Deutschland für 1,1 Mill. RM. Glas und Glaswaren im Jahre 1934 nach Polen ausführte.

Chemische Industrie.

Der allgemeine Index war für das vergangene Jahr 82,0 (73,2), für das Jahresende 85,2 (79,7). Damit ist der Index des Jahres 1932 überschritten, der des Jahres 1931 aber noch nicht erreicht worden.

Trotz höherer Produktion war jedoch wegen geringeren Erlöses bei einigen wichtigen Erzeugnissen der Gewinn für die chemische Industrie, verglichen mit dem Vorjahr, nicht bedeutend. Dem Werte nach war der Zuwachs der Produktion nur etwa 5%, während er mengenmäßig ungefähr 15% betrug.

Besonders stark war der Preisfall bei den zur Düngung verwandten Stickstoffverbindungen, der von den staatlichen Werken zu Gunsten der

Landwirtschaft veranlaßt wurde. Trotzdem entsprach der nur wenig vermehrte Absatz nicht den Erwartungen.

Die Erzeugung betrug:

Kalkstickstoff	32,6	(10,1)
Ammoniumsulfat	61,1	(57,2)
Ammoniumnitrat	3,5	(2,5)
Nitrat „Saletrzak"	10,9	(20,1)
Nitrat „Nitrofos"	2,9	(5,9)
Natriumnitrat	6,1	(7,6)
Kalziumnitrat	35,2	(31,1)

Die staatlichen Werke in Chorzów haben sich einen neuen Fabrikationszweig zugelegt, indem sie russische Phosphorite zu Superphosphat verarbeiten. Trotz der erhöhten Produktion an künstlichen Düngemitteln hatte die Einfuhr an diesen Waren immer noch den Wert von 4,9 Mill. zł gegen 6,1 Mill. zł im Vorjahr. Demgegenüber stand jedoch eine Ausfuhr von 15,7 (16,1) Mill. zł, wovon 5,1 (6,0) Mill. allein auf Ammoniumsulfat entfielen.

Zurückgegangen ist die Produktion von Soda (einschließlich Äznatron). Sie betrug 91,4 (100,7). Zugenommen hat dagegen die Produktion von Salzsäure: 10,7 (9,8). Die Gesamterzeugung von Schwefelsäure einschl. der Produktion bei den Zinkhütten beträgt ungefähr 195 000 t. Die Fabrikation von Farbstoffen betrug 1,8 (1,4). Der Verbrauch ist viel größer als die Erzeugung. Über die Einfuhr liegen aber keine Angaben vor. Die Herstellung von Kunstfaserstoffen stieg von 5,0 auf 6,2.

Zu erwähnen ist noch, daß die Industriezweige, welche vegetabilische Fettstoffe verarbeiten, auf Betreiben der Regierung sich möglichst auf die Verarbeitung einheimischer Ölsaaten umstellen.

Trotzdem die chemische Industrie ihre Erzeugungsfähigkeit beträchtlich vermehrt hat, was sich schon in der Mehreinstellung von ungefähr 20 000 Arbeitern im vergangenen Jahr zeigt, sind neue Werke doch nicht entstanden. Dagegen wurde die Herstellung einer ganzen Reihe neuer Artikel, darunter mehrere pharmazeutische Präparate in den Fabrikationsbetrieb aufgenommen.

Deutschland führte nach Angaben seiner Außenhandelsstatistik für 4,7 Mill. RM. chemische und pharmazeutische Artikel und für 1,8 Mill. RM. Farben, Firnisse und Lacke nach Polen aus.

Nahrungsmittel-Industrie.

Die Zuckerproduktion betrug in der Kampagne vom 1. September 1933 bis 31. August 1934 402 000 t oder 31% mehr als im Vorjahr. Für die Zuckerindustrie bestehen Anzeichen einer günstigen Weiterentwicklung. Während der Kampagne 1933/34 stieg der Zuckerverbrauch, wahrscheinlich als Folge der Preissenkung auf 320 000 t.

Auch der Absatz von Hefe und Bier ist gestiegen, woraus jedoch noch nicht auf eine Hebung der Lebenshaltung der Bevölkerung geschlossen werden kann, da gleichzeitig die Einfuhr von Kaffee, Tee, Kakao und anderen Genußmitteln stark zurückgegangen ist.

Über andere Zweige der Nahrungsmittelindustrie liegen zur Zeit Angaben noch nicht vor.

Holz- und Papierindustrie.

Beide Industrieen, die eng miteinander verbunden sind, zeigten nach dem Beschäftigungsstand einen Jahresindex, der seit 1930 der höchste war. Er betrug:
bei d. Holzindustrie i. Jahresmittel 62,0 (51,8), am Jahresende 60,2 (56,3),
bei d. Papierindustrie i. Jahresmittel 88,9 (78,8), am Jahresende 95,6 (84,5).

Bei Rohholz hat sich besonders der Auslands-, bei Schnittholz sowohl der Inlands- wie Auslandsabsatz gebessert. Geschnittenes Holz wurde nach England in zunehmender, nach den Goldblockländern in abnehmender Menge ausgeführt. Gegenüber der Verbesserung der Exportmenge haben sich im allgemeinen die Exportpreise verschlechtert. Trotzdem betrug die Wertsteigerung der Holzausfuhr im vergangenen Jahr 35 Mill. zł. Hauptabnehmer waren England und Deutschland.

Deutschland führte nach den Angaben seiner amtlichen Außenhandelsstatistik im vergangenen Jahr für 10,9 Mill. RM. Bau- und Nutzholz und für 6,3 Mill. RM. Holz für Holzmasse aus Polen und Danzig ein.

Exporthemmend wirkt immer noch der Ausfuhrzoll von 3 zł. je 100 kg, von dem aus fiskalischen und forstwirtschaftlichen Gründen nicht abgegangen werden soll. Es wird jedoch erwogen, nach bestimmten Vertragsländern zollfreie Ausfuhr zu genehmigen, wobei eine von der Regierung bestätigte Kommission Kontingente zuerteilen soll.

Ende Oktober 1934 waren 347 Sägewerke in Betrieb, 32 mehr als im Vorjahr. Die Zunahme an beschäftigten Arbeitern betrug ca. 2000.

An Holz für Papiermasse wurden 351,6 (337,4), an Zellulose 4,0 (8,3) ausgeführt.

Die polnische Papierindustrie, die in den letzten Jahren die Güte ihrer Erzeugnisse stets verbessert hat, stellte im vergangenen Jahr verschiedene neue Sorten her. Bezüglich der Fabrikationsmenge liegen vorläufig nur für Papiermasse, Zellstoff und Pappe Zahlen für das vergangene Jahr vor, nämlich:

Pulp	46,7 (41,1)	
Sulfitzellulose	55,4 (47,0)	72,0 (57,8)
Natronzellulose	16,6 (10,8)	
Pappe	32,7 (29,5)	

Für die sonstigen Produkte gibt das Syndikat „Centropapier" folgende Umsätze während der ersten acht Monate des Jahres an:

Dünnes Packpapier	2,3 (1,9)
Dickes Packpapier	27,5 (23,6)
Anderes Papier	51,4 (45,1)
Darunter holzfreies Papier	7,6 (8,4)

Textilindustrie.

Nach der Arbeitsleistung war der Index im Jahresmittel 67,4 (60,0), am Jahresende 65,2 (65,9). Zum Vergleich folgen hier die Indices der vorhergehenden Jahre, nämlich 1932: 57,5, 1931: 66,7, 1930: 70,6.

Gemessen an der Verwendung ausländischer Rohstoffe zeigt sich eine Belebung der industriellen Betätigung nur bei Baumwolle, in geringem

Maße auch bei Jute. Die Einfuhrmengen betrugen:

Rohwolle	15,1	(17,0)
Vorgekämmte Wolle	2,5	(3,7)
Baumwolle	67,6	(60,9), im Werte v. 112,8 (97,4) Mill. zł.

Die Regierung wünscht, daß die Wolleinfuhr durch Mehrverwendung einheimischer Wolle eingeschränkt wird.

In der Ausfuhr von Rohstoffen ist nur eine kleine Zunahme in der Flachsausfuhr von Bedeutung.

Von Spinnereierzeugnissen wurden hergestellt:

Wollkammgarne	8,1	(9,4)
Baumwollgarne	54,7	(49,6)
Jutegarne	14,3	(12,3)
Nähgarne	0,7	(0,5).

Zur Herstellung von Baumwollgarnen wurden ca. 200 000 Ballen Baumwolle verarbeitet (1932: 150 000, 1928: 300 000). Die Ausfuhr zeigte durchweg eine Abnahme. Die Mehrproduktion ging vorwiegend an einheimische Webereien. Trotz befriedigender Eigenproduktion wurden noch 0,3 (0,6) Woll- und 1,2 (1,3) Baumwollgarn eingeführt.

Über die Erzeugung der Webereien liegen leider noch keine Zahlen vor. Bekannt ist nur, daß Jutegewebe und Jutesäcke in einer Menge von 12,0 (9,6) hergestellt worden sind. Die Leinenweberei suchte die Regierung zu fördern, indem sie große Bestellungen an Wäsche für den Heeresbedarf in Auftrag gab. Ebenso hat das Salzmonopol einen Teil der bisher verwandten Jutesäcke durch Bestellungen auf Leinensäcke ersetzt.

Die Wollstoffausfuhr war 1934 um 18 % an Menge und um 34 % an Wert größer als 1933. Für die Bielitzer Industrie bedeutete dies eine Mehreinnahme von einer halben Million zł. durch die Ausfuhr. Die Hauptabnehmer waren Jugoslavien, Argentinien, Ungarn, Österreich, Schweiz, Palästina und Persien. Auch Abessinien hatte einen größeren Auftrag auf Wollwaren erteilt. Die Ausfuhr von Baumwollstoffen war mit 0,6 die gleiche geblieben wie im Vorjahr. An Leinen und Leinenabfällen wurden 7,3 (5,6) ausgeführt.

Die Einfuhr betrug für

Wollgewebe	0,05	(0,04)
Baumwollgewebe	0,5	(0,6)
Chiffons	19,8	(18,3)

Ob die Entwicklung der Textilindustrie während des vergangenen Jahres zu Hoffnungen berechtigt, steht in der Ansicht der Sachverständigen noch nicht fest. Die Sommersaison hatte durch die Witterungsverhältnisse enttäuscht und dadurch den Zusammenbruch eines alten Łódzer Großunternehmens herbeigeführt. Der Beginn der Herbst—Wintersaison brachte ein Zunehmen der Beschäftigung. Jedoch war wegen der warmen Herbsttage die Nachfrage auf dem Inlandmarkt gering, trotzdem man nach dem Aufhören der Geldhamsterei mit einer größeren Anlage in Sachwerten hätte rechnen müssen. — Der Export war etwas besser, verhinderte aber nicht, daß sich bei einigen Zweigen der Textilindustrie Überproduktion einstellte. Die durch die Vermehrung der Bestände zurückgegangenen Preise hatten sich allerdings bis zum Jahresende wieder erholt.

Querschnitt durch die Industrie Sovetrußlands.

1. Art und Inhalt der gestellten Aufgabe. — 2. Methode der sovetrussischen Statistik: a) Bruttoangaben, b) wertmäßige Angaben, c) Unstätigkeit der statistischen Terminologie. — 3. Wertmäßige Angaben der sovetrussischen Statistik. — 4. Graphische Darstellung der mengenmäßigen Entwicklung der sovetrussischen Industrie: a) Vorbemerkung, b) Graphische Darstellungen: I—XIV. — 5. Bolschewistische Planwirtschaft. — 6. Der Gang der sovetrussischen Industrie: a) Steinkohle, b) Erdöl, c) Torf, d) Roheisen, e) Stahl, f) Kupfer, g) Traktoren, h) Mähdrescher, i) Lokomotiven, j) Güterwagen, k) Elektrizität, l) Zement, m) Superphosphat, n) Baumwollgewebe, o) andere Industriezweige. — 7. Die sovetrussische Industrie im Jahre 1933: Die Erforschungsweise der sovetrussischen Wirtschaft: a) Produktionsmittelindustrie (Gruppe A), b) Konsumgüterindustrie (Gruppe B). — 8. Fünfjahrplan und die Weltrevolution.

1. Art und Inhalt der gestellten Aufgabe.

Für die Beurteilung der Industrialisierungsergebnisse Sovetrußlands genügt es nicht allein, die amtlichen statistischen Angaben als Forschungsgrundlage zu nehmen. Würde man sich nur auf diese stützen, so würde man zu solchen wissenschaftlichen Feststellungen gelangen, die dem tatsächlichen Entwicklungsstand nicht nur nicht entsprächen, sondern die sovetrussischerseits sogar für die Zwecke der Auslandspropaganda mit großem Erfolg verwendet werden könnten. Nicht selten sind Veröffentlichungen von ausländischen wissenschaftlichen Stellen, die in der Rußlandforschung die schematisch-statistische, einseitig deduktiv wirkende Methode anwendeten und zum Teil auch heute anwenden, oft unbewußt, zu einer Quelle geworden, auf die die Sovetpropaganda mit Vorliebe zurückgriff.

Solche Veröffentlichungen wurden sehr geschickt ausgewertet, indem unter Hinweis auf sie hervorgehoben wurde, daß der Sovetstaat „die kapitalistischen Länder eingeholt und überholt" habe und daß die Vorzüge des politischen und wirtschaftlichen Sovetsystems unbestreitbar seien. Deshalb ist es die vornehmste Aufgabe einer sachlichen Wirtschaftsforschung Sovetrußlands, sich nicht allein der offiziellen, meistens generell gehaltenen statistischen Angaben als Quelle zu bedienen, sondern in den sovetrussischen Wirtschaftsorganismus einzudringen und unter Zuhilfenahme der induktiven Methode seine innere Beschaffenheit, sein Funktionieren und seine effektive Leistung zu studieren. Es kommt nicht allein auf die Menge der Kapitalinvestierungen, auch nicht auf die äußerliche technische Ausführung des Bauprogramms und auf die Industrieanlagen an, sondern auf die tatsächlichen, nutzbringenden Produktionsergebnisse, auf den wirtschaftlichen Erfolg. Dieser beruht auf einem organischen Industriealisierungsvorgang, einem harmonischen Einspielen der vielen mannigfaltigen Räder des großen industriellen Wirtschaftsräderwerks, dem Vorhandensein einer Betriebsorganisationsform, die fördernd auf den Produktionsprozeß wirkt und diejenigen Faktoren berücksichtigt, die eine Steigerung der Leistung hervorrufen, auf einer für die moderne Wirtschaft so unerläßlichen Beherrschung der Technik und dergleichen.

Besonders die russische Wirtschaftsforschung darf diese methodolo-

gischen Erwägungen nicht außer Acht lassen, wenn sie in sich nicht die Keime zu Fehlurteilen tragen soll.

Die vorliegende Abhandlung stellt den Versuch dar, einen Querschnitt durch die sovetrussische Industrie zu geben. Die Entwicklung der Industrie im Jahre 1933 dient als Grundlage dazu. Außerdem wird in Form von graphischen Darstellungen der wichtigsten Zweige der Industrie ein Überblick über den Industriealisierungsvorgang in Sovetrußland gegeben.

Eine Untersuchung der sovetrussischen Industrie darf sich nicht nur auf eine Analyse des in wert- und mengenmäßigen Angaben bestehenden Zahlenmaterials beschränken, sondern muß auch die Beschaffenheit der sovetindustriellen Erzeugnisse, die effektiven Produktionserfolge, berücksichtigen. Die Qualität der Erzeugnisse ist eine Frage, die für die Beurteilung der gesamtindustriellen Leistung Sovetrußlands von besonderer Wichtigkeit ist. Eine spätere Abhandlung wird sich mit diesem Fragenkomplex beschäftigen, besonders mit denjenigen Faktoren, die in ursächlichen Wechselbeziehungen die wirtschaftliche Leistung der Industrie bedingen. Für diesen Zweck müssen die Betriebsverhältnisse in der sovetrussischen Industrie, die Frage der Ausnutzung der errichteten Anlagen, die Qualifikation der Arbeitskräfte, ihre Leistung, die Arbeitsdisziplin, die Lebensbedingungen der Arbeiter, die Mißstände in den Betrieben und dergleichen untersucht werden[1]).

Das sovetrussische amtliche statistische Material enthält über die industrielle Produktion des Landes wert- und mengenmäßige Angaben. Da die gesamte Produktion nur auf der Basis ihres Wertes auf einen Generalnenner gebracht werden kann und eine mengenmäßige Zusammenstellung wegen der Vielfalt der Produktionszweige auf Schwierigkeiten stoßen muß, veröffentlicht die Sovetregierung mit ausgesprochener Vorliebe die wertmäßigen Zahlen über die industrielle Entwicklung des Landes. Als Generalnenner dient ihr der unkontrollierbare Wert des Rubels. Bei der Bearbeitung eines anderen Landes hätte man Angaben solcher Art eher als Grundlage der Untersuchung nehmen können; in Sovetrußland liegen die Verhältnisse aber wesentlich anders. Aus Propagandaerwägungen ist man bestrebt, die Wirtschaftsentwicklung des Landes in günstigem Licht darzustellen. Deshalb sind die wertmäßigen Berichte oft einseitig und entsprechen nicht dem tatsächlichen Produktionsstand. Es ist interessant, daß selbst Trockij den sovetrussischen Angaben solcher Art kein Vertrauen schenkt und diese sogar für falsch hält. Als Stalin im Jahre 1933 in seinem Bericht über die Durchführung des ersten Fünfjahrplanes erklärte, daß dieser auf Grund der wertmäßigen Berechnung zu 93,7% erfüllt worden sei, schrieb Trockij in seiner Zeitschrift[2]) darüber folgendes: „Mit einer Stoppuhr in der Hand behauptet Stalin: Daß der Plan zu 93,7% und nicht zu 100% erfüllt worden ist, ist auf die drohende japanische Intervention, die man bei der Aufstellung des Planes nicht voraussehen konnte und die 6,3% verschlungen hat, zurückzuführen. . . . . Schon die erstaunlich genaue Übereinstimmung des Vorhabens mit der

[1]) Diese Arbeit folgt im nächsten Heft der Ostraum-Berichte.
[2]) Bjulleten' oppozicii (bolševikov-lenincev) Nr. 33, S. 4, März 1933.

Realisierung muß bei jedem, der die Frage genau beherrscht, das schärfste Mißtrauen gegenüber der Rechnungslegung hervorrufen. Dieses Mißtrauen ist vollkommen berechtigt. Es genügt zu sagen, daß laut einem flüchtigen Eingeständnis Molotovs die Industrieproduktion im Jahre 1932 nur um 8,5 statt um 36%, wie im Jahresplan bestimmt, gestiegen ist! Wo ist diese große Diskrepanz, wie auch die der vorigen Jahre geblieben? Stalin gibt falsche Zahlen an, wodurch er die Arbeiter und Bauern bewußt irreführt. Die Errechnung ist notgedrungen in Rubeln vorgenommen worden. In diesem biegsamen Errechnungswerkzeug liegt der Schlüssel zum Geheimnis der erstaunlichen Übereinstimmung der Voranschlagszahlen und der Endergebnisse. So sind die riesigen Mehrausgaben für die Bautätigkeit als Übererfüllung der Pläne gebucht, während die effektiven Ergebnisse des industriellen Aufbaues trotz der Mehrausgabe von Milliarden Rubeln tatsächlich um Dutzende von Prozenten hinter den Plänen zurückbleiben. Dieses ganze Endergebnis fußt auf Buchführungskunststücken, die ein Verheimlichen des tatsächlichen Zustandes und die Rettung des Prestiges der Führung bezwecken. . . . ."

Zu diesen Ausführungen Trockijs ist noch hinzuzufügen, daß die Rechnungslegung der sovetrussischen Betriebe entweder vernachlässigt oder stark rückständig ist, sich oft sogar in einem chaotischen Zustande befindet. Deshalb ist es unmöglich, daß im Januar 1933 schon eine abschließende wertmäßige Angabe über die Erfüllung des Fünfjahrplanes gemacht werden konnte, wobei die Produktionsergebnisse des Jahres 1932 voll erfaßt sein mußten. Diese Angabe — die Fünfjahrplanerfüllung zu 93,7% — ist bis heute nicht korrigiert worden. Andererseits hat Molotov im Februar 1934 die von ihm auf dem Parteitag der Kommunistischen Partei vorgetragenen Zahlen über die industriellen Produktionsergebnisse des Jahres 1932 als „vorläufige Angaben" bezeichnet. Das statistische Amt Sovetrußlands war also im Februar 1934 nicht imstande, Molotov, dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare, endgültige Angaben über die Produktion im Jahre 1932 zu geben, was auch einem Kenner der sovetrussischen Betriebsverhältnisse verständlich ist. Auf Grund von Mitteilungen der Sovetquellen selbst kann man feststellen, daß viele Betriebe ihre ausführlichen Bilanzen (für die wertmäßigen Berechnungen sind diese unumgänglich) oft nicht einmal am Ende des nächsten Jahres der Zentrale zur Verfügung stellen können. Außerdem sind diese Rechenschaftsberichte mangelhaft und einseitig und enthalten oft bewußt falsche Angaben, die einer Nachprüfung unterzogen werden müssen. Diese Erscheinung ist, wie schon erwähnt, darauf zurückzuführen, daß die Rechnungslegung in den Betrieben sich noch immer in einem argen Zustand befindet. Zwei frühere Kommissare der Arbeiter- und Bauerninspektion (eine Art Kontrollbehörde der Sovetregierung, die im Jahre 1934 in Sovetkontrolle — Sovetskij Kontrol' — umbenannt wurde), Andreev und Rudzutak, haben sich stets darüber beklagt; sie haben sogar hervorgehoben, daß es in vielen Betrieben überhaupt keine Rechnungslegung gäbe, oder eventuell eine doppelte, eine, die dem tatsächlichen Stand der Produktion entspricht für den Betrieb selbst und

eine andere, beabsichtigt falsche, speziell für die Regierungsstellen konstruierte.

Mit Hilfe der auf Grund der Buchführungskunststücke, die ein Verheimlichen des tatsächlichen Zustandes und die Rettung des Prestiges der Führung bezwecken", errechneten wertmäßigen Zahlen konstruiert der staatliche Planausschuß (Gosudarstvennaja planovaja komissija — verkürzt: Gosplan) und das statistische Amt (zentrale Verwaltung für volkswirtschaftliche Rechnungslegung — Central'noe upravlenie narodno-chozjajstevennogo učeta — verkürzt: CUNChU) der Sovetregierung eine Kurve für die sovetrussische industrielle Entwicklung und stellt ihr gegenüber eine Kurve der industriellen Entwicklung in den „kapitalistischen Ländern"; diese letztere gewinnt sie auf Grund der vollwertigen wertmäßigen statistischen Angaben der übrigen Länder. Das aufgezeichnete Kurvensystem soll die industrielle Produktion Sovetrußlands und der „kapitalistischen Länder", die Zu- oder Abnahme zu dem Stand im Jahre 1928 indexmäßig veranschaulichen. Die im Original rot gezeichnete Kurve für die sovetrussische Industrie (SSSR.) zeigt eine steil aufsteigende und



die schwarze Kurve für die „kapitalistischen Länder" („Kapitalismus") eine im allgemeinen sinkende Entwicklung.

Dieses Kurvensystem wird ständig auf dem Titelblatt des amtlichen Organs „P l a n" des Staatlichen Planausschusses und der Zentralen Verwaltung für volkswirtschaftliche Rechnungslegung Sovetrußlands abgedruckt. (Siehe vorherige Seite.)

Durch dieses Kurvensystem, welches selbstverständlich rein propagandistische Zwecke verfolgt, versucht die Sovetregierung zu beweisen, daß das sovetrussische politische und wirtschaftliche System demjenigen der nichtkommunistischen Länder eindeutig überlegen sei.

Eine der Aufgaben der vorliegenden Abhandlung besteht gerade in der Untersuchung der Methoden der sovetrussischen Berichterstattung über die industriellen Produktionsergebnisse.

2. Methode der sovetrussischen Statistik.

Von einem wissenschaftlichen Standpunkt betrachtet kann die Anwendung des sovetrussischen Generalnenners des Rubels und die Methode der wertmäßigen Errechnung der Produktion kein dem tatsächlichen Stand der industriellen Entwicklung entsprechendes Bild ergeben.

Solch ein Urteil rechtfertigen vor allem folgende zwei Erwägungen. E r s t e n s gibt die sovetamtliche Statistik nicht die Netto-, sondern die Bruttoproduktion in Rubeln an, obwohl sie ursprünglich beabsichtigte, auch die Nettoproduktion laufend anzugeben, was aus dem Fünfjahrplan hervorgeht. Die Art der Errechnung der Bruttoproduktion führt nicht nur zu einer doppelten, sondern zu einer drei- und sogar noch mehrfachen Rechnung. Die Bruttoproduktion einer Wirtschaftseinheit[3]) ist der Gesamtwert der hergestellten Fertigerzeugnisse und Halbfabrikate (aus werkeigenen und gekauften Rohstoffen) abzüglich der im eigenen Werk verbrauchten oder verarbeiteten Stoffe, mit anderen Worten der Wert der Produktion, die das Werk verläßt. Sobald aber die Fertig- und Halbfabrikate in anderen Wirtschaftseinheiten verbraucht oder verarbeitet werden, tritt eine Doppelrechnung ein, da sie, die bereits einmal als Bruttoproduktion erschienen sind, nochmals in der Bruttoproduktion des neuen Werkes aufgeführt werden; soviel Wirtschaftseinheiten ein Fabrikat passiert, sovielmal wird sein Wert in die Statistik aufgenommen. Z. B. erscheint die Kohle einmal bei der Kohlengrube, dann als Koks bei der Kokerei, als Komponente des Roheisens bei der Metallurgie usw. bis hinauf zur fertigen Maschine. Hätte das sovetrussische statistische Amt die gleichzeitige Veröffentlichung der Nettoproduktion fortgesetzt, so könnte man zum mindesten einen Vergleich zwischen Brutto- und Nettoproduktion anstellen, um dadurch auf der Grundlage selbst des zweifelhaften Rubelwertes die Leistung der Industrie festzustellen.

Z w e i t e n s gibt das sovetrussische statistische Amt an, daß der Wert der Produktion der Industrieerzeugnisse in den unveränderlichen

[3]) In Trusts oder anderen wirtschaftlichen Vereinigungen zusammengeschlossene Betriebe.

Preisen von 1926/27 ausgedrückt wird. Hier hat es die ausgiebige Möglichkeit diejenigen „Buchführungskunststücke" anzuwenden, von welchen Trockij spricht. Methodologisch ist hervorzuheben, daß auch die Preise von 1926/27 nicht unveränderlich bleiben, sondern eine Erhöhung erfahren, worüber die Sovetquellen selbst ausführlich berichten. Obwohl die Wirtschaftsbehörden Preissteigerungen zu bekämpfen versuchen, werden ihre Bemühungen von den Industrieorganen bis jetzt nicht ohne Erfolg sabotiert. Jedes Werk ist stark daran interessiert, seine Erzeugnisse in einem möglichst hohen Geldwert auszudrücken, um dadurch die Erfüllung oder sogar Übererfüllung des vorgeschriebenen Planes vorzutäuschen.

Außerdem gibt folgender Umstand den Industrieorganen die Möglichkeit, die Preise für ihre Erzeugnisse zum Teil willkürlich anzusetzen. Im Verlaufe der Industrialisierung des Landes sind in den letzten Jahren ganz neue, im Jahre 1926/27 noch nicht vorhandene Industriezweige entstanden; es werden somit neue Fabrikate hergestellt. Ferner hat durch den Umbau der alten industriellen Produktionsstätten die Beschaffenheit der nun hergestellten Güter eine wertmäßige Änderung erfahren. Für die Bewertung der ganz neu entstandenen und veränderten Erzeugnisse sind keine unveränderlichen Preise von 1926/27 vorhanden. Ihre Abschätzung kann nur willkürlich geschehen, da in Sovetrußland keine freie Preisbildung gegeben ist. Die Industrieorgane machen davon reichlich Gebrauch, um die Produktionskurve möglichst in die Höhe zu schrauben. So ist es verständlich, daß die sovetrussischen statistischen Amtsstellen so gern wertmäßige Angaben für die industrielle Produktion des Landes machen und mit der Veröffentlichung mengenmäßiger Zahlen kargen.

Aus diesen Erwägungen heraus ist das Zahlenmaterial in Rubelwerten für die russische Wirtschaftsforschung nur bedingt verwertbar. Man könnte es nur mit dem oben angeführten Vorbehalt zu Hilfe nehmen, um evtl. eine generelle Entwicklungstendenz der sovetrussischen Industrie in großen Zügen festzustellen. Aber selbst bei der Verwendung des Materials für diese Zwecke stößt man auf große Schwierigkeiten und Widersprüche.

Die amtliche statistische Verwaltung Sovetrußlands veröffentlicht vor allem seit 1931 die wertmäßigen Angaben mit stets wechselnden Bezeichnungen der Industriegruppen. In einem Jahr werden die Zahlen für die von dem obersten Volkswirtschaftsrat geleitete Industrie, im nächsten für die vom Staate planierte, dann für die gesamte oder staatliche Industrie und dann wieder für die Groß- oder Zensusindustrie angegeben. Außerdem wurde mehreremals der staatliche Verwaltungsapparat der Industrie in verschiedene Kommissariate umgebaut, wodurch neue Industriegruppierungen geschaffen und unter eine neue Leitung gestellt wurden. Entsprechend der erfolgten Einteilung wurden auch die generellen statistischen Angaben veröffentlicht, die nur die Ziffern der nach neuen Gesichtspunkten gegliederten Industriekomplexe wiedergaben und den vorherigen Angaben nicht gegenüber gestellt werden konnten.

Diese und noch viele andere für die sovetrussische wertmäßige Statistik charakteristischen Erscheinungen sind mindestens zum Teil auf die Absicht zurückzuführen, einen Vergleich der Produktionszahlen tunlichst

zu erschweren oder gar unmöglich zu machen. Es würde zu weit führen, hier auf Einzelheiten einzugehen. Es seien nur zur Erläuterung dieser Tatsache die Angaben aus den offiziellen Industrieberichten für 1932 und 1933 als Beispiel kurz erörtert. In einem Bericht (Izvestija[4]) vom 6. 2. 34) wird die Produktion der gesamten Zensusindustrie[5]) im Jahre 1932 mit 34,3 Mlrd. Rbl. (in Preisen von 1926/27) angegeben. In einem anderen Bericht (Pravda[6]) v. 28. 1. 34) heißt es dagegen, daß die Produktion der Großindustrie im Jahre 1932 38,5 Mlrd. Rbl. (in Preisen 1926/27) betragen habe. Im Statistischen Jahrbuch für 1933 (SSSR v cifrach, Moskau 1934, S. 10—13 und 18) wird eine Zahl für die Zensusindustrie nicht aufgeführt, sondern man findet hier eine neue Bezeichnung für die Industrieerfassung, nämlich „Großindustrie ohne Holz- und Fischindustrie (Zensusindustrie)"; dabei wird in demselben Jahrbuch in einer Anmerkung (S. 221) die Großindustrie genau so definiert wie die Zensusindustrie. Man müßte eigentlich denken, daß hier die für die „Großindustrie ohne Holz- und Fischindustrie (Zensusindustrie)" angegebene Produktionszahl für 1932 geringer sein müßte als die oben angeführten 34,3 Mlrd. Rbl. für die Gesamtzensusindustrie, da doch die Holz- und Fischindustrie nicht erfaßt worden sind. Tatsächlich macht man die umgekehrte Wahrnehmung, die Produktionszahl ist höher und beträgt 36,8 Mlrd. Rbl.

Die große Differenz zwischen der Zensus- (34,3 Mlrd. Rbl.) und der Großindustrie (38,5 Mlrd. Rbl.) ist überhaupt unbegreiflich, da nach mehreren sovetrussischen offiziellen Statistiken und Erläuterungen die Begriffe „Zensusindustrie" und „Großindustrie" identisch sein sollen. (Narodnoe chozjajstvo[7]) SSSR. 1932, Moskau 1932, S. 2/3, 10/11, 18, 20; SSSR v cifrach, Moskau 1934, S. 11, 221.)

Ein amtlicher Bericht gibt sogar zwei Zahlen für die Produktion der Zensusindustrie im Jahre 1932 an: erstens die oben schon angeführten 34,3 Mlrd. Rbl. und zweitens eine neue Zahl von 35,3 Mlrd. Rbl. (Izv. v. 6. 2. 34). Dabei ist nur kurz erläutert, daß die eine Zahl (34,3) auf Grund der „vorläufigen Errechnungen" und die andere (35,3) auf Grund der „Rechenschaftsangaben, die dem Fünfjahrplan gegenüber gestellt werden können", gewonnen worden ist. Man kann aber doch selbst die vorläufige Errechnung der Produktionsergebnisse nur auf Grund der Angaben der Rechenschaftsberichte der Unternehmungen vornehmen. Unverständlich ist daher die Gegensätzlichkeit der beiden Errechnungsmethoden; sovetseits wird dies nicht erläutert. Entsprechend dieser beiden Errechnungsmethoden werden dabei auch zwei prozentuale Angaben über die Durchführung des industriellen Fünfjahrplanes gemacht, nämlich 93,7 % und 96,4 %.

Wie kritisch die Rubelberechnungen zu betrachten sind und wie unzuverlässig die Methode ihrer Errechnung ist, geht auch aus dem folgen-

---

[4]) Im Folgenden abgekürzt mit „Izv." angeführt.

[5]) Zu der Zensusindustrie werden diejenigen Unternehmungen gerechnet, die als Regel 16 Arbeiter bei Verwendung motorischer Kraft oder 30 ohne Verwendung motorischer Kraft beschäftigen („Pjatiletny Plan", Bd. II, Teil II, 2. Auflage, Moskau 1929, S. 121.)

[6]) Im Folgenden abgekürzt mit „Pr." angeführt.

[7]) Im Folgenden abgekürzt mit „Narodn. choz." angeführt.

den bemerkenswerten Beispiel hervor. In einem Bericht wird offiziell angegeben, daß der Anteil der Produktion der Industrie an der gesamten volkswirtschaftlichen Produktion Sovetrußlands im Jahre 1932 70,7 % und der der Landwirtschaft 29,3 % betragen haben soll (Pr. v. 28. 1. 34). Dagegen gibt ein anderer amtlicher Bericht den Anteil der industriellen Produktion in demselben Jahre 1932 mit 76,8 % und den der landwirtschaftlichen mit 23,2 % an (Izv. v. 6. 2. 34). Selbst amtliche Angaben über denselben Gegenstand und für dasselbe Jahr, die nur rund eine Woche auseinanderliegen, weisen also auffallend große Abweichungen auf. Außerdem sind die Zahlen in beiden Fällen auf Grund einer zu einseitigen Berechnungsmethode gewonnen, um aus Propagandaerwägungen heraus behaupten zu können, daß Sovetrußland im Blitztempo ein ausgesprochen hochindustrialisiertes Land geworden sei. Dieses den Tatsachen nicht entsprechende, künstlich konstruierte Verhältnis zwischen der industriellen und der landwirtschaftlichen Produktion Sovetrußlands ist so errechnet worden, daß die gesamte landwirtschaftliche Produktion nach Vorkriegspreisen in Goldrubeln und die Produktion der Industrie in Papierrubeln nach den schon erwähnten sovetrussischen Preisen von 1926/27, die das Mehrfache der Vorkriegspreise betragen, angesetzt wurde.

Die Unhaltbarkeit der Berechnung geht schon allein daraus hervor, daß selbst nach amtlichen sovetrussischen Angaben im Jahre 1933 von rund 165 Mill. Gesamtbevölkerung Sovetrußlands rund 127 Mill. auf dem Lande wohnten und sich direkt oder indirekt mit landwirtschaftlicher Produktion beschäftigten (SSSR v cifrach, Moskau 1934, S. 92). Dies bedeutet, daß Sovetrußland trotz der Industrialisierung noch immer ein Agrarland geblieben ist.

Man könnte noch viele Beispiele solcher und anderer Art anführen, um zu veranschaulichen, wie oberflächlich die sovetrussische Statistik mit wertmäßigen Angaben umgeht.

Oft übersehen Rußlandforscher diese verschiedenartige Beschaffenheit des sovetrussischen statistischen Materials und vergleichen die Zahlen miteinander, anstatt zu versuchen, ihre Widersprüche aufzudecken und auf ihre Einseitigkeit hinzuweisen.

3. Wertmäßige Angaben der sovetrussischen Statistik.

Wenn hier einige der von der Sovetstatistik veröffentlichten wertmäßigen Angaben angeführt werden, so geschieht dies aus zwei Gründen. Erstens um zu zeigen, wie solche Angaben methodologisch konstruiert sind und zweitens, um selbst auf Grund dieses Zahlenmaterials auf bestimmte Tendenzen hinzuweisen.

Im Januar 1933 wurde folgender sovetamtlicher Ausweis über die Erfüllung des ersten Fünfjahresplanes bezüglich der Bruttoproduktion der Zensusindustrie in Milliarden Rubel nach den Preisen von 1926/27 veröffentlicht (Za industrializaciju[8]) v. 12. 1. 33):

[8]) Im Folgenden abgekürzt mit „Za ind." angeführt.

	1913 (Gebiet der UdSSR)	1928	1932	Plan für das letzte Jahr des Jahrfünfts	1932 in % z. letzten Jahr des Planes
Gruppe A[9])	4,29	6,96	18,0	17,4	103,4
darunter Schwerindustrie	—	3,99	13,2	12,2	108,4
Gruppe B[9])	5,96	8,70	16,3	19,2	84,9
Zensusindustrie insgesamt:	10,25	15,66	34,3	36,6	93,7

Dieser amtliche Ausweis errechnet somit die Verhältniszahl der Erfüllung des industriellen Fünfjahrplanes mit 93,7%; diese Zahl wurde schon angeführt und gezeigt, wie sie selbst von Trockij angegriffen wurde.

Aus späteren mengenmäßigen Angaben wird ersichtlich sein, daß die wichtigsten Industriezweige die Voranschläge des Fünfjahrplanes bei weitem nicht erreicht haben. Deshalb ist es unbegreiflich, wie der gesamte industrielle Plan fast erfüllt werden konnte.

Diese Widersprüche treten besonders deutlich in den Angaben über die Produktion der Maschinenindustrie hervor. Im Jahre 1928 wurde der Wert der Maschinenherstellung mit 1382 Millionen Rbl.[10]) angegeben (Za ind. v. 2. 11. 32); nach dem Fünfjahrplan sollte er im Jahre 1932/33 4351 Mill. Rbl. erreichen (Planovoe chozjajstvo[11]) Nr. 2, 1932, S. 20 und Izv. v. 7. 11. 32). Die Sovetstatistik gibt nun an, daß die Produktion der Maschinenindustrie im Jahre 1932 sich auf 5330 Mill. Rbl. bezifferte (Bol'ševik Nr. 1—2, 1933, S. 66 und Nr. 3, 1933, S. 13); hiernach wurde also die ursprüngliche Zahl des Fünfjahrplanes um 22,5% übertroffen. Andererseits geht aus den mengenmäßigen Angaben der Sovetstatistik hervor, daß die Voranschläge des Fünfjahrplanes für die Eisen- und Stahlproduktion im Jahre 1932 nicht einmal zu zwei Drittel erfüllt werden konnten, was aus den nachfolgenden graphischen Darstellungen zu ersehen ist.

Für die Herstellung der Maschinen müssen vor allem Eisen und Stahl zur Verfügung stehen. Wie konnten aber Maschinen über den vorgezeichneten Plan hinaus hergestellt werden, wo die selbst planmäßig einkalkulierte und notwendige Menge von Eisen und Stahl nicht vorhanden war? Sovetrußland hat aus dem Auslande zwar Eisen und Stahl eingeführt, aber die eingeführte Menge ist gegenüber dem einheimischen Produktionsausfall von geringer Bedeutung.

Dem vorstehenden Ausweis sind zwei Merkmale des Industrialisierungsprozesses Sovetrußlands zu entnehmen. Einerseits wurde vor allem der Ausbau der Produktionsmittelindustrie (Gruppe A) forciert, wobei dar-

---

[9]) Gruppe A umfaßt die Produktionsmittelindustrie (Elektro-, Kraft- und Brennstofferzeugung, Bergbau, metallurgische Industrie, Maschinenbau, Baumaterialindustrie, Papierindustrie, der größte Teil der Holz- und chemischen Industrie usw.), Gruppe B die Konsumgüter-Industrie (hauptsächlich Textilwaren, Leder und Schuhe, Lebensmittel, Tabak, Streichhölzer, Parfümerie usw.) (Narodn. choz. SSSR, Nr. 3/4, 1932, S. 196/7.)

[10]) Diese und die nachfolgenden Zahlen sind in Preisen von 1926/27 ausgedrückt.

[11]) Im Folgenden abgekürzt mit „Plan. choz." angeführt.

unter die Schwerindustrie besonders stark entwickelt wurde. In der schwerindustriellen Ausbautätigkeit ist der Leitfaden wohl die Schaffung der Kriegsindustrie gewesen, die mit allen Mitteln angestrebt und zum Teil auch erreicht wurde.

Andererseits wurde im Industrialisierungsvorgang die Konsumgüterindustrie (Gruppe B) stark vernachlässigt, was zu einer viel empfindlicheren Knappheit an diesen Gütern im Lande geführt hat, als in der Verhältniszahl von 84,9% zum Ausdruck kommt.

Für die propagandistisch wirkungsvolle Aufmachung der Industrialisierungserfolge arbeitet das sovetrussische statistische Amt mit großer Vorliebe mit Verhältniszahlen, die dann zu Schlagworten werden. Die planmäßig vorgezeichneten Steigerungen der industriellen Produktion werden in Prozentsätzen zum Ausdruck gebracht, um deren Erfüllung dann gekämpft wird.

Die nachstehende Zusammenstellung zeigt, wie die wertmäßige Bruttoproduktion der staatlichen Großindustrie nach dem Fünfjahrplan und nach den Kontrollziffern[12]) steigen sollte und um wieviel Prozent sie tatsächlich erhöht wurde.

Zunahme der Bruttoproduktion der staatlichen Großindustrie in Prozenten zum Vorjahre.

	nach dem Fünfjahrplan		nach den Kontrollziffern[12])	tatsächlich erreichte Zunahme
1928/29	21,4		21,4	23,7
1929/30	21,5		32,1	22,4
1930/31	22,1	1931	44,3	21,7
1931/32	23,8	1932[13])	36,0	8,5
1932/33	25,2	1933	16,5	9,1

Bei dieser Zusammenstellung ist folgendes hervorzuheben. Der Fünfjahrplan hatte eine stufenweise Steigerung der Industrieproduktion vorgesehen. Auf Grund des ersten Erfolges im Jahre 1928/29 (Plan 21,4%, Erfüllung 23,7%) wurde der Plan für 1929/30 von 21,5% in den Kontrollziffern auf 32,1% und der für 1930/31 von 22,1% auf 44,3% für 1931 hin-

[12]) Der Fünfjahrplan zeichnete von vornherein vor allem die wirtschaftliche Entwicklung für jedes der fünf Jahre zahlenmäßig vor. Nach Ablauf eines jeden Jahres werden die neu entstandenen Produktionsbedingungen und Bedürfnisse der Wirtschaft untersucht („kontrolliert") und festgestellt, wieviel weniger oder mehr in dem folgenden Jahr produziert werden kann oder muß. Je nachdem, ob man die Produktionsmöglichkeiten optimistisch einschätzt oder eingesehen hat, daß man die Anforderungen an die Wirtschaft überspannt hatte, werden die Fünfjahrplanziffern nach unter oder nach oben korrigiert; oft werden auch die Planzahlen hinaufgeschraubt, um eine erhöhte Leistung zu erzwingen. Die auf diesem Wege für jedes einzelne Jahr korrigierten Fünfjahrplanziffern werden „Kontrollziffern" genannt.

[13]) Der Fünfjahrplan sollte ursprünglich die Zeit vom 1. Oktober 1928 bis zum 30. September 1933 umfassen. Im Jahre 1930 wurde dieser Zeitraum um ¾ Jahre verkürzt und gleichzeitig anstatt des Wirtschaftsjahres vom 1. Oktober bis zum 30. September jedes Jahres das Kalenderjahr eingeführt. Somit wurde der Fünfjahrplan in einen Viereinvierteljahrplan umgewandelt und die Ablauffrist anstatt auf den 30. September 1933 auf den 31. Dezember 1932 angesetzt.

aufgeschraubt. Die Enttäuschung war groß, als man feststellte, daß die wertmäßige Zunahme der industriellen Produktion eine dauernd sinkende Tendenz aufwies und auffallend stark hinter den Kontrollziffern zurückblieb. Der große Rückschlag trat im Jahre 1932 ein, als statt einer Produktionszunahme von 36% nur eine solche von 8,5% erreicht wurde. Dieser Mißerfolg, der sich auch im Jahre 1933 wiederholte, veranlaßte nun die staatliche Plankommission, bei der Aufstellung der Kontrollziffern bescheidener zu sein.

Somit weist die sovetindustrielle Produktion in den letzten zwei Jahren eine gewisse Stagnation auf, obwohl in dieser Zeit gegenüber den Vorjahren viel größere Kapitalinvestierungen in die Industrie vorgenommen wurden.

Die folgende Zusammenstellung zeigt die Produktion der Großindustrie in den Jahren 1932 und 1933 in Milliarden Rbl., ausgedrückt in Preisen von 1926/27 (Pr. v. 31. 1. 33 und 28. 1. 34):

	1929	1932	1933	1933 in % % zu 1932
Großindustrie	21,0	38,5	41,9	109,1
darunter:				
Gruppe A	10,2	22,0	24,3	110,4
Gruppe B	10,8	16,5	17,6	106,7
Prozentueller Anteil der:				
Gruppe A	48,5	57,0	58,0	
Gruppe B	51,5	43,0	42,0	

Im Jahre 1933 sollte die Produktion der Großindustrie nach den Kontrollziffern um 16,5%, darunter die der Gruppe A um 21,2% und die der Gruppe B um 10,5% erhöht werden, tatsächlich wurde nur etwas über die Hälfte der angestrebten Produktionserhöhung erreicht (9,1%; 10,4% und 6,7%). Im Jahre 1933 hatte man wegen der starken Knappheit einen besonderen Wert auf die Ausdehnung der Herstellung von Massenbedarfsartikel gelegt; man hatte im Laufe des Jahres sogar die Kontrollziffern für die Produktion von Waren dieser Art bedeutend erhöht, aber die Leichtindustrie war nicht imstande, auch nur die ursprünglichen Pläne für diese Produktion zu verwirklichen. Ihre Erzeugung konnte nur um 6,4% gesteigert werden und blieb sogar hinter der Zunahme der Gruppe B (Izv. v. 1. 1. 34) zurück.

Im Verlaufe des Industrialisierungsprozesses hat sich ununterbrochen der Anteil der Produktion von Produktionsmitteln (Gruppe A) und der von Konsumgütern (Gruppe B) zu Gunsten der ersteren verschoben. Im Jahre 1929 entfielen von der gesamten großindustriellen Produktion auf die Gruppe A 48,5% und auf die Gruppe B 51,5%, im Jahre 1933 dagegen auf die erstere 58,0% und auf die letztere 42%. Diese Erscheinung entspricht der Tendenz der Entwicklung der Industrie, da vor allem der Ausbau der Schwerindustrie gefördert wurde.

Den wertmäßigen Angaben der Sovetstatistik ist in der folgenden Zusammenstellung noch eine charakteristische Erscheinung des sovetrussischen Wirtschaftssystems zu entnehmen (Pr. v. 28. 1. 34).

Bruttoproduktion der Großindustrie nach dem vergesellschafteten und privatwirtschaftlichen Sektor.

(in Mlrd. Rbl. in Preisen von 1926/27)

	1929		1932		1933	
	absolut	Prozentueller Anteil	absolut	Prozentueller Anteil	absolut	Prozentueller Anteil
Gesamtindustrie	21,025	100	38,464	100	41,968	100
darunter:						
I. Vergesellschaftete Industrie[14])	20,891	99,4	38,436	99,93	41,940	99,93
II. Privatwirtschaftliche Industrie[15])	0,134	0,6	0,028	0,07	0,028	0,07

4. Graphische Darstellung der mengenmäßigen Entwicklung der sovetrussischen Industrie.

Für die Beurteilung der tatsächlichen sovetrussischen industriellen Entwicklung genügen, wie schon gesagt wurde, die wertmäßigen Angaben der Sovetstatistiken nicht. An deren Stelle sind heranzuziehen die mengenmäßigen Angaben der Industrieerzeugnisse und der Naturalwerte in Gewichts- und sonstigen Maßeinheiten.

Die nachfolgenden graphischen Darstellungen veranschaulichen in mengenmäßigen Ziffern die Entwicklung der wichtigsten Zweige der Industrie. Zu Vergleichszwecken und zur Hervorhebung der wichtigsten Etappen des Industrialisierungsprozesses Rußlands wird der Stand der Produktion: vor dem Kriege (1913), im ersten Jahre der „Neuen Ökonomischen Politik" (1921), in dem letzten Jahr vor Beginn des Fünfjahrplanes (es ist entweder das Wirtschaftsjahr 1927/28 oder das Kalenderjahr 1927 angeführt), in den Jahren des Fünfjahrplanes und im Jahre 1933 angegeben. Wenn einige graphische Darstellungen nicht alle hier erwähnten Daten aufweisen, so liegt der Grund entweder darin, daß für die entsprechenden Jahre zuverlässige Zahlen fehlen oder daß in diesen Jahren die in Frage kommenden Gegenstände nicht hergestellt wurden.

In der graphischen Darstellung werden drei für die Betrachtung der Sovetindustrie grundlegenden Datenreihen eingetragen. Eingezeichnet sind: auf der durchgehenden Linie (Zahlen und Jahre nicht unterstrichen) die in den betreffenden Jahren erreichten Produktionszahlen, d. h. hier erscheint die Durchführungshöhe der Produktionspläne; auf der punktierten Linie (Zahlen und Jahre einmal unterstrichen) die Planziffern des Fünfjahrplanes, die aufzeigen, wie die Produktion nach dem Fünfjahrplane verlaufen sollte; auf der gestrichelten Linie (Zahlen und Jahre zweimal unterstrichen) die Kon-

[14]) Als „vergesellschaftete Industrie" wird in der Sovetstatistik die verstaatlichte Industrie aufgeführt. Demnach ist in Sovetrußland die gesamte Industrie „vergesellschaftet", d. h. völlig unter staatlicher Leitung.

[15]) Eine Privatindustrie gibt es in Sovetrußland nicht mehr; unter der „privatwirtschaftlichen Industrie" sind einige noch vorhandene ausländische Konzessionen zu verstehen.

trollziffern, die eine Vorstellung davon geben, wie die sovetrussische Planwirtschaft im Gegensatz zum Fünfjahrplan die Produktion lenken wollte[16]).

Das Zahlenmaterial des gesamten Fünfjahrplanes und der Kontrollziffern für 1928/29 und 1929/30 ist auf der Grundlage des Wirtschaftsjahres[17]) aufgebaut. Vom 1. Januar 1931 ab wurden die wirtschaftsstatistischen Angaben auf das Kalenderjahr abgestellt. Für die Zeit des vom 1. 10.—31. 12. 1930 zum Übergang auf das Kalenderjahr eingeschobenen Sonderquartals wurden Angaben nur sehr spärlich veröffentlicht, daher konnte das Sonderquartal in der graphischen Darstellung nicht berücksichtigt werden. Außerdem wäre es nicht möglich gewesen, zu Vergleichszwecken die Angaben eines Wirtschaftsjahres in vier Quartale aufzulösen.

Die Geltungsdauer des Fünfjahrplanes war, wie schon erwähnt, ursprünglich vom 1. Oktober 1928 bis zum 30. September 1933 vorgezeichnet, dann hat man diese Zeit um ¾ Jahre gekürzt und den Ablauf auf den 31. 12. 1932 angesetzt. Aus diesen Erwägungen heraus ist eine absolute Vergleichsmöglichkeit nicht gegeben und man muß, um überhaupt einen Vergleich anstellen zu können, einige Abweichungen in Kauf nehmen.

Für die erzielte Produktion sind aus Zweckmäßigkeitsgründen die Angaben für die Kalenderjahre verwendet worden. Als Ausgangspunkt für die Gegenüberstellung von Produktion, Fünfjahrplan und Kontrollziffer ist für die erstere das Kalenderjahr 1929 und für die beiden letzteren das Wirtschaftsjahr 1928/29 genommen worden, obwohl hier eine dreimonatige Abweichung gegeben ist; für den Fünfjahrplan ist diese Abweichung bis zu seiner Ablauffrist und für die Kontrollziffern bis zum Jahre 1929/30 zu berücksichtigen.

Ferner ist die Schlußzahl des Fünfjahrplanes auf der Linie des Jahres 1933 eingetragen worden, obwohl der ursprüngliche Plan drei Monate früher und der verkürzte Plan schon Ende 1932 ablief.

Am Fuße der graphischen Darstellungen sind die Verhältniszahlen der Erfüllung der betreffenden Fünfjahrpläne und Kontrollziffern angeführt; der erste Prozentsatz ist aus der Gegenüberstellung der Fünfjahrpläne für 1932/33 mit der im Jahre 1932 erzielten Produktion, der zweite aus der Gegenüberstellung der Kontrollziffern und des Produktionsergebnisses des Jahres 1932 errechnet. Daraus ist zu ersehen, wie die Pläne mengenmäßig verwirklicht worden sind.

---

[16]) Die Darstellung konnte nicht in ein Koordinatensystem gebracht werden, da eine Kontinuität der Angaben vom Jahre 1913 bis zum Jahre 1933 fehlt. Außerdem sind die zur Verfügung stehenden Jahresangaben nicht gleichwertig. Sie geben die Produktion entweder eines Wirtschaftsjahres (vom 1. 10. bis zum 30. 9.) oder eines Kalenderjahres wieder.

[17]) Vergleiche Anmerkung 13 auf S. 79

Graphische Darstellungen.

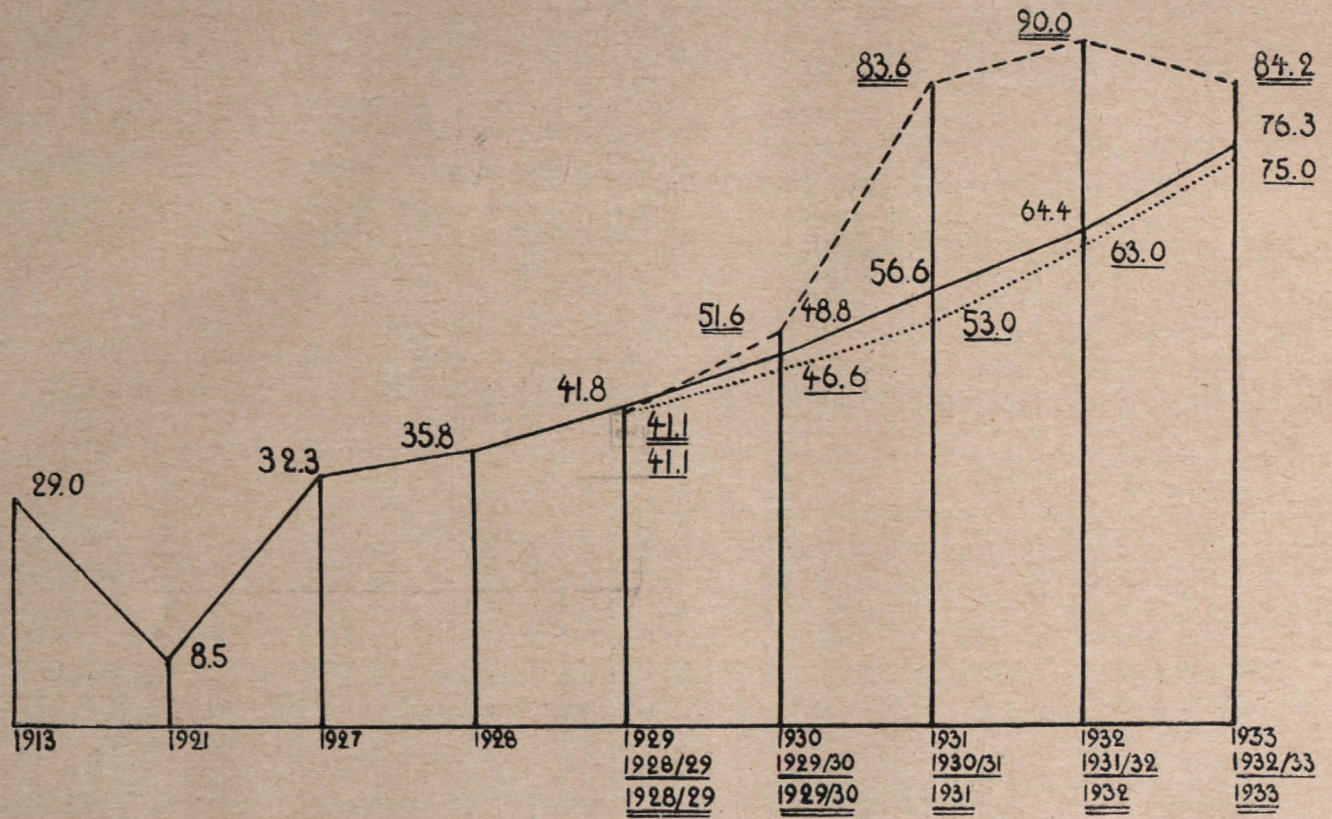
I. Steinkohle
II. Erdöl
III. Torf
IVa. Roheisen
IVb. Stahl
V. Kupfer
VI. Traktoren
VII. Mähdrescher
VIII. Lokomotiven
IX. Güterwagen
X. Elektrizität
XI. Zement
XII. Superphosphat
XIII. Baumwollgewebe.

Zur Erläuterung.

Die Schlußzahlen des Fünfjahrplanes sind aus Gründen der Kontinuität auf der Linie des Jahres 1933 eingetragen worden, obwohl der ursprüngliche Plan drei Monate früher und der verkürzte Plan schon Ende 1932 ablief. Es ist daher zu beachten, daß bei der Errechnung der Erfüllung des Fünfjahrplanes die Produktion des Jahres 1932 den Ziffern des ursprünglichen Fünfjahrplanes für 1932/33, eingetragen auf der Linie des Jahres 1933, gegenübergestellt worden ist.

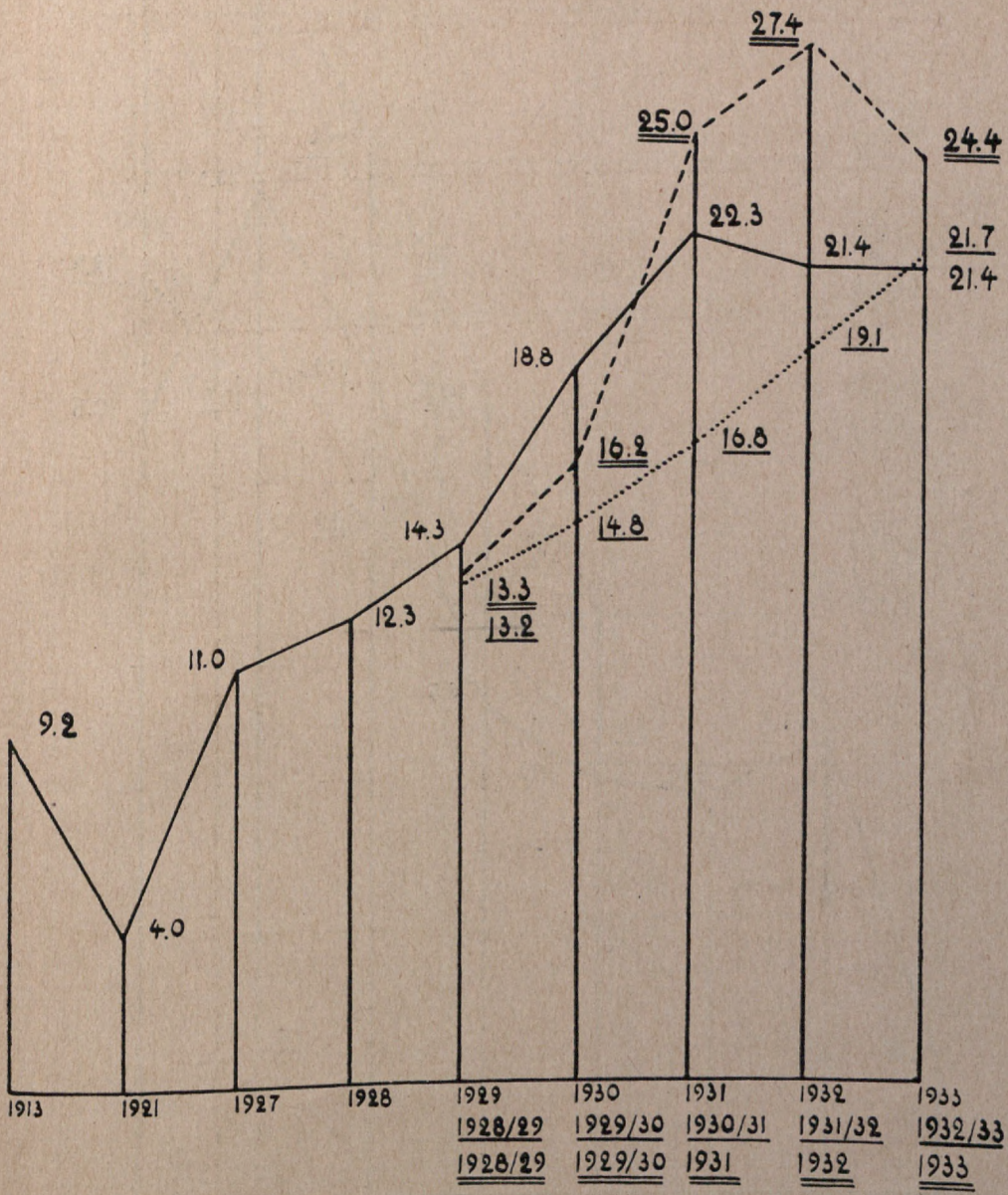
———— Produktion
. . . . . Fünfjahrplan
— — — — — Kontrollziffern

I. Steinkohlenförderung (in Mill. t).



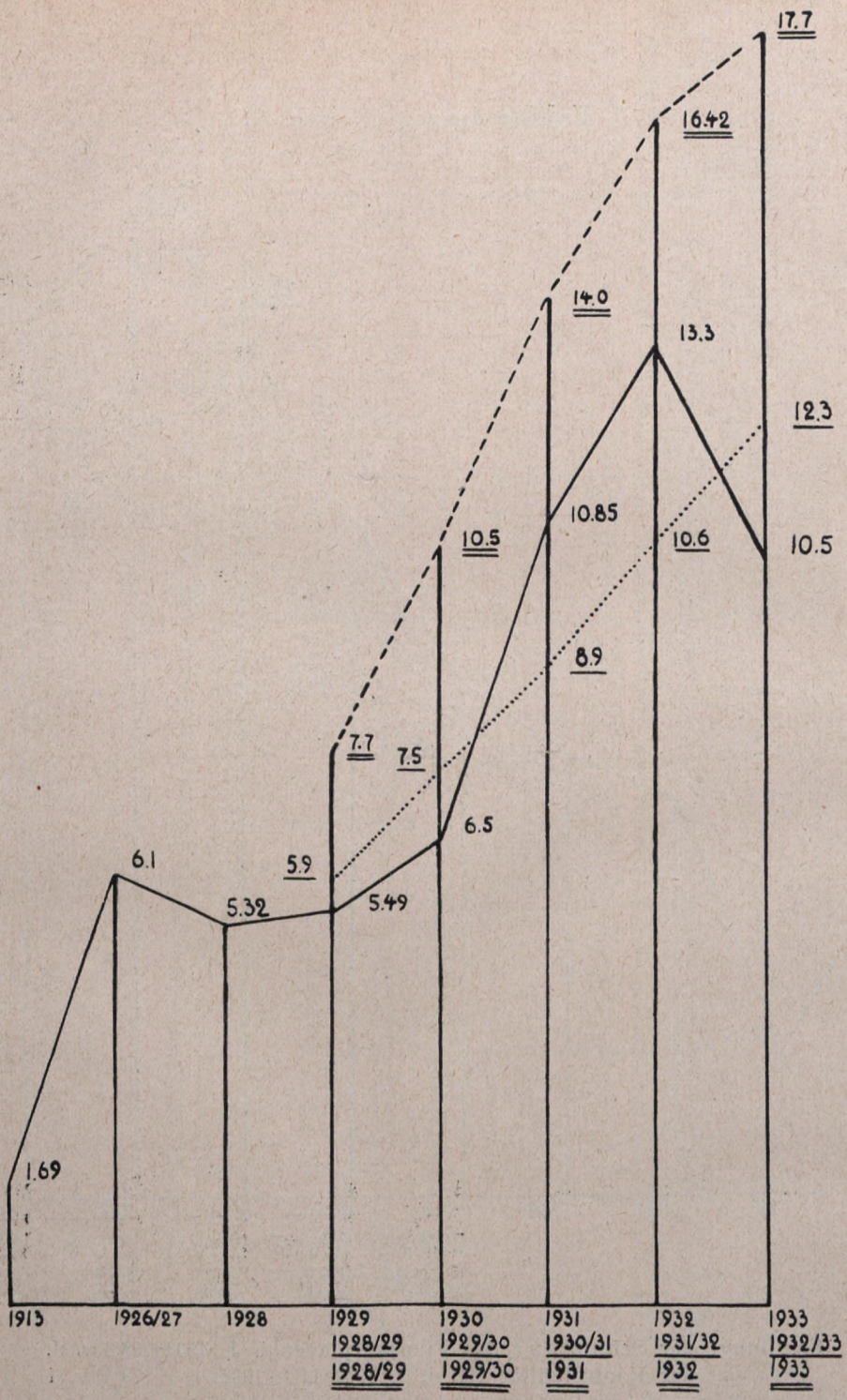
Erfüllung: der Schlußziffer des Fünfjahrplanes i. J. 1932: 85,9 v. H.
der Kontrollziffer für d. J. 1932 i. J. 1932: 71,6 v. H.

II. Erdölgewinnung (in Mill. t).

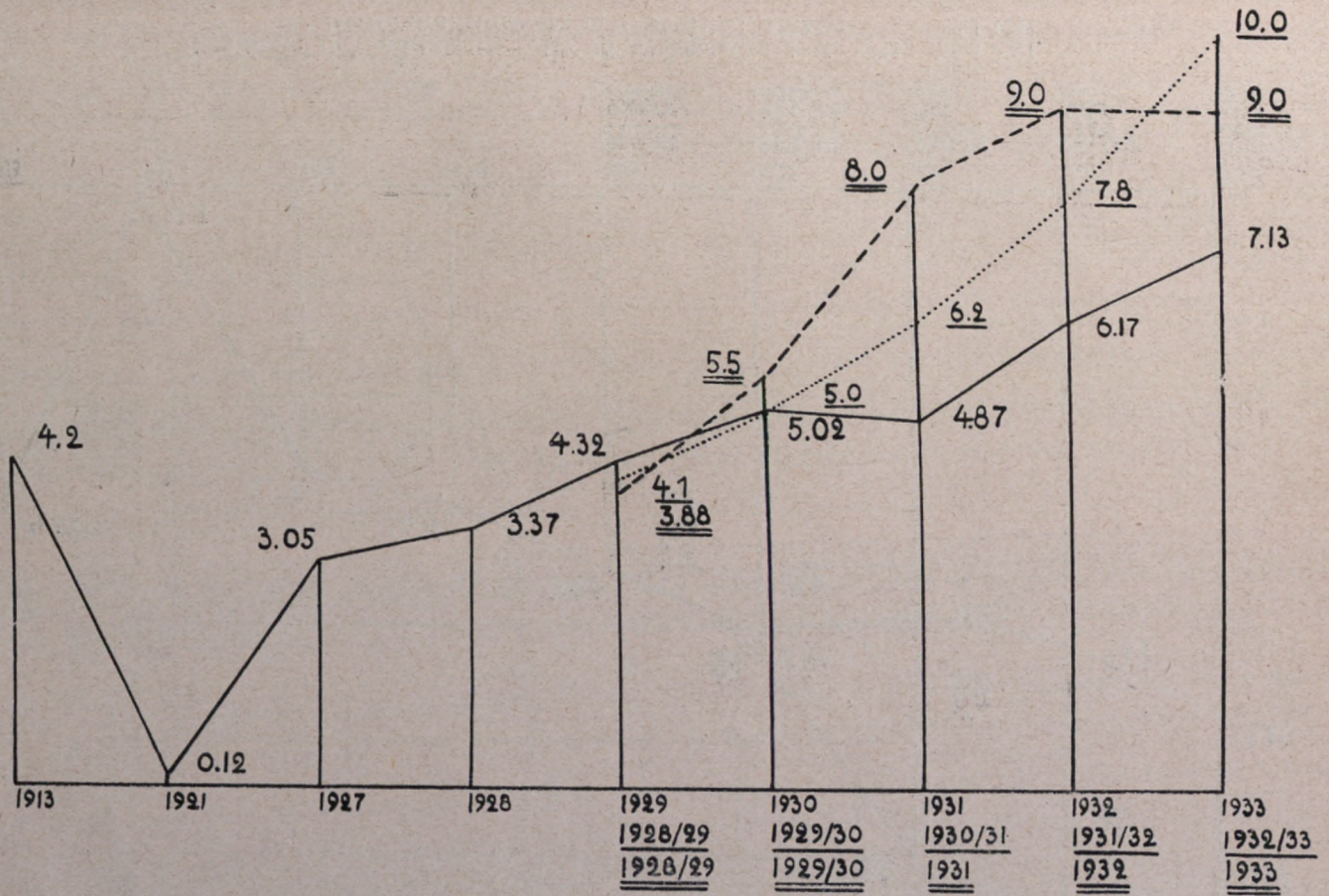


Erfüllung: der Schlußziffer des Fünfjahrplanes i. J. 1932: 98,6 v. H.
der Kontrollziffer für d. J. 1932 i. J. 1932: 78,1 v. H.

III. Torfgewinnung (in Mill. t).

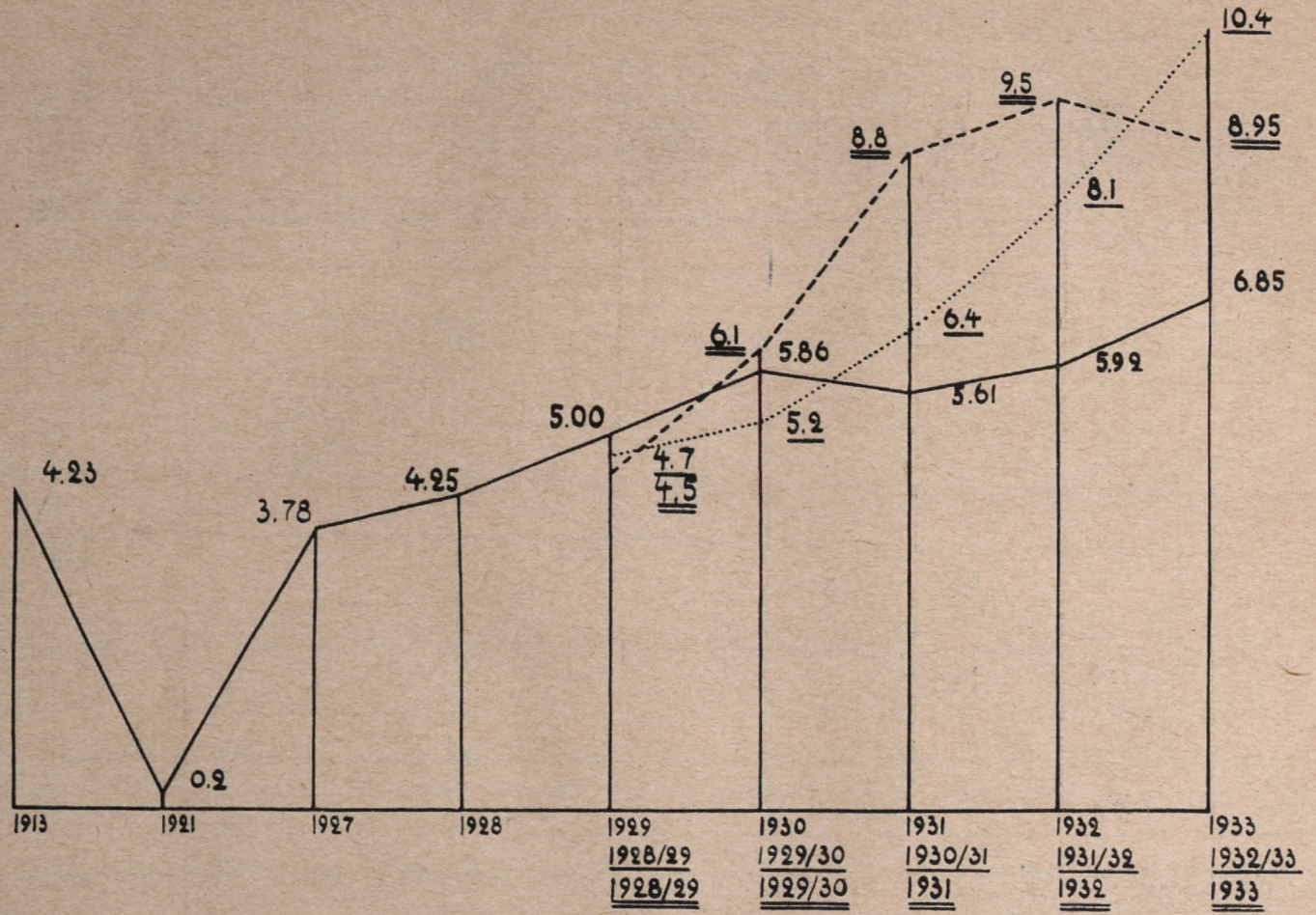


Erfüllung: der Schlußziffer des Fünfjahrplanes i. J. 1932: 108,1 v. H.
der Kontrollziffer für d. J. 1932 i. J. 1932: 81,0 v. H.



IVa. Roheisenerzeugung (in Mill. t).

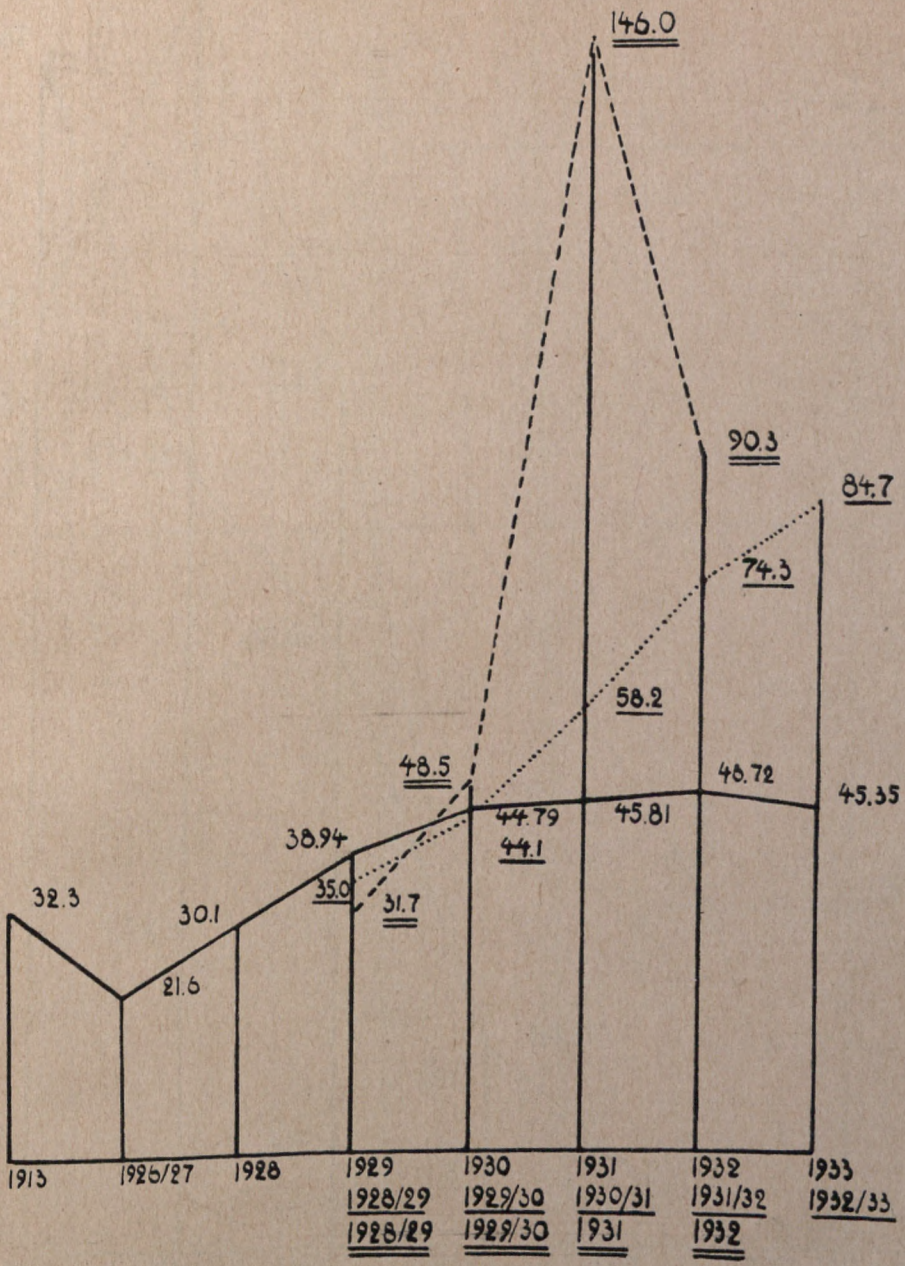
Erfüllung: der Schlußziffer des Fünfjahrplanes i. J. 1932: 61,7 v. H.
der Kontrollziffer für d. J. 1932 i. J. 1932: 68,6 v. H.



IVb. Stahlherstellung (in Mill. t).

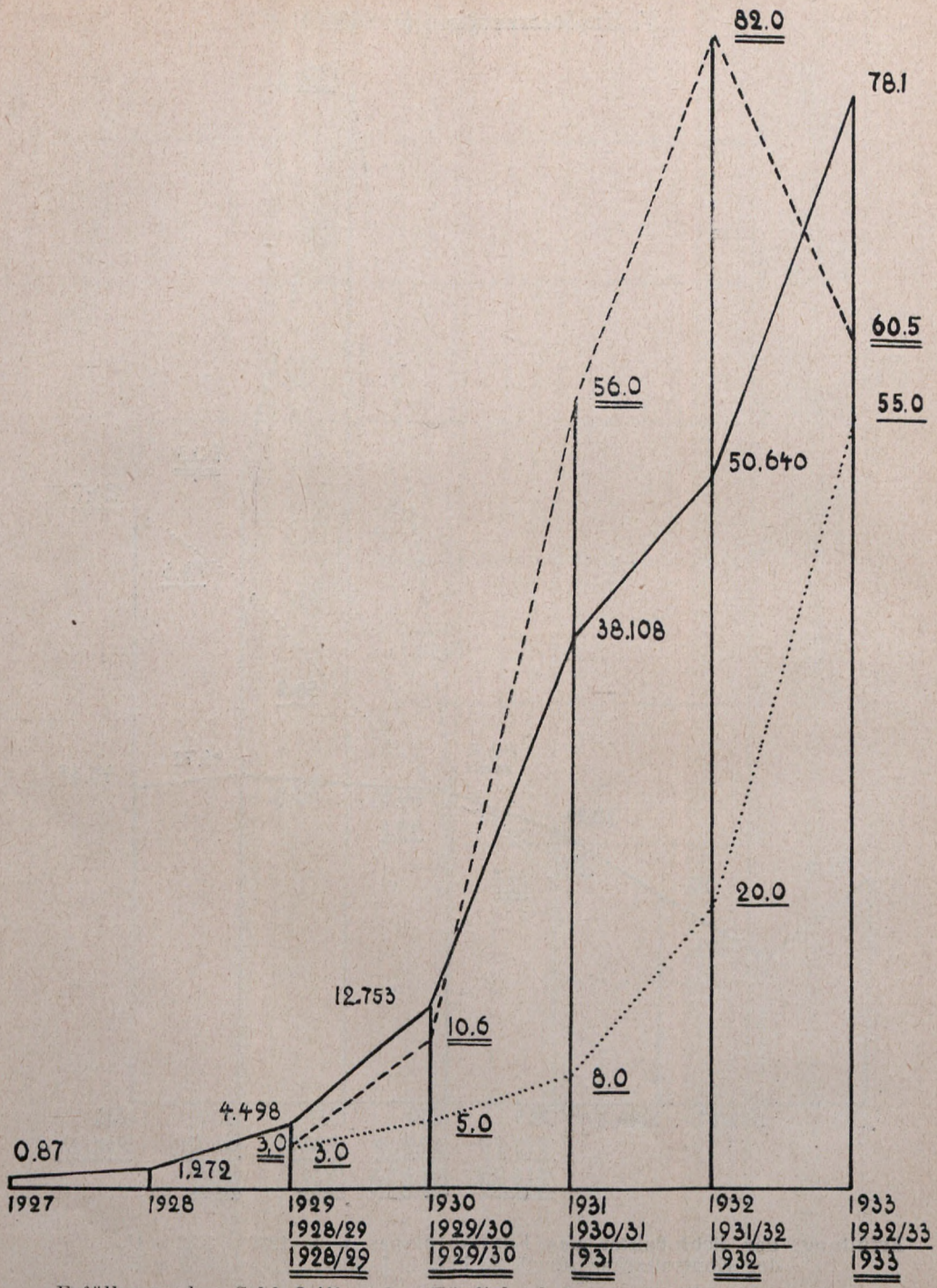
Erfüllung: der Schlußziffer des Fünfjahrplanes i. J. 1932: 56,9 v. H.
der Kontrollziffer für d. J. 1932 i. J. 1932: 62,3 v. H.

V. Kupfererzeugung (in Mill. t)



Erfüllung: der Schlußziffer des Fünfjahrplanes i. J. 1932: 55,2 v. H.
der Kontrollziffer für d. J. 1932 i. J. 1932: 51,7 v. H.

VI. Traktorenherstellung (in 1000 Stück)

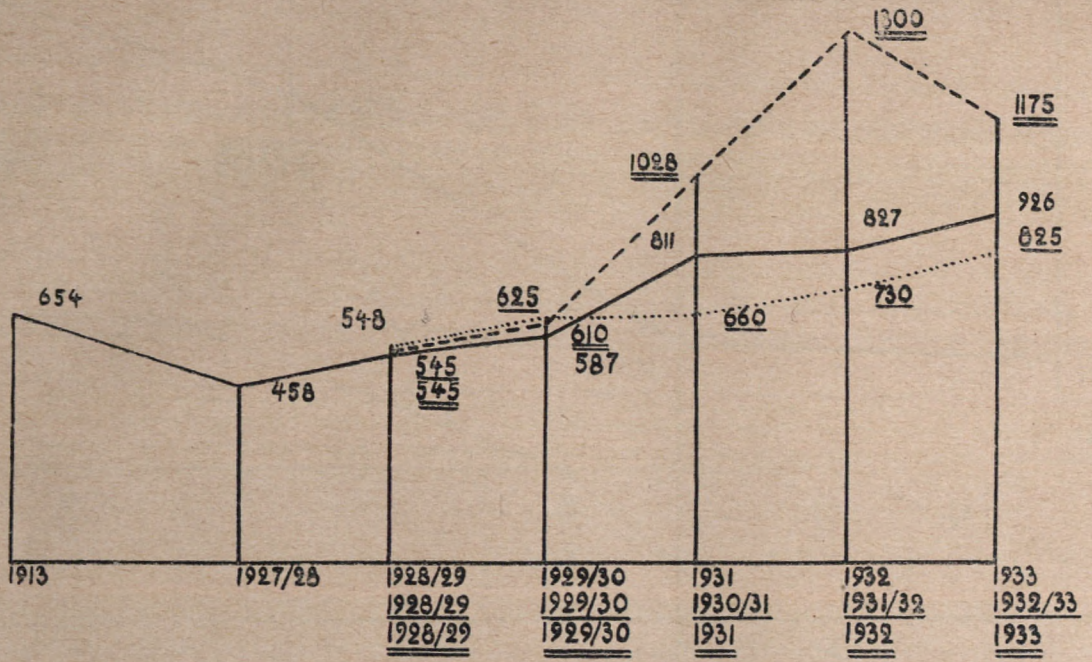


Erfüllung: der Schlußziffer des Fünfjahrplanes i. J. 1932: 92,1 v. H.
der Kontrollziffer für d. J. 1932 i. J. 61,8 v. H.

VII. Mähdrescherherstellung (in Stück)

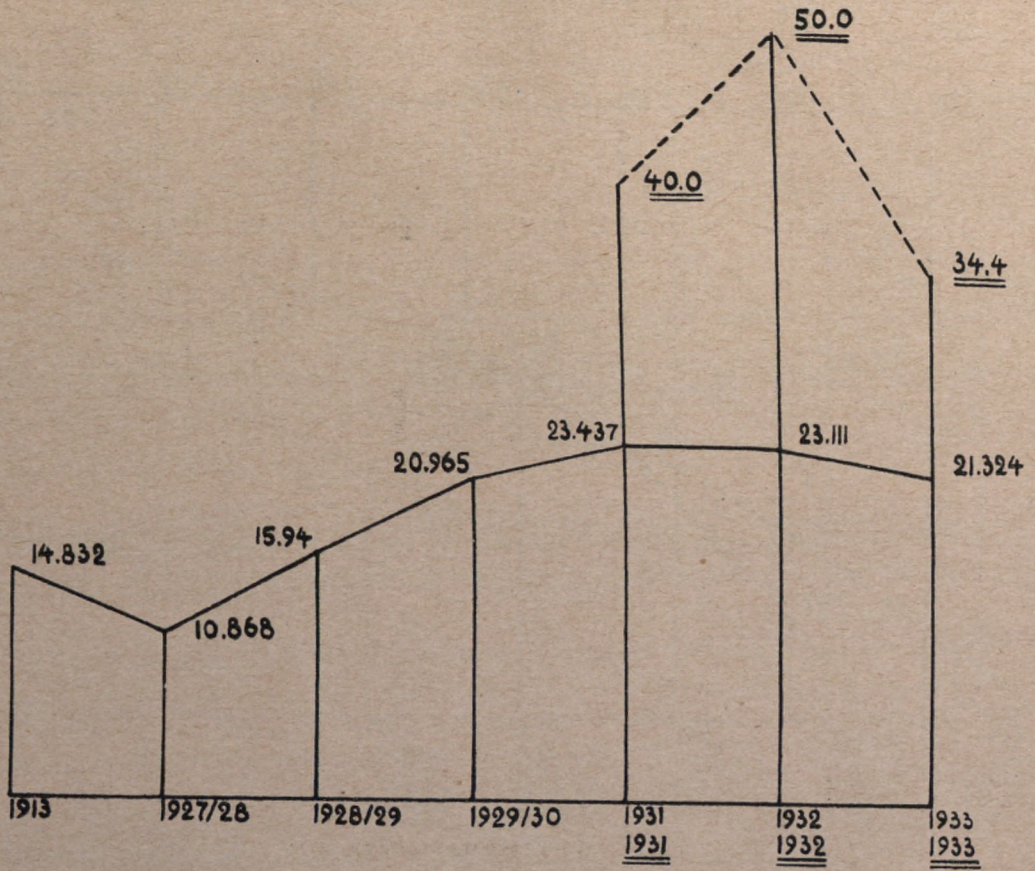
Erfüllung der Kontrollziffer für d. J. 1932 i. J. 1932: 45,5 v. H.

VIII. Lokomotivenherstellung für NKPS. (Volkskommissariat für Verkehrswesen) (in Stück)



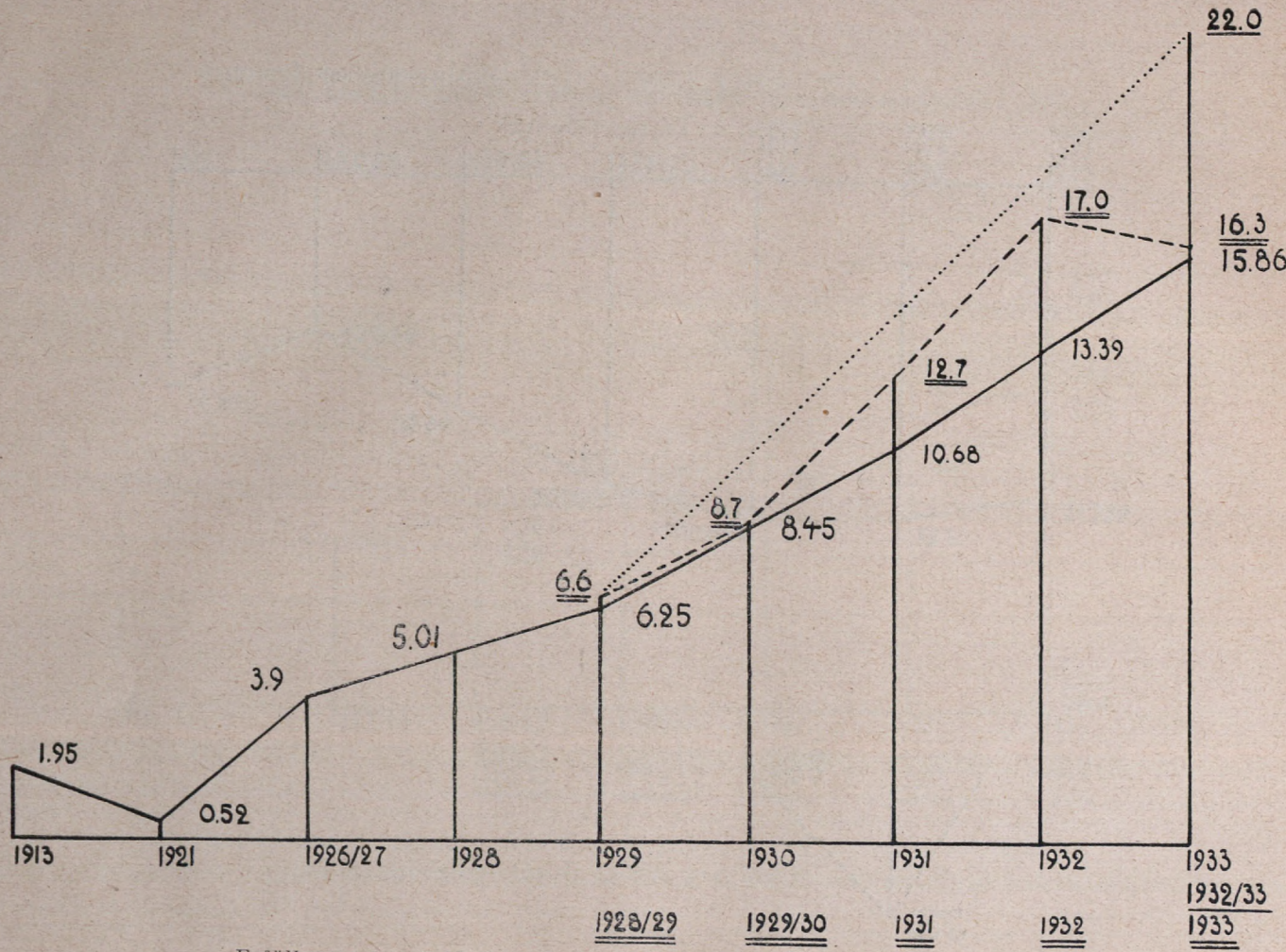
Erfüllung: der Schlußziffer des Fünfjahrplanes für d. J. 1932: 100,2 v. H.
der Kontrollziffer für d. J. 1932 i. J. 1932: 63,6 v. H.

IX. Güterwagenherstellung (nach Doppelachsen in 1000).



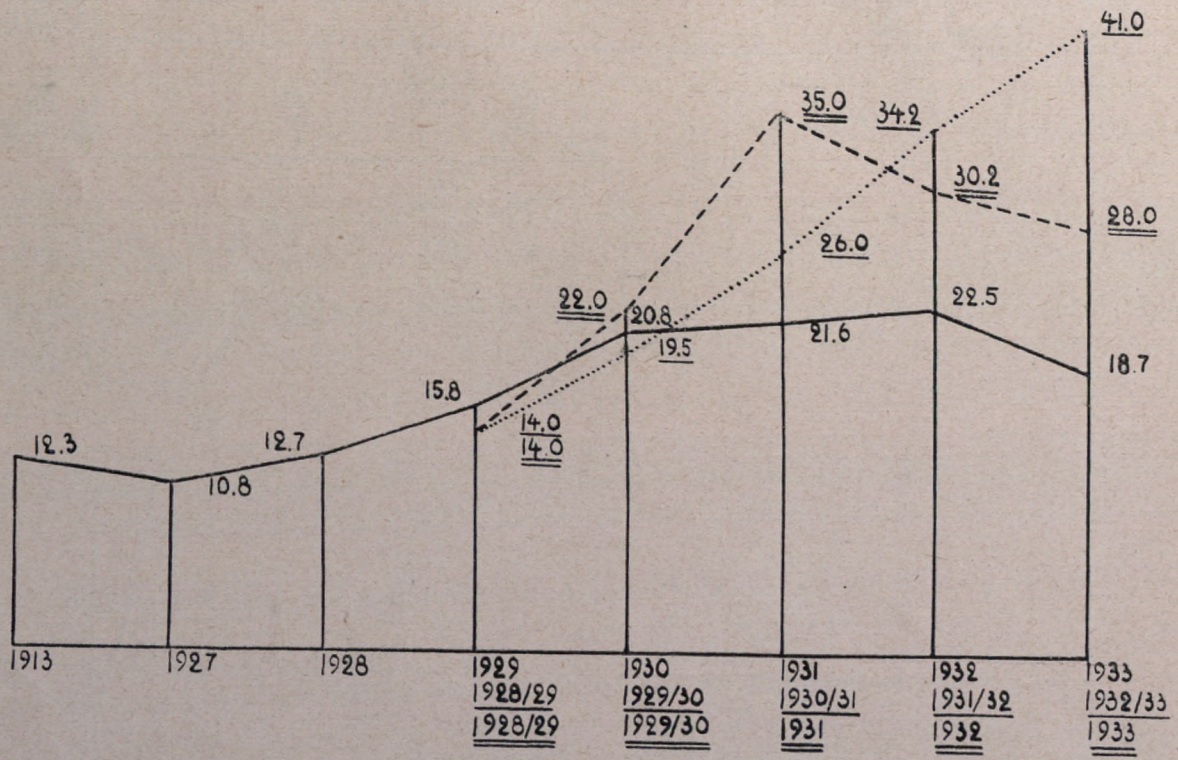
Erfüllung der Kontrollziffer für d. J. 1932 i J. 1932: 46,2 v. H.

X. Stromerzeugung der elektrischen Stationen (in Milliarden kwh).



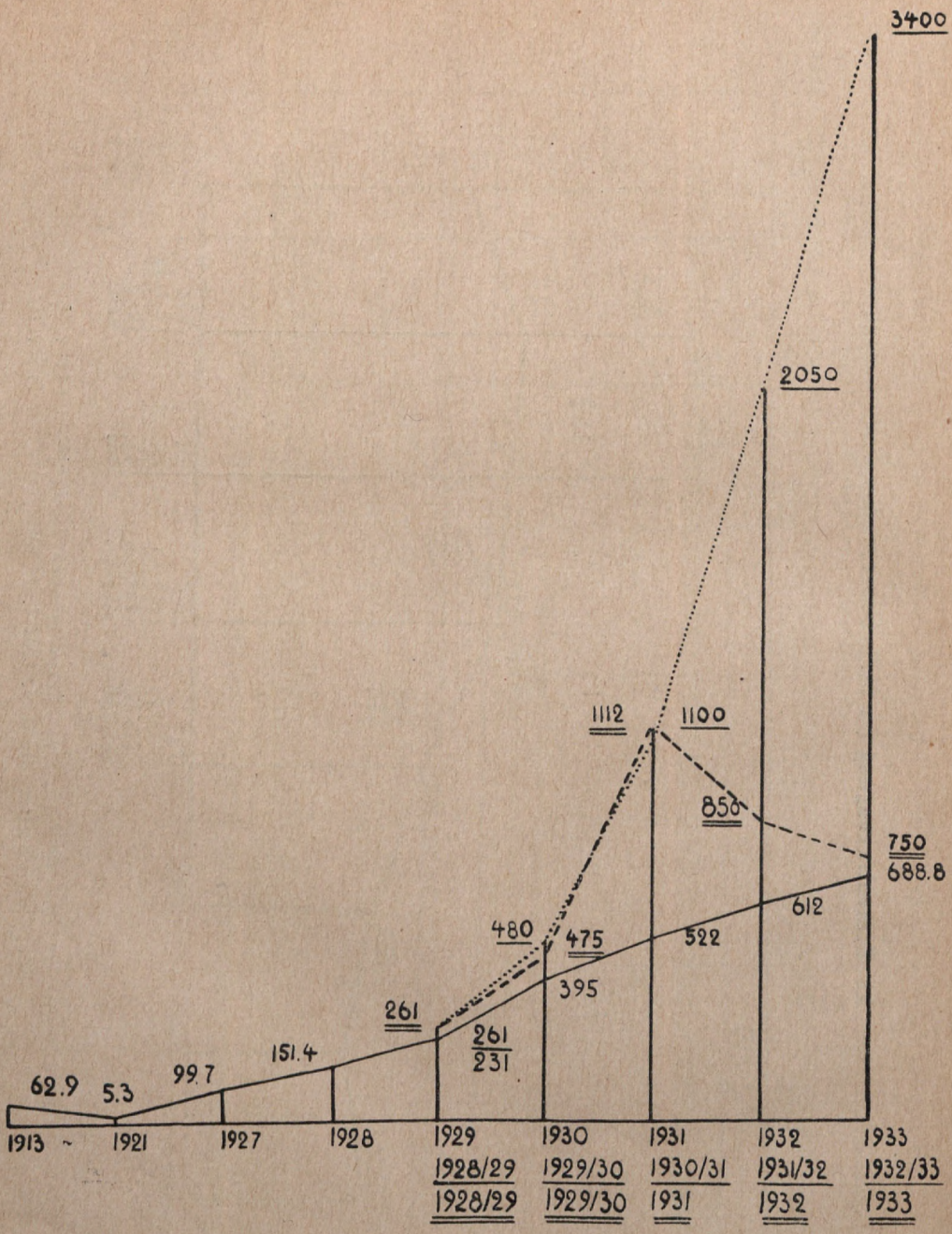
Erfüllung: der Schlußziffer des Fünfjahrplanes i. J. 1932: 60,9 v. H.
der Kontrollziffer für d. J. 1932 i. J. 1932: 78,8 v. H.

XI. Zementerzeugung (in Mill. Fässern. Ein Faß = 150kg).



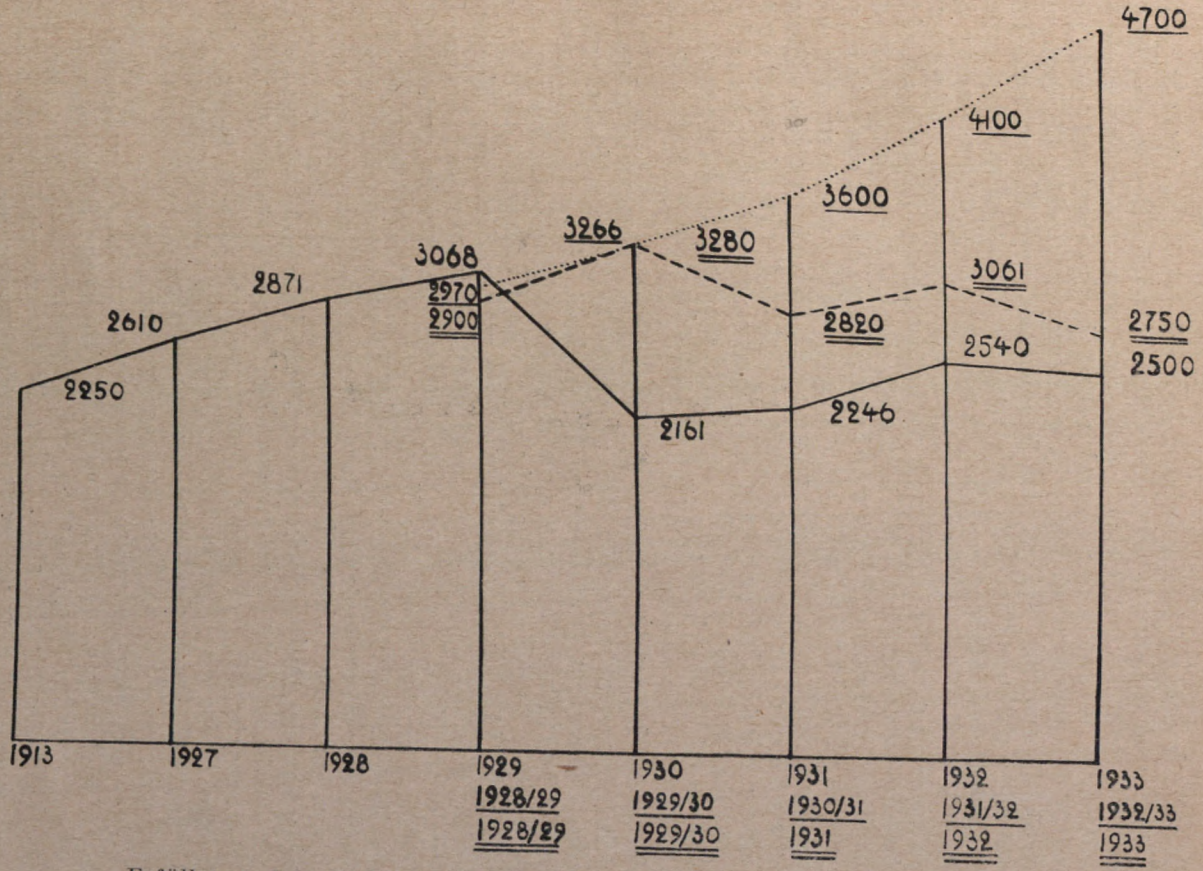
Erfüllung: der Schlußziffer des Fünfjahrplanes i. J. 1932: 54,9 v. H.
der Kontrollziffer für d. J. 1932 i. J. 1932: 74,5 v. H.

XII. Herstellung von Superphosphat (in 1000 t)



Erfüllung: der Schlußziffer des Fünfjahrplanes i. J. 1932: 18,0 v. H.
der Kontrollziffer für d. J. 1932: 72,0 v. H.

XIII. Baumwollgewebeherstellung (in Mill. Metern).



Erfüllung: der Schlußziffer des Fünfjahrplanes i. J. 1932: 54,0 v. H.
der Kontrollziffer für d. J. 1932: 83,0 v. H.

Den hier gebrachten graphischen Darstellungen ist zunächst ein allgemeines, für das Sovetwirtschaftssystem charakteristisches Bild zu entnehmen.

5. Bolschewistische Planwirtschaft.

Es wird besonders in der letzten Zeit sehr viel über Planwirtschaft geschrieben und diskutiert. Man begeht dabei meist den großen prinzipiellen und begrifflichen Fehler, daß man von einer Planwirtschaft schlechthin, d. h. von einer Planwirtschaft in Sovetrußland und einer solchen in den sogenannten bürgerlichen Ländern spricht. Dadurch wird der Eindruck erweckt, daß es sich jeweils um eine Planwirtschaft mit grundsätzlich gleicher Beschaffenheit und nur technischen oder organisatorischen Unterschieden handele. Auf diese Weise versucht auch der Kulturbolschewismus, auf Umwegen zur Nachahmung des bolschewistischen Wirtschaftssystems anzuregen. Man hebt evtl. hervor, daß die bolschewistische Planwirtschaft nicht so organisch gehandhabt würde, wie es sein müßte, worauf die vorkommenden Mißerfolge zurückzuführen seien. Somit läge es lediglich an der Beseitigung einiger anorganischer Regiefehler, um die bolschewistische Planwirtschaft von den ihr anhaftenden Fehlern zu befreien und sie als Wirtschaftsmethode positiv zu beurteilen.

Tatsächlich besteht zwischen der marxistisch-kommunistischen Planwirtschaft Sovetrußlands und den planwirtschaftlichen Maßnahmen der anderen Länder ein grundlegender Unterschied. Es ist ein grober prinzipieller Fehler, wenn man den Eindruck erweckt, als ob erst der Bolschewismus die Planwirtschaft erfunden hätte. Eine Planwirtschaft im weiten Sinne des Wortes hat es immer gegeben. Eine Vorratswirtschaft, d. h. eine auf Ansammlung und zweckmäßigen Verbrauch von Vorräten gerichtete wirtschaftliche Tätigkeit, charakterisiert das Handeln der wirtschaftenden Menschen; dieses Handeln vollzieht sich somit nach einem bestimmten Vorsatz, der nur durch eine planmäßige Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte verwirklicht werden kann. Jede Haushaltswirtschaft, der als Leitfaden die Organisation der Bedarfsdeckung dient, jede Unternehmertätigkeit beruht auf planwirtschaftlichen Erwägungen. Die Kommunalwirtschaft der Städte, die Finanzwirtschaft, Zollpolitik, Verkehrswirtschaft u. a. m. der Staaten ist letzten Endes eine Planwirtschaft. Je größere Zusammenballungen von Menschen auf einem staatlichen Raume entstehen, je größere Kraftanstrengungen ein Volk zur Selbstbehauptung entfalten muß und je mehr es im Volks- und Staatsinteresse unerläßlich erscheint, die volkswirtschaftliche Entwicklung in der für zweckmäßig gehaltenen Richtung zu fördern, desto mehr finden ausgleichende und regulierende Eingriffe der öffentlichen Hand, des Staates statt. Aber diese planwirtschaftlichen Eingriffe vollziehen sich auf dem Boden des Privateigentums und überhaupt privatwirtschaftlicher Einrichtungen. Im Hinblick auf die Entfaltung der Produktivkräfte des Landes und die Steigerung der volkswirtschaftlichen Leistung werden die untereinander wieder in funktionaler Beziehung

stehenden natürlichen Anlagen des Menschen, wie Hang am Eigentum, Privatinitiative, Unternehmergeist, Privatinteresse, individuell gelagerte Leistungsmöglichkeiten u. a. m. nicht nur berücksichtigt, sondern, soweit sie für das Gemeinwesen nutzbringend sind, tatkräftig gefördert. Erst wenn diese Anlagen entarten und das Wohl des Volksganzen bedrohen, dann tritt ihnen der Staat durch wohlbedachte, die naturgemäß gegebenen Grundlagen der Wirtschaft nicht zerstörende planwirtschaftliche Maßnahmen entgegen.

Die marxistisch-kommunistische Planwirtschaft dagegen beabsichtigt die völlige Beseitigung der privatwirtschaftlichen Grundlagen. Ihre extrem-rationalistische Auffassung der Wirtschaft ist naturwidrig und unorganisch; ihre Denkart ist nicht imstande, zwischen den geschichtlich entstandenen und geschichtlich notwendigen Wirtschaftsformen eine organische Brücke zu bauen. Die geschichtlich erworbenen Erfahrungen werden nicht nur geleugnet, sondern sogar bekämpft. Es wird dem volkswirtschaftlichen Organismus mit Hilfe der Staatsgewalt ein neues, natur- und lebensfremdes, schematisch-mechanisches Wirtschaftssystem aufgezwungen. Nicht nur die Produktionsmittel werden vergesellschaftet, d. h. vollkommen verstaatlicht, sondern überhaupt jede Art wirtschaftlicher und kultureller Einrichtungen; nur vom Staate soll jede wirtschaftliche und geistige Entfaltung ihren Ausgang nehmen. Ein menschliches Schaffen ist da nur innerhalb des staatlichen Plansystems möglich. Ein Arzt, ein Künstler, ein Jurist, ein Techniker, ein Kaufmann usw. kann nur als Staatsangestellter seine Tätigkeit ausüben. Der bolschewistische Staat erfaßt das gesamte wirtschaftliche und geistige Leben total und organisiert und formt rationalistisch und schematisch die gesamte Entwicklung des Landes, wobei er die natürlichen Anlagen der Menschen als „bürgerlich" und „konterrevolutionär" bezeichnet und rücksichtslos bekämpft. Gleichwohl zwingen die oft mit anderen Mitteln nicht zu überwindenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten den Bolschewismus, auf diese natürlichen Anlagen zurückzugreifen und in seinen Nivellierungsbestrebungen sich Zurückhaltung aufzuerlegen.

Über die Methode der marxistisch-kommunistischen Planwirtschaft gibt das Studium des Fünfjahrplanes Aufschluß.

Zum ersten Mal in der Wirtschaftsgeschichte wurde einem volkswirtschaftlichen Organismus seine Entwicklung für einen Zeitraum von fünf Jahren schematisch in einer zahlenmäßig für jede seiner Zellen festgesetzten Höhe vorgeschrieben. Dieses Fünfjahrprogramm, das nicht nur die Wirtschaft, sondern auch das soziale und kulturelle Leben ganz genau planierte, wurde mit seinem bis in die Einzelheiten ausführlichen Zahlenmaterial zum Gesetz erhoben und für einen kategorischen Imperativ erklärt.

Alle Staats- und Parteifunktionäre sollen hauptsächlich dafür sorgen, daß die Fünfjahrpläne ihre Verwirklichung fänden. Die ganze Autorität der Partei und des Staates dient als Druckmittel auf den staatlichen Wirt-

schaftsapparat, um die Erfüllung der Pläne zu erzwingen. Die gesamte Sovetpresse ist mit Verhältniszahlen angefüllt; es wird von überall her berichtet, zu wieviel Prozent die einzelnen Pläne durchgeführt seien.

6. Der Gang der sovetrussischen Industrie.

Trotz höchster vielseitiger Anstrengungen ist es dem Sovetstaate nicht gelungen, die Verwirklichung der Fünfjahrpläne zu erzwingen. Aus den graphischen Darstellungen ist ersichtlich, daß die tatsächliche Produktion in der Industrie nicht den vorgezeichneten Gang aufweist. Im Laufe der Fünfjahrplanperiode stellte sich heraus, daß die Entwicklung der Volkswirtschaft dem von den Schöpfern des Fünfjahrplanes konstruierten Zusammenwirken der mannigfaltigen Wirtschaftskräfte nicht entsprach. Bald nach dem Einsetzen des Fünfjahrplanes wichen die für die einzelnen Jahre aufgestellten Kontrollziffern von denen des Fünfjahrplanes so erheblich ab, daß man hier schon nicht mehr von einem „Korrigieren" sprechen konnte. Die aufgestellten Kontrollziffern veranschaulichen ferner, daß die sovetrussische Planierungsbehörde letzten Endes nicht einmal imstande war, auch nur für ein Jahr eine Entwicklung vorzuzeichnen, die von der Wirtschaft hätte eingehalten werden können. Auf der Suche nach der höchstmöglichen Leistungsgrenze wurden die Kontrollziffern entweder hinaufgeschraubt oder gesenkt, aber diese Grenze wurde nie ermittelt. Deshalb zeigt die Entwicklung der Kontrollziffern oft eine Zickzacklinie, und trotz Planierung wurde ein gleichmäßiger Produktionsverlauf nicht erreicht. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß das sovetrussische Plansystem besonders kraß auf dem Gebiete der Landwirtschaft versagt hat.

Zu den die Entwicklung einzelner Industriezweige veranschaulichenden graphischen Darstellungen sei noch folgendes bemerkt.

Die Steinkohlenproduktion (Graphische Darstellung I) hat absolut genommen im Zeitraum des Fünfjahrplanes eine Zunahme von 35,8 Mill. t (1928) auf 64,4 Mill. t (1932) aufzuweisen; auch im Jahre 1933 hat diese steigende Tendenz angehalten.

Schon im Jahre 1929 stellte der sovetrussische staatliche Planausschuß fest, daß nicht nur die erzielte Kohlenproduktion, sondern auch die durch den Fünfjahrplan vorgezeichnete Produktion den Bedarf des Landes nicht decken konnte. Man beabsichtigte ursprünglich sogar größere Mengen Kohle aus valutarischen Erwägungen heraus auszuführen. Die Diskrepanz zwischen der Kohlenproduktion und dem inländischen Bedarf war besonders infolge des hohen Kohlenverbrauchs seitens der Industrie und der Eisenbahnen entstanden, der viel höher war, als bei der Aufstellung des Fünfjahrplanes angenommen und dementsprechend einkalkuliert wurde. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, daß man hauptsächlich eine hochwertige Kohle zu gewinnen hoffte, was man jedoch nicht erreichen konnte. Die Qualität der geförderten Kohle ist oft schlecht (hoher Aschengehalt, Anteil von Erde u. a.); um denselben Heizeffekt zu erzielen, mußten größere Kohlenmengen verwendet werden. Außerdem sind weder Belegschaft noch Leitung der Betriebe von einem Sparsamkeitsgefühl durchdrungen, was einen erhöhten Materialverbrauch zur Folge hat.

Aus der graphischen Darstellung geht hervor, daß die planwirtschaftliche Behörde sich veranlaßt sah, für 1930 und besonders für 1931 und 1932 die Kontrollziffern viel höher anzusetzen, als der Fünfjahrplan veranschlagt hatte. Aber die 1932 verzielte Kohlenproduktion blieb um 14,1% hinter der Fünfjahrplanzahl für das fünfte Jahr und um 28,4% hinter der Kontrollziffer zurück. 1932 drang man zu der Erkenntnis durch, daß eine sprunghafte Steigerung der Kohlenproduktion auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoße. Dementsprechend wurde die Kontrollziffer für 1933 gesenkt, obwohl auch diese nicht erfüllt werden konnte. Die Senkung der Kontrollziffern für 1933, die im Jahre 1932 nicht nur bei der Kohlenproduktion, sondern bei fast allen Zweigen der Industrie vorgenommen wurde, war vor allem auf die Tatsache zurückzuführen, daß die unorganische, erzwungene Steigerung der mengenmäßigen Produktion überall auf Kosten der Qualität geschah.

Die Erdölgewinnung (II) wurde von der Sovetregierung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln forciert, da die Naphthaprodukte nicht nur eine innerpolitische und innerwirtschaftliche (Motorisierung der Roten Armee und Mechanisierung der Landwirtschaft), sondern auch eine außenhandelspolitische Bedeutung erlangt haben. Naphthaprodukte gehören zu den wichtigsten Exportartikeln Sovetrußlands. Der Ausfall bei der landwirtschaftlichen Ausfuhr konnte in erster Linie durch eine Steigerung des Naphthaexports kompensiert werden; denn für die Finanzierung der für die Industrialisierung unentbehrlichen Einfuhr von Industrieeinrichtungs- und -ausrüstungsgegenständen war der Erwerb von Valuta notwendig, da große, langfristige Anleihen nicht erzielt werden konnten.

Tatsächlich ist es der Sovetregierung auch gelungen, die Naphthagewinnung nicht nur über den Fünfjahrplan, sondern bis 1930 sogar über die Kontrollziffern hinaus zu steigern. Seit 1932 weist die Erdölgewinnung eine Stockung auf, was auf die sich immer schwieriger gestaltenden Produktionsverhältnisse in Baku- und Groznyj-Gebiet, auf die ca. 93% der Gesamtgewinnung entfallen, zurückzuführen ist. Die Schlußziffer des Fünfjahrplanes konnte deshalb nur zu 98,6% und die Kontrollziffer des Jahres 1932 nur zu 78% erfüllt werden.

Die planwirtschaftliche Behörde versuchte durch eine Steigerung der Torfgewinnung (III) die sich immer mehr verschärfende Brennstoffkrise zu überwinden. Deshalb wurden die Kontrollziffern gleich am Anfang des Fünfjahrplanes hinaufgeschraubt. Im Jahre 1932 ist es gelungen, den Fünfjahrplan um 9% zu übertreffen, aber die Kontrollziffer konnte nicht erreicht werden. Im Jahre 1933 trat ein Rückschlag ein; anstatt der geplanten 17,7 Mill. t konnten nur 10,5 Mill. t gewonnen werden.

Eine große Enttäuschung hat der sovetrussischen Planwirtschaft die Herstellung von Schwarzmetallen bereitet; die Roheisen- und Stahlerzeugung (IVa und IVb), die eine Schlüsselstellung in der Industrialisierung und besonders bei der Schaffung der Kriegsindustrie einnimmt, ist am weitesten hinter den Endziffern des Fünfjahrplanes zurückgeblieben.

Die Roheisenerzeugung hatte erst im Jahre 1929 die Vorkriegshöhe erreicht (1913 — 4,2 Mill. t, 1929 — 4,3 Mill t). Nach einer Steigerung der

Erzeugung im Jahre 1930 trat 1931 sogar ein Rückschlag ein. Seit 1932 ist eine anhaltende Zunahme der Roheisenherstellung zu verzeichnen; trotzdem konnte die Endziffer des Fünfjahrplanes nur zu 61,7% und die niedrigere Kontrollziffer für 1932 zu 68,6% erfüllt werden. Noch unbefriedigender ist die Erzeugung von Stahl verlaufen; anstatt der Fünfjahrplanziffer von 10,4 Mill. t und die Kontrollziffer von 9,5 Mill. t wurden 1932 nur 5,92 Mill. t hergestellt.

Die Kupfererzeugung (V) hat sich noch ungünstiger entwickelt. Entsprechend dem gesteigerten Bedarf an Kupfer wurde die Kontrollziffer für Kupfergewinnung im Jahre 1931 hoch hinaufgeschraubt, aber dessenungeachtet blieb die Erzeugung auf demselben, gegenüber dem Vorkriegsstand nur unbedeutend erhöhten Niveau. Die Schlußziffer des Fünfjahrplanes konnte 1932 nur zu 55,2% und die Kontrollziffer zu 51,7% erreicht werden.

Der katastrophale Rückgang des Viehbestandes und der dadurch hervorgerufene Ausfall an tierischer Zugkraft[18]) veranlaßte die Sovetregierung, diesen Ausfall durch die Schaffung von mechanischer Zugkraft auszugleichen. Entsprechend diesem Vorsatz wurden neue, große, ganz modern ausgestattete Werke für Traktoren-(VI) und Mähdrescherherstellung (VII) gebaut.

Der Fünfjahrplan hatte wohl die forcierte Mechanisierung der Landwirtschaft vorgezeichnet, aber daneben auch eine bedeutende Steigerung des Viehbestandes vorgesehen. Das vollkommene Versagen der Planwirtschaft auf dem letzteren Gebiete veranlaßte die Sovetregierung zu einer sprunghaften Erhöhung der Traktorenherstellung und zu der Inangriffnahme einer rapide beschleunigten Erzeugung von im Fünfjahrplan nicht vorgesehenen Mähdreschern.

Diese Anstrengungen sind bei der Traktorenherstellung nicht ohne Erfolg geblieben, was aus den graphischen Darstellungen zu ersehen ist. Bezüglich der Mähdrescherherstellung stieß die Sovetregierung auf große Schwierigkeiten; die Kontrollziffer für 1932 konnte nur zu 45,5% erfüllt werden.

Je mehr durch die Industrialisierung des Landes die Menge der zu transportierenden Massengüter zunahm, desto weniger entsprach schon vor Beginn des Fünfjahrplanes das Beförderungsvermögen des vorhandenen Eisenbahnapparates den an ihn gestellten Anforderungen. Seit dem Beginn des Fünfjahrplanes befindet sich das Eisenbahnwesen in einem Krisenzustand. Es bildet dauernd den „engsten Paß" der Volkswirtschaft, wie der am meisten zurückgebliebene, am schlechtesten funktionierende und die allgemeine Entwicklung des Landes hemmende Zweig der Volkswirtschaft bezeichnet wird.

Dieser Zustand der sovetrussischen Eisenbahnen ist besonders darauf zurückzuführen, daß bei der Ausarbeitung des Fünfjahrplanes die langjährige raubbaumäßige Ausnutzung der Eisenbahnanlagen, vor allem des

[18]) Der Pferdebestand von 34 Mill. Stück im Jahre 1929 ist allmählich auf 166 Mill. Stück im Jahre 1933 und der Rindviehbestand in der gleichen Zeit von 68,1 Mill. Stück auf 38,6 Mill. Stück zurückgegangen (Izv. v. 28. 1. 34); außerdem ist der vorhandene Viehbestand unterernährt.

rollenden Materials, nicht genügend berücksichtigt wurde. Gerade die Verkehrsindustrie, die Lokomotiven (VIII) und Güterwagen (IX) herzustellen hatte, ist besonders vernachlässigt worden. Nach dem Fünfjahrplan sollten 1928/29 — 545 Stück Lokomotiven, 1929/30 — 625, 1930/31 — 660, 1931/32 — 730 und 1932/33 — 825 hergestellt werden. Diese Menge hätte den Bedarf nicht decken können; schon vor dem Kriege, im Jahre 1913, wurden 654 Lokomotiven gebaut, d. h. mehr als der Fünfjahrplan für 1929/30 und fast soviel wie er für 1930/31 vorzeichnete. Annähernd dasselbe Bild ist bei der Planierung der Güterwagenherstellung zu beobachten. Nach dem Fünfjahrplan sollten 1928/29 — 4000 Stück Güterwagen, 1929/30 — 4700, 1930/31 — 5900, 1931/32 — 8600 und 1932/33 12600 gebaut werden. (Pjatiletnij Plan, Band II, Teil 1, Moskau 1929, S. 254/55)[19]). Die Sovetstatistik gibt die Herstellung von Güterwagen im Jahre 1913 nach Doppelachsen berechnet mit 14 832 an. Eine andere Quelle besagt, daß 1913 24 416[20]) Güterwagen gebaut wurden (Bol'šaja sovetskaja enciklopedija, Moskau 1927, Band VIII, S. 562). Es ist nicht ausdrücklich darauf hingewiesen, ob diese Zahl die Stückzahl der Wagen darstellt, aber es ist auch nicht angegeben, daß sie nach Doppelachsen berechnet ist. Somit war der Planausschuß Sovetrußlands bezüglich der Aufstellung des Produktionsprogramms auch für die Herstellung von Güterwagen sehr bescheiden, während er sich in der Planung der anderen Zweige der Volkswirtschaft zu großzügig zeigte.

Dies hat sich schon im Laufe des Fünfjahrplanes bitter gerächt. Bereits 1929 sah die Sovetregierung ein, daß das Funktionieren der Eisenbahnen nicht annähernd gleichen Schritt mit der Entwicklung der Industrie hielt, und hat durch die erhöhten Kontrollziffern eine Steigerung des Baues von Lokomotiven und Wagen vorgeschrieben. Aus der graphischen Darstellung über die Lokomotivenherstellung ist dies deutlich zu ersehen, Im Jahre 1932 sollten sogar doppelt soviel Lokomotiven gebaut werden, als der Fünfjahrplan vorzeichnete. In der graphischen Darstellung über die Herstellung von Güterwagen konnten die Zahlen des Fünfjahrplanes und die Kontrollziffern für 1928/29 und 1929/30, wie schon erwähnt wurde, nicht eingetragen werden, dadurch ist eine Vergleichsmöglichkeit nicht gegeben. Aber die zur Verfügung stehenden Angaben (Kontrol'nye cifry narodnogo chozjajstva SSSR, Moskau 1929, S. 466) zeigen, daß auch hier die ursprünglichen Fünfjahrplanziffern von derselben Zeit an eine Erhöhung erfahren haben. Die graphische Darstellung selbst veranschaulicht die stark aufgebauschten Kontrollziffern für 1931 und 1932.

Die tatsächliche Herstellung von Lokomotiven und Güterwagen ist sehr ungünstig für das Eisenbahnwesen vor sich gegangen. Im Lokomotivenbau konnte 1929/30 noch nicht der Vorkriegsstand (1913) erreicht werden; dann beginnt eine allmähliche Steigerung, die aber stark hinter den Kontrollziffern bleibt. 1932 konnte die Kontrollziffer nur zu 63,6%

---

[19]) Diese Zahlen, wie auch die Kontrollziffern für 1928/29 und 1929/30 konnten in die graphische Darstellung (IX) nicht übernommen werden, da sie die Güterwagenherstellung in Stück zum Ausdruck bringen. Alle übrigen Zahlen geben die Wagenmenge nicht nach Stück, sondern nach Doppelachsen berechnet an. Dadurch hat sich die Sovetstatistik, wohl nicht ohne Absicht, einer Vergleichsmöglichkeit entzogen.

[20]) Die Zahl bezieht sich auf das Territorium Vorkriegsrußlands.

und die Schlußziffer des Fünfjahrplanes gerade (100,2%) erfüllt werden. Man hat sich veranlaßt gesehen, die zuerst hoch heraufgeschraubten Kontrollziffern wie für den Lokomotiv- so auch für den Güterwagenbau für 1933 wieder herabzusetzen. Nach den Kontrollziffern sollten 1931, 1932 und 1933 3503 Lokomotiven hergestellt werden, tatsächlich konnte nur eine Zahl von 2564 Stück erzielt werden; selbst die herabgesetzte Kontrollziffer für 1933 wurde nicht erreicht.

Die Herstellung von Güterwagen ist noch ungünstiger verlaufen; hier ist seit 1931 eine rückläufige Entwicklung festzustellen, obwohl die Sovetregierung gerade für diese Jahre aus einer Zwangslage heraus, wegen der herrschenden Knappheit an rollendem Material, von der Verkehrsindustrie eine außerordentliche Steigerung der Güterwagenherstellung verlangte. Die Kontrollziffer für 1932 konnte sogar nur zu 46,2% erfüllt werden, und man blieb im Jahre 1933 auch hinter den herabgesetzten Kontrollziffern weit zurück.

Der Planausschuß Sovetrußlands rechnete bei der Ausarbeitung des Fünfjahrplanes für das Eisenbahnwesen mit einer bedeutenden Steigerung der betriebswirtschaftlichen Leistung der vorhandenen Eisenbahnanlagen; es sollte alles viel sinnvoller, zweckmäßiger und nutzbringender ausgenützt werden. In der angekündigten späteren Abhandlung wird gezeigt werden, daß die bolschevistische Planwirtschaft sich auch in dieser Hinsicht arg getäuscht hat.

Bekanntlich legte Lenin bei der Verwirklichung seines Wirtschaftsprogramms den Hauptwert auf den großzügigen Ausbau der energetischen Quellen des Landes. Die Parole der Elektrifizierung beherrschte das Land. Umfangreiche Mittel wurden für diesen Zweck zur Verfügung gestellt, aber die Verwirklichung der grandiosen Pläne stieß auf mannigfaltige Schwierigkeiten. Das vorgeschriebene Tempo konnte nicht eingehalten werden, und insbesondere entsprach der große Kapitalaufwand bei weitem nicht den tatsächlichen Erfolgen. Schon unter diesem Eindruck wurden die Fünfjahrpläne für elektrische Stromerzeugung (X) ausgearbeitet. Man ist sich wahrscheinlich darüber nicht einig geworden, wie die Erzeugung elektrischer Kraft in fünf Jahren verlaufen sollte. Deshalb auch wurden wohl die Planzahlen nicht für jedes einzelne Jahr des Fünfjahrplanes veröffentlicht. Man hat nur angegeben, daß in fünf Jahren die Stromerzeugung von 5,01 Milliarden (1928) auf 22 Milliarden kwh (1932/33) steigen sollte. Entsprechend dieser Angabe konnten in die graphische Darstellung nur diese zwei Zahlen eingetragen werden. Man hatte wohl gleich eingesehen, daß der Fünfjahrplan nicht zu verwirklichen war, und niedrigere Kontrollziffern, besonders für 1933, eingesetzt. Die elektrische Stromerzeugung ist wohl gestiegen, aber die vorgezeichneten Pläne konnten nicht erreicht werden. Die Schlußziffer des Fünfjahrplanes wurde zu 60,9% und die Kontrollziffer für 1932 zu 78,8% erfüllt.

Es ist unbegreiflich, wie die Sovetregierung ihr überspanntes Bauprogramm ohne ausreichende Zementerzeugung (XI) fast bewältigen konnte, was man aus der Angabe einer wertmäßigen Erfüllung des Fünfjahrplanes zu 93,7% entnehmen müßte; denn der Zement ist doch der grundlegende Baustoff. Gerade vor Beginn des Fünfjahrplanes wurde der Vor-

kriegsstand in der Zementproduktion erreicht. Der Fünfjahrplan hat eine außerordentliche Steigerung der Zementerzeugung vorgesehen. Aber man merkte gleich, daß selbst die vom Fünfjahrplan vorgezeichnete Steigerung nicht den Bedarf der geplanten Bautätigkeit decken konnte. Entsprechend dieser Erkenntnis wurde die Zementerzeugung über die Fünfjahrpläne hinaus forciert und die Kontrollziffern gegenüber den Fünfjahrplanzahlen stark erhöht. Aber die Zementerzeugung geriet seit 1930 in Stockung; man sah sich veranlaßt, die Kontrollziffern für 1932 und 1933 nacheinander sogar unter die Fünfjahrplanzahlen zu senken, um die Zementproduktion wenigstens aus der Stagnation herauszuführen. Aber auch dies ist nicht gelungen; es ist sogar ein empfindlicher Rückschlag eingetreten.

Somit ist die Entwicklung der Zementindustrie sehr ungünstig vor sich gegangen, die Schlußziffer des Fünfjahrplanes konnte nur zu 54,9% und die Kontrollziffer für 1932 zu 74,5% erfüllt werden. So ist es zu erklären, daß nicht alle Baupläne ausgeführt und nicht selten angefangene Bauten nicht vollendet werden konnten.

Nach dem Fünfjahrplan sollte die Herstellung von Superphosphat (XII) besonders stark zunehmen. Für die Zecke der Intensivierung der pflanzlichen Produktion sollte der Landwirtschaft dieses Düngemittel in großen Mengen zur Verfügung gestellt werden. Aber gegenüber dem Fünfjahrplan stieg die Superphosphatproduktion nur sehr langsam an. Man sah allmählich die Unmöglichkeit ein, die vom Fünfjahrplan vorgezeichnete Produktion zu erreichen, und hat die Kontrollziffern für 1932 und 1933 viel niedriger angesetzt. Die tatsächliche Herstellung von Superphasphat blieb auch hinter diesen herabgesetzten Plänen zurück; die Schlußziffer des Fünfjahrplanes konnnte nur zu 18% und die Kontrollziffer für 1932 zur 72,0% erfüllt werden.

Am ungünstigsten ist die Produktion der Konsumgüterindustrie verlaufen; sie hat die diesbezüglichen Fünfjahrpläne am wenigsten erfüllen können. Es stand kein ausreichendes und zuverlässiges Zahlenmaterial zur Verfügung, um die Entwicklung einer Reihe der wichtigsten Zweige der Konsumgüterindustrie in Form von graphischen Darstellungen zu zeigen. Als ein anschauliches Beispiel ist hier nur die Herstellung von Baumwollgeweben (XIII) genommen, eines für die Bedarfsdeckung der Bevölkerung Sovetrußlands sehr wichtigen Kleiderstoffes.

Die graphische Darstellung zeigt, daß in den Jahren 1927, 1928 und 1929 die Herstellung von Baumwollgeweben den Vorkriegsstand übertroffen hatte und eine stetige Steigerung aufwies. Der Fünfjahrplan sah eine weitere Zunahme der Produktion von Baumwollgeweben vor, obwohl die diesbezüglichen Planzahlen sich in relativ bescheidenem Rahmen hielten. Im Jahre 1930 trat ein bedeutender Rückschlag ein. Die Herstellung von Baumwollgeweben sank sogar unter den Vorkriegsstand; auf diesem Tiefpunkt blieb die Produktion auch im Jahre 1931. Daraufhin wurden die Kontrollziffern seit dem Jahre 1931 — besonders für das Jahr 1933 — unter den Fünfjahrplanziffern gehalten. Aber selbst die niedrigeren Kontrollziffern konnten nicht erreicht werden, obwohl seit 1930 die Breite des Stoffes schmäler geworden ist. Die Schlußziffer des Fünfjahrplanes konnte nur zu 54% und die Kontrollziffer für 1932 zu 83% erfüllt werden.

Diese ungünstige Entwicklung des wichtigsten Zweiges der Textilindustrie ist wohl besonders auf den Mangel an Baumwolle zurückzuführen.

Nach amtlichen Angaben der Sovetstatistik hat sich die Anbaufläche und Produktion (Rohfaser und Faser) der Baumwolle folgendermaßen entwickelt:

	Anbaufläche (in ha)	Ernte (in t) in Rohfaser	in Faser
1913	701 000[21])	743 700[21])	237 900[27])
1927	802 100[22])	693 200[24])	216 200[28])
1928	971 300[22])	821 100[25])	233 000[29])
1929	1 055 500[22])	864 400[25])	264 000[28])
1930	1 582 600[22])	1 113 200[25])	321 000[30])
1931	2 137 300[22])	1 290 000[22])	400 000[31])
1932	2 172 000[22]) (2 348 200)[23])	1 270 000[22])	388 700[30])
1933	2 051 600[22])	1 351 814[26])	410 000[31])

Somit hat sich gegenüber der Vorkriegszeit (1913) die Anbaufläche von Baumwolle fast verdreifacht. Dagegen hat die Ernte im Jahre 1933 gegenüber 1913 in Rohfasern nur um 81,2% und in Fasern sogar nur um 72,3% zugenommen. Die „Jagd nach den Hektaren" hat selbst nach sovetrussischen amtlichen Angaben eine Extensivierung und qualitative Verschlechterung des Anbaues von Baumwolle herbeigeführt, obwohl man im Gegenteil eine Intensivierung und Steigerung der Ernte je Flächeneinheit erstrebte.

Im Prozeß der Bearbeitung der Rohfaserwolle wurden weniger Fasern gewonnen als vor dem Kriege, denn die Ernte in Fasern ist relativ niedriger angegeben, als in Rohfasern.

Es würde hier zu weit führen, die obigen statistischen Angaben auf ihre Glaubwürdigkeit zu analysieren. Dies wird in einer besonderen Untersuchung der landwirtschaftlichen Produktion geschehen.

Aber wenn man selbst auf Grund der vorstehenden Tabelle eine Baumwollfaserbilanz für 1913, 1930, 1931, 1932 und 1933 aufstellt, d. h. die Einfuhr und Ausfuhr der Baumwolle berücksichtigt und dadurch die Gesamtmenge der der Textilindustrie zur Verfügung stehenden Baumwollfasern feststellt, so kommt man zu folgendem Ergebnis (in t):

---

[21]) Kontrol'nye cifry narodnogo chozjajstva SSSR. na 1928/29 god, Moskau 1929, S. 409.

[22]) Socialističeskoe stroitel'stvo SSSR, Moskau 1934, S. 216/17 und 211.

[23]) Die in Klammern angeführte Zahl für 1932 wurde zuerst amtlich angegeben (Soc. zeml. 14. 7. 32).

[24]) Bol'ševik, Nr. 10, 1931, S. 72.

[25]) Narodn. choz. SSSR, 1932, Moskau 1932, S. 178/79.

[26]) Soc. zeml. 24. 12. 34 und Pr. 22. 1. 34.

[27]) Ekonomičeskaja žizń (im Folgenden abgekürzt „Ekon. žizń) 26. 6 32.

[28]) Sovetwirtschaft und Außenhandel, Berlin 1931, Nr. 18/19, S. 36.

[29]) Pr. v. 27. 12. 32.

[30]) Pr. v. 5. 6. 32.

[31]) Plan, 1934, Nr. 1, S. 66.

	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhrübersch.	Verfügb. Menge
1913	196 923[32])	—	196 923	434 823
1930	57 876[33])	10 134[33])	47 742	368 000
1931	53 749[33])	40 180[33])	13 569	413 569
1932	24 299[34])	14 666[34])	9 633	398 333
1933	22 552[34])	588[34])	21 964	410 964

Die Sovetregierung versuchte mit allen Mitteln die Baumwollproduktion zu steigern. Sie wollte dadurch nicht nur die vor dem Kriege vorhandene Abhängigkeit vom Auslande in eine Unabhängigkeit verwandeln, sondern weit darüber hinaus die Produktion der Baumwolltextilindustrie im Schlußjahr des Fünfjahrplanes (1932/33) gegenüber 1913 auf eigener Rohstoffbasis verdoppeln und außerdem noch eine Ausfuhr tätigen. Der Sovetregierung ist es lediglich gelungen, entsprechend diesem Vorhaben die Anbaufläche zu verdreifachen, der effektive Erfolg aber blieb aus: im Jahre 1933 stand der Textilindustrie gegenüber 1913 um 5,3% weniger Baumwollrohstoff zur Verfügung; die Valutaknappheit erlaubte nicht, eine größere Menge Baumwolle einzuführen.

Abschließend zu den Erläuterungen der hier aufgeführten graphischen Darstellungen über die „Industrie der Gruppe A", d. h. der Produktionsmittelindustrie, ist noch folgendes hervorzuheben.

Die sovetamtliche Statistik hat angegeben, daß die „Industrie der Gruppe A" den Fünfjahrplan, d. h. die Schlußziffern des Fünfjahrplanes, wertmäßig im Jahre 1932 zu 103,4%, darunter die Schwerindustrie zu 108,4%, erfüllt habe (siehe Seite ??). Aus den graphischen Darstellungen ist ersichtlich, daß die Produktion der wichtigsten Zweige dieser Industrie meistens weit hinter den Plänen zurückgeblieben ist. Auch die Industriezweige, für die keine graphische Darstellungen gegeben worden sind, konnten ihre Pläne nicht erfüllen. Zum Beispiel sollte die Papierindustrie im Schlußjahre des Fünfjahrplanes (1932/33) 900 0000 t[35]) Papier und Pappe herstellen. Tatsächlich konnte sie im Jahre 1932 aber nur 513 700 t[36]), d. h. 57,8% des Planes, produzieren. Auch die Holzindustrie blieb stark hinter den Plänen zurück; sie hat anstatt 42,5 Millionen cbm[37]) Schnittholz, wie vom Fünfjahrplan für 1932/33 vorgezeichnet wurde, im Jahre 1932 nur 24,41 Millionen cbm hergestellt, d. h. nur 57,4% des Planes. Nur die Kraftwagenherstellung, die vom Fünfjahrplan nicht vorgesehen war und für die dementsprechend auch keine Planzahlen angegeben wurden, hat im Jahre 1932 gegenüber 1931 eine große Steigerung erfahren; sie ist von 4005 Stück im Jahre 1931 auf 24 065 Stück im Jahre 1932 gestiegen (Itogi vypolnenija pjatiletnego plana, Moskau 1933, S. 75), obwohl die Kontrollziffer für 1932 auf 73 000 Stück lautete (Pr. 26. 12. 31)[38]).

---

[32]) Narodn. choz. SSSR. 1932, S. 396.
[33]) Vnešnjaja torgovlja, Dezemberheft, 1931, S. 21 und 110.
[34]) Vnešnjaja torgovlja, Dezemberheft 1933, S. 21, 97 und 1932, S. 21.
[35]) Pjatiletnij plan, Band II, Teil 1, Moskau 1929, S. 256/57.
[36]) Plan. choz., Nr. 5/6, 1934, S. 208.
[37]) Pjatiletnij plan, Band II, Teil 1, Moskau 1929, S. 254/5.
[38]) Im Jahre 1933 wurden 49 500 Kraftwagen hergestellt (Plan. choz., Nr. 5/6, 1934, S. 197), obwohl der Plan nur 40 000 Stück (Izv. 31. 1. 33.) vorschrieb. Die Kriegsgefahr im Fernen Osten und das Versagen des Transportwesens veranlaßte die Sovetregierung, die Kraftwagenherstellung, wie die übrige Produktion für Rüstungszwecke in den Vordergrund zu stellen.

Es ist für die Methode der Sovetstatistik bezeichnend, daß die Produktionsmittelindustrie und darunter die Schwerindustrie die Fünfjahrpläne um 3,4% bzw. um 8,4% wertmäßig gerechnet übertroffen hat, während die wichtigsten Zweige dieser Industrie ihre Pläne mengenmäßig nicht erfüllt haben. Auch daraus ist zu ersehen, wie unzuverlässig die wertmäßigen Angaben der Sovetstatistik sind.

Ein Studium der industriellen Entwicklung Sovetrußlands ist ohne eine genaue Untersuchung des mengenmäßigen statistischen Materials nicht möglich. Man ist fast ausschließlich auf die sovetamtliche Statistik angewiesen, die nur unter der Bedingung einer kritischen Analyse seitens eines erfahrenen Fachmannes verwendet werden darf.

Die Zahlen sind sehr widerspruchsvoll; die Angaben für denselben Gegenstand und für denselben Zeitraum weichen oft auffallend stark von einander ab und die angegebenen Zahlen werden häufig nachträglich noch abgeändert. Den sovetamtlichen Quellen entnimmt man oft für den gleichen Gegenstand und Zeitabschnitt mehrere, nicht selten fünf bis acht Ziffern; in solchen Fällen helfen Sachkenntnis und Erfahrung, die wahrscheinlichste zu wählen. Manchmal haften den Zahlen und den statistischen Zusammenstellungen derartig krasse Widersprüche an, daß ihre Verwendung für eine Untersuchung unmöglich ist.

Trotz dieser die sovetamtliche Statistik entwertenden Einwendungen kann die Rußlandforschung ohne diese nicht auskommen. Da die Sovetstatistik nicht nur über ein Emporschnellen, sondern auch besonders in einzelnen Angaben über einen Rückgang des Produktionsvorganges berichtet, ist es möglich, durch Kontrolle und Gegenüberstellung der Zahlen wenigstens den annähernden Verlauf, die Tendenz der Entwicklung festzustellen.

7. Die sovetrussische Industrie im Jahre 1933.

Es ist eine mühevolle und schwierige Forschungsaufgabe, den Werdegang der sovetrussischen Wirtschaft statistisch zu erfassen und zu verfolgen. Dies ist seit Herbst 1929 noch viel komplizierter geworden, da seit dieser Zeit die Sovetquellen aufgehört haben, die monatlichen „Konjunkturberichte", die kontinuierlich eine Übersicht über die Gesamtwirtschaft, vor allem über die Industrie, gaben und die ein besser verwertungsfähiges Zahlenmaterial enthielten, zu veröffentlichen.

Von Beginn der Neuen Ökonomischen Politik bis zum Herbst 1929 ging eine relativ organische Entwicklung der Wirtschaft vor sich, obwohl schon besonders seit 1926 Rückschläge zu beobachten sind. Im Winter 1929/30 trat eine entschiedene Wendung ein; die Einsetzung der staatlichen Machtmittel zur Erzwingung einer schematisch vorgezeichneten, unnatürlichen Wirtschaftsentwicklung hat schwer überwindbare Schwierigkeiten und Widerstände, besonders auf dem Gebiete der Landwirtschaft, hervorgerufen. Aus politischen und propagandistischen Erwägungen heraus mußte andererseits über große Aufschwungserfolge berichtet werden. Das statistische Amt sollte in erster Linie dieser Aufgabe gerecht werden. Diese Einstellung wirkte sich bald aus. Die Veröffentlichung der

monatlichen „Konjunkturberichte" wurde eingestellt; zwei wirtschaftliche Zeitschriften, die regelmäßig statistische Angaben enthielten, hörten auf zu erscheinen. Die Art der Zusammenstellung und Veröffentlichung des statistischen Materials stellte man darauf ab, die tatsächliche Entwicklung möglichst zu verschleiern.

Deshalb ist die Verfolgung der sovetrussischen Wirtschaft in den letzten Jahren besonders mühevoll und schwierig geworden. Damit man die Übersicht nicht verliert, muß man ein möglichst umfangreiches sovetrussisches Quellenmaterial genau studieren, generelle, d. h. allgemein gehaltene und einzelne Angaben sammeln, systematisieren, prüfen, gegenüberstellen und erst dann auswerten.

Wie methodologisch diese Untersuchung gehandhabt wird, veranschaulichen die beiden nachfolgenden tabellarischen Zusammenstellungen, die einen statistischen Querschnitt durch die wichtigsten Zweige der Industrie im Jahre 1933 geben: die erste über die Industrie der Gruppe A und Eisenbahnverkehr und die zweite über die Industrie der Gruppe B.

An Hand dieser Tabellen kann die Entwicklung der wichtigsten Zweige der Industrie im Verlaufe eines Jahres eingehend auf Grund sovetrussischer Angaben studiert werden. Als Ausgangspunkt sind die Planziffern für die Jahresleistung, die Kontrollziffern, eingetragen; ihre Durchführung wird systematisch monatlich verfolgt.

Nach zwei Richtungen ist diese Art der Untersuchung aufschlußreich. Erstens wird man über die Entwicklung der Industrie und über die Arbeit der Eisenbahnen innerhalb eines Jahres unterrichtet. Dadurch ergibt sich die Möglichkeit festzustellen, ob sie harmonisch funktionieren; denn die Nichterfüllung der vorgeschriebenen Pläne durch einen Zweig der Industrie oder durch die Eisenbahnen muß naturgemäß eine Stockung in der normalen Entwicklung der anderen Wirtschaftszweige hervorrufen. Dieses Moment ist das größte Sorgenkind der sovetrussischen Planwirtschaft.

Zweitens ermöglicht die Verfolgung der monatlichen Angaben eine Nachprüfung der abschließenden Zahlenangaben für das ganze Jahr auf ihre Richtigkeit. Die Erfahrung hat gezeigt, daß diese Angaben oft aus propagandistischen Gründen konstruiert und zu hoch gegriffen sind. Früher wurden die monatlichen Angaben über die Industrieproduktion und den Eisenbahnverkehr durch das ganze Jahr hindurch fortlaufend veröffentlicht. In den letzten Jahren werden die mengenmäßigen Monatsergebnisse oft nur für diejenigen Zweige der Volkswirtschaft angegeben, die ihre Pläne relativ günstig durchführen. Für die zurückbleibenden Zweige werden häufig entweder keine Ziffern oder nur prozentuelle Verhältniszahlen veröffentlicht, um dadurch ihre Verfolgung zu erschweren. Oft gibt man für solche Zweige im Laufe der ersten 9, 10 oder manchmal 11 Monate allmonatlich Produktionszahlen an, überspringt die restlichen 1, 2 oder 3 Monate und veröffentlicht dann mit einem Male die abschließenden Jahresergebnisse, die nicht selten eine sprunghafte Entwicklung zum Ausdruck bringen und im Widerspruch zu den vorherigen monatlichen Angaben stehen.

I. Industrie der Gruppe A und Eisenbahnverkehr.

	Jahresplan für 1933	1933 Januar		1933 Februar		1933 März		1933 1. Quartal Produktion		
		Produktion	In Prozenten zum Vormonat 3)	Produktion	In Prozenten zum Vormonat 3)	Produktion	In Prozenten zum Vormonat 3)	auf Grund d. 1-monatig. Angaben errechnet 3)	auf Grund der generellen Angaben f. 3-monatige Gesamtprodukt.	In Prozenten zum Quartalsplan
I. Kohle (1000 t)										
1. Insgesamt	84 200[1])	5 535[2])	96,5	5 236,0[14])	94,6	5 961,3[14])	113,8	16 732,3	16 737[14])	90,5[13])
2. davon Donbass	51 800[4])	3 928[2])	97,4	3 656,8[14])	93,1	4 042,4[14])	110,5	11 627,2	10 371[23])	93,2[14])
II. Naphthaförderung (in 1000 t)	24 400[1])	1 483[5])	—	1 296,4[15])	87,4	1 619,4[16])	124,9	4 398,8	4 635,9[23a])	—
III. Torf (in 1000 t)	17 700[4])	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IV. Schwarzmetalle (in 1000 t)										
1. Roheisen	9 000[1])	489.8[3])	89,3	410,2[17])	83,8	505,3[20])	123,2	1 405,3	1 403[24a])	—
2. Martinstahl	8 950[1])	471,2[3])	91,6	434,0[17])	92,1	490,1[21])	112,9	1 395,3	1 410[24a])	—
3. Walzstahl	6 255[1])	365,8[3])	93,7	312,5[17])	85,4	369,9[22])	118,4	1 048,2	1 052[24a])	—
V. Automobile (in St.)	40 000[1])	3 098[6])	90,5	2 913[18])	94,0	3 586[7])	123,1	9 597	9 623[18])	—
VI. Traktoren (in St.)	60 500[1])	4 381[7])	92,1	4 340[18])	99,1	5 065[7])	116,7	13 786	14 841[18a])	—
VII. Mähdrescher (in St.)	12 000[8])	—	—	—	—	—	—	—	2 400[24])	—
VIII. Lokomotiven (in St.)	1 175[1])	54[9])	—	74[10])	137,0	84[10])	113,5	212	212[10])	83,0[10])
IX. Eisenbahngüterwagen (nach Doppelachsen)	34 400[1])	1 238[10a])	—	1 711[10a])	138,2	1 729[10a])	101,1	4 678	4 250[10])	81,0[10])
X. Elektr. Stromerzeugung Überlandzentralen (in Mill. kwh)	10 500[4])	826,9[11])	107,1	736,3[11])	89,0	803,4[11])	109,1	2 366,62	—	—
XI. Zement (in 1000 Fässern)	28 000[12])	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XII. Superphosphat (in t)	750 000[12])	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XIII. Durchschnittl. tägl. Wagenbeladung (in St.)	58 000[1])	46 260[13])	—	46 399[19])	100,3	48 271[19])	104,0	46 977	47 000[25])	—
XIV. Eisenbahnfrachten (in 1000 t)	300 000[1])	20 000[13a])	—	—	—	21 200[13a])	—	—	61 000[20])	87,1[3])

	1933 April		1933 Mai		1933 Juni		1933 1. Halbjahr Produktion		
	Produktion	In Prozenten zum Vormonat 3)	Produktion	In Prozenten zum Vormonat 3)	Produktion	In Prozenten zum Vormonat 3)	auf Grund d. 1-monatigen Angaben errechnet 3)	auf Grund der generellen Angaben f. 6-monatige Gesamtprodukt.	In Prozenten zum Halbjahrsplan
I. Kohle (1000 t)									
1. Insgesamt	5 856,3[24])	98,3	5 643,4[32])	96,3	5 883,7[36])	104,2	34 115,7	34 506,5[36])	91,8[36])
2. davon Donbass	3 942[27])	97,5	3 499,95[33])	88,8	4 107[37])	117,0	23 176,15	23 228,3[36])	94,7[36])
II. Naphthaförderung (in 1000 t)	1 660[28])	102,5	2 322[34])**	139,9	2 062,42[38])	88,8	—	9 971,0[34]a)	95,7[34])
III. Torf (in 1000 t)	—	—	1 773[35])*	—	2 920[39])	164,7	—	4 693[39])	—
IV. Schwarzmetalle (in 1000 t)									
1. Roheisen	567[27])	112,2	586,83[24]	103,5	643,95[39])	109,7	3 203,08	—	—
2. Martinstahl	516[27])	105,3	512,4[24])	99,3	574,23[39])	112,1	2 997,93	—	—
3. Walzstahl	403,16[22])	109,0	416,06[24])	103,2	430,62[39])	103,5	2 298,04	—	—
V. Automobile (in St.)	3 374[29])	94,9	3 589[24])	106,4	3 878[39]a)	108,0	20 438	21 101[42])	102,1[3])
VI. Traktoren (in St.)	6 422[22])	126,8	6 120[24])	95,3	7 142[41])	116,7	33 470	33 031[39])	100,5[3])
VII. Mähdrescher (in St.)	600[24])	—	1 202[24])	200,3	2 554[39])	212,5	—	6 756[39])	103,1[43])
VIII. Lokomotiven (in St.)	86[30])	102,4	70[24])	81,4	81[39])	115,7	449	—	82,4[44])
IX. Eisenbahngüterwagen (nach Doppelachsen)	1 649[10]a)	95,4	1 581[10]a)	95,9	1 400[10]a)	88,6	9 308	—	—
X. Elektr. Stromerzeugung Überlandzentralen (in Mill. kwh)	762,1[11])	94,9	765,29[11])	100,4	751,5[34])	98,2	4645,5	—	—
XI. Zement (in 1000 Fässern)	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XII. Superphosphat (in t)	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XIII. Durchschnittl. tägl. Wagenbeladung (in St.)	52 239[31])	108,2	53 812[31])	103,0	51 896[39]a)	96,5	49 813	50 000[40])	—
XIV. Eisenbahnfrachten (in 1000 t)	—	—	23 600[13]a)	—	—	—	—	—	—

*) Von Anfang der Saison bis 31. Mai inkl.

**) Diese und alle folgenden unterstrichenen Zahlen waren den Sovetquellen direkt nicht zu entnehmen, konnten aber aus generellen Angaben für sechs, sieben, acht, neun, zehn und elf Monate errechnet werden.

	1933 Juli		1933 August		1933 September		1933 9 Monate Produktion		
	Produktion	In Prozenten zum Vormonat [3]	Produktion	In Prozenten zum Vormonat [3]	Produktion	In Prozenten zum Vormonat [3]	auf Grund d. 1-monatigen Angaben errechnet [3]	auf Grund der generellen Angaben f. 9-monatige Gesamtprodukt.	In Prozenten zum Jahresplan
I. Kohle (1000 t)									
1. Insgesamt	6 265,1[45])	106,5	6 334,02[51])	101,1	6 663,39[57])	105,2	53 378,21	52 168,2[59])	61,9[3])
2. davon Donbass	4 216,0[45])	102,7	4.246[52])	100,7	4 294[58])	101,1	35 932,15	36 519[59])	70,5[59])
II. Naphthaförderung (in 1000 t)	1 876,8[46])	91,0	1 948,25[53])	103,8	2 055,35[59])	105,5	—	16 295,9[62])	66,8[3])
III. Torf (in 1000 t)	—	—	—	—	—	—	—	14 602,5[59])	82,5[59])
IV. Schwarzmetalle (in 1000 t)									
1. Roheisen	664,33[47])	103,2	637,05[47])	95,9	660,0[54])	103,6	5 164,46	5 136,2[59])	57,1[68])
2. Martinstahl	587,45[47])	102,3	612,25[47])	104,2	640,0[54])	104,5	4 837,63	4 863,4[59])	54,3[68])
3. Walzstahl	412,3[47])	95,7	388,74[47])	94,3	383,62[60])	98,7	—	3 482,7[59])	55,7[3])
V. Automobile (in St.)	4 473[48])	98,6	4 805[55])	107,4	4 891[61])	101,8	34 607	35 327[69])	88,3[3])
VI. Traktoren (in St.)	6 927[49])	103,3	7 308[55])	105,5	7 358[61])	100,7	55 065	54 624[59])	90,3[3])
VII. Mähdrescher (in St.)	—	—	—	—	—	—	—	7 680[70])	—
VIII. Lokomotiven (in St.)	83[49])	102,0	85[53])	102,4	79[62])	92,9	696	694[68])	59,0[3])
IX. Eisenbahngüterwagen (nach Doppelachsen)	1 377[10a])	98,4	1 456[10a])	105,7	1 630[10a])	112,0	13 771	13 771[71])	40,0[3])
X. Elektr. Stromerzeugung Überlandzentralen (in Mill. kwh)	725,42[3])	96,5	763,48[51])	105,3	825[63])	108,1	—	6 959,4[72])	66,3[3])
XI. Zement (in 1000 Fässern)	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XII. Superphosphat (in t)	—	—	—	—	—	—	—	499 600[62])	66,6[3])
XIII. Durchschnittl. tägl. Wagenbeladung (in St.)	49 950[50])	94,2	51 000[56])	102,1	54 135[65])	106,1	50 440	—	—
XIV. Eisenbahnfrachten (in 1000 t)	22 300[13a])	—	—	—	23 400[13a])	—	—	196 100[66])	65,4[3])

	1933 Oktober		1933 November		1933 11 Monate Produktion			1933 12 Monate Produktion		
	Produkt.	In Prozenten zum Vormonat 3)	Produkt.	In Prozenten zum Vormonat 3)	auf Grund d. 1-monatig. Angaben errechnet 3)	auf Grund der generell. Angaben f. 11-monat. Gesamtprodukt.	In Prozenten zum Jahrespl. 3)	auf Grund der generell. Angaben f. 12-monat. Gesamtprodukt.	In Prozenten zum Jahrespl. 3)	In Proz. z. 12 Monat. 1932 3)
I. Kohle (1000 t)										
1. Insgesamt	6 633,2[74])	99,5	6 413,12[81])	97,3	66 424,53	67 079,5[82])	79,7	76 300[86])	90,6	118,5
2. davon Donbass	4 544,6[75])	105,8	4 235,28[81])	97,7	44 712,03	45 091,3[75])*)	87,1	44 490[87])	85,9	101,5
II. Naphthaförderung (in 1000 t)	2 391[76])	116,3	—	—	—	—	—	21 400[88])	87,7	100,1
III. Torf (in 1000 t)	—	—	—	—	—	—	—	10 500[89])	56,8	75,6
IV. Schwarzmetalle (in 1000 t)										
1. Roheisen	681,7[77])	107,9	682,4[82])	100,1	—	6 497,2[82])	72,2	7 133[90])	79,3	115,6
2. Martinstahl	670[77])	100,5	677,9[82])	101,2	—	6 209,7[82])	69,4	6 852[86])	76,6	115,7
3. Walzstahl	460,8[76])	120,1	460,2[81])	99,9	—	3 843,4[82])	61,5	4 800[91])	76,7	113,5
V. Automobile (in St.)	5 507[67])	112,6	4 098[67])	74,4	44 212	44 959[84])	112,4	49 500[86])	123,8	205,7
VI. Traktoren (in St.)	7 897[79])	107,3	4 156[79])	52,6	67 116	65 782[84])	108,7	78 100[92])	129,1	154,2
VII. Mähdrescher (in St.)	—	—	—	—	—	—	—	10 600[86])	88,3	105,9
VIII. Lokomotiven (in St.)	87[78])	110,1	85[78])	97,7	868	—	—	926[93])	78,9	112,0
IX. Eisenbahngüterwagen (nach Doppelachsen)	1 460[10a])	89,6	1 503[10a])	102,9	16 734	—	—	21 324[90])	62,0	92,3
X. Elektr. Stromerzeugung Überlandzentralen (in Mill. kwh)	—	—	—	—	—	—	—	11 400[94])	108,6	123,7
XI. Zement (in 1000 Fässern)	—	—	—	—	—	—	—	18 700[95])	66,8	83,1
XII. Superphosphat (in t)	—	—	—	—	—	—	—	688 800[95])	91,8	112,6
XIII. Durchschnittl. tägl. Wagenbeladung (in St.)	56 128[80])	103,7	55 400[83])	98,7	51 408	51 443[85])	—	51 224[73])	88,3	101,4
XIV. Eisenbahnfrachten (in 1000 t)	—	—	23 600[13a])	—	—	—	—	268 100[73])	89,4	102,8

*) Durch Addition der generellen Angabe für 10 Monate und der Angabe für den Monat November errechnet.

[1]) Izv. 31. 1. 33. (Kontr. Ziffern) und Bol'ševik 1933, Nr. 1/2, S. 121.
[2]) Za ind. 5. 2. 33.
[3]) Errechnet.
[4]) Izv. 28. 1. 33.
[5]) Za ind. 6. 2. 33.
[6]) Pr. 4. 3. 33.
[7]) Pr. 4. 4. 33 und 1. 5. 33.
[8]) Bol'ševik Nr. 3, 1933, S. 13.
[9]) Za ind. 11. 2. 33.
[10]) Za ind. 5. 4. 33.
[10a]) Plan Nr. 8, 1934, S. 53.
[11]) Za ind. 18. 7. 33.
[12]) Bol'ševik Nr. 3, 1933, S. 18.
[13]) Ekon. žizn' 17. 2. 33.
[13a]) Plan. choz. Nr. 7/8, 1933, S. 14.
[14]) Za ind. 4. 4. 33.
[15]) Ekon. žizn' 17. 3. 33.
[16]) Ost-Expreß, Monat Mai 1933.
[17]) Za ind. 12. 3. 33.
[18]) Pr. 4. 4. 33 und 1. 5. 33.
[18a]) Plan Nr. 4, 1934, S. 52.
[19]) Pr. 8. 4. 33.
[20]) Leg. ind. 1. 5. 33.
[21]) Za ind. 21. 5. 33.
[22]) Za ind. 10. 5. 33.
[23]) Pr. 9. 4. 33.
[23a]) Plan Nr. 4, 1934, S. 51.
[24]) Za ind. 6. 6. 33.
[24a]) Plan. choz. Nr. 5/6, 1933, S. 27.
[25]) Bol'ševik Nr. 7/8, 1933, S. 3.
[26]) Pr. 4. 7. 33.
[27]) Pr. 1. 6. 33.
[28]) Ost-Expreß, Monat Mai 1933, Artikeldienst.
[29]) Pr. 1. 5. 33.
[30]) Za ind. 15. 5. 33.
[31]) Pr. 10. 6. 33.
[32]) Ekon. žizn' 5. 6. 33.
[33]) Izv. 9. 6. 33.
[34]) Za ind. 18. 7. 33.
[34a]) Plan. choz. Nr. 4, 1933, S. 62.
[35]) Za ind. 4. 6. 33.
[36]) Ekon. žizn' 6. 7. 33.
[37]) Za ind. 16. 7. 33.
[38]) Za ind. 8. 8. 33.
[39]) Za ind. 6. 7. 33.
[39a]) Plan Nr. 2, 1934, S. 55.
[40]) Izv. 10. 7. 33.
[41]) Plan Nr. 3, 1933, S. 58.
[42]) Pr. 3. 7. 33.
[43]) Ekon. žizn' 5. 7. 33.
[44]) Ost-Expreß 26. 9. 33.
[45]) Pr. 14. 8. 33.
[46]) Ost-Expreß 24. 8. 33.
[47]) Za ind. 20. 9. 33.
[48]) Pr. 3. 8. 33.
[49]) Za ind. 8. 8. 33.
[50]) Pr. 31. 8. 33.
[51]) Za ind. 23. 9. 33.
[52]) Ost-Expreß 5. 9. 33.
[53]) Za ind. 6. 9. 33.
[54]) Plan. choz. Nr. 5/6, 1933, S. 27.
[55]) Za ind. 6. 9. 33.
[56]) Pr. 4. 9. 33.
[57]) Za ind. 8. 10. 33.
[58]) Izv. 15. 10. 33.
[59]) Za ind. 23. 10. 33.
[60]) Leg. ind. 27. 10. 33.
[61]) Za ind. 3. 10. 33.
[62]) Plan. choz. Nr. 10, 1934, S. 236.
[63]) Deutsche Zentral-Zeitung, 15. 10. 33.
[64]) Pr. 22. 11. 33.
[65]) Pr. 3. 10. 33.
[66]) Plan Nr. 11, 1934, S. 26.
[67]) Plan Nr. 2, 1934, S. 55.
[68]) Za ind. 8. 10. 33.
[69]) Za ind. 3. 10. 33.
[70]) Ekon. žizn' 3. 11. 33.
[71]) Plan. choz. Nr. 10, 1934, S. 236. Plan Nr. 8, 1934, S. 53.
[72]) Pr. 7. 11. 33.
[73]) Izv. 12. 1. 35.
[74]) Za ind. 22. 11. 33.
[75]) Za ind. 15. 11. 33.
[76]) Za ind. 22. 11. 33.
[77]) Pr. 7. 11. 33.
[78]) Plan Nr. 8, 1934, S. 52.
[79]) Plan Nr. 3, 1933, S. 58.
[80]) Izv. 14. 11. 34.
[81]) Za ind. 9. 12. 33.
[82]) Za ind. 21. 12. 33.
[83]) Plan. choz. Nr. 7/8, 1933, S. 14.
[84]) Leg. ind. 5. 12. 33.
[85]) Soc. transport Nr. 11—12, 1933, S. 4.
[86]) Plan choz. Nr. 5/6, 1934, S. 197.
[87]) Pr. 14. 1. 34.
[88]) Za ind. 30. 6. 34 und Izv. 24. 5. 34.
[89]) Izv. 26. 5. 34.
[90]) Plan. choz. Nr. 7, 1934, S. 248.
[91]) Izv. 27. 1. 34.
[92]) Pr. 25. 11. 34.
[93]) Za ind. 6. 1. 34 und Izv. 18. 4. 34.
[94]) SSSR. v cifrach 1934, Moskau, S. 40.
[95]) SSSR. v cifrach 1934 g, Moskau S. 16—17.

II. Industrie der Gruppe B.

	1933 Jahresplan	1933 Januar		1933 Februar[8])		1933 März[10])	1933 1. Quartal[11]) Produktion		
		Produkt.	In Proz. zum Monats-Plan	Produkt.	In Proz. zum Monats-Plan	Produkt.	Auf Grund d. einzelnen monatl. Angab. errechn.	nach einmal. Ang. für 3-mon. Gesamtprod.	In Proz. zum Quartals-plan
I. Baumwolle									
Fertige Baumwollgewebe (in Mill. m)	2 750[1])	195,3[2])	87,0[3])	214	103,5	236,22	645,52	648,9	97,6
Rohgewebe (i. Mill. m)	—	226,5[2])	92,3[3])	225,06	99,6	251,37	702,93	705,7	97,1
Baumwollgarn (in t)	—	28 968[2])	96,0[3])	27 956	100,7	31 119	88 043	88 677	99,2
II. Leinen									
Fertige Leinengewebe (in 1000 m)	—	12 435[2])	94,4[3])	11 990	103,0	13 070	37 495	37 455	100,0
Leinengarn (in t)	—	4 308,6[2])	92,4[3])	4 319	100,7	4 671	13 298,6	13 308	96,3
III. Wolle									
Fertige Wollgewebe (in Mill. m)	—	8,79[2])	96,8[3])	7,784	92,8	8,684	25,258	31,163	92,1
Rohgewebe (in 1000 m)	—	8 690[2])	91,5[3])	8 199	94,0	9 059	25 948	31 962	91,4
Wollgarn (in t)	—	4 207[13])	—	3 856	95,6	4 188	12 251	16 862	91,2
IV. Trikotagen									
Strümpfe (in Mill. Paar)	200[4])	12,47[13])	80,4[5])	12,4	82,3	14,7	39,57	39,4	82,0
Wäsche (in 1000 St.)	19 000[4])	1 283[3])	82,6[5])	1 074	77,3	1 417	3 774	3 661	83,0
Oberkleidung (i. 1000 St.)	6 930[4])	562[3])	90,7[5])	549	93,8	605	1 716	1 741	97,3
V. Lederschuhe (in 1000 Paar)	74 000[5])	5 820[3])	90,9[6])	5 150	85,8	5 902	16 872	16 800	88,4
VI. Streichhölzer (in Kisten)	9 400 000[7])	567 000[3])	90,9[9])	472 000[9])	80,0[9])	608 809	1 647 809	1 624 000	85,9

	1933 April[12]) Produkt.	In Proz. zum Monats-Plan	1933 Mai[14]) Produkt.	In Proz. zum Monats-Plan	1933 Juni[15]) Produkt.	In Proz. zum Monats-Plan	1933 1. Halajahr[15]) Produktion Auf Grund d. einzelnen monatl. Angab. errechn.	nach einmal. Ang. für 6-mon. Gesamtprod.	In Proz. zum Halbjahrs-plan
I. Baumwolle									
Fertige Baumwollgewebe (in Mill. m)	226,786	101,0	219,513	103,5	217,5	111,5	1 309,32	1 313,7	101,0
Rohgewebe (i. Mill. m)	243,532	100,3	225,884	98,6	204,6	96,7	1 376,95	1 375,8	97,3
Baumwollgarn (in t)	30 236	102,4	28 823	105,2	25 636	101,5	172 738	173 282	100,3
II. Leinen									
Fertige Leinengewebe (in 1000 m)	12 459	95,8	12 082	96,8	12 347	94,9	74 383	74 665	98,3
Leinengarn (in t)	4 552	97,7	4 387	97,9	4 430	95,1	26 667,6	26 764	97,0
III. Wolle									
Fertige Wollgewebe (in Mill. m)	8,093	93,3	7,601	90,6	8,377	94,8	49,329	49,361	93,3
Rohgewebe (in 1000 m)	8 906	98,2	8 334	95,3	8 528	92,7	51 716	52 133	94,6
Wollgarn (in t)	3 961	94,4	3 648	90,5	3 843	92,4	23 703	23 703	93,4
IV. Trikotagen									
Strümpfe (in Mill. Paar)	15,7	93,6	15,190	94,3	16,98	101,2	87,440	87,440	89,5
Wäsche (in 1000 St.)	1 525	104,7	1 555	111,9	1 491	102,1	8 345	8 244	94,6
Oberkleidung (i. 1000 St.)	618	101,3	568	94,7	676,0	109,0	3 578	3 736	101,3
V. Lederschuhe									
(in 1000 Paar)	5 900	90,8	5 530	88,5	6 125	98,0	34 427	34 617	91,1
VI. Streichhölzer									
(in Kisten)	535 000	71,3	561 000	76,8	635 000	77,7	3 378 809	3 368 000	80,4

	1933 Juli	1933 August[20])		1933 September[21])		1933 9 Monate Produktion		
	Produkt.	Prodnkt.	In Proz. zum Monats-Plan	Produkt.	In Proz. zum Monats-Plan	Auf Grund d. einzelnen monatl. Angab. errechn.	nach einmal. Ang. für 9-mon. Gesamtprod.	In Proz. zum 9-Monats-plan
I. Baumwolle								
Fertige Baumwollgewebe (in Mill. m)	139,8[16])*)	122,927	94,1	172,461	80,0	—	1 748,9	97,8
Rohgewebe (i. Mill. m)	—	137,631	88,8	192,278	85,8	—	—	—
Baumwollgarn (in t)	—	17 855	100,8	25 393	91,3	—	—	—
II. Leinen								
Fertige Leinengewebe (in 1000 m)	—	—	—	14 590	109,5	—	107 600	97,7
Leinengarn (in t)	—	—	—	4 868	108,9	—	—	—
III. Wolle								
Fertige Wollgewebe (in Mill. m)	6,596[17])	7,335	89,7	7,535	86,4	70,795	87,6	90,0
Rohgewebe (in 1000 m)	6 500,9[17])	7 775	89,5	8 380	91,6	74 371,9	74 788,9[13])	—
Wollgarn (in t)	—	—	—	4 045	92,7	—	—	—
IV. Trikotagen								
Strümpfe (in Mill. Paar)	10,26[16])	13,640	74,9	16,96	88,7	—	128,3	87,5
Wäsche (in 1000 St.)	962[16])	1 496	79,4	1 998	97,4	—	12 700	89,9
Oberkleidung (i. 1000 St.)	504[16])	591	92,9	669	94,2	—	5 500	100,9
V. Lederschuhe (in 1000 Paar)	5 050[18])	5 160	93,0	5 400	92,3	50 037	50 300	91,9
VI. Streichhölzer (in Kisten)	605 907[19])	592 000	94,0	554 000	67,6	5 130 716	5 120 000	1'08

*) Die unterstrichenen Zahlen konnten den Sovetquellen direkt nicht entnommen werden; sie wurden auf Grund der generellen Angabe für neun Monate errechnet.

	1933 Oktober[23])		1933 November[24])		1933 11 Monate[13])	1933 12 Monate[13])	
	Produkt.	In Proz. zum Monatsplan	Produkt.	In Proz. zum Monatsplan	Produkt.	Durchführung	In Proz. zum Jahresplan
I. Baumwolle							
Fertige Baumwollgewebe (in Mill. m)	199,008	80,6	197,725	86,0	2 145,633*)	2 500[25])	90,9
Rohgewebe (i. Mill. m)	214,383	82,6	199,401	82,5	—	—	—
Baumwollgarn (in t)	27 921	86,7	27 603	91,8	—	—	—
II. Leinen							
Fertige Leinengewebe (in 1000 m)	15 633	92,5	14 680	94,7	137 913*)	135 000[26])	81,9
Leinengarn (in t)	5 305	93,8	5 089	91,0	—	—	—
III. Wolle							
Fertige Wollgewebe (in Mill. m)	8,413	86,4	7,260	82,9	86,468**)	96,070[25])	—
Rohgewebe (in 1000 m)	8 955	90,0	8 196	92,3	91 522,9**)	—	—
Wollgarn (in t)	4 256	93,6	3 960	96,8	—	—	—
IV. Trikotagen							
Strümpfe (in Mill. Paar)	16,71	80,7	15,57	84,6	160,58*)	188[27])	94,0
Wäsche (in 1000 St.)	1 846	86,0	1 600	84,6	16 146*)	18 800[27])	99,0
Oberkleidung (i. 1000 St.)	704	100,0	609	96,7	6 813*)	7 500[27])	108,2
V. Lederschuhe							
(in 1000 Paar)	5 500	89,4	5 475	98,6	61 012**)	67 300[28])	91,0
VI. Streichhölzer							
(in Kisten)	593 000	75,1	543 000	73,5	6 266 716**)	6 887 000[29])	73,3

*) Errechnet durch Addition der generellen Angaben für neun Monate und zwei folgenden Monate.
**) Errechnet durch Addition der einmonatigen Abgaben.

[1]) Leg. ind. 23. 3. 33.
[2]) Leg. in. 11. 3. 33.
[3]) Leg. ind. 5. 2. 33.
[4]) DeutscheZentral-Zeitung 15. 2. 33.
[5]) Leg. ind. 9. 3. 33.
[6]) Leg. ind. 10. 3. 33.
[7]) Leg. ind. 15. 4. 33.
[8]) Pr. 8. 3. 33.
[9]) Leg. ind. 11. 3. 33.
[10]) Leg. ind. 9. 5. 33.
[11]) Leg. ind. 12. 4. 33.
[12]) Za ind. 9. 5. 33.
[13]) Errechnet.
[14]) Leg. ind. 6. 6. 33 und 12. 6. 33.
[15]) Leg. ind. 10. 7. 33.
[16]) Leg. ind. 26. 10. 33.
[17]) Leg. ind. 8. 9. 33.
[18]) Ekon. žizn' 9. 8. 33.
[19]) Leg. ind. 17. 8. 33.
[20]) Leg. ind. 8. 9. 33.
[21]) Leg. ind. 8. 10. 33.
[22]) Leg. ind. 26. 10. 33.
[23]) Leg. ind. 11. 11. 33.
[24]) Leg. ind. 8. 12. 33.
[25]) Leg. ind. 4. 1. 34.
[26]) Plan. choz. Nr. 5/6, 1934, S. 197.
[27]) Leg. ind. 3. 1. 34.
[28]) Plan Nr. 4, 1934, Nr. 11.
[29]) Plan. choz. Nr. 7, 1934, S. 248.

Die nachstehenden Erläuterungen zu den beiden Tabellen heben die besonders auffallenden Widersprüche der sovetrussischen statistischen Angaben hervor.

Bei der Tabelle: „Industrie der Gruppe A und Eisenbahnverkehr" sei auf folgendes hingewiesen.

Auf Grund der einzelmonatlichen Angaben, d. h. der Zahlen, die für jeden Monat einzeln besonders angegeben werden, bezifferte sich die gesamte Kohlenproduktion in den ersten 9 Monaten des Jahres 1933 auf 53 378 210 t (Januar 5 535 000 t, Februar 5 236 000 t, März 5 961 300 t, April 5 856 300 t, Mai 5 643 400 t, Juni 5 883 700 t, Juli 6 265 100 t, August 6 334 020 t, September 6 663 390 t). Später wurde eine generelle Zahl für die neunmonatige Produktion, d. h. eine Zahl, die die gesamte Produktion in neun Monaten zusammen erfaßt, in Höhe von 52 168 200 t veröffentlicht; somit wurde hier die Summe der einzelmonatlichen Angaben um 1 210 010 t nach unten korrigiert. Dann wurde die elfmonatige Produktion mit der generellen Zahl von 67 079 500 t angegeben, die um 654 970 t höher ist, als die Produktion, die auf Grund der einzelmonatlichen Angaben wie oben errechnet wurde (66 424 530 t); in diesem Falle wurde also die Zahl nach oben korrigiert. Nun wurde eine abschließende generelle Zahl für die Jahresproduktion 1933 mit 76 300 000 t veröffentlicht. Falls tatsächlich soviel Kohle gefördert worden wäre, so hätten im Monat Dezember 1933, für den man keine Zahl für die Monatsproduktion angegeben hat, 9 220 500 t (76 300 000 t minus 67 079 500 t) produziert worden sein müssen. Das ist jedoch vollkommen unwahrscheinlich, da die einmonatige Kohlenförderung sich im Laufe des Jahres 1933, wie aus der Tabelle zu ersehen ist, zwischen 5 200 000 t und 6 600 000 t bewegt hat. Im November ist sogar eine rückläufige Entwicklung gegenüber dem Vormonat eingetreten und im Januar 1934 belief sich die Kohlenproduktion auf 7 142 600 t (Ekon. žizn' v. 4. 2. 34). Somit hätte die Kohlenförderung im November 6,4 Mill. t, Dezember 9,2 Mill. t und im Januar 1934 7,1 Mill. t betragen. Eine so sprunghafte Zickzackentwicklung der Produktion ist unerklärlich; auch die Sovetquellen geben dafür keine erläuternden Anhaltspunkte.
vember 6,4 Mill. t, Dezember 9,2 Mill. t und im Januar 1934 7,1 Mill. t betragen. Eine so sprunghafte Zickzackentwicklung der Produktion ist unerklärlich; auch die Sovetquellen geben dafür keine erläuternden Anhaltspunkte.

Verfolgt man die Kohlenproduktion im Donecbecken, so stößt man schon im ersten Quartal 1933 auf Widersprüche. Nach den einzelmonatlichen Angaben betrug die Kohlenförderung in den ersten drei Monaten 11 627 200 t; in der Verordnung über die Kohlenproduktion im Donecbecken vom 8. 4. 1933 wurde die Kohlenproduktion im ersten Quartal mit 10 371 000 t angegeben; somit hat die obige Zahl eine Herabsetzung um 1 256 200 t erfahren (11 627 200 t minus 10 371 000 t). Bei der Angabe der generellen Zahl über die halbjährige Produktion mit 23 228 300 t wird nun diese Herabsetzung nicht mehr berücksichtigt und die Produktion des ersten Quartals nicht mit 10 371 000 t, sondern mit ca. 11 627 200 t eingesetzt; man hat also in diesem Fall die Kohlenproduktion um die oben erwähnten 1 256 200 t wieder hochgeschraubt.

Ferner wurde die elfmonatige Kohlenproduktion im Donecbecken mit einer generellen Zahl von 45 091 300 t und die gesamte Jahresproduktion mit 44 490 000 t angegeben. Daraus ergibt sich das Absurdum, daß in elf Monaten mehr produziert worden sein soll, als in zwölf Monaten. Diese für die Sovetstatistik charakteristische Erscheinung deutet darauf hin, welche kritische Vorsicht bei der Verwertung selbst der mengenmäßigen sovetstatistischen Angaben obwalten muß.

Die hier angeführten Widersprüche in den Angaben über die Kohlenproduktion im Donecbecken geben Anlaß, die Statistik der gesamten Kohlenproduktion im Jahre 1933, nach der diese 76 300 000 t betragen haben soll, anzuzweifeln. Wenn die Jahresproduktion von Kohle im Donecbecken, auf das ca. $^2/_3$ der Gesamtproduktion entfällt, eine niedrigere war als in den elfmonatigen Zahlen zum Ausdruck kam, so müßte dies auch bei der die gesamte Jahresproduktion widergebenden Zahl entsprechend in Erscheinung treten; denn die anderen Kohlenreviere sind nicht imstande, einen so großen Ausfall im Donecbecken auszugleichen und die Gesamtproduktion so stark in die Höhe zu treiben. Das statistische Amt hat aber die generelle Angabe für die Jahresproduktion, die die Erfüllung des Jahresplanes offiziell darstellt, heraufgeschraubt. Somit kann die Zahl von 76 300 000 t der tatsächlichen Kohlenproduktion im Jahre 1933 nicht entsprechen. Andererseits ist man veranlaßt gewesen, diese Zahl in die graphische Darstellung zu übernehmen, da auf Grund der sovetrussischen amtlichen Angaben eine andere Zahl nicht zu ermitteln war.

Die Erdölgewinnung im Jahre 1933 wurde zuerst mit 23,0 Mill. t angegeben (Plan. choz. Nr. 1, 1934, S. 21). Diese Zahl konnte auf Grund der Tabellenführung nicht nachgeprüft werden, da keine einmonatigen Zahlen für Mai, Juli, September, Oktober, November und Dezember zur Verfügung standen. Die in der Tabelle eingesetzten Angaben für sechs-, sieben-, neun und zehnmonatige Gewinnung errechnet worden.

Aber die über die zwei ausschlaggebenden Naphthagebiete (Baku- und Groznyj-Gebiet), auf die über 93% der Gesamtförderung entfallen, veröffentlichten Berichte geben Anlaß, die obige Zahl von 23,0 Mill. t anzuzweifeln. Schon die in der Tabelle angeführte generelle Zahl für die Naphthagewinnung im ersten Halbjahr 1933 von 9 971 000 t zeigt, daß diese eine rückläufige Entwicklung gegenüber den beiden vorhergehenden Jahren aufweist, was auf folgender Gegenüberstellung zu ersehen ist:

Naphthagewinnung im ersten Halbjahr

1931 — 10 526 300 t (Ekon. žizń v. 12. 7. 32.)
1932 — 11 250 000 t (Pr. v. 4. 7. 32.)
1933 — 9 971 000 t (siehe Tabelle.)

Aus den Berichten der Sovetpresse geht ferner hervor, daß die Naphthaförderungsgebiete an betriebswirtschaftlichen Unzulänglichkeiten leiden, wie Mangel an Ausrüstungen, minderer Qualität der im Lande selbst hergestellten Ausrüstungen, Meßinstrumente und Röhren, unsachgemäßer Behandlung der Maschinen und hieraus sich ergebenden häufigen Maschinendefekten und Havarien, schlechter Beherrschung der Bohrtechnik, Mangel an hochqualifizierter Arbeiterschaft, schwacher Disziplin u. a. m.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Sovetrußlands hat in seinem Beschluß vom 15. 5. 1934 selbst hervorgehoben: „Die Nichterfüllung des Planes der Naphthagewinnung ist zu allererst auf schlechte Bohrarbeit zurückzuführen. Häufige Havarien, dauernd sich wiederholende Fälle von Stillstand, Einsturz usw. haben dazu geführt, daß im ersten Quartal 1934 anstatt 258 nach dem Plan vorgesehener Bohrlöcher die Bohrungen von nur 182 Bohrlöchern durchgeführt wurden. . . . Dies ist das Ergebnis der ungenügenden Beherrschung der Bohrtechnik und hauptsächlich das Fehlen der Erzeugung von modernen, hochqualitativen Ausrüstungen in eigenen Sovetfabriken."

Die Bohrung zeigte auch im Jahre 1933 einen unzulässigen Rückstand; es konnten anstatt 860 Bohrlöchern nur 470 in Betrieb genommen werden; bei den Bohrlöchern ging man mit den komplizierten Maschinen barbarisch um, was eine Havarie nach der anderen zur Folge hatte. Die so gestaltete Lage wurde noch durch die große Ausmaße annehmende Arbeiterfluktuation verschärft; allein im Groznyj-Gebiet fluktuierten z. B. im Jahre 1933 bei einer Belegschaft von 14 000 Arbeitern 12 000 Arbeiter; ehe die Arbeiter an den Maschinen und anderen Ausrüstungsgegenständen angelernt sein konnten, verließen sie schon wieder wegen unerträglicher Wohn- und Ernährungsverhältnisse den Betrieb und an ihrer Stelle wurden Neulinge aufgenommen; dies verursachte vor allem große Havarien und Schädigung der Anlagen. (Za ind. v. 2. 4. 34.) In anderen Berichten wird besonders darauf hingewiesen, daß oft die in Betrieb genommenen Bohrlöcher, besonders wegen Beschädigung und langsamer und unsachgemäßer Instandsetzung der Ausrüstungsgegenstände, lange stillständen. (Za ind. v. 20. 4. und 4. 6. 34.)

Auf Grund dieser und vieler anderer Mitteilungen ähnlicher Art der Sovetquellen geht hervor, daß die Erdölgewinnung im Jahre 1933 hinter derjenigen des Jahres 1932 (21,4 Mill. t) zurückbleiben mußte. Deshalb erscheint die angegebene Zahl von 23,0 Mill. t auch unglaubhaft, obwohl in dieser Zahl auch die Gasgewinnung mitberechnet wurde. Später wurde die Erdölgewinnung im Jahre 1933 mit 21,4 Mill. t angegeben (Izv. v. 24. 5. 34., Za ind. v. 30. 6. 34), d. h. mit derselben Zahl wie für das Jahr 1932. Damit wollte man hervorheben, daß die Naphthaförderung keine rückläufige Tendenz aufweist. Die Zahl von 21,4 Mill. t für 1933 wurde in die graphische Darstellung übernommen, obwohl man sich auch hier wieder kritisch zu verhalten hat.

Untersucht man die Torfgewinnung, so stößt man auch in diesem Falle auf Widersprüche. Auf Grund einer im Oktober 1933 gemachten generellen Angabe sollen in den ersten neun Monaten des Jahres 1933 14 602 500 t Torf gewonnen worden sein (Za ind. v. 23. 10. 33.). Dann wurde die Torfgewinnung des Jahres 1933 mit 13,16 Mill. t und 12, 9 Mill. t angegeben (Plan. choz. Nr. 3, 1934, S. 70, und Nr. 7, 1934, S. 248). Andererseits schrieb Za ind. vom 12. 3. 34: „Die Torfindustrie hat die Saison mit den schändlichsten Ziffern abgeschlossen. Der Plan wurde nicht erfüllt; von den gewonnenen 10 Mill. t Torf wurden ca. 3 Mill. t nicht ausgetrocknet" und Za ind. v. 18. 3. 34. berichtete: „Die Torfindustrie hat im Jahre 1933 unbefriedigend gearbeitet: von den gewonnenen 10 054 000 t Torf sind auf den Feldern 2 983 000 Mill. t nicht ausgetrockneter Torf lie-

gen geblieben." Die drei zuerst genannten Zahlen (14,6, 13,16 und 12,9 Mill. t) beziehen sich auf die gesamte, einschließlich der von den örtlichen Organen für den eigenen Bedarf betriebene Torfgewinnung, die beiden letzteren dagegen (10 Mill. t und 10 054 000 t) auf die von der Haupttorfverwaltung („Glavtorf") erfaßte industrielle Torfförderung. Somit wurden ca. 10 Mill. t unter der Regie des „Glavtorf" und ca. 3 Mill. unter der der örtlichen Organe gewonnen. Aus den obigen zwei Angaben der Za ind. geht nun hervor, daß vom „Glavtorf" effektiv nur ca. 7 Mill. t gefördert wurden, da rund 3 Mill. t auf den Feldern geblieben sind. Ob die von den örtlichen Organen gewonnenen rund 3 Mill. t eine effektive Menge darstellen, konnte nicht nachgeprüft werden; würde man es annehmen, so müßte die Torfgewinnung Sovetrußlands sich auf ca. 10 Mill. t belaufen haben. Da die Izv. v. 26. 5. 34 mitteilte, daß die Torfgewinnung im Jahre 1933 10,5 Mill. t betrug, so wurde diese Zahl in die graphische Darstellung übernommen, obwohl die effektive Gewinnung noch niedriger liegen kann.

Die Angaben über die Erzeugung von Schwarzmetallen weisen auch einige Unebenheiten auf, besonders bei Walzstahl, wo die Produktion laut generellen Angaben in zehn Monaten 3 943 500 t (Za ind. v. 22. 11. 33) und in elf Monaten nur 3 843 400 t betragen haben soll; offenbar wurde hier die zu hohe statistische Ziffer (3 943 500 t für 10 Monate) durch die zweite Meldung nach unten korrigiert. Aber schon bei der generellen Angabe der Walzstahlerzeugung für das ganze Jahr wurde diese Korrektur nicht berücksichtigt und eine Produktion für zwölf Monate von 4 800 000 t angegeben. Die aus dieser errechnete Dezemberproduktion (4 800 000 t minus 3 843 400 t) müßte somit 956 600 t betragen haben, was ebenso wie bei der Kohle ganz unwahrscheinlich ist, da die höchste monatliche Produktion im Jahre 1933 nur 460 800 t und diejenige im Januar 1934 486 700 t (Ekon. žizn' v. 24. 4. 34) betrug. Es ist unmöglich, daß die Walzenstahlproduktion sich im Dezember verdoppelt haben konnte; allein schon die Kapazität der Produktionsanlagen schließt diese Möglichkeit aus. Somit ist auch die mit 4,8 Mill. t angegebene Walzstahlerzeugung im Jahre 1933 mit großer Vorsicht aufzunehmen.

Es ist an dieser Stelle zu erwähnen, daß die Lokomotiven- und Güterwagenherstellung im Jahre 1933 besonders ungünstig verlaufen ist. Die Kontrollziffer für Lokomotivenbau konnte nur zu 78,9% und diejenige für Güterwagenbau[39]) nur zu 62,0% verwirklicht werden. Was die Produktion von Güterwagen anbelangt, so sind in den angegebenen Zahlen Widersprüche festzustellen. Ihre Herstellung in neun Monaten wurde zuerst durch Izv. v. 1. 11. 33 mit einer generellen Zahl von 12 672 angegeben; später wurde diese Zahl durch zwei Quellen (siehe Tabelle) auf 13 771 korrigiert. Die Jahresproduktion dagegen wurde zuerst mit 22 800 (Plan. choz., Nr. 5/6, 1934, S. 197), dann mit 21 324 (siehe Tabelle) und noch später mit 18 126 (Plan, Nr. 9, 1934, S. 45) angegeben. Für die Tabelle wurde die zweite, mittlere Zahl übernommen, obwohl auch die dritte, später veröffentlichte Angabe hätte eingesetzt werden können.

[39]) Nach Doppelachsen berechnet (vgl. Tabelle).

Besonders seit 1931 verlegte sich die Sovetregierung auf die Methode der Normierung der Wagenbeladung, wodurch sie die Leistung der Eisenbahnen messen und steigern wollte. Im Jahre 1931 sollten die Eisenbahnen pro Tag durchschnittlich 64 000 Waggons beladen (Izv. v. 11. 1. 31); tatsächlich wurden nur 49 291 beladen (Ekon. žizn' v. 11. 1. 32). Für das Jahr 1932 wurde der Plan auf 60 300 Waggons herabgesetzt (Soc. transport Nr. 3, 1932, S. 137), erreicht wurden dagegen nur 51 415 (SSSR v cifrach, 1934, S. 78). Für das Jahr 1933 wurde der Plan noch weiter herabgesetzt, nämlich auf 58 000 Waggons; die durchschnittliche tägliche Beladung hat dagegen, wie aus der Tabelle ersichtlich ist, nur 51 224 Waggons betragen, d. h. sie blieb auf dem vorjährigen Niveau stehen. Dabei muß man noch berücksichtigen, daß die Sovetquellen oft selbst mitteilen, daß die lokalen Eisenbahnverwaltungen durch verschiedene statistische Kunstgriffe eine höhere Zahl der Wagenbeladung vortäuschen.

Über die Frachtbeförderung stehen nur teilweise einmonatige Angaben zur Verfügung. Aus der Zahl für das ganze Jahr 1933 (268,1 Mill. t) geht hervor, daß gegenüber dem Vorjahre im Gegensatz zu der vorherigen Entwicklung keine Zunahme zu verzeichnen ist, was aus folgender Zusammenstellung zu ersehen ist:

Frachtbeförderung durch die Eisenbahn (i. Mill. t)

1930 — 238,2 (Statističeskij spravočnik, 1932, S. 195)
1931 — 254,9 (Statističeskij spravočnik, 1932, S. 195)
1932 — 267,9 (SSSR v cifrach, 1934, S. 79.)
1933 — 268,1 (Izv. v. 12. 1. 1935.)

Somit ist das Eisenbahnwesen in den Zustand einer Stagnation geraten, wodurch die Volkswirtschaft empfindliche Rückschläge erleidet; Rudzutak hat selbst in seiner auf dem XVII. Parteitag der Kommunistischen Partei Sovetrußlands (Januar 1934) gehaltenen Rede hervorgehoben, daß in den ersten elf Monaten 1933 der Eisenbahnverkehr weniger Personen und Güter befördert hat, als in derselben Zeit des Jahres 1932 (Pr. v. 4. 2. 34). Durch die Industrialisierung des Landes wurden große, sehr weit von einander gelegene, aber bezüglich des Roh- und Brennstoffes von einander abhängige Wirtschaftskomplexe geschaffen. Die sovetrussische Planwirtschaft hat nicht nur die Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Standortslehre unberücksichtigt gelassen, sondern man scheint bei der Ausarbeitung des Fünfjahrplanes das Eisenbahnnetz als ein Anhängsel der Wirtschaft betrachtet zu haben. Deshalb ist heute in Sovetrußland eine so große Diskrepanz zwischen den Anforderungen der Volkswirtschaft und die Leistung der Eisenbahnen zu beobachten.

Die Untersuchung der Zahlen stößt, wie schon erwähnt, u. a. besonders deshalb auf Schwierigkeiten, da die einmonatigen absoluten und prozentuellen Zahlen, vor allem für die letzten Monate des Jahres, meistens nicht veröffentlicht wurden. Dies ersieht man auch aus der Tabelle; für die ersten beiden Quartale sind die Lücken nicht so groß wie für das dritte Quartal; die für das vierte Quartal eingesetzten Zahlen konnten meistens nur auf Grund der generellen Angaben berechnet werden.

Für diejenigen Zweige der Industrie, die ihre Pläne nicht nur erfüllten, sondern sogar übertrafen, wie Automobil- und Traktoren-

industrie, wurden die Angaben fast regelmäßig veröffentlicht. Die katastrophale Zusammenschrumpfung der tierischen Zugkraft und Erwägungen militärischer Art veranlaßten die Sovetregierung, die Automobil- und Traktorenherstellung mit allen Mitteln zu fördern, was auch nicht ohne Erfolg blieb.

Im allgemeinen geht aus der Tabelle hervor, daß die Entwicklung der Industrie der Gruppe A im Laufe eines Jahres sich nicht entsprechend den vorgeschriebenen Plänen entwickelt hat. Es ist keine gleichmäßige Erfüllung der Pläne von den verschiedenen Industriezweigen festzustellen; im Gegenteil, selbst die einzelnen Zweige der Industrie zeigen in sich keine organische Stetigkeit des Produktionsverlaufes.

Was die Erfüllung der vorgezeichneten Pläne im Jahre 1933 anbelangt, so haben nach sovetamtlichen Angaben nur die Automobil- und Traktorenindustrie und die Überlandzentralen ihre Pläne durchgeführt und übertroffen. Die Sovetstatistik hat übrigens die Herstellung von Traktoren zuerst mit 73 400 Stück angegeben (Iv. v. 27. 1. 34.). Zehn Monate später wurde diese Zahl auf 78 100 Stück erhöht.

Alle anderen Zweige der Industrie und das Eisenbahnwesen konnten die vorgeschriebenen Pläne nicht — teilweise bei weitem nicht — verwirklichen. Auffallend ist, daß Industriezweige wie Lokomotiv-, Eisenbahnwagen- und Zementindustrie, deren Produktion für die Entwicklung der Volkswirtschaft und für die industrielle Bautätigkeit so ausschlaggebend ist, am stärksten hinter den Plänen zurückgeblieben sind; die erste hat den Jahresplan nur zu 78,9%, die zweite sogar nur zu 62,0% und die dritte nur zu 66,8% erfüllen können. Auch die Herstellung von Schwarzmetallen blieb bedeutend hinter den aufgestellten Plänen zurück.

Bei der Tabelle über die „Industrie der Gruppe B" ist folgendes hervorzuheben.

Die einmonatigen und generellen Angaben über die Herstellung von fertigen Baumwollgeweben zeigen bis zum November keine Widersprüche. Allerdings wurde für den Monat Juli keine einmonatige Zahl angegeben und diese aus der generellen Angabe für neun Monate berechnet. Die Jahresproduktion wurde dann mit 2 500 Mill. m angegeben. Zieht man von dieser Zahl die vorher angegebene elfmonatige Produktion von 2 146 Mill. m ab, so ergibt sich für den Monat Dezember eine solche von 354 Mill. m. Dies ist unwahrscheinlich, denn die höchste Produktion im Laufe von 11 Monaten hat 236,2 Mill. m (März) im Monat betragen, im Oktober sank sie auf 199,0 Mill. m und im November auf 197,7 Mill. m. herab und im Januar 1934 belief sie sich auf 208,7 Mill. m (Legkaja industrija[40]) vom 14. 2. 1934). Es ist unglaubhaft, daß in dem fehlenden Monat Dezember 354 Mill. m fertiges Baumwollgewebe hätte hergestellt werden können.

Die Angaben über Rohgewebe- und Baumwollgarnproduktion können nicht nachgeprüft werden, da nicht nur ein-, neun- und elfmonatige Angaben fehlen, sondern selbst die Zahl über die Jahresproduktion nicht veröffentlicht wurde.

---

[40]) Im Folgenden abgekürzt mit „Leg. ind." angeführt.

Die Produktion von fertigen Leinengeweben wurde zuerst mit einer Verhältniszahl angegeben (Leg. ind. v. 4. 1. 34), die einer Produktionsmenge von 154 Mill. m entsprach. Später veröffentlichte man eine Zahl von 135 Mill. m, zu der die auf Grund der generellen neunmonatigen Angabe und der einmonatigen Zahlen für Oktober und November errechnete elfmonatige Produktion von 137 Mill. m im Widerspruch steht. Man sah sich, wie es scheint, veranlaßt, die zuerst einseitig hochgeschraubten Zahlen wieder nach unter zu korrigieren.

Für die Leinengarnproduktion fehlen die wichtigsten Ziffern.

Die generelle Angabe für die Produktion von fertigem Wollgewebe im ersten Quartal 1933 von 31,163 Mill. m stimmt mit den einmonatigen Zahlen für Januar, Februar und März, die eine Summe von 25,258 Mill. m ergeben, nicht überein. In der generellen Angabe für die halbjährige Produktion wird die obige künstliche Erhöhung um 5,905 Mill. t fast ganz fallen gelassen, dagegen übernimmt die neunmonatige generelle Angabe nicht nur diese Zahl, sondern sie wird noch weiter um 10,9 Mill. m hinaufgeschraubt. Diese Heraufsetzung wird in der für die Jahresproduktion angegebenen Zahl von 96,07 Mill. m wieder nur zum Teil berücksichtigt, denn wenn in neun Monaten die Herstellung von fertigem Wollgewebe schon 87,6 Mill. m betragen hätte, so wären im 4. Quartal nur 8,47 Mill. m (96,07 Mill. m minus 87,6 Mill. m) produziert worden. Dies ist aber nicht möglich, da die Monatsproduktion sich im Jahre 1933 zwischen 8,79 Mill. m (Januar) und 6,596 Mill. m (Juli) bewegte.

Die Zahl für das Jahresergebnis von 96,07 Mill. m dürfte zu hoch gegriffen sein; denn wenn man von dieser Zahl die auf Grund der einmonatigen Angaben gewonnene elfmonatige Produktion abzieht, so erhält man eine Dezemberproduktion von 9,6 Mill. m, die weit über dem Monatsdurchschnitt steht. Im November betrug die Produktion 7,3 Mill. m und im Januar 1934 8,2 Mill. m (Leg. ind. v. 14. 2. 34).

Die Produktion von Rohgewebe und Wollgarn kann man nicht untersuchen, da die Jahresproduktion nicht veröffentlicht wurde.

Bei der Trikotagenindustrie sei auf die Strumpffabrikation hingewiesen. Die Jahresproduktion wurde mit 188 Mill. Paar angegeben. Zieht man von dieser Zahl die Fabrikation in elf Monaten (160,58 Mill. Paar) ab, so erhält man eine Dezemberproduktion von 27,42 Mill. Paar, die im Vergleich zu den anderen Monaten unwahrscheinlich hoch ist. Denn die monatliche Höchstproduktion von Strümpfen betrug im Laufe des Jahres 16,98 Mill. Paar (Juni), im November nur 15,57 Mill. Paar und im Januar 1934 17,2 Mill. Paar (Leg. ind. v. 14. 2. 34).

Annähernd dieselbe Erscheinung stellt man auch bei der Herstellung von Lederschuhen und Streichhölzern fest. Die Jahresproduktion von Streichhölzern wurde zuerst mit 7,0 Mill. Kisten (Leg. ind. v. 4. 1. 34) und später mit 6,887 Mill. Kisten angegeben.

Auch der Tabelle der „Industrie der Gruppe B" ist zu entnehmen, daß die Produktion nicht eine harmonische, organische Entwicklung zeigt, sondern oft sprunghaft, selbst innerhalb eines einzelnen Zweiges der Industrie, vor sich geht. Es gehört zu den Ausnahmefällen, wenn der Monatsplan voll durchgeführt wird.

Von der Sovetstatistik wurden nicht für alle in der Tabelle aufgeführten Zweige der „Industrie der Gruppe B" die Jahresproduktionszahlen veröffentlicht, ein oft geübtes Verfahren, das seinen Grund in dem starken Zurückbleiben der betreffenden Zweige hinter den Plänen hat. Aber schon aus den veröffentlichten Zahlen geht hervor, daß die Erzeugung von Konsumgütern zum Teil stark hinter den — gegenüber dem Volksbedarf bescheidenen — Plänen zurückgeblieben ist.

Die untersuchenden Erläuterungen zu den beiden Tabellen haben gezeigt, daß auch die sovetrussischen mengenmäßigen Angaben unzuverlässig sind und deshalb kein volles Vertrauen beanspruchen können. Auch sie müssen einer kritischen Prüfung unterzogen werden; erst dann können sie für die Beurteilung des Sovetwirtschaftssystems und der sovetrussischen Wirtschaftsentwicklung eine Verwertung finden. Denn die Methode der Sovetstatistik, die nach Trockijs Auffassung „auf Buchführungskunststücken fußt, die ein Verheimlichen des tatsächlichen Zustandes und die Rettung des Prestiges der Führung bezwecken" scheint, wie die Analyse der beiden Tabellen gezeigt hat, auch bei der Ausarbeitung und Zusammenstellung der mengenmäßigen Angaben ihren Einfluß auszuüben.

Fünfjahrplan und Weltrevolution.

Es dürfte wohl allgemein bekannt sein, daß bei der beschleunigten Industrialisierung des Sovetstaates und damit der Aufstellung des Fünfjahrplanes die kommunistischen Welteroberungsziele als politische Prämisse dienten. Da die propagandistisch-zersetzenden und aufrührerischen Kampfmittel allein in den „kapitalistischen" Ländern nicht zu deren Sovetisierung geführt hatten, mußte man sich im Eiltempo, bevor in der Welt die Folgen des Weltkrieges überwunden waren und eine politische Stabilisierung eingetreten war, zur militärischen Auseinandersetzung mit den „kapitalistischen" Ländern vorbereiten. Diese Erkenntnis, die damals eine Wendung in der Politik des Bolschewismus auch bezüglich der Taktik in der Vorbereitung der kommunistischen Weltrevolution mit sich brachte, geht als roter Faden durch die Generallinie der Kommunistischen Partei Sovetrußlands.

In der auf dem Ende Dezember 1925 stattfindenden XIV. Parteitag der Kommunistischen Partei Sovetrußlands angenommenen Entschließung zum Bericht des Zentralkomitees heißt es unter anderem[41]): „Der Bund des Proletariats der UdSSR als der Basis der Weltrevolution mit dem westeuropäischen Proletariat und den geknechteten Völkern muß auf jede Weise gefestigt werden und es muß Kurs gehalten werden auf die Entwicklung und den Sieg der proletarischen Weltrevolution."

Die nachfolgende Stelle derselben Entschließung präzisiert die Direktiven der Partei zur Ausarbeitung eines großzügigen Wirtschaftsprogramms, das dann in der Form des Fünfjahrplanes seinen Ausdruck fand: „Es muß ein wirtschaftlicher Aufbau unter dem Gesichtspunkt durchgeführt werden, die UdSSR aus einem Land, das Maschinen und Ausrüstun-

[41]) XIV s'ezd vsesojuznoj kommunističeskoj partij (b), Moskau 1926, S. 957/58.

gen einführt, in ein Land zu verwandeln, das Maschinen und Ausrüstungen produziert, damit auf diese Weise die UdSSR in einer Situation der kapitalistischen Einkreisung ja nicht etwa zu einem Anhängsel der kapitalistischen Weltwirtschaft werden kann, sondern selbst eine selbständige wirtschaftliche Einheit darstellt, die sich „auf sozialistisch" entwickelt und dank ihrem wirtschaftlichen Wachstum fähig ist, als mächtiges Mittel zur Revolutionierung der Arbeiter aller Länder und der geknechteten Völker der Kolonien und Halbkolonien zu dienen."

Ganz eindeutig erläutert das Hauptorgan der Kommunistischen Partei Sovetrußlands „Pravda" vom 29. 8. 1929 die Beweggründe und Ziele des Fünfjahrplanes: „Der Fünfjahrplan ist der wichtigste Teil des Angriffs des Weltproletariats auf das Kapital, seinem Wesen nach ein Plan der Zerstörung der kapitalistischen Stabilisierung, ein großzügiger Plan der Weltrevolution."

Radek-Sobelsohn hat die Aufgaben der kommunistischen Bewegung in folgenden Worten noch präziser zum Ausdruck gebracht[42]): „Gott, wenn wir doch ein anderes Volk als die Russen in diesem Kampfe hinter uns hätten, dann könnten wir die Welt aus den Angeln heben."

Somit ist die Aufstellung des Fünfjahrplanes besonders auf außenpolitische, militärische Erwägungen zurückzuführen und der Fünfjahrplan ein „großzügiger Plan der Weltrevolution"; die Schaffung einer Aufrüstungsindustrie stand im Vordergrund dieses Planes.

Im Verlaufe des ersten Fünfjahrplanes (1928/29—32) wurden folgende Mittel in die sovetrussischen Industrie investiert (nach sovetamtlichen Angaben sind die Werte auf Grund der festen Preise vom Jahre 1933 berechnet[43]).

Gesamtindustrie:	24 789	Millionen Rubel
darunter:		
Gruppe A	21 292	Millionen Rubel
Gruppe B	3 497	Millionen Rubel

Somit sind die Kapitalinvestierungen hauptsächlich in der Gruppe A, d. h. in der Schwerindustrie, vorgenommen worden.

Die vorliegende Abhandlung hat gezeigt und eine später folgende Abhandlung wird noch deutlicher veranschaulichen, daß trotz eines beachtenswerten Fortschritts in der Entwicklung der Industrie der erwartete effektive Erfolg ausblieb. Sovetrußland hat das gesteckte Ziel durch den ersten Fünfjahrplan nicht erreichen können, ein beträchtlicher Teil der investierten Mittel wurden vergeudet. Man merkte selbst, daß die kriegsindustrielle Basis noch nicht geschaffen werden konnte und stellte deshalb einen zweiten, noch großzügigeren Fünfjahrplan auf.

---

[42]) Der Diplomat Lockhart, der die britische Regierung in Moskau während der Bürgerkriegszeit vertrat, führt diese Äußerung Radeks in seinem Buch: „Vom Wirbel erfaßt, Bekenntnisse eines britischen Diplomaten" (Stuttgart-Berlin, 1933, S. 235) an.

Kapitalinvestierung im zweiten Fünfjahrplan 1933—37 (nach festen Preisen von 1933 berechnet)[43]).

Gesamtindustrie	69 475	Millionen Rubel
darunter:		
Gruppe A	53 402	Millionen Rubel
Gruppe B	16 073	Millionen Rubel
Eisenbahnen	17 464	Millionen Rubel

Diese gegenüber dem ersten Fünfjahrplan noch viel größeren Kapitalanforderungen schienen nach Sovetansicht erforderlich zu sein, um das durch den ersten Fünfjahrplan gesteckte Ziel durch den zweiten zu erreichen, in dem auch das Eisenbahnwesen eine besondere Beachtung findet (im ersten Fünfjahrplan wurden 5550 Millionen Rubel im Eisenbahnwesen investiert, der zweite sieht eine Investierung von 17 464 Millionen Rubel vor[45]).

Sovetrußland hält sich vorläufig noch für unvorbereitet und zu schwach für eine Auseinandersetzung mit den „kapitalistischen" Ländern und möchte daher bis zur Durchführung des zweiten Fünfjahrplanes nicht gestört sein; in diesen Motiven liegt auch seine Parole der Friedenspolitik begründet.

---

[43]) Proekt vtorogo pjatiletnego plana razvitija narodnogo chozjajstva SSSR. Moskau 1934, S. 422.

Biblioteka Śląska

Śląska Biblioteka Publiczna
219870/1935 II
Rzk 1 Śl.
Min. Ośw. 507b – PZWS C851 X. 49